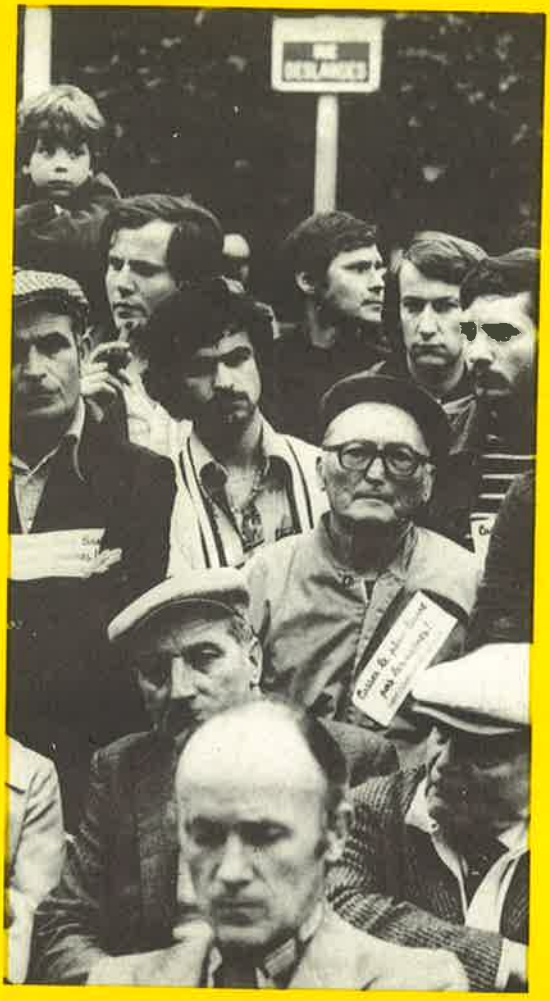
A 4846 FX

SOPO

43

SOZIALISTISCHE POLITIK
10. JAHRGANG HEFT 1
MÄRZ 1978 DM 9,80



Frankreich: Links-Union?

W. Goldschmidt, R. Katzenstein, N. Steinborn - **Zur Lage in Frankreich**
H. Peter - **Monopol und Planung**
B. Gransow/V. Gransow - **Lenin zu Bucharin**
H.-J. Rheinberger - **Anti-Dühring**
A. Mazzone - **Kapitalfetischismus (II)**

Diskussion & Kritik
V. M. Bader - **Staatsideologie**
H.-J. Weissbach - **Arbeitslosigkeit**
Th. Malsch - **Arbeiterbewußtsein**
H. J. Sandkühler - **Gramsci-Kongreß**
Literaturberichte

SOPO
SOZIALISTISCHE POLITIK
Vierteljährlich herausgegeben in Berlin/West

Herausgeber: Die Redaktion

Redaktion
Hans-Werner Franz, Pierre Franzen, Bernhard Heidtmann,
Robert Katzenstein, Hella Stern, Hans-Jürgen Weissbach

Redaktionsleitung
Bernhard Heidtmann und Robert Katzenstein

Wissenschaftlicher Beirat
Kurt Bayertz (Köln), Roy Bhaskar (Edinburgh), Hans Jochen Brauns (Berlin/West)
Werner Goldschmidt (Hamburg), Hans Heinz Holz (Marburg),
Klaus Holzkamp (Berlin/West), Jörg Huffschmid (Bremen),
Uffe Juul Jensen (Aarhus), Hans Jürgen Krysmanski (Münster),
Gert Mattenklott (Marburg/Berlin(West), Allesandro Mazzone (Rom),
Michael Nerlich (Berlin/West), Rainer Rilling (Marburg),
Hans Jörg Sandkühler (Bremen), Enrique Semo (Mexiko),
Heinz Wagner (Berlin/West)

Anschrift
SOPO c/o das europäische buch, Thielallee 34, 1000 Berlin 33

Preis des Einzelheftes: DM 9,80
Abonnement (4 Hefte): DM 36,— incl. Porto auf Voraus-Rechnung
Mitarbeit und Autorenschaft bei der SOPO erfolgen honorarfrei. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen

Alle Rechte, auch das der Übersetzung, vorbehalten. © 1978 by das europäische buch, Literaturvertrieb GmbH, Berlin/West.

ISSN 0340-9198

Umschlaggestaltung und Layout
Ralph Christians

Verlagsleitung und Anzeigen
Tell Schwandt, Telefon (030) 832 40 51
(Anzeigenpreisliste Nr. 6 ist gültig)

Gesamtherstellung
poly-print Druck GmbH, Schmiljanstr. 24, 1000 Berlin 41

Umschlag - Foto: ADN Zentral Bild

Beilagenhinweis
Dieser Ausgabe liegt eine Bestellkarte der Deutschen Volkszeitung bei

SOPO 43 10. Jahrgang Heft 1 März 1978

INHALT

Editorial ..... Seite 2

Werner Goldschmidt
Bruch der Linksunion 3

Robert Katzenstein
Union der Parteien und Union der Massen 9

Nobert Steinborn
Zum gemeinsamen Regierungsprogramm der Linken 20

Heinrich Peter
Monopol und Planmäßigkeit 30

Bettina Gransow/Volker Gransow
Ursprünge der Politischen Ökonomie des Sozialismus 55

Hans-Jörg Rheinberger
Dialektik der Natur — Grundgesetze der Dialektik? 75

Allessandro Mazzone
Der Kapitalfetischismus: Über Grundfragen einer materialistischen Ideologietheorie (II) 84

Diskussion & Kritik

Veit M. Bader
Juristische Staatsideologie, Opportunismus und revolutionärer Marxismus-Leninismus 104

Hans-Jürgen Weissbach
Strukturtheorien des Arbeitsmarktes und strukturelle Arbeitslosigkeit 121

Thomas Malsch
Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein 134

Wissenschaftliche Kongresse

Hans Jörg Sandkühler
Über die Einheit von Politik und Geschichte 145

Literaturberichte

H. Brede/ B. Dietrich/ B. Kohaupt:
Politische Ökonomie des Bodens und Wohnungsfrage (Stefan Krätke) 155

Summaries 166

Autorenverzeichnis 170

Editorial

Mit der Konstitution des wissenschaftlichen Beirats der SOPO hat die Redaktion eine für die konzeptionelle und organisatorische Gestaltung der Zeitschrift wesentliche Forderung ihres Statuts erfüllt (vgl. Heft 34/35).
Wir freuen uns über die Bereitschaft zur Mitarbeit an der Zeitschrift, in einer Zeit zunehmender Repressionen gegenüber der Arbeiterbewegung und der ihr verbundenen Intelligenz entsprechend unserer Zielsetzung: „Die SOPO nimmt teil an der wissenschaftlichen Auseinandersetzung, die von der mit der Arbeiterbewegung verbundenen Intelligenz in einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen und zu Fragen sozialistischer Politik kontinuierlich geführt wird. Die Orientierung auf breite wissenschaftliche Diskussion solcher Probleme, die an den Hochschulen und Universitäten im Mittelpunkt der fachlichen und politischen Auseinandersetzung um eine demokratische Lehre und Forschung stehen, ist nicht zu trennen von breiter, wissenschaftlich ausgewiesener Erörterung unterschiedlich organisierter und ideologisch kontroverser Positionen. Hierbei sind die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus, die organisierte Kraft der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterbewegung und die Existenz der sozialistischen Staaten Ausgangspunkte."
Durch die Einrichtung eines sich als Arbeitsgremium verstehenden wissenschaftlichen Beirats hat die SOPO einen weiteren Schritt in ihrer Entwicklung getan. Mit dem Beirat, der Redaktion und ihren Kommissionen verfügen wir schon jetzt über ein breites wissenschaftliches Fachspektrum; es gewährleistet, daß die Zeitschrift auf neuer Stufe mit Resultaten marxistischer Forschung und Theoriebildung zur Diskussion auf den Gebieten der politischen Ökonomie, der Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung und des Sozialismus, der Philosophie und der Wissenschaftsentwicklung beitragen wird. Damit ist freilich kein Endpunkt gesetzt. Wir wollen das wissenschaftliche Spektrum der Zeitschrift national und international erweitern, um von allen Seiten her qualifizierte Antworten auf die Fragen der Gegenwart geben zu können. Schließlich möchten wir aber auch erreichen, daß der Leser der SOPO mehr als bisher selbst durch Diskussion und Kritik zur Verwirklichung unserer Konzeption beiträgt.

Kurz vor Drucklegung haben wir von dem allzu frühen Tod Christoph Kievenheims erfahren. Er hat uns tief getroffen. Bei aller Verschiedenheit der Positionen meinen wir, daß er für die Sache der Demokratie noch viel hätte leisten können.

Errata SOPO Heft 42/1977

Goldschmidt: Sozialismus

Seite 108, Zeile 5 des ersten Absatzes
muß es richtig heißen:
Großkonzerne auch im Staatsapparat
die *Tendenz* zum *Abbau*
demokratischer Rechte

Mazzone: Kapitalfetischismus (I)

Seite 72, Zeile 18
muß es richtig heißen:
Matrix statt Matrize

Seite 66, Fußnote 1
muß es richtig heißen:
Relativität statt Realität.

Seite 72, Fußnote 11
muß es richtig heißen:
Tautoheterologie statt Tautoeterologie

Werner Goldschmidt

Bruch der Linksunion?

Am Samstag, den 7. Januar 1978 eröffnete die französische kommunistische Partei eine nationale Konferenz, auf der ihre Strategie für den Wahlkampf zu den im März dieses Jahres stattfindenden Parlamentswahlen beschlossen wurde. Auf diesen Tag habe „ganz Frankreich, ja vielleicht die Welt gewartet", schrieb dazu der Pariser Korrespondent der Zeitung „Die Welt".[1] Von der Haltung der Kommunisten würde es abhängen, so behauptete er, „unter welchem Regime die Franzosen am Morgen des 20. März, einen Tag nach dem zweiten und entscheidenden Wahlgang der Parlamentswahlen, aufwachen."[2]

Nicht die Wahl des französischen Volkes im März wäre demnach entscheident für die politische Zukunft des Landes, sondern die Haltung der Kommunisten und genauer gesagt, ihres Generalsekretärs Georges Marchais. „Noch nie sah man Georges Marchais so sicher, ja triumphierend. Wie ein Raubtier hinter die Mikrofone geduckt, oder sich aufrichtend, beide Hände auf das Pult gestützt, von Zeit zu Zeit in die Tasche seines blauen Einreihers fahrend oder sich diskret einen Nasentropfen wegwischend, verkündete er wie weiland Jehovah vom Berge Sinai herab, daß er, Georges Marchais, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, und niemand anderer im Staate die Schüssel zur Zukunft des Landes in den Händen hält."[3] Doch statt nun endgültig die Macht zu ergreifen, wie man es ja hätte erwarten und befürchten müssen, zogen es Marchais und seine Genossen — immer nach dem Bild des Korrespondenten Graf Kageneck — an diesem weltbewegenden Tage vor, in der Opposition zu bleiben, um „bessere Tage abzuwarten", in denen „das Land leichter zu regieren sein würde." Schließlich gab Marchais damit auch seinen „sowjetischen Brüdern" nach, die stets davor gewarnt hätten, „sich nicht (!?) mit den „Sozialdemokraten" einzulassen."[4]

Den Grafen ficht die mangelnde Logik seiner Interpretation nicht weiter an, wußte er sich doch der Wirkung seines Sammelsuriums antikommunistischer Stereotypen sicher. Auch in weniger rabulistischen Blättern lasen sich Berichte und Kommentare über die genannte Konferenz nicht grundsätzlich anders. Der Leitartikler der „Frankfurter Allgemeinen", Thankmar von Münchhausen, behauptete zu wissen „was Marchais will."[5]

Was ist, frei nach Münchhausen, „die Botschaft des Generalsekretärs Marchais"? Es geht den Kommunisten demnach nicht um die „gute Aktualisierung" des gemeinsamen Regierungsprogramms, nicht um das Ausmaß der Verstaatlichungen (so nennt Münchhausen die Nationalisierungen) oder um die Zukunft der Atomstreitmacht, auch ist die „Hand Moskaus" nicht im Spiel. „Es geht vielmehr um das Kräfteverhältnis zwischen Kommunisten und Sozialisten innerhalb der linken Allianz. Ehe sich die Kommunistische Partei auf das Abenteuer einer Regierungsbeteiligung einläßt, muß das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten verschoben werden."[6]

Tatsächlich hatte Marchais die dreitausend Teilnehmer der Konferenz daran erinnert, daß sich die kommunistische Partei auf ihrem 22. Kongreß im Februar 1976 als nächste Ziele 600.00 Mitglieder, 10.000 Betriebszellen und 25 % der Wählerstimmen gesetzt hatte. Die beiden ersten Ziele habe die Partei inzwischen weit überschritten, das dritte Ziel gelte es im März zu erreichen. „Eines ist jedenfalls sicher, die 21 %, die uns die Umfragen und die jüngsten Wahlen ergaben, so ermutigend sie auch sind, reichen nicht aus. Wir brauchen mehr."[7]

Zweifellos ging es Marchais um eine Änderung des Kräfteverhältnisses auch gegenüber den Sozialisten. Aber nicht, wie Münchhausen uns suggerieren will, weil es den Kommunisten um ein Übergewicht gegenüber allen andern Parteien geht, sondern um das Gewicht einer gestärkten kommunistischen Partei geltend zu machen für die „gute Aktualisierung" des gemeinsamen Regierungsprogramms, für eine „echte Veränderung der Politik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung Frankreichs."[8]

„Wenn wir die arbeitende Bevölkerung aufrufen, sich massiv um uns zu sammeln, versuchen wir nicht, uns eine dominierende Position zu verschaffen. Wir haben klar definiert, was unser Ziel war und ist, und wir werden es nicht ändern: Wir kämpfen für die Einheit, eine Einheit, die ein Kampfbündnis gegen die Allmacht des Großkapitals und für einen entscheidenden Fortschritt der Demokratie ist; für ein loyales Bündnis zwischen Partnern mit gleichen Rechten und Pflichten. Ein solches Bündnis, das auf präzisen Verpflichtungen beruht, ist die Bedingung für die Verwirklichung einer Politik der Veränderung. Genau darum kämpft unsere Partei seit Jahren mit Zähigkeit und ohne nachzulassen; ohne jemals übermäßige Forderungen zu stellen. Weil eine wachsende Zahl von Werktätigen uns versteht und unterstützt, war es möglich, bedeutende Schritte auf dem Weg zur Einheit voranzukommen. Wenn dies heute durch die sozialistische Partei in Frage gestellt wird, was muß man daraus schließen? Doch wohl, daß die kommunistische Partei noch nicht stark genug ist, um zu erreichen, daß die sozialistische Partei dem Bündnis, den gemeinsam übernommenen Verpflichtungen, einer guten Übereinkunft für eine neue Politik treu bleibt."[9]

Auch der FAZ war es nicht verborgen geblieben, daß sich der „sozialistische Parteiführer Mitterand von dem gemeinsamen Programm entfernt (hat), zur Mitte hin", weil er sich von dort Wählerstimmen erhofft.[10] Wenn Marchais jetzt mindestens 25 % der Stimmen anvisiert, so geht es ihm nach seiner Aussage nicht darum, die sozialistische Partei zu schwächen. „Ich habe nur einen Gegner", antwortete er auf die entsprechende Frage eines Fernsehjournalisten, „die reaktionäre, antidemokratische und antinationale Koalition, die die Geschicke des Landes seit Jahren leitet. Sie muß ersetzt werden durch eine demokratische Mehrheit, gegründet auf ein Bündnis, das fähig ist, eine neue Politik zu machen."[11] Diese neue Politik freilich sieht er durch die jüngste Haltung der sozialistischen Partei gefährdet.

Worauf gründet sich die Behauptung der Kommunisten, daß die sozialistische Partei einen „Rechtsschwenk" (virage à droite) vollzogen habe und nicht mehr auf dem Boden des gemeinsamen Programmes stehe?[12]

Im März des vergangenen Jahres hatte die Linke einen bedeutenden Wahlsieg bei den Kommunalwahlen errungen. Rund 52 % der Wähler hatten im Landesdurchschnitt für die vielfach schon im ersten Wahlgang vereinigten Linksparteien gestimmt. Vor allem

in den Städten über 30.000 Einwohnern war der Wahlerfolg unübersehbar; 56 wurden neu erobert, darunter mehrere Großstädte. Damit stellte die Linke in 157 (von 221) dieser Städte die Mehrheit (81 Sozialisten, 72 Kommunisten, 2 linke Radikale, 2 sonstige Linke). Darüberhinaus wurden hunderte von mittleren und kleineren Gemeinden hinzugewonnen. Überall in Frankreich wurde dieser Wahlsieg als Auftakt für einen entscheidenden Machtwechsel bei den Parlamentswahlen ein Jahr später angesehen.[13]

Ende März 1977 hatten die Kommunisten ihren beiden Bündnispartnern Verhandlungen über die Aktualisierung des gemeinsamen Regierungsprogramms aus dem Jahre 1972 vorgeschlagen. Sozialisten und linke Radikale reagierten Mitte April grundsätzlich positiv. Aus der Antwort Mitterands ging inhaltlich und formal jedoch schon hervor, daß die Verhandlungen schwierig sein würden. Mitterand wählte die Form eines offenen Antwortbriefes und kündigte darin — offenbar ohne Konsultation des innerparteilichen Minderheitsflügels CERES — die Aktualisierungsvorstellungen der sozialistischen Mehrheitsfraktion an, die sich weitgehend auf die Konkretisierung einiger weniger wichtiger Programmpunkte konzentrierten.[14] Daraufhin veröffentlichten auch die Kommunisten ihre Aktualisierungsvorschläge, die sich hauptsächlich auf die ersten beiden Teile des gemeinsammen Programms („Besser leben, das Leben ändern" und „Demokratisierung der Wirtschaft, Ausbau des öffentlichen Sektors, Planung des Fortschritts"[15]) bezogen.[16]

Die Kommunisten begründeten ihre relativ weitreichenden sozial- und wirtschtspolitischen Vorschläge mit der gegenüber 1972 erheblich verschärften ökonomischen und sozialen Krise des französischen Kapitalismus und deren Auswirkungen auf alle Lebensbereiche der arbeitenden Bevölkerung.[17]

Die „Aktualisierungsverhandlungen" begannen im Mai und endeten in der Nacht vom 22. zum 23. September 1977 ohne abschließendes Ergebnis, ein neuer Termin wurde nicht vereinbart und kam bisher (Mitte Januar) auch nicht zustande; d.h. die Aktualisierung des Gemeinsamen Programms vor den Parlamentswahlen ist gescheitert.

Wie das stenographische Protokoll der letzten Sitzung beweist[18], war der entscheidende Streitpunkt das Ausmaß der von einer Regierung der Linken vorzunehmenden Nationalisierungen.[19] Von vielen bürgerlichen Kommentatoren ist die Bedeutung der Nationalisierungsfrage bezweifelt worden. Wenn es tatsächlich nur um die Liste der zu nationalisierenden Unternehmen und Filialen in einem technischen Sinne gegangen wäre[20], so wären diese Zweifel durchaus berechtigt. In Wirklichkeit kulminierten aber in dieser Auseinandersetzung zwei wesentlich verschiedene politische Konzeptionen. Für die Kommunisten sind die Nationalisierungen der Dreh- und Angelpunkt für die Durchsetzung einer „neuen ökonomischen Logik", die sich an den Bedürfnissen der arbeitenden Massen orientiert. Die damit anvisierte Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik beruht auf einer quantitativ und qualitativ ausgewogenen Strategie des wirtschaftlichen und insbesondere des industriellen Wachstums, das unmittelbar an der Produktionssphäre stimuliert werden soll — von daher ergeben sich u.a. auch die anspruchsvollen Ziele der Kommunisten in der Beschäftigungspolitik (Verringerung der Arbeitslosenzahl im ersten Jahr um 500.000, bis zur Vollbeschäfti-

gung am Ende der Legislaturperiode 1983) und der Lohnpolitik (Erhöhung des Mindestlohnes ab 1. April 1978 auf 2.400 Francs, etwa 1.100 DM). Die Befriedigung der elementaren Bedürfnisse nach Arbeit, ausreichendem Lohn usw. ist danach die Basis jeder weiteren Demokratisierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat. Die Kommunisten haben sich daher auch zum Sprecher jener 17 Millionen Franzosen gemacht, die nach ihrer Ansicht heute unterhalb der sozialen Armutsgrenze leben müssen. Auf der nationalen Konferenz am 7. und 8. Januar berichteten zahlreiche Vertreter aus allen Teilen des Landes, wie es, insbesondere seit den erfolgreichen Kommunalwahlen im März vergangenen Jahres gelungen ist, auf örtlicher und regionaler Ebene Bevölkerungsschichten, die bisher weitgehend vom öffentlichen Leben ausgeschlossen waren (Angelernte, Hilfsarbeiter, Rentner, Arbeitslose usw.), in gesellschaftliche und politische Aktivitäten um ihre eigenen Interessen einzubeziehen[21] Nur auf dem Weg einer realen und radikalen Demokratisierung der Gesellschaft können, nach Ansicht der Kommunisten, die zahlreichen Unterpriviligierten der französischen Gesellschaft von ihren teils passiven, teils illusionären Bewußtseinsformen und -inhalten befreit und an weitergehende, sozialistische Forderungen herangebracht werden, wie sie von dem aktiv-kämpfenden Teil der Arbeiterklasse in Frankreich schon bisher getragen wurden.

Nach Ansicht der Sozialisten ist diese Konzeption „produktivistisch" oder „kollektivistisch". Für Mitterand und die ihn beratenden Wirtschaftsspezialisten Attali und Rocard sind die Nationalisierungen vor allem ein Mittel zur Beschränkung privater Marktmacht, daher gelte es, sie auch tatsächlich auf die marktbeherrschenden Unternehmen zu beschränken; im übrigen blieben aber die Marktbeziehungen in warenproduzierenden Gesellschaften stets grundlegend, auch wenn es gelte, ihre charakteristischen spontanen Tendenzen zur Zyklizität und Strukturverzerrungen durch demokratische Planung zu korrigieren.

Im Gegensatz zu den Kommunisten legen die Sozialisten stärkeres Gewicht auf die indirekte, finanzielle Stimulierung der Produktion, daher heben sie die besondere Schlüsselfunktion des Banken- und Finanzsektors hervor, den es vor allem zu nationalisieren gelte. Charakteristisch für diese Konzeption ist daher auch Mitterands Vorschlag einer staatlichen Anleihe von 20 Milliarden Francs zur Investitonsfinanzierung und zur Finanzierung des Sozialprogramms einer Regierung der Linken. Freilich stieß dieses stark linkskeynesianistisch orientierte Wirtschaftsprogramm auf scharfe Kritik wegen seiner immanenten Inflationsgefahren. In jüngster Zeit bemühen sich daher Attali und Rocard[22] verstärkt um die „Aufrechterhaltung des finanziellen Gleichgewichts." Allerdings sehen die Kommunisten darin eine kaum verhüllte Annäherung an die Austeritätspolitik der Regierung (Plan Barre). Rocards heftige Polemik gegen die von den Kommunisten aufgrund der einheitlichen Forderung der Gewerkschaften CGT und CFDT im September geforderte Erhöhung des Mindestlohnes auf 2.400 Francs, wurde daher auch prompt vom Premierminister genüßlich zitiert, als François Mitterand Anfang des Jahres auf einer Pressekonferenz plötzlich die populäre Gewerkschaftsforderung auch in das sozialistische Sozialprogramm übernahm. Die Wirtschaftspolitik der Sozialisten ist daher bis zu einem gewissen Grade widersprüchlich, in ihrer Betonung des Finanzsektors (insbesondere der zu gründenden nationalen Investitionsbank) wirkt sie eher technokratisch, in der Rolle, die sie den Marktkräften beimißt, wirkt sie eher liberal. Freilich wurde diese Position der sozialistischen Mehrheitsfraktion bis zu Beginn des Wahlkampfes im Herbst noch heftig von der linken Minderheitsfraktion des CERES kritisiert. Im Gegensatz zur Mehrheit um Mitterand hat das CERES stets die strategische Bedeutung der Nationalisierungen betont[23]), wenngleich es nicht einen so engen Zusammenhang zwischen Nationalisierungen, Wachstums- und Industriepolitik, Sozialpolitik und Demokratisierung sieht wie die Kommunisten.

Es ist nach alledem offenbar, daß die Nationalisierungen für die Kommunisten das Schlüsselproblem für die Realisierung einer wirklich neuen Politik sind, die das Leben der arbeitenden Massen verändern kann und damit den Weg zu mehr Demokratie und Sozialismus eröffnet. Sie haben daher stets auf die Notwendigkeit der Überschreitung einer bestimmten „Mindestschwelle" hingewiesen — wie übrigens auch das CERES. 1972 hatten sie die Nationalisierung von 9 Industriegruppen und des Banken- und Finanzsektors als äußerste untere Grenze akzeptiert. 1977 forderten sie zunächst eine Erweiterung um die vier Gruppen der Stahlindustrie, die seit Jahren durch Milliardenbeträge des Staates finanziert werden und in der anhaltenden Stahlkrise dennoch tausende von Arbeitskräften auf die Straße setzten; um den Mineralölkonzern CFP und den Automobil-Konzern Peugeot-Citroen, die beide ebenfalls von wirtschaftsstrategischer Bedeutung sind und von staatlicher Finanzierung leben. In den „Aktualisierungsverhandlungen" haben sie schließlich auf die Einbeziehung der beiden letzten Konzerngruppen verzichtet, nicht jedoch auf die Stahlindustrie, deren Nationalisierung nicht zuletzt im Interesse von zehntausenden Stahlarbeitern absolut notwendig sei. Als jedoch die Verhandungsdelegation der Sozialisten nicht nur diese Nationalisierungen ablehnte, sondern auch den Begriff der „Industriegruppe" auf die Muttergesellschaft und die 100 % — 98 %igen Tochtergesellschaften beschränken wollte, entgegen der Nationalisierungspraxis der Jahre 1945/46, entgegen existierender Gesetzestexte und entgegen dem bisher bei Kommunisten, Sozialisten und selbst Radikalen[24] stets üblichen Sprachgebrauch, der sich auf die Mutter- und die mehrheitlichen (50 %igen) Tochtergesellschaften bezog, waren die Voraussetzungen für eine gemeinsame Politik von beiden Seiten nicht mehr gegeben.

Es ist offenkundig, daß die Hoffnungen, die Millionen Franzosen in die Einheit der Linken gesetzt hatten, durch das Scheitern der Verhandlungen im Frühherbst einen schweren Schlag erlitten haben. Dennoch ist der Wille zu einer grundlegenden Veränderung der Politik bei der Mehrheit der Franzosen noch nicht gebrochen. Im Januar ergaben die Meinungsumfragen für die Parteien der Linken 51 %, für die der Rechten 44 % und für die „Ökologisten" 5 %. Aus dieser Konstellation ergibt sich nach wie vor eine Dynamik, die nach der Wahl zu einer neuen Einigung der Linken drängen könnte. Allerdings kann heute auch nicht mehr ausgeschlossen werden, daß die Mehrheitssozialisten um Mitterand der „zentristischen Versuchung", wie es das linke CERES bezeichnet, erliegen und eine Koalition mit den Parteien der bisherigen „Majorité" unter Ausschluß der Gaullisten eingehen. Damit würde freilich eine ganz neue — oder alte, wenn man an

die IV. Republik denkt- Konstellation entstehen, deren Perspektive heute noch nicht absehbar ist, von der sich aber weder die sozialistischen Politiker noch ihre Anhänger auf lange Frist viel versprechen können. Schwedische oder deutsche Verhältnisse, von denen Mitterand oder Giscard träumen mögen, werden auf absehbare Zeit in Frankreich nicht möglich sein.

Fußnoten

1 „Die Welt" vom 9.1.1978
2 ebenda
3 ebenda
4 ebenda
5 „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) vom 10.1.1978. Titel des Leitartikels
6 ebenda
7 „L'Humanité" vom 9.1.1978
8 ebenda
9 ebenda
10 „FAZ" vom 8.1.1978
11 „L'Humanité" vom 9.1.1978
12 Vgl. „L'Humanité" vom 26.9.1977
13 Vgl. E. Gärtner, Zum Ergebnis der Gemeinderatswahlen in Frankreich, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 22. Jg., Heft 4/7, S. 396ff.
14 Vgl. „Le Monde" vom 6.4.1977
15 Vgl. „Das gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich, Herausgegeben und eingeleitet von Werner Goldschmidt, Köln 1972
16 Vgl. „L'Humanité vom 21.4.1977
17 Vgl. E. Gärtner, Die Aktualisierung des „Gemeinsamen Programms" und die Entwicklung der Linksunion in Frankreich, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 22. Jg., Heft 8/77, 981ff. hier insbesondere S. 982f.
18 Veröffentlicht in „L'Humanité" vom 26.9.1977. Wiederabgedruckt in: P. Juquin, Programme commun. L'actualisation à dossiers ouverts, Paris 1977, S. 65ff.
19 Zu den übrigen strittigen Punkten vgl. E. Gärtner, die Aktualisierung . . . a.a.O. und ders., Die Krise der französischen Linksunion, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 22. Jg., Heft 11/77, S. 1387ff.
20 Eine ausführliche Dokumentation über Nationalisierungen in Frankreich und die detaillierten Vorstellungen der Linksparteien findet man in „Le Monde. Dossiers et Documents", Le Dossier des Nationalisations. Paris, Novembre 1977
21 Vgl. „L'Humanité" vom 10.1.1978
22 Vgl. J. Attali, La nouvelle économie française, Paris 1977 und Parti socialiste, 89 réponses aux questions économiques, Paris 1977
23 Vgl. J. P. Chevènement, M. Charzat, Gh. Toutain, CERES — Strategie für den Sozialismus, Hamburg / Westberlin 1977, S. 75ff.
24 Vgl. stenograhisches Protokoll in P. Juquin, a.a.O., S. 72.

Robert Katzenstein

Union der Parteien und Union der Massen

Ein Beitrag zur Diskussion der politischen Lage in Frankreich

Wie immer die Wahlen ausgehen, welche Konstellationen sich auch momentan ergeben mögen, niemand kann daran zweifeln, daß die Linksunion in Frankreich auf der Tagesordnung steht und auf ihr bleiben wird. Der Zwang der Fakten, der sich in den Rissen äußert, die das ganze ökonomische, ideologische und politische Gebäude der kapitalistischen Staaten durchziehen, drängt auf die Verbindung der Kräfte, die den Prozeß gesellschaftlicher Umorientierung beginnenundvorantreiben.[1] Esfragtsichalso, wieso, bei der stürmischen Entwicklung zu einer Linksmehrheit in den letzten Jahren, bislang noch kein stabiles Wahl- und Regierungsbündnis der Linksparteien zustande gekommen ist oder, anders ausgedrückt, wessen es eigentlich noch bedarf, um eine Einigung der Linksparteien auf einer gemeinsamen Minimalbasis herbeizuführen.

Will man diese Frage beantworten, so muß man zunächst einmal von den Parteien selbst absehen. Sicherlich wäre es nicht schwer gewesen, die drei Parteien des linken Spektrums in Frankreich über einen Minimalkonsens zusammenzufassen und so bei den Wahlen eine regierungsfähige Mehrheit zu gewinnen. Ein solcher Konsens zwischen den Parteien nutzt aber nichts, wenn er nicht auf dem Konsens der Klassen und Schichten beruht, die die eigentliche tragende Kraft einer jedenBewegungsind,auchder Linksunion. Hier, auf dieser Ebene der Massenbewegungen, muß das Bündnis zementiert sein, wenn es zu einer materiellen Kraft werden soll, imstande, die sozialen Probleme der verbündeten Klassen zu lösen. Das Bündnis auf der parlamentarischen Ebene muß nach außen tragfähig sein und das heißt nicht nur, daß es breite Wahlmehrheiten finden muß, sondern es muß diese Mehrheiten auch orientieren und über die Lösung der anstehenden Probleme immer wieder neu orientieren und zusammenfassen könnnen.

Man sollte meinen, das sei eine klare Sache. Wenn es der Linksunion in Frankreich nicht gelingt, wenigstens die drängendsten Probleme aller verbündeten Kräfte zu lösen oder einer Lösung näher zu bringen, dann zerfällt die sie tragende Kraft wieder, weil ihre einzelnen Teile dann zwangsläufig dahin drängen, eigenständige Lösungen zu suchen. In bezug auf die französische Linksunion mag das noch hypothetisch klingen. Richten wir den Blick aber nach Italien, so zeigt sich das Problem schon in seinen ganzen Konsequenzen am Beispiel der Interessendifferenzen sogar innerhalb der Arbeiterklasse, zwischen den Lohnabhängigen in Lohn und Brot und jenen, die arbeitslos sind oder zu den verelendeten Schichten des Mezzogiorno gehören und die sich von der IKP bzw. von den Gewerkschaften nicht mehr so recht vertreten fühlten und sich in einer eigenen und sich schnell radikalisierenden Bewegung zu verselbständigen drohten. Für die einen war die Lösung der Probleme noch nicht unmittelbar eine Frage der Existenz, für die anderen aber ist sie es und sie können einfach nicht zuwarten. Auf diese Weise zersplittern die Kräfte und das Bündnis gerät in Gefahr zu zerfallen.

Auch in Frankreich hängt die Kraft der Massenbewegung davon ab, daß *jede* der verbündeten Klassen und Schichten die Bewegung *als Kraft zur Lösung auch ihrer Probleme* empfindet. Keine dieser Klassen darf sich zur Durchsetzung fremder Ziele, gar noch auf ihre Kosten, mißbraucht oder auch nur vernachlässigt fühlen, sonst wird das Bündnis geschwächt und an seiner schwächsten Stelle aufgebrochen. D.h. nicht, daß alle Probleme gleichzeitig gelöst werden müssen. Eine Regierung der Linksunion muß sich aber an den sozialen Problemen der werktätigen Klassen orientieren und hier sichtbare Fortschritte bringen können.

So klar sich die Umrisse zeigen, wenn man die Frage von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, so sehr scheinen sie zu verschwimmen, wenn der Wahlsieg greifbar nahe ist. Die Möglichkeit des Sieges vor Augen, wird man für Kompromisse im Programm geneigter, um durch ein möglichst breites Programmspektrum noch schwankende Wählerschichten an sich zu binden. Das gilt namentlich für Parteien, die den Mittelstand repräsentieren. Sie vergessen, daß ein auf diese Weise erzielter Sieg die Niederlage vorprogrammiert.

Um was für Probleme geht es? *Norbert Steinborn* legt in diesem Heft die sozialen Kernprobleme, um die es im gemeinsamen Programm der Linksunion geht, ganz konkret dar. Ich will hier den Inhalt dieses Artikels nicht vorweg nehmen, sondern mir geht es darum, einmal den Zusammenhang zwischen der Frage der Nationalisierungen — an der die Aktualisierung des Programms im Moment gescheitert ist[2] —, zum Gesamtprogramm von den oben entwickelten Gesichtspunkten aus herzustellen. Das Bündnis der Linksunion ist nämlich im parlamentarischen Bereich, also an der politischen Oberfläche, ebensowenig dauerhaft zu halten wie im außerparlamentarischen Bereich der eigentlichen Klassenbewegungen[3], also der gesellschaftlichen Kraftbasis, wenn solche Probleme wie die Erhöhung der Mindestlöhne, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung, der Alters-, Gesundheits-, Wohnungsversorgung usw., die im gemeinsamen Programm als brennend herausgestellt werden, nicht gelöst werden können. Das aber ist ohne die vorgesehene Nationalisierung der neun großen Konzerne, einschließlich ihrer Tochtergesellschaften, nicht zu leisten. Es sind ganz praktische Fragen, die sich hier ergeben.

Zunächst einmal geht es um die dazu notwendigen Mittel, das heißt um die Verfügungsgewalt des Staates über entsprechende Mehrwertteile.[4] Dabei handelt es sich nicht um Kleinigkeiten. Allein die Beseitigung der Arbeitslosigkeit macht z.B. schon eine weitgehende Umstrukturierung vieler Wirtschaftszweige notwendig. Das verschlingt erhebliche Kosten und daraus entstehen eine Fülle von Folgekosten, vom Aufbau von Alternativproduktionen für stillzulegende Betriebe bis hin zur sozialen Sicherstellung der betroffenen Arbeitskräfte in der Übergangsphase. Auch im Interesse der Zwischenschichten im Handels-, Dienstleistungsbereich usw. müssen solche Lösungen gefunden werden, denn auch sie werden durch solche Umstrukturierungen getroffen. Die notwendigen Mittel zur Lösung der sozialen Probleme aber sind nur auf zweierlei Weise zu beschaffen. Entweder durch den direkten Zugriff des Staates auf die Profite der Großkonzerne, also Nationalisierungen, oder über die Steuer; es gibt noch den dritten Weg

der Staatsverschuldung, die aber ihrerseits zwangsläufig ebenfalls wieder in zusätzliche steuerliche Belastung umschlägt.

Eine Regierung der Linksunion kann den Weg steuerlicher Belastung nicht beschreiten. Das hat nichts mit Moral zu tun, sondern es geht ganz einfach um die Frage, wer mit diesen Steuern belastet werden kann. Schöpft man die Mittel vom Großkapital ab, beschneidet man also seine Profite auf diese Weise, so heißt das, die Triebkraft der kapitalistischen Produktion lahmzulegen. Im Kapitalismus läuft nun einmal nichts ohne Profit und ihn in diesem notwendigen Umfange zu beschneiden, hieße die Wirtschaftskrise und damit die sozialen Probleme zu vertiefen. Die Regierung der Linksunion erwiese sich in den Augen der werktätigen Massen als unfähig zur Lösung der Probleme. De facto bliebe also bei steuerlicher Mobilisierung der Mittel nichts weiter übrig, als bestimmte Schichten der werktätigen Klassen mit höheren Steuern zu belegen. Ganz allgemein gesagt heißt das, die Kosten der kapitalistischen Krise auf die arbeitenden Klassen abzuwälzen. Konkret auf die Bündnispolitik bezogen aber heißt das auch, daß Teile der werktätigen Klassen und Schichten in besonderem Masse belastet werden und daß damit die Gefahr heraufbeschworen wird, daß sie aus dem Bündnis ausbrechen. Um ein Wort von Marx abzuwandeln: Für diese Teile führt sich die Regierung der Linksunion als Steuerexekutor ein /MARX, 44/. Natürlich geht es hier nicht nur um Steuern. Umverteilungen dieser Art können auch über die Staatsschuld, die Inflation etc. in Gang gesetzt werden. Anhand des Steuermechanismus wird das Problem aber ganz eindeutig, ohne jeden Schleier sichtbar. Wenn man den Artikel von *Nobert Steinborn* liest, wird einem auch klar, daß hier der Begriff des Steuerexekutors keineswegs zu dramatisch ist. Eine Regierung der Linksunion, die diesen Weg geht, muß zwangsläufig die Lebenslage bestimmter werktätiger Schichten noch über das Maß der kapitalistischen Krise hinaus verschlechtern, um die Mittel für die Lösung bestimmter sozialer Probleme einsetzen zu können. Mit sehr zweifelhaftem Erfolg übrigens, denn allein schon so vorzugehen, bedeutet sich in die Abhängigkeit der Großkonzerne zu begeben und die Mittel weitgehend über den Profitmechanismus und nicht direkt an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert einsetzen zu müssen.

Man denke hier nur an die sozial-liberale Koalition in der BRD, die ihrer sozialen und liberalen Zielstellungen wegen die letzten Wahlen gerade noch gewinnen konnte. Bis heute ist dieser soziale und liberale Besatz brüchig geworden. Übrig geblieben ist eine SPD-FDP-Koalition, die zu nichts anderem mehr in der Lage ist, als die Interessen des Großkapitals zu vertreten. Einfach aus dem Sachzwängen der unangetasteten monopolkapitalistischen Verhältnisse heraus. Es begann mit der Beschneidung der Reformprogramme und führte bis jetzt zur absoluten Verringerung des Realeinkommens, zunächst der Rentner, dann der Lohnabhängigen, es führte zur Beschneidung der gesundheitlichen Versorgung, der Arbeitslosenfürsorge und, über die aufklaffende Schere zwischen Sparzins und Inflation, inzwischen auch zum Zugriff auf die Spargelder der Bevölkerung. Auch Spaltungserscheinungen sind im Keim bereits festzustellen. Schon beginnen sich die Rentner von dieser Koalition verlassen zu fühlen und selbst innerhalb der Arbeiterschaft gelingt es den Großkonzernen Kräfte für Kernkraftwerke, gegen Umweltschutzbestimmungen, für Rüstungsproduktion und Rüstungsexport zu mobilisieren etc. und zwar in einem Maße, daß sogar die Gefahr am

Horizont sichtbar wird, daß auch die Gewerkschaften in mancher Hinsicht zeitweilig auf Unternehmerkurs gezwungen werden könnten wenn sich die ökonomische Krise schärfer entfaltet.

Kehren wir zur Linksunion in Frankreich zurück. Man braucht weder eine Zauberkugel noch den Kaffeesatz, um das „Rätsel" zu lösen, warum die FKP mit solch einer Hartnäckigkeit auf dem vollen Umfang der Nationalisierungen besteht. Sie tut dies weder, weil sie die Regierungsverantwortung scheut, noch weil sie den stürmischen Aufschwung und die Dominanz der SPF neidvoll fürchtet. Sie tut es, weil nur auf diese Weise die Mittel zur Lösung der sozialen Probleme beschafft und eingesetzt werden können, ohne in Abhängigkeit vom Großkapital zu geraten (auf weitere Gesichtspunkte komme ich unten noch zu sprechen) und ohne die Massenbasis der Linksunion zu zerstören. Sie vertritt ganz einfach die wohlverstandenen Interessen der Lohnabhängigen und der werktätigen Klassen und Schichten überhaupt und sie stützt sich dabei — bei aller Berücksichtigung der heute gegebenen Bedingungen — auf alte Erkenntnisse der Arbeiterbewegung über die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes.

In der Tat stoßen wir auf diese Zusammenhänge schon in allen Untersuchungen revolutionärer Bewegungen durch Marx und Engels, insbesondere auch in der Analyse der Klassenkämpfe in Frankreich von 1848 — 1850 durch Karl Marx. Ich ziehe gerade diese Arbeit von ihm heran, weil sie unmittelbar während und nach diesen Kämpfen geschrieben wurde und so die praktischen Erfahrungen des revolutionären Kampfes der Massen in ihrer ganzen Vielschichtigkeit erkennen läßt, und zwar gerade auch im Hinblick auf die uns hier interessierende Frage der Ausbildung und des Zerfalls von Klassenbündnissen, d.h. der Gestaltung von Kräfteverhältnissen in diesem Kampf. In gewisser Hinsicht ist es geradezu faszinierend, wie sich die Prozesse damals und heute gleichen; bei allen Besonderheiten, die sich z.B. daraus ergeben, daß damals die Masse der Bevölkerung noch aus einfachen Warenproduzenten, Handwerkern, Bauern usw. bestand und der Übergang zum Sozialismus objektiv noch garnicht möglich war, obgleich er, durch die Klassenkämpfe hervorgerufen, als Losung schon auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Damals ging es um die Lösung sozialer Probleme. Aber vom Grundproblem her gesehen, die Finanzaristokratie zu entmachten, ging es damals noch einfach um einen Eingriff in die Schuldverhältnisse. Solche Eingriffe berühren stets die Interessen der einen oder anderen Schicht, aber nicht die Grundlagen des Systems. Die Inflation in Deutschland Anfang der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts und die Währungsreform in der BRD 1948 beseitigten z.B., mehr oder minder drastisch, die Schuldforderungen der Gläubiger, aber sie hoben die Bedingungen der Reproduktion des *Kapitalverhältnisses* nicht auf. Die Inflationen, auch die gegenwärtigen, und die Währungsreformen in den kapitalistischen Metropolen des 20. Jahrhunderts trafen nicht die Eigentümer der „Sachwerte", der Produktionsmittel, sondern sie beseitigten die Forderungen und Sparguthaben des Mittelstandes und sie drücken auf den Reallohn der Arbeiter. Gleichgültig, ob sie spontan entstehen, als Auswirkung der Preissetzung monopolistischen Kapitals usw., oder bewußt, als Auswirkungen staatsmonopolistischer Maßnahmen, in Kauf genommen werden, sie mögen wohl Kapital vernichten, aber sie heben das Kapitalverhältnis nicht auf, d.h. sie orientieren sich stets an den Grundinteressen der herrschenden Klassen, und verletzen die der anderen. Dieser

Klassencharakter verbindet auch die Inflationen und Währungsreformen der heutigen Zeit mit den Maßnahmen der „Revolutions-"Regierung im Frankreich von 1848. Heute geht es ebenfalls um die Lösung der sozialen Probleme. Anders als damals aber setzt das, vom einzig möglichen Ansatzpunkt her, der Entmachtung der Finanzoligarchie, eben schon Nationalisierung der ökonomischen Zentren, d.h. Eingriffe in das Privateigentum an den Produktionsmitteln, voraus; es geht schon um Grundfragen des Überganges zu einer neuen gesellschaftlichen Ordnung der Dinge. Jedoch: Krise, Massenarbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und Zerrüttung der Staatsfinanzen kennzeichneten damals wie heute die wirtschaftliche Lage. Auch damals hatte sich aus der Bourgeoisie eine Schicht von Finanzaristokraten herausgehoben, die eng mit dem Staat verflochten war. Sie stützte ihre Macht nicht auf den Besitz der entscheidenden Produktionsgrundlagen, sondern powerte das ganze Volk über Schuldverhältnisse aus. Neben der Hypothek wurde namentlich die Staatsschuld zu einem Instrument der Ansaugung von Mehrwert. Qua staatlicher Steuergewalt konnte sie so Zins auch von jenen Schichten der Bevölkerung eintreiben, die als Eigentümer ihrer Produktionsmittel für ihre Saugnäpfe sonst nicht erreichbar waren. Diese Finanzaristokratie beförderte geradezu mit Macht das parasitäre Leben am Hofe Louis-Philipps, die unproduktiven Staatsausgaben usw. — wie heutzutage z.B. die Rüstungsmonopole — und zog daraus, über die Staatsschuld und die Spekulation, ihren Gewinn. Das wirtschaftliche Leben kam so nach und nach zu Erliegen. Der industriellen Bourgeoisie wurden Mittel und Triebkräfte der Akkumulation abgeschnitten, Kleinbürger und Bauern wurden an den Rand des Ruins gedrängt und die Arbeiterklasse durch Massenarbeitslosigkeit und Lohndruck an den Rand der Existenzfähigkeit überhaupt. Unter diesen Umständen formierte sich ganz naturwüchsig ein Bündnis aller dieser Klassen, das sich in der gemeinsamen Forderung nach der bürgerlichen Republik äußerte. Die ökonomischen Widersprüche äußerten sich als politische. Es ging gegen die Regierung und um die Schaffung eines politischen Rahmens, in dem alle Klassen ihre spezifischen Interessen nebeneinander geltend machen und zur Berücksichtigung bringen konnten. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, das war zunächst wieder zur Losung des Tages geworden. Natürlich war das eine Illusion, weil die Klassenwidersprüche blieben und die politischen folglich wieder zur Geltung kommen mußten. Schon die existenzielle Forderung der Arbeiterklasse nach Arbeit und höherem Lohn mußte den Gegensatz ihrer Interessen zu denen der Bourgeoisie ans Licht heben. Auch konnte niemand die Kleinbürger und Bauern vor den Folgen der Konzentration von Produktion Kapital schützen; ebensowenig wie es heute möglich ist, die hergebrachten Formen der Kleinproduktion oder des Kleinhandels zu bewahren. Aber das war damals auch noch nicht das Problem. Nicht die Konzentration der Produktion schnitt den Mittelklassen die Luft zum Atmen ab, sondern die Herrschaft der Finanzaristokratie. 1840 blieben den Bauern z.B. vom Nettoprodukt der Landwirtschaft in Höhe von 1700 Mio.frs nur knapp ein Drittel, d.h. 538 Mio.frs oder 25 frs pro Kopf der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Mehr als zwei Drittel wurden ihnen über den Zins, die Steuer, Gebühren usw. abgeknöpft /MARX,84/. Dieses Problem aber war zu lösen indem man die Saugnäpfe der Finanzaristokratie abschnitt und die alten Schulden einfach annullierte. Dadurch wäre dann zugleich die materielle Grundlage zur Mobilisierung jener Mittel

geschaffen worden, die zur Lösung der anderen sozialen Probleme notwendig waren. Die Annullierung zumindest der Staatsschuld war also das Gebot der Stunde um der Entwicklung neuen Schwung zu verleihen. Sie unterblieb und sie unterblieb nicht ohne Grund.

Es lohnt, den Ursachen für dieses Unterbleiben nachzugehen, weil man dann darauf stößt, daß ein Staat in seinen Handlungen *immer* bestimmten Klasseninteressen folgen muß. Die Frage der relativen Selbständigkeit des Staates wird hier angeschnitten, die ja durchaus gegeben ist wenn der Kampf der Klassen zu einem gewissen Gleichgewicht im Verhältnis ihrer Kräfte geführt hat. Unter solchen Bedingungen steht dem Staat der Weg offen, sich für die eine oder die andere Klasse zu entscheiden (ich setze hier voraus, daß es sich um einen Staat handelt, der selbst schon einer tiefgreifenden Massenbewegung entspringt, wie jener der Februarrevolution 1848). Aber wenn die Entscheidung gefallen ist, dann ist er in die Konsequenzen des Handelns *gezwungen,* dann muß er entweder die Interessen der ökonomisch noch herrschenden *oder* die der werktätigen Klassen vertreten. Das mag, bei einem bürgerlichen Staat, zeitweilig hinter einem Schleier sozialer Maßnahmen verschwimmen, es tritt aber sofort wieder hervor, sobald der ökonomische Spielraum für solche Maßnahmen sich verengt. Auch damals, in der neuen französischen Republik, hatte der Staat in gewissen Sinne eine solche Entscheidungsmöglichkeit. Die Finanzaristokratie war gestürzt und die Massen waren in revolutionärer Bewegung, mit ihnen hätte sich alles durchsetzen lassen. Aber gerade weil die Massen sich in revolutionärer Bewegung befanden und weil die Arbeiterklasse die entscheidende Kraft dieser Bewegung war, brach die industrielle Bourgeoisie aus dieser Front aus. Sie bekam selbst Angst vor dieser Bewegung und diese Angst der tausenden von Fabrikanten und Unternehmern aller Art in Frankreich ließ den Kredit verfallen und die Produktion stocken. Für diese tausende von Unternehmern war die bürgerlich beherrschte provisorische Regierung allein noch keine Kraft, die Vertrauen schuf; für sie blieb die politische Lage unsicher. Der bürgerliche Staat mußte sich *als bürgerlicher* Staat *erweisen* und *er mußte die Kraft zur Zügelung der revolutionären Massenbewegung vorweisen,* ehe die bürgerliche Produktion wieder in Schwung kommen konnte. Wenn der Staat sich aber erst einmal an den Bedürfnissen der Bourgeoisie orientiert — ich spreche so allgemein, weil ich dabei immer nicht nur die bürgerliche Regierung jener Zeit, sondern auch solche wie die der Soares-Partei im Portugal von heute im Auge habe —, dann muß er auch alle Kräfte sammeln, muß er das Bündnis schmieden, auf das er sich orientiert hat. Es bleibt ihm nichts anderes übrig, wenn er nicht Schiffbruch erleiden will. Die industrielle Bourgeoisie brauchte 1848 die Finanzaristokratie als Verbündeten, wenn sie die Revolution eindämmen wollte. Deshalb unterblieb die Anullierung der Schulden. Genau wie die Soares-Regierung heute nationalisierte Betriebe und enteigneten Grundbesitz an die ehemaligen Eigentümer zurückgibt, um sich als Sachwalter ihrer Interessen auszuweisen, genauso wies sich damals die provisorische Regierung durch die vorzeitige Auszahlung der Zinsen auf die Staatsschuld als Sachwalter der bürgerlichen Interessen aus /MARX, 23/. Damit aber wurde eine Kette von Ursachen und Wirkungen in Gang gesetzt, die in der faktischen Erneuerung der Herrschaft der Finanzaristokratie mündete. Eine dieser Folgen war die Spaltung des Bündnisses der werktätigen Klassen.

Um das zu begreifen, muß man es wieder von der Entfaltung der revolutionären Bewegung aus betrachten. In Paris waren die Arbeiter konzentriert. Sie waren die konsequenteste Kraft der Revolution, drängten sie vorwärts; sie beherrschten Paris und wer Paris beherrschte, der beherrschte Frankreich. Für sie ging es um die nackte Existenz und um sie auch nur ein wenig zu beschwichtigen, sie etwas geduldiger mit dem Marsch der Revolution zu stimmen, mußte der Staat Nationalateliers gründen, d.h. öffentliche Arbeiten zur Milderung der Arbeitslosigkeit ansetzen.

Die anderen werktätigen Klassen warteten ab. So wie die Dinge lagen, wagte es kein Gläubiger, Schulden mit Gewalt einzutreiben. Sie konnten aufatmen. Die Revolution schien gesiegt zu haben und die Verständigung über die gemeinsamen Interessen schien in der Luft zu liegen. Nur die Arbeiter, der „Pöbel", drängten weiter; mit den öffentlichen Arbeiten vermochten sie weder zu leben noch zu sterben. Der Staat aber war mit seiner Beschwichtigung der Finanzaristokratie noch tiefer in die Finanzklemme geraten. Ihm blieb also garnichts anderes übrig, als sich das fehlende Geld dort zu holen, wo es noch zu finden war und wo er es holen konnte, ohne die bürgerlichen Kreise zu stören: bei den Kleinbürgern und allen jenen, die sich einen Spargroschen hatten zurücklegen können: die Sparguthaben wurden, bis auf einem geringen Betrag, in eine staatliche Zwangsanleihe verwandelt. Mußte das nicht für alle jene, die auf einen Zins vertrauten — und nicht nur die großen Staatsgläubiger, sondern auch die kleinen Sparer gehärten dazu —, ganz so erscheinen, als hätten sie für die Früchte zu zahlen, die die Arbeiterklasse aus der Revolution zog, für das Leben der „arbeitsscheuen Nichtsnutze" in den Nationalateliers und in der Mobilgarde, der Armee, die sich die Bourgeoisie inzwischen auch schon geschaffen hatte, um sich der Arbeiter erwehren zu können und die alle, auch die Arbeiter selbst, für die bewaffnete Kraft des Proletariats hielten, weil sie das Lumpenproletariat darin enrolliert hatte? So kam es, daß sich die Kleinbürger, unter kräftigem Beistand der Massenmedien, gegen die Arbeiter, die „Kommunisten", fanatisierten. Gemeinsam mit der Bourgeoisie schlugen sie die Bewegung der Arbeiter blutig nieder. Ihre Lage verbesserten sie dadurch freilich nicht. Im Gegenteil! Die Kleinbürger beraubten sich so nur des einzigen Verbündeten, der sie bisher vor dem Gerichtsvollzieher bewahrt hatte. Jetzt wurden die Schulden gnadenlos eingetrieben. Massenweise Bankrotte folgten und wer nicht bankrott ging, der wurde mit neuen Steuern belastet /MARX, 26ff., 37f./. Dies war ein Schritt im Erfahrungsprozess der werktätigen Klassen, den sie durchlaufen mußten, ehe sie echte von falschen Verbündeten unterscheiden lernten. Es war nicht ihr letzter Schritt.

Die neue Republik hatte den werktätigen Klassen nichts gebracht, also wandten sie sich schließlich gegen die Republik. Bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember 1848 zogen die Bauern schon mit der Parole auf die Wahlstatt „Nieder mit der Republik, es lebe der Kaiser" und die übrigen Klassen folgen der Losung /MARX, 44f./. Natürlich war es die Republik der *Reichen,* die sie niederstimmen wollten, aber de facto war es ein Schritt auf dem Wege der politischen Restauration der Herrschaft der Finanzaristokratie /MARX, 39ff., 44f./.

Man fragt sich unwillkürlich, ob es mehr als ein gradueller Unterschied ist, wenn die Bourgeoisie damals die unsichere Lage der Kleinbürger gegen die Bewegung der Arbeiter und wenn die Monopolbourgeoisie heute die Arbeitslosigkeit und die Unsicher-

heit der Arbeitsplätze zu Spaltungsversuchen gegen die Arbeiterklasse selbst und gegen ihre Organisationen ausnutzt, wenn sie die Inflation und die Krise benutzt, um die verschiedenen werktätigen Schichten der Bevölkerung gegen die Tarifpolitik der Gewerkschaften zu mobilisieren usw. Und wenn es mehr als ein gradueller Unterschied ist, so genügt es doch keinesfalls, wie es hierzulande häufig geschieht, nur einen Unterschied hypothetisch zu postulieren, ohne ihn auf seine Bedeutung hin exakt zu untersuchen. Man kann vom Grad des Klassenbewußtseins und den Bedingungen und Prozessen seiner Ausbildung wie auch von seiner Bedeutung für die Gestaltung der Kräfteverhältnisse auch dann nicht absehen, wenn die Arbeiterklasse die Mehrheit der Bevölkerung bildet und zunehmende Teile der Mittelschichten lohnabhängig sind. Man darf diese Prozesse auch nicht mißachten. Sonst kann es schnell passieren, daß eine im Grunde leicht erreichbare Regierung der Linksunion sehr schnell genauso in die Acht gerät wie seinerzeit die Republik. Ist die Entwicklung erst einmal bis zu dem Punkte gediehen, an dem das — eine Regierung der Linksunion tragende —, Klassenbündnis unstabil wird, dann ist bestenfalls eine Krisenspirale wie in England die Folge, bei zwischen Konservativ und Labour wechselnden Regierungsverhältnissen, schlimmstenfalls aber auch eine blutige Stabilisierung der Herrschaft der Finanzoligarchie.

Wenn eine Klassengesellschaft erst einmal in Gärung geraten ist, aus der sich revolutionäre Situationen aufbauen, dann entwickeln solche revolutionären Bewegungen Eigengesetzmäßigkeiten. Die industrielle Bourgeoisie im Frankreich von 1848 hatte ursprüngich keineswegs die Absicht, sich wieder der Macht der Finanzaristokratie auszuliefern. Mit der wachsenden Staatsverschuldung einerseits und der zunehmenden revolutionären Gärung der Massen andererseits, aber legte sie sich selbst den Strick um den Hals, der sie bedingungslos an die Finanzaristokratie band. Andererseits haben gerade die Maßnahmen, mit denen sich die industrielle Bourgeoisie der Unterstützung der Finanzaristokratie versicherte, die Lage der werktätigen Klassen verschlechtert. Kleinbürger und Bauern machten einen weiteren Erfahrungsprozeß durch. „Das Proletariat einstweilen von der Bühne beseitigt, die Bourgeoisdiktatur offiziell anerkannt, mußten die mittleren Schichten. . . , in dem Masse als ihre Lage unerträglicher und ihr Gegensatz gegen die Bourgeoisie schroffer wurde, mehr und mehr sich an das Proletariat anschliessen. Wie früher in seinem Aufschwunge, mußten sie jetzt in seiner Niederlage den Grund ihrer Misere finden“ /MARX, 33/. Und in der Tat, nach und nach gruppierten sich die ganzen Mittelstände, von der offiziellen Republik als Gegner behandelt und in offenen Gegensatz zu ihr getrieben, um das Proletariat als der entscheidenden revolutionären Macht /MARX, 87ff/.

Wichtig aber in diesem Prozeß — und hier finden wir wieder den Anschluß an die Frage der Linksunion in Frankreich und der Aktualisierung ihres Programms -, war es eben, daß sich die verschiedenen bürgerlichen Koalitionen auf der politischen Bühne nacheinander verschleißen mußten, ehe der Schleier fiel, der die Gemeinsamkeit der objektiven Interessen aller werktätigen Klassen und Schichten vor ihren Augen verbarg. Sie mußten erst am eigenen Leibe *erfahren,* daß sie von der *bürgerlichen* Republik, als dem politische Instrument der Bourgeoisie, keine Lösung ihrer Probleme erwarten konnten. Es war ihnen *bewußt* geworden, daß sie dazu eine andere Republik, eine Republik der Volksmehrheit, eine *Volksrepublik* brauchten. Nur war es dann schon zu

spät, sie waren inzwischen ihrer Waffen beraubt.

Es liegt also — später noch durch die Erfahrungen der Pariser Kommune usw. bereichert, auf die ich hier nicht eingehe[5], — ein beträchtlicher Erfahrungs- und Erkenntnisschatz über die Bedingungen revolutionärer Prozesse vor, aus deren Zusammenspiel sich deren Gesetzmäßigkeiten ergeben. Gesetzmäßigkeiten kann man nutzen, wenn man sich ihrer und der Bedingungen, die sie hervorbringen, bewußt ist. Einige Schlußfolgerungen können wie hier schon ziehen: Kein Wahlsieg, sei er auch noch so überwältigend, und nicht einmal eine bis zum revolutionären Sturz der alten politischen Herrschaft getriebene Volksbewegung, kann die politische Macht der werktätigen Volksmehrheit garantieren, wenn nicht gleichzeitig die objektiven Bedingungen hergestellt werden, die notwendig sind, um die unmittelbaren Probleme der in dieser Bewegung vereinten Klassen und Schichten zu lösen. Auch eine Regierung der Linksunion wird an ihren Taten gemessen. Sie muß also die materiellen Grundlagen sichern, die es ihr erlauben, eine an den Bedürfnissen der werktätigen Massen orientierte Politik zu betreiben. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, konnte die FKP in bezug auf die Nationalisierungen keine weiteren Kompromisse eingehen. Hier sind dafür einfach objektive Grenzen gezogen.

Karl Marx schreibt an anderer Stelle: „Die französische Gesellschaft hat während der Jahre 1848—1851 die Studien und Erfahrungen nachgeholt, . . . die bei regelmäßiger, sozusagen schulgerechter Entwicklung der Februarrevoluton hätten vorhergehen müssen, sollte sie mehr als eine Erschütterung der Oberfläche sein.“[6] Eigenständige Erfahrungen der Massen sind notwendig und unvermeidlich für solch eine schulgerechte Entwicklung, weil erst in ihnen und durch sie lebendiges Klassen*bewußtsein* heranreift. Wenn man die Gesellschaft langsam und in friedlichen Bahnen entsprechend den Bedürfnissen der Massen umrichten wil, dann muß man in erster Linie verhindern können, daß Elemente in den Ablauf dieses Prozesses eingebracht werden können, die diesen Erfahrungsprozeß abbiegen und die Bewegung in ihren völlig spontanen Verlauf zurückschleudern können. Ohnehin wird es schwer genug sei, Spontaneitäten und Eigengesetzlichkeiten solcher Bewegungen ausschließen zu können.

Die zweite Frage von Gewicht, in bezug auf die Nationalisierungen, ist die der Desorganisation und auch die der Neustrukturierung der Wirtschaft. Hier sind zwei Gesichtspunkte von Gewicht.

Erstens beschwören Schritte einer Regierung, die sich an den Bedürfnissen der Werktätigen und nicht an denen des Kapitals orientiert, zunächst immer die Gefahr einer Desorganisation der Wirtschaft herauf. Auch dies ist keine neue Erscheinung. Schon 1848 steigerte die revolutionäre Krise die kommerzielle /MARX, 23/. Das war ja ein wesentlicher Grund für die „vertrauensbildenden“ Maßnahmen der provisorischen Regierung. Das ist auch eine sich stets wiederholende Erscheinung, die wir auch heute überall dort beobachten können, wo die Massen in Bewegung geraten sind und die bestehenden politischen Machtverhältnisse bedrohen. Ein Wunder ist das nicht. Nationalisierungen als Zielstellung und Ergebnis revolutionärer Massenbewegungen, auch wenn sie begrenzt sind, erschüttern nun einmal das Vertrauen der Unternehmer in die Unantastbarkeit der bürgerlichen Ordnung der Dinge. Börsenkrisen und Kapitalflucht aus solchen Ländern wie Frankreich und Italien sind daher unter den heutigen Bedin-

gungen geradezu Gradmesser für die Unsicherheit und die Schwäche der Bourgeoisie; sie vertraut nicht einmal mehr so recht ihrer eigenen inneren und äußeren Kraft, um solcher Bewegungen Herr zu werden. Unter diesen Umständen Großkonzerne nur teilweise zu enteignen und sie im Besitze ihrer Tochtergesellschaften zu lassen, hieße ihnen auch noch die Wege zur Kapitalflucht zu öffnen. Spontane Prozesse der Desorganisaton der Wirtschaft wären die unvermeidliche Folge. Es bedeutet zugleich aber auch, ihnen das Tor zur bewußten Desorganisaton der Produktion offen zu halten. Bei der heutige wirtschaftlichen Verflechtung werden ganze Bereiche arg in Mitleidenschaft gezogen, wenn auch nur Teilproduktionen ausfallen oder sich nicht termingerecht in den Fluß der Gesamtproduktion einordnen. Versorgungsschwierigkeiten der Produktion und des Marktes wären die Folge, mit entsprechenden Konsequenzen für Einkommen und Versorgung der werktätigen Bevölkerung; auch hieran aber wird eine Regierung der Linksunion gemessen.

Zum anderen ist eine Neustrukturierung der gesellschaftlichen Produktions- und Verflechtungsbeziehungen, die eine wesentliche Voraussetzung für die Lösung struktureller und regionaler Krisen ist, garnicht möglich, ohne die eigentumsmäßigen Kapitalverflechtungen aufzubrechen. Das spielt überall eine große Rolle, der für uns hierzulande größeren Anschaulichkeit wegen, wähle ich aber ein Beispiel aus der BRD. Es ist doch völlig unnatürlich, wenn ein Stahlkonzern wie die Kloeckner AG in Bremen Schiffsbleche produziert, sie aber an die Werften in diesem Raum nicht verkaufen kann, weil diese eigentummäßig in andere Konzernstrukturen eingebunden sind. Von den Bedürfnissen der Bevölkerung aus gesehen, ist ein solcher Zustand vollends untragbar, wenn man bedenkt, daß die Entwicklung Bremens wesentlich von der des Kloeckner-Werkes beeinflußt wird, dieses sich aber, wegen seiner regional isolierten Lage, seit Jahren in einer schleichenden Krise befindet.[7]

Ich habe hier bei weitem nicht alle Probleme umrissen, die sich für eine Regierung der Linksunion in Frankreich ergeben. Man sieht aber schon, daß in dem gemeinsamen Programm, so wie es ursprünglich erarbeitet wurde, wirklich eines ins andere greift und daß ein Mindestmaß an *Konsequenz* in bezug auf die Lösung der sozialen Probleme und die Schaffung der objektiv notwendigen Grundlagen dafür, erreicht werden muß, wenn man die gesellschaftliche Kraftbasis herstellen und dauerhaft gestalten will, die allein diesen Prozeß der sozialen Emanzipation der werktätigen Klassen vorantreiben und absichern kann. Hier wird letztendlich über die Formen der Klassenkämpfe und über die politischen Formen entschieden, in denen sich die Neugestaltung der gesellschaftlichen Ordnung vollzieht.

Fußnoten

1 Geradezu beispielhaft zeigt sich die Widersprüchlichkeit aber auch Konsequenz solcher Prozesse anhand der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich; vgl. Lendemains, Heft 7/8 1977, Westberlin

2 Vgl. Edgar Gärtner, Die Krise der französischen Linksunion, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11/1977

3 Karin Priester spricht diese Frage an, vgl. Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, Heft 5/1977, S. 27

4 Vgl. Die Wahrheit, Westberlin, vom 16.11.1977

5 Vgl. dazu a. Werner Goldschmidt, Sozialismus und Demokratie, in: SOPO, Heft 42/1977, s. 105

6 Karl Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, MEW 8, S. 118

7 Vgl. dazu Dieter Läpple u.a., Regionaluntersuchung Bremens, Gutachten, 1976.

Literatur:

Marx, K., Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 — 1850, in: MEW 7, S. 9—107, Dietz Verlag Berlin/DDR, 1960

Nobert Steinborn

Zum gemeinsamen Programm der Linken

Probleme der sozialökonomischen Krise in Frankreich

Dieser Artikel ist bereits im August 1977 geschrieben und berücksichtigt folglich nicht den vorläufigen Abbruch der Verhandlungen um die Aktualisierung des Gemeinsamen Programms der Linksunion, sondern bemüht sich um die konkrete Darlegung der sozialen Kernprobleme, um die es in diesem Programm geht.

Das Programm der Linken geht von einer doppelten Zielbestimmung aus: Zum einen soll es unmittelbar aktuelle soziale Bedürfnisse befriedigen und zum anderen durch die Einleitung antimonopolistischer, demokratischer Strukturreformen optimale Bedingungen für den Übergang zum Sozialismus schaffen. Während das Nationalisierungskonzept der Volksunion in der Bundesrepublik und in Westberlin zum Anlaß der verschiedensten Spekulationen, politischen Befürchtungen und auch Hoffnungen genommen wird, stehen die sozialpolitischen Programmteile, die in Frankreich selbst in einem nicht geringen Maße die Massenresonanz des Gemeinsamen Regierungsprogramms begründen, hierzulande weitgehend außerhalb der Diskussion. Erst vor dem Hintergrund der realen sozialen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse in Frankreich, die bei einem Vergleich mit der BRD doch ganz erhebliche Unterschiede und Sonderentwicklungen aufweisen, werden aber die nach rascher Erfüllung drängenden materiellen Grundbedürfnisse der arbeitenden Klassen und ihr Vertrauen in das Programm verständlich.

Einkommens- und Vermögenssituation

Kein anderes Land in Europa — nicht einmal Spanien, das trotz 40 Jahren Faschismus erst auf dem zweiten Platz folgt — weist solche Einkommens- und Vermögensunterschiede auf wie Frankreich. Erst eine jüngste Studie der OECD und eine detaillierte Analyse des französischen Magazins „Le Nouvel Observateur" haben die krasse Ungleichheit der Besitzverhältnisse erneut bestätigt und Frankreich die „Goldmedaille" auf diesem Felde in Europa zugesprochen.[1] Für die Kluft zwischen den Spitzen- und Niedrigstverdienern wird in den genannten Untersuchungen ein Koeffizient von 76 angegeben, während er vergleichsweise in Großbritannien bei 15, in der BRD bei 20 und in den USA bei 29 liegt. In Frankreich verteilt sich der geringste Anteil, nämlich 4,2 % des Gesamteinkommens auf 20 % der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen, während andererseits die Hauptmasse, nämlich 47,1 % auf die nur 20 % am besten verdienenden Bevölkerungsgruppen entfällt. Von der Gesamtbevölkerung besitzt somit ein Fünftel 11,2 mal mehr als der am schlechtesten gestellte Teil am unteren Ende der Einkommensskala![2]

Diese enormen Einkommensunterschiede wären vielleicht weniger spürbar, wenn das Durchschnittseinkommen der untersten sozialen Schichten wesentlich über dem Existenzminimum liegen würde. Von diesem Zustand ist man jedoch weit entfernt. Selbst nach offiziellen Angaben lag 1975 das Einkommen von mehr als 11 Millionen, d.h.

von etwa 20 % aller Franzosen deutlich unter dem des Durchschnitts.[3] Schätzungsweise mindestens 5—6 Millionen davon verfügen nicht einmal über ein Mindesteinkommen von 1000 F (490 Mark), das von der offiziellen Sozialstatistik als Existenzminimum betrachtet wird.[4] Auch nichtmarxistische Sozialwissenschaftler wie Udo Kempf, Henry Ehrmann oder Klaus Hänsch müssen angesichts des vorliegenden Zahlenwerks konzedieren, daß in Frankreich eine Umverteilung des Bruttosozialproduktes und eine Verringerung der Einkommensschere in den vergangenen 25 Jahren nicht stattgefunden hat, im Gegenteil, so beispielsweise Kempf, „die Reichen seien nicht nur reicher, sondern auch um ein Vielfaches reicher geworden".[5] Trotz eines erheblichen Wachstums des gesellschaftlichen Reichtums im Frankreich der Nachkriegszeit verdienen von den rund 14 Millionen Arbeitnehmern in Industrie und Handel gegenwärtig 53 % weniger als 1800 F im Monat, was etwa 880 Mark entspricht.[6] Obwohl sich zweifellos der Lebensstandard der meisten Arbeiter in der 5. Republik absolut verbessert hat, liegen dennoch heute die Reallöhne der französischen Arbeiter im Durchschnitt um 25—30 % unter dem Niveau in der Bundesrepublik.[7]

Die Vermögensverteilung kann gleichermaßen nur als extrem unsozial bezeichnet werden; 5 % der Bevölkerung verfügen über nicht weniger als 40 % des Vermögens, während die nächsten 10 % weitere 30 % unter sich aufteilen. Mit den restlichen 30 % des nationalen Gesamtvermögens müssen sich schließlich 86 % aller Franzosen bescheiden.[8]

Den vereinigten Linksparteien ist natürlich mehr oder weniger klar, daß eine Überwindung dieser kapitalistischen Einkommens- und Besitzstrukturen nur in einem langfristigen Prozeß der gesamtgesellschaftlichen Umgestaltung möglich ist. Ihr primäres Anliegen nach der Regierungsübernahme wird es deshalb erst einmal sein, die Kaufkraft der Werktätigen durch eine beträchtliche Anhebung der Löhne und Gehälter — insbesondere die niedrigsten Löhne und die Einkommen für Schwerarbeiter — zu erhöhen.[9] Jüngsten Äußerungen von Marchais zufolge wird der SMIG, der gesetzlich fixierte industrielle Mindestlohn, von der Volksunion auf 1800—2000 F (890—980 DM) festgelegt.

Arbeitszeit

Zu den Sofortmaßnahmen der Volksunion wird es gehören, die tatsächliche Arbeitszeit für alle Lohn- und Gehaltsempfänger bei vollen Bezügen auf 40 Wochenstunden herabzusetzen. Obwohl sich die französischen Arbeiter bereits in den Mai-Streiks des Jahres 1936 und mit Unterstützung der Volksfrontregierung unter Lêon Blum als erste Arbeiterbewegung der Welt die gesetzliche 40-Stundenwoche erkämpft hatten[10], entwickelte sich Frankreich besonders in der Nachkriegszeit unter dem Druck der Patrons zu einem Land mit den durchschnittlich längsten Arbeitszeiten im Rahmen der EG. Bis zu den Maiunruhen 1968 lag die wöchentliche Arbeitszeit in der gesamten Industrie Frankreich noch bei rund 47 Stunden (BRD damals bereits: 42,5 Stunden) und selbst 1973 leisteten die Arbeiter nach offiziellen Angaben noch über 44 Wochenstunden.[1] Heute beträgt die Arbeitszeit 42 bis 43 Stunden, so daß die von der Volksunion angekündigte Wiedereinführung der 40-Stundenwoche für französische Verhältnisse zweifellos immer noch einen spürbaren sozialpolitischen Fortschritt bedeuten würde.

Steuergesetzgebung

Die französische Bourgeoisie kann sich rühmen, gewiß das reaktionärste Steuersystem geschaffen zu haben, das heute in ganz Europa existiert. In keinem anderen vergleichbaren Land ist der Anteil an indirekten, d.h. preistreibenden und vornehmlich die einkommensschwächeren Schichten belastenden Steuern so hoch wie in Frankreich: Bereits 1970 belief er sich bei steigender Tendenz auf fast 68 % des gesamten Steuereinkommens.[12] Die wichtigste Einnahmequelle für den französischen Staat ist die Mehrwertsteuer (Taxe à Valeur Ajoutée), mit variablen Steuersätzen bis zu 25 %. Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände des täglichen Bedarfs werden relativ hoch, in der Regel mit 15 bis 19 % T.V.A., belastet.

Bei den direkten Steuern, die in Frankreich nur etwa 20 % aller Steuereinnahmen ausmachen, sind die Progressionsstufen bis zu einem Jahresverdienst von 100 000 F (48 000 Mark) minimal.[13] Von offiziellen staatlichen Stellen wird durchaus zugegeben, daß unabhängig von Steuerhinterziehung (die französischen Quellen zufolge von mehr als einem Drittel der Steuerpflichtigen praktiziert wird) durch die Nutzung von Schlupflöchern sowie gesetzlicher Ausnahmebestimmungen mindestens 56 der Betriebe und 77 % der Einkommen im landwirtschaftlichen Sektor völlig steuerfrei bleiben. Entfielen noch 1965 44 % der Erträge aus der Einkommenssteuer auf Industrielle, Handwerker, freie Berufe, Groß- und Einzelhändler, so waren es 1972 nur noch 35 %.[14] Demgegenüber hat die den Werktätigen auferlegte Steuerlast seit 1958 fast das Vierfache erreicht.[15]

Das „Steuerparadies" Frankreich kennt darüber hinaus weder eine Vermögens- noch eine Kapitalgewinnsteuer. Kapitalgewinne werden nur in Ausnahmefällen besteuert, wobei der dann fällige Steuersatz völlig legal von 50 auf 10 % heruntergeschraubt werden kann. Selbst die extrem niedrige Erbschaftssteuer ist mit Leichtigkeit zu umgehen. Die lapidare Bemerkung von Hänsch, daß „das französische Steuersystem in der Praxis stark degressiv wirkt", mutet angesichts dieser skrupellosen Steuerbegünstigung der Besitzenden doch wohl reichlich problemverschleiernd an.[16]

Im Programm der Volksunion wird daher auch eine umfassende demokratische Steuerreform gefordert, die eine gerechtere Umverteilung der Steuerlasten gewährleisten und gleichzeitig zur Realisierung der staatlichen Planvorhaben beitragen soll. Sowohl bei den nationalisierten als auch bei den privaten Unternehmen sollen die Steuerabzüge heraufgesetzt werden, gleichermaßen ist mit einer Anhebung der Steuerprogression bei höheren Einkommen zu rechnen. Die von der arbeitenden Bevölkerung getragene Steuerlast soll, insbesondere bei den unteren Einkommen, erleichtert werden. Vorrangig wird daran gedacht, sofort nach der Regierungsübernahme eine Aufhebung der Mehrwertsteuer für lebensnotwendige Güter des täglichen Bedarfs zu verfügen.[17]

Arbeitslosenunterstützung

Vertraut man den bürgerlichen Massenmedien hierzulande, so herrschen seit November 1974 in Frankreich geradezu schlaraffenähnliche Zustände für die inoffiziell mehr als 1,5 Millionen Arbeitslosen, da — so heißt es — durch ein Abkommen zwischen den Gewerkschaften und dem Unternehmerverband CNPF (Conseil National du Patronat

Français) gesichert worden sei, daß bei Verlust des Arbeitsplatzes ein Jahr lang 90 % des Bruttolohnes weitergezahlt würden. In der Tat wäre dies eine unter kapitalistischen Bedingungen relativ akzeptable Regelung, wenn nicht das Abkommen einige Fallstricke enthielte, die es in der Konsequenz pervertieren. So wird die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung beispielsweise von einer Entlassung „aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten" abhängig gemacht. Der fatale Effekt dieser Einschränkungen ist bereits im vergangenen Jahr von „Le Monde" eindrucksvoll beschrieben worden: Danach erhalten in Frankreich 50 % der gemeldeten Arbeitslosen keinerlei Unterstützung, 40 % bekommen lediglich 10—35 % ihres bisherigen Lohns und nur jeder zehnte Arbeitslose kann sich glücklich schätzen, von der gepriesene Neuregelung einer 90%igen Lohnfortzahlung überhaupt erfaßt zu werden.[18] Der Durchschnittspatron vermeidet nach Möglichkeit die Entlassung „aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten", da er die Zahlung eines hohen Arbeitslosengeldes mitzufinanzieren hat.

Die Linksparteien haben deshalb bereits angekündigt, daß sie auf eine Neufassung des geschlossenen Abkommens ohne hintergründige Auflagen und Beschränkungen hinwirken werden, um jedem Arbeitslosen auch tatsächlich 90 % des Bruttolohnes zu garantieren.

Alterssicherung

Die weitgehend ungesicherte Existenz der überwiegenden Mehrheit der Arbeitslosen wird jedoch in Frankreich noch durch die nur elend zu nennende materielle Situation der 6,6 Millionen Rentner übertroffen, die in der Armutsskala des Landes weit oben rangieren. Etwa die Hälfte von ihnen verfügt gegenwärtig nicht einmal über ein monatliches Einkommen von 900 F (440 Mark). Selbst bürgerliche Autoren wundern sich: Wie „bei einem solchen Einkommen diese Bevölkerungsgruppe überleben solle", gehöre zu den „zahlreichen Rätseln französischer Sozialpolitik"[19]

Im Programm der Union populaire wird deshalb eine allgemeine Anhebung der Renten und Pensionen in kürzester Frist auf 75 % des Durchschnittslohnes in den zehn besten Verdeinstjahren angekündigt. das Rentenalter soll für Männer auf 60 und für Frauen auf 55 Jahre herabgesetzt werden, wobei das Recht auf Arbeit über diese Altersgrenze hinaus fortbestehen wird.[20] Welche für die Rechten bedrohliche Ausstrahlungskraft das Programme commun inzwischen in Frankreich gewonnen hat, läßt sich u.a. auch unschwerlich daran ablesen, daß unter dem Druck der Linksparteien und der Gewerkschaften ein Sozialabkommen geschlossen wurde, das zumindest in die Richtung des annoncierten Maßnahmekatalogs der Volksunion weist. In dem am 13. Juni 1977 unterzeichneten Abkommen ist festgelegt, daß Werktätige fortan schon ab 60 Jahren in Rente gehen können. Sie erhalten eine Einkommensgarantie von 70 % ihres bisherigen Lohnes, dürfen allerdings — offiziell begründet mit dem Ziel der Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit — nebenher nicht weiterarbeiten.[21] Das Abkommen, das auf zwei Jahre begrenzt ist, gilt für 450 000 Arbeitnehmer, von denen vermutlich 400 000 das Angebot nützen werden. Zweifellos erhoffen sich die bürgerlichen Kräfte in Frankreich, durch diesen Teilabbau eines sozialpolitischen Defizits

die außerordentliche Wirkung des Programms der Linksunion durch Verweis auf seine zumindest partiell bereits erfolgte Erfüllung abschwächen zu können.

Wohungssituation

Unter der Vielzahl der chronischen sozialen Probleme Frankreichs nehmen der Wohnungsmangel, horrende Mieten und eine üppig wuchernde Boden- und Grundstücksspekulation einen besonderen Platz ein. Der Anteil des Bruttosozialprodukts, der für den Wohnungsneubau ausgegeben wurde, lag in den ersten Jahrzehnten nach dem Kriege in der Regel jährlich unter 5 % und war damit niedriger als in den meisten europäischen Ländern. Staatliche Mittel für den „sozialen" Wohnungsbau flossen nur sehr spärlich.[22] Der Wohnungsmangel begünstigte eine systematische Politik der Mietverteuerung, so daß Frankreich in Europa inzwischen das Land mit den höchsten Mieten geworden ist. Selbst nach Angaben des I.N.S.E.E. Nationales Institut für Statistik und ökonomische Studien) betrug die jährliche Erhöhung der Mieten seit 1958 durchschnittlich etwa 11 %. Wahre Rekorddimensioen — 425 % in nur 12 Jahren nahm die Steigerung gar im sogenannten „sozialen" Wohnungsbau an.[23] Diese Mietenexplosion hat inzwischen zahllose in der Stadt lebende große Familien gezwungen — die Entwicklung von Paris ist dafür nur das prominenteste Beispiel — immer weiter hinaus in öde Vorstädte zu ziehen, die häufig sehr verkehrsungünstig liegen und zudem nur ungenügende gesellschaftliche Einrichtungen haben. Andererseits stehen zur selben Zeit in Frankreich mehr als eine halbe Million Luxuswohnungen leer.[24] Wie auch in vielen anderen kapitalistischen Ländern Westeuropas hat die Urbanisierung der Bodenspekulation Tür und Tor geöffnet; in Frankreich hat sie aber zweifellos besonders flagrante Auswüchse angenommen, die von den konservativen Nachkriegsregierungen aus Furcht vor Verlust ihres Wählerklientels zu keiner Zeit ernsthaft eingedämmt wurden.[25]

Daran soll sich nach den Vorstellungen der Volksunion einiges ändern. Zur Eindämmerung der Spekulation und Beseitigung des Wohnungsmangels wird die öffentliche Hand die Verfügung über Grund und Boden durch ein öffentliches Vorkaufsrecht bei allen Transaktionen mit bebauten oder unbebauten Grundstücken auf der Basis reduzierter Richtpreise erhalten. Vorgesehen ist neben einer Verschärfung des Enteignungsrechtes ferner die Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer, von der Kleineigentümer teilweise befreit werden können. Das angestrebte Ziel, jährlich ein Bauvolumen von 700 000 Wohnungen zu erreichen, soll bereits in den ersten Regierungsjahren realisiert werden. Gefordert wird in diesem Zusammenhang, nicht weniger als drei Viertel des geplanten Bauvolumens im sozialen Wohnungsbau zu errichten. Weiterhin werden die Bewahrung und Ausweitung der Mieterrechte, eine Stabilisierung der Mietpreise und die Verbesserung der Wohnungsbeihilfen angekündigt. Mieterverbände und ihre Vertreter sollen offiziell anerkannt werden.[26]

Krankenversicherung

Die auf fast allen Ebenen sichtbare Rückständigkeit des Systems der sozialen Sicherung in Frankreich spiegelt sich besonders in der Krankenversicherung wider.

Durch die existierende Regelung einer Selbstbeteiligung der Kranken an den Arzt- und Arzneimittelkosten in Höhe von 20—25 % wird ein starker finanzieller und psychologischer Druck auf die Werktätigen ausgeübt. Da zudem — ein weiterer Anachronismus — alle notwendigen Ausgaben wie beispielsweise Arzthonorare und Medikamentenkosten erst einmal von den Kranken selbst getragen werden müssen und erst im Nachhinein eine Rückerstattung seitens der Versicherung erfolgt, stellen Krankheitsfälle in sehr vielen Familien eine immense wirtschaftliche Belastung dar.[27]

Ausgehend von der im Gemeinsamen Programm geäußerten Feststellung, daß „die durch Alter, Arbeitslosigkeit und Krankheit bedingte materielle Unsicherheit in der heutigen Gesellschaft ein Alptraum für Millionen Franzosen ist", haben es sich die Linksparteien zum Ziel gesetzt, schrittweise die kostenlose medizinische Versorgung durchzusetzen. Als Sofortmaßnahme wird die 100 %ige Übernahme der Krankenhauskosten und der Ausgaben bei schweren und kostspieligen Krankheitsfällen angekündigt; zudem sollen besondere Maßnahmen zugunsten sozialer Gruppen mit niedrigen Einkommen ergriffen werden.[28]

Preisentwicklung

Die anhaltende Teuerungswelle in Frankreich wird die Volksunion zwingen, bereits in der Übergangsphase zu einer neuen sozialökonomischen Ordnung Maßnahmen gegen die inflationäre Entwicklung und zur Sicherung der Preisstabilität zu ergreifen. Im Programme commun wird dabei der Nationalisierung der industriellen Schlüsselunternehmen und des gesamten Finanzwesens eine entscheidende Rolle zugesprochen. Wesentliche Kontrollaufgaben bei der Inflationsbekämpfung sollen ferner den Werktätigen und ihren Gewerkschaften durch den gesicherten Zugang zu allen Geschäftsunterlagen zufallen. Besonders für Mieten, Grundnahrungsmittel und für in Frankreich traditionell extrem teure Bildungs- bzw. Kulturgüter hat die Linksunion bereits eine strenge staatliche Kontrolle der Preisentwicklung angekündigt.[29] Konkrete Angaben über die Zuständigkeit, die Organisierung und kontinuierliche Sicherung der Preiskontrollen sind bisher allerdings noch nicht gemacht worden.

Strukturreformen

Neben diesen kurz skizzierten und auch nur einen Teil des Programms abdeckenden sozialpolitischen Sofortmaßnahmen, die eine rasche und erhebliche Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen bewirken sollen, sind von den Linksparteien tiefgreifende Strukturreformen vorgesehen, mit denen sich die Hoffnung verbindet, damit einen Prozeß der „ernsthaften Einschränkung der Vormachtstellung der großen Finanz- und Industriegesellschaften" einleiten und der „Ausbeutung und dem Autoritarismus des Großkapitals einen schweren Schlag versetzen" zu können.[30]

Das Programm der Volksunion sieht in seiner gegenwärtigen Fassung die Nationalisierung von acht industriellen Schlüsselunternehmen und des gesamten Bank- und Finanzwesens vor, unter Beibehaltung eines breiten privatwirtschaftlichen Sektors, der allerdings in Ansätzen einer demokratischen Kontrolle unterworfen wird und zumindest seinen zutiefst reaktionären Patronatscharakter verlieren soll. Die Lenkung

der Wirtschaft soll nach einem vom Parlament verabschiedeten Plan erfolgen, in dem Volumen und Zielsetzung der Staatsinvestitionen, die Grundlinien der Entwicklung im verstaatlichten und privaten Sektor und die Hauptorientierung des Staatshaushaltes auf die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse festgelegt sind.

Wesen und Funktion der Nationalisierungen

Insbesondere die Kommunisten, im Gegensatz zur Mehrheitsfrakton in der Sozialistischen Partei sehen in den vorgeschlagenen Nationalisierungen einen entscheidenden Ansatz und Hebel, das im Vergleich zur BRD paternalistisch strukturierte System der französischen Wirtschaft grundlegend zu verändern und damit der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung eine völlig neue Richtung geben zu können. In das Gemeineigentum überführt werden sollen bereits in der ersten Etappe nach der Regierungsübernahme einige der Hauptzentren der kapitalistischen Akkumulation in Frankreich, die den größten Teil, oft sogar die Gesamtheit bestimmter Produktionszweige beherrschen und die Konkurrenz auf wenige Mammutfirmen beschränken. Ausdrücklich weisen die Unterzeichner des Gemeinsamen Regierungsprogramms darauf hin, daß die geplanten Nationalisierungen nicht mit Verstaatlichungen gleichzusetzen sind. Die neustrukturierten Unternehmen sollen keinem „erstickenden Zentralismus" (Marchais) ausgeliefert sein sie sollen weder von Vertretern des Staates geleitet noch der ständigen Kontrolle staatlicher Wirtschaftsorgane unterworfen werden, sondern über eine weitreichende Autonomie in der Betriebsführung verfügen. Es soll ihnen im Rahmen des Plans möglich sein, selbst ihr Produktionsprogramm aufzustellen und über die Wahl der technischen und finanziellen Mittel zu entscheiden.[31] Die demokratische Leitung wird von einem Verwaltungsrat gewährleistet, der sich aus gewählten Vertretern der Werktätigen, bestimmten Schichten von Verbrauchern oder Verbraucherorganisationen (Gewerkschaften etc.) und aus Vertretern, die die neue demokratische Regierung nominiert, zusammensetzen soll. Explizit wird gefordert, daß letztere nicht die Mehrheit besitzen dürfen. Dieser Verwaltungsrat wählt seinen Präsidenten und ernennt die Generaldirektion des Unternehmens.[32]

Mitwirkungsmöglichkeiten der Werktätigen in den nationalisierten und privaten Unternehmen

Nach den allerdings nicht einheitlichen Vorstellungen der Parteien der Linksunion soll der nationalisierte Sektor die wesentliche Basis bilden, von der aus die Werktätigen und ihre Organisationen neue Strukturen in der Produktion und Leitung einrichten können. Besonders von der PCF wird gefordert, daß die Befugnisse der betrieblichen Interessenvertretungen der Beschäftigten, der „Unternehmenskomitees" (Comités d'Entreprise) und der Betriebsräte in den nationalisierten Unternehmen nicht allein auf dem Gebiet der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen (eine mehr von der PS-Führung favorisierte Lösung), sondern auch bei der Festlegung, Durchführung und Kontrolle der Produktions- und Investitionsvorhaben erweitert werden müssen.[33] Nur so können verhindert werden, daß die nationalisierten Betriebe (bereits heute sind etwa 15 % aller französischen Beschäftigten in staatlichen oder halbstaatlichen Unternehmen tätig!) lediglich im gewöhnlichen staatskapitalistischen Sinne fungieren und damit gleichfalls der Profit und nicht die Befriedigung individueller und kollektiver Bedürfnisse zum alleinigen Kriterium der Wirtschaftlichkeit erhoben würden.[34]

Auch im privaten Sektor hält die Volksunion eine Ausweitung der Rechte der Werktätigen bereits in der Übergangsphase für unerläßlich, die z.T. allerdings immer noch hinter die konkreten Betimmungen des westdeutschen Betriebsverfassungsgesetzes von 1972 zurückfallen. Das strenge Patronat in den französischen Betrieben, hat bewirkt, daß erst 1946 auf der Grundlage der im Programm des Nationalrates der Widerstandsbewegung enthaltenen demokratischen Forderungen durch ein Gesetz der „Betriebsrat" institutionalisiert wurde.[35] Trotz einiger gesetzlicher Veränderungen 1960 und 1966 sind die rechtlichen Machtbefugnisse der französischen Betriebsräte jedoch selbst im Vergleich zur BRD stark eingeschränkt. Bei Lichte betrachtet, reduzieren sich seine gegenwärtigen Kompetenzen praktisch auf die Verwaltung der betrieblichen Sozialeinrichtungen wie etwa der Betriebsgaststätten, der Freizeiteinrichtungen, Bibliotheken und betrieblichen Kindergärten. Auf allen anderen Gebieten sind die Rechte der Betriebsräte rein konsultativer Natur.[36]

Wirklich qualitative Verbesserungen — und in diesem Abschnitt des Programms tritt der Kompromißcharakter der gemeinsamen Vereinbarungen und die starke Position der nicht- marxistischen Kräfte in der PS wohl am deutlichsten zutage — sind auf jenem Sektor allerdings auch nicht in absehbarer Zukunft von der Union populaire unter Mitterands Führung zu erwarten. So wird z.B. unter dem etwas prätentiösen Stichwort „Arbeiterkontrolle" im Programme commun die Forderung erhoben, daß die Betriebsräte neben den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten vor jeder Einstellung, Entlassung, Zuweisung zu einem Arbeitsplatz, Umsetzungen, Einstufungen, Festlegungen des Arbeitstempos etc. *gehört* werden müßten. Auch ein Patron der alten Schule wird diesen Programmpunkt auf Dauer wohl verschmerzen können.

Wie ein Damoklesschwert hängt allerdings die Drohung über den Häuptern des noch so herrlich freien Unternehmertums in Frankreich, daß auf Antrag der Beschäftigten eines bestimmten Unternehmens weitere Nationalisierungen durch das Parlament beschlossen werden können. Führende Vertreter aus den Reihen der Sozialistischen Partei wie etwa Michel Rocard haben jedoch gerade in jüngster Vergangenheit zur Beruhigung bürgerlicher Kreise mehrfach durchblicken lassen, daß diese im Gemeinsamen Programm verankerte Möglichkeit so ernst nun wiederum nicht zu nehmen sei ...

Demokratische Planung

Die nationalisierten Unternehmen stellen nach den Plänen der Volksunion gewiß das wichtigste Instrument dar, mit dem die wesentlichen Zielsetzungen des demokratisch ausgearbeiteten Wirtschaftsplanes durchgesetzt werden sollen. Das demokrtische Planungskonzept der Linksparteien knüpft historisch an die antimonopolistischen und strukturreformerischen Traditionen der frühen „Planificaton"-Modelle der Resistance-Bewegung nach 1944 an und setzt sich deshalb bewußt ab von der späteren pervertierten staatsmonopolistischen Regulierungspraxis in Frankreich, besonders seit De Gaulles

Präsidentschaftsübernahme 1958, einer Lenkungsform, die sich zur Überwindung der Strukturschwächen des rückständigen französischen Kapitalismus (Unterindustrialisierung, vergleichsweise niedriger Konzentrationsgrad des Kapitals in den wichtigsten Industriezweigen etc.) gleichfalls des Begriffs „Planification" bediente, ihn aber mit einem ganz anderen sozialen Inhalt füllte.[37]

Primär die individuellen und kollektiven Bedürfnisse zu befriedigen, wird das Ziel der demokratischen Planung unter der Union populaire sein. Demokratisch soll sie aber nicht allein in ihrem meßbaren sozialen Inhalt sein, sondern zugleich auch demoratisch in ihrer Ausarbeitung: Der Plan wird unter breitester Einbeziehung der Werktätigen und der Bevölkerung auf der Ebene der Betriebe, der regionalen und lokalen Gemeinschaften, der Verbraucherorganisationen vorbereitet und dann in letzter Instanz in der Nationalversammlung beraten. Die Durchführung des beschlossenen staatlichen Planes soll sich nach den Vorstellungen der Linksunion im wesentlichen auf die aktive Mitarbeit der Werktätigen auf allen Ebenen, auf die Rolle des staatlichen Sektors — und dabei besonders der nationalisierten Großindustrie — und schließlich auf die demokratische Neuordnung der Kreditpolitik, des Haushalts und des Steuerwesens stützen.[38] Für den verbliebenen privaten Sektor wird die staatliche Planung nicht direkt verbindlich sein, jedoch scheint die Volksunion damit zu rechnen, gestützt auf das vollständig nationalisierte Bank- und Finanzwesen sowie auf zahlreiche, unter ihrer Kontrolle befindliche industrielle Schlüsselunternehmen auch bestimmten Einfluß auf die großen privaten Investitionsvorhaben und ihre Finanzierung gewinnen zu können.

Das Programm der Volksunion vereinigt also in erster Linie die Parteien in der gemeinsamen Forderung nach dringend notwendigen sozialen Fortschritten. In den Fragen der geplanten Nationalisierungen gibt es noch z.T. sehr unterschiedliche Auffassungen. Sollte es den Linksparteien gelingen, den Erwartungen der Massen auf dem sozialen Felde bereits in der ersten Etappe der Regierungsausübung weitgehend zu entsprechen, so können sie berechtigte Hoffnungen hegen, daß ihre soziale Basis sich beträchtlich erweitert und ihnen einen stärkeren Rückhalt verleiht im Kampf für eine konsequentere Umstrukturierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Von der Mobilisierung dieses subjektiven Faktors durch die Belebung demokratischer Masseninitiativen — und gewiß nicht allein von der rein administrativen Durchführung der sozialpolitischen Maßnahmen und der wirtschaftlichen Strukturreformen — wird es letztlich abhängen, ob das Programme commun tatsächlich Wege und Möglichkeiten des Übergangs zum Sozialismus bietet.[39]

Fußnoten

1 Siehe Le Nouvel Observateur vom 20.10.1976; Le Monde vom 20.8.1976; Der Spiegel vom 1.11.1976.
2 Aus: Beiträge zum Wissenschaftlichen Sozialismus, Heft Nr. 9/1976, „Frankreich 1950—1976", S. 29.
3 Le Monde vom 5./6.10.1975.
4 K. Hänsch: Frankreich, Berlin(West) 1973, S. 18.
5 U. Kempf: Das politische System Frankreich, Opladen 1975, S. 250.
6 Le Monde vom 18.6.1974.

7 W. Ehrmann: Das politische System Frankreich, München 1976, S. 45.
8 Ebenda, S. 46.
9 W. Goldschmidt (Hrsg.): Das gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich, Köln 1972, S. 13; G. Marchais: Die demokratische Herausforderung, Frankfurt/M. 1974, S. 34. Dazu: G. Lefranc: Histoire du Front populaire, Paris 1965; DVZ vom 10.6.1976; UZ vom 26.5.1976.
10 G. Marchais: Die demokratische Herausforderung, a.a.O., S. 17.
11 H. W. Ehrmann: Das politische System Frankreichs, a.a.O., S. 38.
12 U. Kempf: Das politische System Frankreichs, a.a.O., S. 255.
13 Ebenda.
14 G. Marchais: Die demokratische Herausforderung, a.a.O., S. 15.
15 K. Hänsch: Frankreich, a.a.O., s. 19.
16 W. Goldschmidt (Hrsg.): Das gemeinsame Regierungsprogramm . . ., a.a.O., S. 44; G. Marchais: Die demokratische Herausforderung, a.a.O., S. 68; Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, a.a.O., S. 80.
17 Le Monde von 8.1.1976.
18 U. Kempf: Das politische System Frankreichs, a.a.O., S. 253.
19 W. Goldschmidt (Hrsg.): Das gemeinsame Regierungsprogramm . . ., a.a.O., S. 14.
20 UZ vom 15.6.1977; Frankfurter Rundschau vom 22.6.1977.
21 J. Ardagh: Frankreich als Provokation, Frankfurt/M., Berlin (West) 1969, S. 263; J. Kuczynski: Darstellung der Lage der Arbeiter in Frankreich seit 1848, Band 33, Berlin (DDR) 1967, S. 300.
22 G. Marchais: Die demokratische Herausforderung, a.a.O., S. 21.
23 H. W. Ehrmann: Das politische System Frankreichs, a.a.O., s. 46.
24 J. Ardagh: Frankreich als Provokation, a.a.O., S. 266; H. W. Ehrmann: Das politische System Frankreichs, a.a.O., S. 46.
25 W. Goldschmidt (Hrsg.): Das gemeinsame . . ., a.a.O., S. 19ff.
26 U. Kempf: Das politische System Frankreichs, a.a.O., S. 255; Beiträge zum Wissenschaftlichen Sozialismus a.a.O. S. 33.
27 W. Goldschmidt (Hrsg.): Das gemeinsame Regierungsprogramm . . . a.a.O., s. 15.
28 S. 45
29 G. Marchais: „Der französische Weg zum Sozialismus", in: „SOPO", Heft 36 1976, s. 101.
30 Derselbe: Die demokratische Herausforderung, a.a.O., S 63.
31 W. Goldschmidt (Hrsg.): Das gemeinsame Regierungsprogramm . . . a.a.O., S. 36.
32 G. Marchais: Die demokratische Herausforderung, a.a.O., S. 98.
33 U. Kempf: Das politische System Frankreichs, a.a.O., S. 241.
34 L. Mascarello: Die gewerkschaftliche Tätigkeit der Betriebsräte in Frankreich (Informationsbroschüre der CGT), Paris 1970, S. 13.
35 L. Peter: Klassenkämpfe in Frankreich heute, Frankfurt/M. 1972, S. 62; Beiträge zum Wissenschaftlichen Sozialismus, a.a.O., S. 37.
36 Daz: Albers/Goldschmidt/Oehlke: Klassenkämpfe in Westeuropa,Reinbek bei Hamburg 1971, S. 22; Y. Ulmo: „Aperçus sur la pratique de la planification", in: Revue Française de Science Politique, Nr. 3/1973.
37 Institut für Marxistische Studien und Forschungen, IMSF (Hrsg.): Probleme des Kampfes um eine antimonopolistische Demokratie in Frankreich", a.a.O., S. 285.
38 Dazu: Werner Goldschmidt: „Ökonomische und politische Aspekte des gewerkschaftlichen Kampfes in Frankreich seit dem 2. Weltkrieg", in: „Das Argument", Sonderband 2, Berlin (West) 1974, S. 57ff.
39

Heinrich Peter

Monopol und Planmäßigkeit

Zu einigen grundlegenden Fragen der Leninschen Imperialismustheorie und ihres Zusammenhangs zum Marxschen ‚Kapital'

Die Problematik einer Monopolableitung

Die Diskussionen der 70er Jahre um eine das heutige Entwicklungsstadium der fortgeschrittensten kapitalistischen Gesellschaften adäquat erfassende politisch-ökonomische Theorie haben verstärkt Probleme zu Tage gefördert, die in vorherigen Diskussionen schon immer als abgeklärt unterstellt wurden. So war es gängige Praxis in der Theorie, die den heutigen Kapitalismus als staatsmonopolistischen analysiert, ihre Fundamentierung — das Monopol als ökonomischen Kern des imperialistischen Stadiums kapitalistischer Entwickung — als mit der Leninschen Imperialsmustheorie gegeben *vorauszusetzen*. Unter selbiger Annahme entfiel auch die Notwendigkeit, einen inneren Zusammenhang zwischen dem Marxschen Kapitalbegriff und dem Leninschen Monopolbegriff herzustellen, da letzterer schon mit Lenins Analyse positiv gesetzt schien.

Die Leninsche Imperialismustheorie hat aber keinen explizit ausgearbeiteten Monopolbegriff, noch weniger behandelt sie methodologische Probleme ihres Zusammenhangs zum ‚Kapital' oder geht auf so grundlegende Fragen wie die von Monopol und Wertgesetz, Monopol und Durchschnittsprofitrate, Monopol und Weltmarkt, Monopolstruktur und veränderte soziale Beziehungen *explizit* ein. Sicherlich könnte man solche Probleme einer akademischen Diskussion anheimstellen, würde man damit nicht den Anspruch des wissenschaftlichen Sozialismus aufgeben. Denn der wissenschaftliche Sozialismus, der für sich in Anspruch nimmt, die Realität und ihre Bewegungsstruktur allein begrifflich adäquat darstellen zu können, zieht aus dieser Voraussetzung die Konsequenz, Anleitung zum Handeln zu sein — auf Grundlage einer in sich konsistenten, politisch-ökonomischen Theorie.

Für die theoretische Erfassung der monopolistischen bzw. staatsmonopolistischen Phase kapitalistischer Entwicklung kann es aber auf Basis des wissenschaftlichen Sozialismus nicht mehrere Begründungszusammenhänge geben, genausowenig wie es mehrere Bewegungsstrukturen der darzustellenden Wirklichkeit gibt.

Aus der Vielfalt der Ansätze und Erklärungszusammenhänge selbst ergibt sich von daher schon in der SMK-Theorie die Notwendigkeit einer kritischen Analyse ihrer methodologischen Grundlagen und ungefragten Voraussetzungen, insbesondere der Frage, welchen Stellenwert der Monopolbegriff in einer Analyse des heutigen Kapitalismus einnimmt.

Umstritten ist dabei die These, daß das Monopol als ökonomischer Kern des heutigen Kapitalismus etwas gegenüber dem „Normal-Kapital" Höheres und qualitativ Neues darstelle. Die marxistischen Kritiker der SMK-Theorie argumentieren folgendermaßen: Das Marxsche „Kapital" stellt eine in sich geschlossene Analyse der kapitalistischen Produktionsweise dar, in der es einen stringenten Zusammenhang von ökonomischer Theorie, Darstellung des Kapitalbegriffs, den sozialen Beziehungen der gesellschaftlichen Individuen und ihren Bewußtseinsformen gibt. Die Analyse der inneren Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Durchsetzungsformen an der Oberfläche sind nicht voneinander zu trennen und machen den Gehalt der Marxschen Theorie als *allgemeiner* und *umfassender* Darstellung eines bestimmten historischen Entwicklungsstadiums der gesellschaftlichen Menschheit — der gesellschaftlichen Organisation des Kapitalismus — aus. Es kann demzufolge keine Phänomene in der kapitalistische Entwickung geben, die mit dem Marxschen Instrumentarium nicht erfaßbar sind. Etwas „qualitativ Höheres" ist für diese Kritiker notwendigerweise eine Revision des Marxschen Kapitalbegriffs, da nach diesem Verständnis jede Kapitalissmusanalyse nach Marx auf Basis von Marx nur empirische Analyse der historischen, nationalen, kulturellen etc. Spezifika der jeweiligen Zeit im jeweiligen Land sein kann.[1]

Bestenfalls wird der Monopolanalyse der Status einer „Spezialuntersuchung der Konkurrenz" zugewiesen, was aber prinzipiell auf dasselbe hinausläuft, da dies eine Untersuchung verschiedener Erscheinungsformen der Durchsetzungsweise der inneren Gesetzmäßigkeiten bedeutet, der Zusammenhang zwischen Durchsetzungsweise und inneren Gesetzmäßigkeiten selbst aber für unverändert angenommen wird. Es wird im folgenden zu zeigen versucht, daß eine solche Dogmatisierung der Marxschen Theorie ihre Abkapslung gebenüber veränderten Bewegungsstrukturen der kapitalistischen Realität beinhaltet. Der schlechtunendliche Prozeß, in dem sich der Dualismus einer Theorie bewegt, die schon immer davon ausgeht, daß die Konstatierung einer „neuen Qualität" auf ein falsches Verständnis der allgemeinen Untersuchung reduzierbar sein muß, und daß andererseits alle „neuen Qualitäten" unter ihr eigenes Verständnis von Empirie subsumierbar sein müssen, kehrt notwendigerweise immer wieder triumphierend in sich selbst zurück. Der fünffache Triumphzug einer so gegenüber der wirklichen Bewegung abgekapselten Theorie ist nachzulesen in dem Buch „Stamokap in der Krise".[2]

Der „Zugang zur Untersuchung des Entwicklungsgrades des Kapitalverhältnisses und damit zum konkreten Stand der Klassenkämpfe"[3] ist auch heute nur möglich über die Leninsche Imperialismustheorie. „Ohne die ökonomischen Wurzeln dieser Erscheinung begriffen zu haben, ohne ihre politische und soziale Bedeutung abgewogen zu haben, ist es unmöglich, auch nur einen Schritt zur Lösung der praktischen Aufgaben der kommunistischen Bewegung und der kommenden sozialen Revolution zu machen."[4]

In der Theorie, die den heutigen Kapitalismus als staatsmonopolistischen charakterisiert, wird im allgemeinen von der Annahme ausgegangen, daß das Monopol die *Durchsetzungsweise der inneren Gesetze* verändere, diese selbst aber unverändert lasse. Im Widerspruch zu dieser kategorialen Einordnung spricht Wygodski von einer „Modifikation der allgemeinen Gesetze der kapitalistischen Produktion". Was zuerst nur für die Oberfläche gelten sollte — modifizierte Profitaneignung — bezieht unter der Hand den inneren Zusammenhang mit ein. Untersucht wird aber dann nur die gesellschaftliche Oberfläche: die funktionelle Veränderung der Mechanismen von

Profitaneignung und Profitverteilung. Wäre dies auf Grundlage derselben inneren Gesetze möglich, so würde dies eine Zerreißung des Zusammenhangs von Entwicklung des Wertgesetzes als innere Struktur der kapitalistischen Gesellschaft und seiner Druchsetzungsweise an der Oberfläche bedeuten. Oder aber eine „modifizierte Durchsetzungsweise des Wertgesetzes" (Katzenstein, Hess u.a.) ohne Veränderung der Kernstruktur erwiese sich als historische Analyse im Sinne der Kritiker der SMK-Theorie.

J. Huffschmid[5], der dieses Problem am schärfsten gefaßt hat, konstruiert daher eine Zwischenstufe zwischen allgemeiner Kapitalanalyse und historischer (empirischer) Analyse, um dem Dilemma zu entkommen, einerseits die innere Struktur des Marxschen „Kapital" unangestastet zu lassen, andererseits aber veränderte Durchsetzungsgesetzmäßigkeiten und hiermit etwas qualitativ Höheres zu konstatieren. Aber auch Huffschmid verfällt damit in den Versuch, den Bären zu waschen, ohne ihm das Fell naß zu machen.

Wer das Monopol als etwas gegenüber dem Kapitalbegriff qualitativ Höheres ausweisen will — ansonsten wäre der Begriff des qualitativ Höheren eine hohle Nuß — muß die Konsequenz ziehen, daß eine veränderte Durchsetzungsweise des Wertgesetzes notwendig nur auf einer Veränderung der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit beruhen kann, also das Wertgesetz partiell ersetzt wird durch andere (höhere) Regulierungs- und Steuerungsformen der gesellschaftlichen Produktion, und fragen, wie dies innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise möglich ist. Es entspringt der irrigen Auffassung des PKA, daß, wenn die gesellschaftliche Organisation der Arbeit im Kapitalismus nicht umfassend, „rein" über das Wertgesetz ablaufe, dieses notwendigerweise aufgehoben sei. Auch wenn bei dem Engels'schen Satz: „Das Wertgesetz hat also geherrscht während einer Periode von fünf bis sieben Jahrtausenden"[6] zu berücksichtigen ist, daß die „adäquate Ausführung des Wertgesetzes . . . sich erst vollständig entwickelt auf Grundlage der kapitalistischen Produkitonsweise . . ."[7], so zeigen seine Ausführungen über "Wertgesetz und Profitrate"[8] doch deutlich auf, daß das Wertgeetz nicht automatisch dadurch aufgehoben ist, daß es sich nicht „rein" durchsetzt, was sich hier nicht nur auf die Aneignung von Profitbestandteilen, sondern auf die Herausbildung formspezifischer Regulierungsmechanismen der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit bezieht.

Die Grundlage für die exakte Ableitung der qualitativen Änderungen in der Struktur des Kapitalismus und damit die Möglichkeiten und Grenzen staatsmonopolistischer Regulierung — makroökonomischer Planungselemente im Kapitalismus — liegen m.E. in der Analyse des Zusammenhangs von Monopol und Wertgesetz bzw. in der Darstellung des Zusammenhangs von Monopol und Begriff des „Kapitals im allgemeinen". Nur in diesem Zusammenhang sind die Fragen anzugehen und zu klären: Was heißt es, daß das Monopol eine Modifikation allgemeiner Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus bewirkt? Auf welcher Ebene des Zusammenhangs von Theorie und Empirie ist das Monopol einzuordnen, bzw. welchen Allgemeinheitsgrad hat die Monopoltheorie? Ist das Monopol gegenüber dem „Kapital im allgemeinen" etwas qualitativ Höheres? Welche Rückwirkungen ergeben sich auf die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse durch die Veränderungen in der Struktur des Kapitalismus?

Ein solche Ableitung wirft die Frage nach dem *Ausgangspunkt einer Monopoltheorie* auf, denn nur so läßt sich der Stellenwert des qualitativ Neuen in der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit bestimmen, läßt sich der Zusammenhang zum „alten" Kapitalismus darstellen, und ergeben sich die Auswirkungen dieser qualitativ höheren Strukturen auf das Verhältnis von Ökonomie und Politik, die Bedingungen des Kampfes der Arbeiterbewegung. Die Klärung der oben aufgeworfenen Fragen ist mithin kein akademischer Streit um genauere Formulierungen, sondern sie trägt bei zur Ausarbeitung einer Strategie und Taktik für den Kampf der Arbeiterbewegung, um unter den heutigen Bedingungen von Monopol und Staatseingriff die adäquaten Formen und Wege des Übergangs zum Sozialismus zu finden.

Wertgesetz und Monopol — Problemstellung

Im gesellschaftlichen Vermittlungsprozeß der scheinbar unabhängig voneinander agierenden Privatarbeiten stellt der Wert bzw. das Wertgesetz — als der einer anarchischen Produktionsweise adäquate naturwüchsige Regulator — den Zusammenhang der verschiedenen Glieder der gesellschaftlichen Produktion her und verteilt die gesellschaftliche Arbeit nach den Bedürfnissen des Kapitals, sprich nach der Höhe des Profits.

Dieser gesellschaftliche Vermittlungsprozeß verläuft im Kapitalismus — und damit auch im Marxschen ‚Kapital' — begrifflich und real über die sachlichen, entäußerten Formen der gesellschaftlichen Arbeit selbst. Der Wert als Subtanz der gesellschaftlichen Arbeit und seine entwickelten Formen — Geld, Kapital — stellen den gesellschaftlichen Zusammenhang der individuellen Arbeiten, der vereinzelten Produzenten, her. Die Organisation der gesellschaftlichen Arbeit im Kapitalismus ist daher in ihrer „Reinheit" real gegeben und begrifflich adäquat dargestellt, wenn sie, abstrahiert von Elementen vergangener Produktionsweisen, das Wertgesetz als alleinigen und umfassenden Regulator und Organisationsprinzip zur Grundlage hat. Für Marx ist daher der gesellschaftliche Zusammenhang der verschiedenen *industriellen* Kapitale einzig und allein über den Produktionspreis und die Tendenz zur Durchschnittsprofitrate gesetzt.

Insofern ist das Monopol als Form der Vermittlung bestimmter Reproduktionszusammenhänge, als gesellschaftliche Ausgleichungs- und Verteilungsform *auf dieser Ebene* ausgeschlossen. Marx rekurriert auf das Monopol lediglich als Phänomen der *Zirkulationssphäre*. „Unter zufälligem Monopol verstehen wir das Monopol, das dem Käufer oder Verkäufer erwächst aus dem zufälligen Stand von Nachfrage und Angebot."[9] Als „besondres ökonomisches Verhältnis"[10] fällt somit die Analyse des Monopols des Grundeigentums außerhalb des zentralen gesellschaftlichen Vermittlungsprozesses. Das Grundeigentum ist „naturwüchsige Voraussetzung" und Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise und beinhaltet als solches keine bewußte Regulierung von Preisen, Profiten, Kapitaleinsatz etc. Es wird von Marx erst innerhalb der Durchsetzungsgesetze der inneren Struktur des Kapitalismus dargestellt.

Daraus ergeben sich mehrere Schlußfolgerungen:

1. ist das Grundeigentum bzw. seine Darstellung noch innerhalb der Grenzen des

Wertgesetzes auf Grundlage des Wertgesetzes möglich;
2. berührt das Grundeigentum nicht die adäquate Wirkungsweise des Wertgesetzes auf der Ebene des industriellen Kapitals; und
3. zeigen sich durch diese beiden Punkte die Grenzen der Analogie, um das Monopol als Form des Grundeigentums für eine Darstellung des Monopols als Form des industriellen Kapitals verwertbar zu machen.[11]

Von Basis des *industriellen Kapitals* behandelt Marx den Monopolpreis lediglich als *Hemmnis und Hindernis* im Ausgleichungsprozeß zur Durchschnittsprofitrate. Dadurch wird zweierlei ausgesagt: Erstens ist der Monopolpreis nicht mehr direkt an den Produktionspreis und den Wert der Waren gebunden. Er durchbricht die normale gesellschaftliche Ausgleichsbewegung und erzeugt hiermit „indirekt eine örtliche Störung in d Störung in der Verteilung des Mehrwerts unter die verschiedenen Produktionssphären"[12], die natürlich die Gesamtmasse des Mehrwerts unverändert läßt. Aber auch schon hier — wie beim Grundeigentum — stellen sich die monopolistischen Aneignungsverhältnisse als Hebel zur Verfügung über bestimmte Zusammenhänge des Reproduktionsprozesses dar, wodurch die normalen Verteilungsmechanismen durchbrochen werden.

Da zweitens das Monopol resp. der Monopolpreis von Marx nicht als der Normalfall, sondern als Zufälligkeit, Abnormität behandelt wird, fällt er auch aus dem inneren Kreislauf des industriellen Kapitals und dessen Vermittlungsebene heraus, bleibt ein *gesondertes Verhältnis* gegenüber den dominanten Strukturen und Mechanismen.

Von Engels ist die Aufnahme von Formen (Mechanismen) bewußter gesellschaftlicher Regulierung in die kapitalistische Organisation gesellschaftlicher Arbeit in ihren ersten Ansätzen analysiert worden, auf die sich Lenin ja auch bezogen hat. Engels hat wiederholt darauf hingewiesen, daß sowohl auf dem Weltmarkt als auch im inneren Markt „eine neue Ausgleichsform sich geltend zu machen"[13] scheint, die erzeugt wird durch die Bildung von Kartellen und Trusts mit dem Zweck der „Regulierung der Produktion und damit der Preise und Profite".[14] Daher konstatiert Engels auch einen Übergang „von den Aktiengesellschaften . . . zu den Trusts, die ganze Industriezweige beherrschen und monopolisieren", und für ihn hört mit dieser gesellschaftlichen Regulierung der Produktion in kapitalistischen Formen „nicht nur die Privatproduktion auf, sondern auch die Planlosigkeit."[15]

Diese Elemente gesellschaftlicher Planmäßigkeit im Kapitalismus wirken „zunächst noch zu Nutz und Frommen der Kapitalisten"[16]; es ist eben nur *formell* eine gesellschaftliche Regulierung, sie bleibt inhaltlich Profitproduktion, auch wenn jetzt für eine Teil des Kapitals die Profite planmäßiger eingestrichen werden. Lenin hat — aufbauend auf der allgemeinen Analyse des Marxschen „Kapital" und den Bemerkungen Engels' zu den Entwicklungstendenzen des Kapitalismus — die sich verdichtenden Tendenzen verallgemeinert und — unter Rekurs auf Werke marxistischer und bürgerlicher Wissenschaftler — eine *Imperialismustheorie* entwickelt. Er hat das Monopol als den ökonomischen Kern des neuen und höchsten Stadiums kapitalistischer Entwicklung bestimmt und die Vermittelheit des Monopols über den Weltmarkt — die Unterwerfung der Welt als Reproduktionsbedingung des Monopols — aus der Darstellung der internationalen Zusammenhänge abgeleitet.

Obwohl bei Lenin keine Ableitung des Monopols und kein expliziter stringenter Zusammenhang zur allgemeinen Analyse von Marx vorhanden ist, gibt es doch genügend Stellen, in denen er m.E. deutlich macht, daß seine Imperialismustheorie notwendig über Marx allgemeine Analyse *hinausgeht*. Lenin geht — nachdem er das Monopol *gesetzt* hat, damit, daß „die Entstehung der Monopole infolge der Konzentration der Produktion überhaupt ein allgemeines Grundgesetz des Kapitalismus in seinem heutigen Entwicklungsstadium ist", wodurch der „alte . . . Kapitalismus durch den neuen"[17] abgelöst wird, in seiner Analyse des Imperialismus dazu über, die ökonomischen und, soweit dies in der Zensurfassung möglich, die politischen Zusammenhänge kapitalistischer Entwicklung, in ihrem höchsten und letzten Stadium im *Weltmaßstab* aufzuzeigen und Schlußfolgerungen für die Arbeiterbewegung zu ziehen. Dies geschieht insbesondere in bezug auf die aus der ökonomischen Unterwerfung der Welt und Herausbildung von Wucherstaaten folgende Möglichkeit der Korrumption von Teilen der Arbeiterklasse und die Spaltung der Arbeiterbewegung.

Nichtsdestoweniger befinden sich in Lenins Imperialismustheorie Hinweise auf den inneren Zusammenhang zur allgemeinen Analyse von Marx, die implizit den Status seiner Arbeiten umreißen. Lenin charakterisiert das Monopol als „Übergang von der kapitalistischen zu einer höheren ökonomischen Geselschaftsformation"[18], also der kommunistischen Organisation gesellschaftlicher Arbeit. Das Monopol als Übergangsform konstituiert für ihn „eine Art neue Gesellschaftsordnung"[19], durch die die „Warenproduktion . . . in Wirklichkeit bereits untergraben ist"[20], also die gesellschaftliche Verteilung der Arbeit und des Profits sich nicht mehr allein über die Wert- resp. Warenform konstituiert, die gesellschaftlichen Beziehungen der Individuen nicht mehr allein über ihr Dasein als Warenbesitzer hergestellt werden.

„In seinem imperialistischen Stadium führt der Kapitalismus bis direkt an die allseitige Vergesellschaftung der Produktion heran, er zieht die Kapitalisten gewissermaßen ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen in eine Art neue Gesellschaftsordnung hinein, die den Übergang von der völlig freien Konkurrenz zur vollständigen Vergesellschaftung bildet."[21] *Will man diese Hinweise und Bemerkungen Lenins nicht zu zufälligen Bonmots stilisieren, sondern nimmt man sie für das was sie sind, explizite methodologische Bemerkungen* über das Wesen des Monopols resp. des Imperialismus und ihres Zusammenhangs zum „alten Kapitalismus", so ergibt sich aus der Charakterisierung des Monopols als Übergangsform gesellschaftlicher Arbeit notwendig sowohl das Hinausgehen über die allgemeine Analyse Marx', als auch die Frage nach dem Ausgangspunkt einer Monopoltheorie.

Die Frage nach einer stringenten Monopolableitung löst sich positiv auf in die Gegenüberstellung der Ausgangspunkte der kapitalistischen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit — der Ware — und der kommunistischen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit — die konkret nützliche Arbeit als unmittelbarer Teil der gemeinschaftlichen Produktion — und die Einordnung des Monopols in bzw. zwischen diese beiden Organisationsformen.

Die Ware als Ausgangspunkt der kapitalistischen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit

Die Darstellung der Marxschen Analyse der kapitalistischen Produktionsweise beginnt mit der Analyse der Ware.[22] Die Ware als allgemeine und notwendige Form des Produkts, als Voraussetzung und Resultat einer bestimmten Produktionsweise, ihre Darstellung als durchschnittliches Exemplar ihrer Gattung und als Zellenform der Gesellschaft unterstellt die Daseinsweise einer ausgebildeten kapitalistischen Produktionsweise, also Produktion auf einer hohen gesellschaftlichen Stufenleiter. Die Analyse des Kapitals als des die kapitalistische Produktionsweise konstituierenden und dominierenden Produktionsverhältnisses schließt notwendig eine vorhergehende Analyse der Warenzirkulation und der Ware als der Keimform ein, aus deren Analyse und systematischer Entfaltung des in ihr eingeschlossenen Widerspruchs von Gebrauchswert und Wert das Kapital entsteht und als Lösungsbewegung gesetzt wird.

Marx hat dies unzweideutig formuliert: „Aus der Betrachtung der einfachen Zirkulaton ergibt sich *uns* der allgemeine Begriff des Kapitals, weil innerhalb der bürgerlichen Produktionsweise die einfache Zirkulation selbst nur als Voraussetzung des Kapitals und es voraussetzend existiert."[23] Die Ware als Ausgangspunkt der Analyse einer historisch spezifischen Produktionsweise — der kapitalistischen — setzt die Analyse des in ihr eingeschlossenen *unmittelbaren Widerspruchs* von Gebrauchswert und Wert und damit von konkreter und abstrakter Arbeit als zweier innerlich zusammengehöriger, aber nur gegensätzlich gegeneinander existierender Seiten ein und derselben Arbeit voraus. Nur indem die abstrakt allgemeine Arbeit, als die eine der beiden Seiten ein und derselben Arbeit, selbst sachlich äußerliche Gegenständlichkeit annimmt, d.h. dadurch, daß die abstrakt allgemeine Arbeit selbst zur gesellschaftlichen Form wird, erweist sich die individuelle Arbeit als Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit. Da also die Privatarbeiten der Individuen *„nicht unmittelbar gesellschaftliche* Arbeit sind, so ist erstens die *gesellschaftliche Form* eine von den Naturalformen der wirklichen nützlichen Arbeiten unterschiedene, ihnen fremde und abstrakte Form, und zweitens erhalten alle Arten Privatarbeiten ihren *gesellschaftlichen* Charakter nur *gegensätzlich*, indem sie alle einer ausschließichen Art Privatarbeit, hier der Leineweberei, *gleichgesetzt* werden. Dadurch wird letztere die unmittelbare und allgemeine Erscheinungsform abstrakter menschlicher Arbeit und *so* Arbeit in unmittelbar gesellschaftlicher Form."[24].

Unmittelbar gesellschaftliche Form erhalten die Privatarbeiten also nur gegensätzlich, indem sie sich entäußern und in die von der übrigen Warenwelt ausgeschlossene Ware verwandeln. Diese Form der gesellschaftlichen Unmittelbarkeit erhält die Ware, die durch die gesellschaftliche Aktion der Inividuen dazu bestimmt wird — die Geldware. Die Form unmittelbarer Gesellschaftlichkeit erhalten die Privatarbeiten also nur über einen sachlich äußerliche Zusammenhang, „ihre *gesellschaftlich gültige Form ist eine vermittelte.*"[25]

In einer Produktionsweise, in der die gesellschaftliche Form selbst Objekt der Produktion wird, der gesellschaftliche Reichtum also eine von seiner konkreten Gebrauchswertgestalt getrennte Form annimmt, sind die Arbeiten der Einzelnen nur qua sachlich äußerlichem Zusammenhang als gesellschaftliche oder als Teil der gemeinschaftlichen Produktion gesetzt. Damit erscheint diese Form selbst als gesellschaftlich gültiger Zusammenhang der verselbständigt und sachlich gegeneinander existierenden Arbeiten, oder das Kapital erscheint „als die gesellschaftliche Einheit" als „das Subjekt der gesellschaftlichen Form der Arbeit".[26] Innerhalb der gesellschaftlichen Vermittlungsbewegung der unabhängigen Privatarbeiten, die notwendig anarchisch verläuft, als Kapitalwanderung zwischen den verschiedenen Produktionszweigen, als *ex-post*-Prozeß der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit, ist also das *Wertgesetz* als alleiniger und der kapitalistischen Produktionsweise *adäquater Regulierungsmechanismus* zur Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit gesetzt. Adäquat deshalb, weil in einer Produktionsweise, in der die eine Seite der Arbeit — die abstrakt allgemeine — selbst gesellschaftliche Form wird, die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit als ein den Individuen unbewußter, sie scheinbar naturgesetzlich beherrschender Prozeß abläuft, in dem sie stehen und handeln, der quasi durch sie hindurchgeht, dem sie aber, ohne daß er ihnen als gesellschaftlicher Prozeß bewußt wäre, unterworfen sind.

Da das regelnde Prinzip sich nur als gesellschaftlicher Durchschnitt der Regellosigkeit setzt, weil die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit sich nur nach den Bedürfnissen des Kapitals richtet — also nach den der lebendigen Arbeit sachlich gegenüberstehenden und sie als Teil subsumierenden verselbständigten Formen ihrer eigenen Entäußerung —, läuft diese Verteilung notwendig anarchisch ab. In dieser Ausgleichsbewegung gibt es für Marx nur *einen* Regulierungsmechanismus, der die gesellschaftliche Arbeit verteilt und die Vermittlung der Einzelkapitale leistet — das Wertgesetz. „Deshalb ist auch auf dieser Ebene das *Monopol* als Form, die aus der Entwicklung des industriellen Kapitals hervorgeht, *notwendig ausgeschlossen.*

Der Kapitalismus erweist sich als historisch spezifische Gesellschaftsformation, in welcher die Regulierung der gesellschaftlichen Produktion kein bewußt gesteuerter Prozeß ist, sondern die Menschen den gegenständliche Bedingungen ihres eigenen Lebens- und Arbeitsprozesses unterworfen sind. Bewegungsprinzip dieser Produktionsweise ist das Mehrwertgesetz, durch welches die beständige Enteignung des Arbeiters von den gegenständlichen Bedingungen des Produktionsprozesses und die Anhäufung von Reichtum auf Seiten der Produktionsmittelbesitzer reproduziert werden. Somit konstituiert sich auf Basis des Äquivalententauschs das Kapital als Macht und Ausbeutungsverhältnis, welches den Individuen ihre Gemeinschaftlichkeit quasi als Naturprozeß, vermittelt über ihnen äußerliche Dinge, oktroyiert. Durch diesen „Naturprozeß" werden aber die materiellen Bedingungen herausgearbeitet, um die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse den vergesellschafteten Produzenten zu unterwerfen, welche sie als nach ihrem assoziierten Verstand begriffene bewußt und rationell planen, gestalten und regulieren. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse erzeugen die materiellen Bedingungen und Grundlagen für eine höhere Form der gesellschaftlichen Organisaton der Arbeit, die der „geheime(n) Regulierung"[27] entgegengesetzte [28] Organisation der gesellschaftlichen Produktion — den unmittelbar gesellschaftlichen Zusammenhang der Arbeit, der auf der „vorherbestimmten Kontrolle"[29] der assoziierten Produzenten, also der planmäßig bewußten Organisation der Beziehungen der Individuen zueinander und zur Natur, beruht.

Die konkret nützliche Arbeit als unmittelbarer Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit — Ausgangspunkt der kommunistischen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit.

In der kommunistischen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit ist die Arbeit des Einzelnen direkt und unmittelbar Teil der gesellschaftlichen Produktion, unmittelbar gemeinschaftlich. Unmittelbar gesellschaftliche Form der Arbeit heißt, die Arbeit des Einzelnen braucht keine besondere, äußerliche Form anzunehmen, um sich als Teil der gesellschaftlichen Produktion zu setzen. Das Produkt in seiner konkreten Gebrauchswertgestalt ist von vornherein als gesellschaftlich nützliches gesetzt und damit als Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, was heißt, daß die Naturalform *jedes* Produktes *zugleich gesellschaftlich gültige Form* ist, oder Naturalform und Gesellschaftsform befinden sich in reeller Identität. Die Naturalform jedes Stückes bearbeiteter Natur ist unmittelbar gesellschaftlich gültige Form, oder das Produkt befindet sich als konkreter Gebrauchswert in einer *Form äußerlicher Unmittelbarkeit*.

Damit ist die Verselbständigung der Produzenten gegeneinander aufgehoben, die gesellschaftlichen Verhältnisse, innerhalb und vermittels derer sie leben, sind von ihrem Verstand begriffene und nach ihren Bedürfnissen bewußt und rationell planmäßig gestaltete, ihr gesellschaftlicher Zusammenhang eine freie Assoziation freier Individuen. Die gesellschaftliche Einheit der Individuen ist dadurch gesetzt, daß ihre konkret nützliche Arbeit unmittelbar Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit ist, dessen adäquater Ausdruck der gemeinschaftlich erstellte Plan ist. Da dies als Prozeß begriffenes Handen der assoziierten Produzenten und als solches nach ihren Bedürfnissen bewußt geregelter Arbeits- und Lebensprozeß ist, sind die Verhältnisse der Inividuen zueinander und in der gemeinschaftlichen Bearbeitung und Gestaltung der Natur auch durchsichtig klar — bewußt und rationell geplant.

Die Gesellschaftlichkeit ihrer Arbeit braucht den Individuen daher nicht als ihre eigene Entäußerung sachlich gegenüberszutreten. Somit ist die Voraussetzung der Arbeit des Einzelnen (oder besser: der vergesellschafteten Individuen), Teil der gesellschaftlichen Arbeit zu sein, mit sich selbst vermittelt, die bloß äußerliche Allgemeinheit aufgehoben und die *Gesellschaftlichkeit unmittelbar hergestellt*.

„Mit der Aufhebung aber des *unmittelbaren* Charakters der lebendigen Arbeit, als bloß *einzelner*, oder als bloß innerlich, oder bloß äußerlich allgemeiner oder *gesellschaftlicher*, wird den gegenständlichen Momenten der Produktion diese Form der Entfremdung abgestreift; sie werden damit gesetzt als Eigentum, als der organische gesellschaftliche Leib, worin die Individuen sich reproduzieren als Einzelne, aber als gesellschaftliche Einzelne. Die Bedingungen, so zu sein in der Reproduktion ihres Lebens, in ihrem produktiven Lebensprozeß, sind erst gesetzt worden durch den historischen ökonomischen Prozeß selbst, sowohl die objektiven wie die subjektiven Bedingungen, die nur die zwei unterschiedenen Formen derselben Bedingungen sind."[30]

Die gesellschaftliche Vermittlungsebene ist somit die volle Planmäßigkeit in den Beziehungen der Individuen zueinander und zur Natur als Ausdruck des von ihnen in freier Selbstbestimmung (dies setzt voraus: Kenntnis der Gesetze von Natur, Gesellschaft und Denken) gestalteten eigenen Lebensprozesses. Das Gesetz der

proportionellen Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit ist ein nach den Bedürfnissen der Individuen bewußt und planmäßig gestalteter gesellschaftlicher Prozeß. Somit tritt die Menschheit auch aus dem Stadium heraus, wo sie dem blinden Wirken gesellschaftlicher Gesetze subordiniert war, sie werden — um mit Engels zu sprechen — „wirkliche Herren der Natur, weil und indem sie Herren ihrer eigenen Vergesellschaftung werden. Die Gesetze ihres eigenen gesellschaftlichen Tuns, die ihnen bisher als fremde sie beherrschende Naturgesetze gegenüberstanden, werden dann von den Menschen mit voller Sachkenntnis angewandt und damit beherrscht. Die eigene Vergesellschaftung der Menschen, die ihnen bisher als von Natur und Geschichte oktroyiert gegenüberstand wird jetzt ihre eigene freie Tat."[31]

Diesem Entwicklungsstand der vergesellschafteten Menschheit entspricht ein Produktivkräfteniveau, welches die Möglichkeit der kontrollierten Beherrschung der Produktion und die Kontrolle des Menschen über die Natur hervorbringt, also einen gesellschaftlichen Zusammenhang der Arbeit, der die technologischen Bedingungen seiner eigenen Beherrschung mit einschließt. D.h. ein gesellschaftlicher Prozeß, der auf der bewußten Planmäßigkeit der Individuen zueinander und zur Natur beruht, *muß auch in seiner materiellen Entwicklung die Mechanismen der Beherrschung dieses Prozesses selbst in materialisierter Form hervorbringen bzw. zur Grundlage haben.*

Im wesentlichen sind dies von der technischen Form her Automation, Kybernetik und Bionik. Die rückgekoppelte Steuerung (Selbststeuerung) und autonom-adaptive Umstrukturierung und Umwandlung von Maschinen, Prozessen und Systemen — ihre Transformation im Prozeß selbst ohne „Außeneinwirkung" — sind die adäquaten Mechanismen zur Beherrschung der Natur und der eigenen Vergesellschaftung, aber auch *zur Befreiung der Menschheit von der immanenten Logizität der Produktivkraftentwicklung*, die Arbeit wird „alle Naturkräfte regelnde Tätigkeit".[32] Es sei hier kurz auf die Veränderungen des Arbeitsprozesses eingegangen, die in zwei entgegengesetzten Gesellschaftsformationen — Sozialismus und Imperialismus — sich durchsetzen. Marx hat den Zusammenhang von Stoff und Form für die große Industrie deutlich dargelegt:

„In der Maschine und noch mehr in der Maschinerie als einem automatischen System, ist das Arbeitsmittel verwandelt seinem Gebrauchswert nach, d.h. seinem stofflichen Dasein nach in eine dem Kapital fixe und dem Kapital überhaupt adäquate Existenz und die Form, indem es als unmittelbares Arbeitsmittel in den Produktionsprozeß des Kapitals aufgenommen wurde, in eine durch das Kapital gesetze und ihm entsprechende Form aufgehoben."[33]

Dieses Maschinensystem als adäquate Daseinsweise des caital fixe umfaßt 1. Den Antriebsmechanismus, 2. den Transmissionsmechanismus, 3. die Werkzeugmaschine oder Arbeitsmaschine und 4. die *Kontrolle* und *Steuerung* dieses Systems durch den Menschen. Die einfache Mechanisierung ist die dominierende technologische Form der Produktion.[34] Mit dem Übergang von der einfachen zur Komplexmechanisierung — als Prozeß hervorgerufen durch und rückwirkend auf die Verwertungsbedingungen des Kapitals mit dem Übergang zum Monopolkapitalismus — findet eine stufenweise *Ersetzung* der Kontroll- und Steuerungsfunktionen des Menschen durch *materialisierte Elemente der Lenkung, Steuerung und Kontrolle statt.*

Zuerst übernehmen Automaten die Kontrolle und Steuerung der Produktion. Diese sind streng determinierte Systeme, dem Menschen obliegt die Programmierung, das System ist unflexibel gegenüber Änderungen, gesteuert werden können nur algorithmierbare Prozesse (Objekte). Mit dem Übergang von der Automatisierung zur Kybernetik ist der Übergang von determinierten Automaten zu stochastischen Prozessen und Systemen verbunden. Hauptprozeß ist die Entwicklung adaptiver statt programmierter Steuerungssysteme.

„Diese anpassungsfähigen Systeme besitzen die Fähigkeit, anstelle des Menschen die hochkomplizierten stochatischen Prozesse zu verfolgen, deren optimalen Verlauf zu bestimmen, die determinierten Automaten entsprechend einzurichten und alle notwendigen Parameter der Produktonsprozesse zu kontrollieren. . . . Die Kybernetik ist die Wissenschaft von den Gesetzmäßigkeiten der Konstruktion und des Funktionierens solcher anpassungsfähigen Systeme wie selbsteinrichtenden, selbstorganisierenden, selbstlernenden und selbstprogrammierenden Automaten. Die Automatisierung, d.h. die Übertragung der Kontrolle und Steuerung von Objekten mit starrem Verhalten. Automaten, bereitet somit gesetzmäßig die Etappe der Kybernetisierung der Produktion vor, in der die Kontrolle und Steuerung hochautomatisierter Systeme mit stochastischem Verhalten kybernetischen Automaten übertragen wird."[35]

Mit dem Übergang von der Kybernetik zur Bionik ist die Entwicklung gegeben, daß Elemente, Strukturen und Systeme sich autonom adaptiv umstrukturieren und transformieren können, ohne von äußeren Einflüssen abhängig oder diesen unterworfen zu sein. Der Mensch setzt lediglich die (Produktions-) Ziele der Gesamtentwicklung. Damit entstehen aus der Entwicklung des Arbeitsprozesses die Mechanismen, die die materielle Grundlage dafür bieten, die Planmäßigkeit in den Beziehungen der gesellschaftlichen Individuen zu *objektivieren* und zu *materialisieren*. Als gegliedertes, verbundenes, dynamisch rückgekoppeltes und sich selbst umstrukturierendes System (von Teilsystemen: Maschine, Betrieb, Produktionszweig, Gesellschaftsbereich, Gesellschaft, Natur, etc.), sytematisch verbunden auf Mikro- und Makroebene, ist das, was sich im Kapitalismus in Form der staatsmonopolistischen Regulierung materialisiert, auf Grundlage des unmittelbar gesellschaftlichen Zusammenhangs (natürlich unter Abstreifen aller anarchischen Elemente) der adäquate Mechanismus, um die reelle Planmäßigkeit in den Beziehungen der gesellschaftlichen Individuen zueinander und zur Natur herzustellen, zu objektivieren und materialisieren und damit die freie Arbeit als „alle Naturkräfte regelnde Tätigkeit" zu verwirklichen.

Die Eliminierung der anarchischen Momente der Produktivkraftentwicklung, die noch aus einer Gesellschaftsform herrührten, für die der Stoff nur Grundlage ihrer eigentlichen Bewegung ist, andererseits aber die Herausarbeitung eben dieser materiellen Bedingungen erst Voraussetzung ist, um die gesellschaftlichen Beziehungen rationell und bewußt planen zu können, die Eliminierung dieser Naturwüchsigkeit der Produktivkraftentwicklung, wie sie selbst noch die sozialistische Gesellschaft hineinreicht, ist Aufgabe der kommunistischen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit.

Die Notwendigkeit der Eliminierung der anarchischen Momente der Produktivkraftentwicklung drängt sich auch angesichts der von dieser Naturwüchsigkeit selbst

hervorgebrachten ökologischen Krise unabdingbar für eine kommunistische Gesellschaft auf. Die planmäßig bewußte Beherrschung und Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung bedingt daher auch die planmäßige und kontrollierte — an den Erfordernissen des bioökonomischen Systems ausgerichtete — Beherrschung der *Struktur der Bedürfnisse im Weltmaßstab*.

Daß die Menschen „ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln„ (Marx) heißt gerade die Reduktion der notwendigen Arbeitszeit auf ein Minimum, und dies schließt notwendig die planmäßig bewußte Organisation der Bedürfnisstruktur ein, um die freie Zeit zur Entwicklung der vollen Inividualität der Menschen zu nutzen. Marx bemerkt dazu, daß die Arbeit der assoziierten Individuen „daher auch nicht mehr als Arbeit, sondern als volle Entwicklung der Tätigkeit selbst erscheint, in der die Naturnotwendigkeit in ihrer unmittelbaren Form verschwunden ist, weil an die Stelle des Naturbedürfnisses ein geschichtlich erzeugtes getreten ist." Die planmäßig bewußte Beherrschung der Struktur der Bedürfnisse im Weltmaßstab auf Grundlage der Grenzen des bioökonomischen Systems als Aufgabe für die marxistische Wissenschaft gestellt zu haben, ist zweifellos das Verdienst Wolfgang Harichs.[36] Gerade weil die planmäßig bewußte Organisation der Bedürfnisstruktur nur von den vergesellschafteten Produzenten selbst geleistet werden kann, hebt sich die Harichsche Hypothese, auch im Kommunismus gebe es noch einen Staat, von selbst auf.

Die Nonchalance, mit der manche Marxisten die *Naturschranken* des bioökonomischen Systems „Erde" hinwegwischen und *lediglich* als *Gesellschaftschranken* des Kapitalismus hinstellen — einhergehend mit der Denunzierung der Ökologiediskussion als Modeerscheinung, die man ganz materialistisch aus der derzeitigen Krise des Kapitalismus ableitet —, erweist sich als unfähig, den rationellen Kern bürgerlicher (Natur-)Wissenschaft für die marxistische Wissenschaft nutzbar zu machen. Sie enthält darüber hinaus eine naive Fortschrittsgläubigkeit, in der jede Technologie- und Produktivkraftentwicklung, friedlich genutzt, per se für akzeptabel und mit den Naturkreisläufen vereinbar erklärt wird, sofern sie unter sozialistisch-kommunistischen Bedingungen abläuft. Diese Argumentation ist leichtfertig, weil sie die Vorstellung einer unendlichen Spirale der Erhöhung des Lebensstandards der gesamten Weltbevölkerung unter Erhaltung des bioökonomischen Gleichgewichts suggeriert, ohne die ökologischen Begrenzungsfaktoren überhaupt mit in die Argumentation einzubeziehen.

Sie suggeriert weiterhin die Vorstellung von einzelkommunistischen Gemeinwesen, in welchem die Höhe der Konsumgüterproduktion zum Maßstab des gesellschaftlichen Reichtums wird. Sie perpetuiert drittens die Produktivkraftentwicklung, wie sie einer Produktionsweise entspringt, in der sie der bewußten Kontrolle entzogen war.

Ein kommunistisches Gemeinwesen steuert und lenkt nicht nur die gesellschaftliche Organisation der Produktion, es bestimmt notwendigerweise auch die Richtung der Produktivkraftentwicklung unter Berücksichtigung der Existenzbedingungen von Natur und Gesellschaft.

Um mit dem sowjetischen Wissenschaftler P. Kapiza zu sprechen: „Es bleibt der Menschheit nicht mehr allzuviel Zeit, die globale Krise zu verhüten — auf jeden Fall weniger als ein Jahrhundert. Die Wissenschaftler, die als erste das Ausmaß der drohenden Krise quantitativ abgeschätzt haben, sind verpflichtet, Wege zu zeigen, auf

denen die der Zivilisation drohenden Gefahren abgewendet werden können."[37]

Die Schaffung materieller Produktivkräfte, um den unmittelbar gesellschaftlichen Zusammenhang in den gesellschaftlichen Beziehungen der Individuen herzustellen, ist nicht automatisch mit der Besitzergreifung der Produktivkräfte durch die Gesellschaft als Prozeß der Eroberung und Errichtung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und der Vergesellschaftung der Produktionsmittegesetzt.[38] Wenn Engels also schreibt: „Sobald die Gesellschaft sich in den Besitz der Produktionsmittel setzt und sie in unmittelbarer Vergesellschaftung zur Produktion verwendet, wird die Arbeit eines jeden, wie verschieden auch ihr spezifisch nützlicher Charakter sei, von vornherein und direkt gesellschaftliche Arbeit"[39], und somit die Wertform (resp. Warenform) des Produkts aufgehoben, so ist dabei zu beachten, daß zwischen der Besitzergreifung der Produktivkräfte durch die Gesellschaft und ihrer Verwendung in unmittelbarer Vergesellschaftung zur Produktion keine *unmittelbare Idenität* besteht. Dies gilt insbesondere unter den Bedingungen des Imperialismus, unter denen und durch die sich das historische Spezifikum herausgebildet hat, daß nicht die am weitesten entwickelten kapitalistischen Länder zuerst zum Sozialismus/Kommunismus übergegangen sind, sondern weniger entwickelte.

Der sowjetische Ökonom A.K. Pokrytan[10] hat überzeugend nachgewiesen, daß die reelle Identität zwischen Daseinsweise und dem Begriff „unmittelbar gesellschaftlicher Zusammenhang" erst mit und in der entwickelten kommunistischen Gesellschaft gesetzt ist, im Sozialismus awzst Elemente der kommunistischen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit existieren, die ergänzt und durchkreuzt werden von der Ware Geld-Beziehung.[11]

Die noch bestehende realtive Isoliertheit der Produktionszweige gegeneinander macht es notwendig, daß im Sozialismus neben dem unmittelbar gesellschaftlichen Zusammenhang, der wirkt und sich entwickelt, der sich aber noch nicht vollgültig durchsetzen kann, Elemente des ihm entgegengesetzten und vorhergehenden Zusammenhangs, des Wertformzusammenhangs — durch die Ware—Geld-Beziehung — mit aufgenommen werden müssen in die Regulierung der gesellschaftlichen Produktion. Es ist daher falsch, die äußerlich gegeneinander verselbständigten Seiten ein und derselben Arbeit als Extreme gegeneinander zu stellen, als die „Privatheit" auf der einen, die „Gesellschaftlichkeit" auf der anderen Seite, davon zu abstrahieren, daß die Privatheit eine sachlich vermittelte Gesellschaftlichkeit ist, um dann zu behaupten, der Marxsche Satz: „Nur Produkte selbständiger und voneinander unabhängiger Privatarbeiten treten einander als Waren gegenüber"[12], habe für den Sozialismus keine Gültigkeit mehr, da die unabhängige Privatarbeit als dominantes Produktionsverhältnis aufgehoben sei.

Diese irrige Auffassung folgt konsequent aus einer Konzeption des Ausgangspunktes der sozialistisch/kommunstischen Produktionsweise, die sehr vielen Analysen zugrunde liegt: Die Ableitung des unmittelbar gesellschaftlichen Zusammenhangs der Arbeit aus dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln.[13] Die Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die vergesellschafteten Individuen ist zweifellos der erste bewußte gesellschaftliche Akt der Unterordnung der Produktionsbedingungen durch die Individuen selbst und von daher Voraussetzung einer planmäßigen Organisation der

gesellschaftliche Produktion. Das gesellschaftliche Eigentum ist aber ebensowenig Ausgangspunkt der kommunistischen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit, wie das Privateigentum Ausgangspunkt der kapitalistischen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit (Wenn auch letzteres — wie ersteres notwendige Voraussetzung der Produktionsweise.)

Das gesellschaftliche Eigentum ist deshalb umgekehrt aus dem unmittelbar gesellschaftlichen Zusammenhang abzuleiten. Setzt man das gesellschaftliche Eigentum voluntaristisch als Ausgangspunkt, so folgt daraus der *Harmonieautomatismus* zweier entgegengesetzter Organisationsformen: des Wertgesetzes und der unmittelbaren Planmäßigkeit. Konsequenz ist dann die Konstatierung eines „besonderen Charakters" der sozialistischen Warenrproduktion und die widerspruchsfreie Kompatibilität von Wertgesetz und gesellschaftlicher Planmäßigkeit, denn auf Grundlage dieser „besonderen Form" der Warenproduktion harmonieren die entgegengesetzten Regulierungsmechanismen widerspruchsfrei miteinander.

Gerade darzustellen ist aber, wie in entgegengesetzten Gesellschaftsformationen diese beiden sich widersprechenden gesellschaftlichen Organisationsformen zusammenwirken: wie im Sozialismus die Planmäßigkeit in den gesellschaftlichen Beziehungen dominantes Steuerungsprinzip der gesellschaftlichen Produktion wird, durchkreuzt und ergänzt von der Ware—Geld-Beziehung, und wie im Imperialismus die Planmäßigkeit in der gesellschaftlichen Aneignung des Profits notwendiges Korrektiv und partielle Ersetzung des Wertgesetzes wird, welches trotzdem dominantes Steuerungsprinzip bleibt.

Es gilt daher für die sozialistische Produktionsweise zu analysieren, inwieweit der unmittelbar gesellschaftliche Zusammenhang und damit die Planmäßigkeit in den Beziehungen der Individuen die Warenbeziehungen als gesellschaftlichen Vermittlungszusammenhang *aufhebt*, und inwieweit die relative Isoliertheit der individuellen Arbeiten voneinander noch ihre *Vermittlung* über die Ware—Geld-Beziehung *notwendig macht*. Auch für die sozialistische Produktionsweise hat die Marx'sche Feststellung Gültigkeit:„Auf Basis welcher Produktionsweise auch immer die Produkte produziert wurden, die als Waren in die Zirkulaton eingehen — ob auf Basis des urwüchsigen Gemeinwesens oder der Sklavenproduktion oder der kleinbürgerlichen oder der kapitalistischen —, es ändert dies nichts an ihrem Charakter als Waren, und als Waren haben sie den Austauschprozeß und die ihn begleitenden Formveränderungen durchzumachen."[14]

Das Monopol als kapitalistische Übergangsform — prozessierende Einheit von Elementen zweiter entgegengesetzter Organisationsformen gesellschaftlicher Arbeit

Die geschichtliche Entwicklung hat gezeigt, daß es zwischen der kapitlistischen und der kommunistischen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit *keinen unmittelbaren Übergang* gibt. Zwischen der „reinen" — umfassenden und alleinigen — Durchsetzung dieser beiden entgegengesetzten Organisationsformen gibt es eine Epoche geschichtlicher Entwicklung, die die widersprüchliche Vereinigung dieser beiden Reguliertngsformen gesellschaftlicher Arbeit umfaßt.

Auf Grundlage der kapitalistische Organisation der gesellschaftlichen Arbeit ist dies das *Monopol* als die widersprüchliche Bewegungsform des Wertformzusammenhangs, der ergänzt, durchkreuzt und teilweise aufgehoben wird von Elementen gesellschaftlicher Planmäßigkeit, also von Elementen des unmittelbar gesellschaftlichen Zusammenhangs.

Auf Grundlage der kommunistischen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit ist dies — als erste Stufe dieser Produktionsweise — der *Sozialismus*, der die widersprüchliche Vereinigung von Elementen des unmittelbar gesellschaftlichen Zusammenhangs der Arbeit verkörpert, durchkreuzt und ergänzt von der Ware-Geld-Beziehung, die mit der Entwicklung des gewöhnlichen Zusammenhangs der Arbeit und der Durchsetzung der reellen Planmäßigkeit in den Beziehungen der Individuen zueinander und zur Natur aufgehoben wird.[15]

Da die Elemente des unmittelbar gesellschaftlichen Zusammenhangs im Kapitalismus aber nur innerhalb und vermittels der kapitalistischen Formen selbst wirken, tragen sie deren notwendige Verkehrtheit, können sie den anarchischen Charakter der Produktion nicht aufheben, sondern sie wirken nur für und innerhalb dieser Produktionsverhältnisse. Das Monopol ist demzufolge eine Ausgleichs- und Bewegungsform, die, indem sie bewußte Momente der Regulierung der gesellschaftlichen Produktion in sich einschließt, versucht, die Zwangsgesetze des gesellschaftlichen Vermittlungsprozesses im Kapitalismus — Wertgesetz, Warenbeziehungen, Preissetzungsprozeß, Tendenz zur Durchschnittsprofitrate — zu unterlaufen, um die stofflichen und wertmäßigen Reproduktionsbedingungen unmittelbar herzustellen. Der Zusammenhang der verschiedenen (unabhängigen) Teile des Reroduktionsprozesses kann bei diesem immensen Grad der Vergesellschaftung vom Wertgesetz allein nicht mehr hergestellt werden. Die Weiterentwicklung der Produktivkräfte unter kapitalistischen Bedingungen, die Ausgleichung der Disproportionalitäten erfordert neue Ausgleichungs- und Bewegungsformen, die über die Wertregulierung hinausgehen.[16]

Erforderlich ist innerhalb kapitalistischer Strukturen und Verhältnisse die Aufnahme von *Elementen gesellschaftlicher Regulierung der Produktion*. Diese Elemente gesellschaftlicher Planmäßigkeit werden aber eingesetzt zur Sicherung der Profite des Monopolkapitals. Es ist dies *nur formell* — also in *kapitalistischen Formen* — eine gesellschaftliche Regulierung, zum planmäßigen Einstreichen der Profite durch einen *Teil* des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, quasi eine *gesellschaftliche Regulierung des Profits*. Dadurch findet eine *teilweise Ersetzung* der Vermittlung der verschiedenen Teile des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses über das Wertgesetz durch Elemente einer gesellschaftlichen Regulierung statt, „die Entwicklung eines Apparats für die gesellschaftliche Regulierung des Produktionsprozesses und der Verteilung der Produkte durch die Banken sowie durch die Kapitalistenverbände . . ."[17] Es handelt sich um eine quasi planmäßige Teilung der Arbeit nach den Bedürfnissen des Monopolkapitals, vorgenommen auf der Basis eines „abgetasteten" Marktes — sowohl rohstoffseitig als auch absatzseitig — festgelegter und teilweise abgestimmter Produktionsziffern und demzufolge administrierter Preise.[18]

Der eigentümliche Zusammenhang bildet sich heraus, daß die Resultate der gesellschaftlichen Produktion, die Waren, zwar weiterhin als Waren (und nicht als

Gebrauchswerte) über den Austausch vermittelt sind, aber ihr „normaler" Zusammenhang, der Austausch zu Werten (Produktionspreisen) — und damit der Äquivalententausch als Grundlage der formellen Gleichheit der Warenbesitzer durchbrochen wird.[19] Der Monopolpreis als nunmehr dominante Form des Preisbildungsprozesses, der Monopolprofit als zentrales Verbindungsglied der gesellschaftlichen Reproduktion, enthält notwendig *Elemente des ungleichen Tausches*.

Die gesellschaftliche Produktion erfordert eine teilweise gewaltsame und bewußte Herstellung der Zusammenhäng der Reproduktion, weil die durchschnittliche Teilhabe am gesellschaftlichen Mehrwert allein die Reproduktionsbedingungen des Monopols nicht mehr sichert. Lenin schreibt daher auch, daß „die Warenproduktion . . . in Wirklichkeit bereits untergraben ist"[50], denn „die Trusts produzieren Waren nicht anarchisch, sondern auf Grund von Berechnungen."[51]

Deshalb ist das Monopol ein Verfügungsverhältnis über bestimmte Reproduktionszusammenhänge (Katzenstein), man muß noch ergänzen: ein *internationales Verhältnis*. (Die Leninsche Imperialismustheorie ist deshalb von ihrem methodologischen Ansatz her notwendig eine Weltmarktanalyse.) Die Grenzen der Mehrwertaneignung sind für das Monopol mithin auch nicht durch den *nationalen Gesamtmehrwert* gesetzt.

Daß das Monopol ein Machtverhältnis über bestimmte Reproduktionszusammenhänge ist, zeigt sich nicht nur an der Mengenregulierung der Produktion, an den Marketingstrategien, der systematischen Erschließung von Märkten, bzw. gewaltsamen Aneignung der Rohstoffe etc., sondern auch an der (internationalen) Konzernstrategie bzw. im Konzernaufbau selbst. Insbesondere die *Kombination* von verschiedenen Industriezweigen als aufeinanderfolgende Stufen der Verarbeitung, z.B. Stahlerzeugung, Metallverarbeitung, an die eventuell noch Grundstoffzweige und Handel angegliedert werden, oder die Ausarbeitung der verschiedensten *Diversifikationsstrategien* zur Verringerung der Krisenanfälligkeit des Monopols, oder die (spezialisierten) Zulieferbetriebe, die in Abhängigkeit von den Konzernen gesetzt werden etc., sind — um nur einige zu nennen — Mechanismen, mit denen das Monopol seine absolute Verfügungsgewalt auch durch unmittelbare Herrschaftsformen über bestimmte Zusammenhänge des Reproduktionsprozesses herstellt.[52]

Die gewaltsame Unterdrückung — sei es durch ökonomischen und / oder politischen und / oder militärischen Zwang — der Welt durch wenige Imperialismen (Wucherkapitale) ist notwendige Reproduktionsbedingung des Monopols, die daraus entspringende ökonomische und politische Manövrierfähigkeit (Manövriermasse) die materielle Basis für die Bestechung von Teilen der Arbeiterklasse. Daraus entspringt die für den weltrevolutionären Prozeß konstitutive Bewegungsform der *teilweisen* und *zeitweiligen Auslagerung* des revolutionären Prozesses aus den Metropolen in die unterdrückten Staaten.

Die Analyse des Imperialismus resp. seiner ökonomischen Basis, des Monopols, ist keine Analyse einer in sich geschlossenen Totalität, keine Analyse einer eigenständigen, in sich abgeschlossenen Organisationsform. Insofern hat das Monopol auch *keinen eigenständigen Ausgangspunkt*, es verbindet Elemente zweier entgegengesetzter Organisationsformen gesellschaftlicher Arbeit und damit ist es eine aus der Weiterentwicklung des Kapitalismus hervorwachsene Form.

„Nicht reine Monopole, sondern Monopole neben dem Austausch, dem Markt, der Konkurrenz, den Krisen — das ist überhaupt die wesentlichste Eigenart des Imperialismus.

Darum ist es theoretisch falsch, die Analyse des Austauschs, der Warenproduktion, der Krisen usw. überhaupt zu streichen und sie durch die Analyse des Imperialismus als eines Ganzen zu 'ersetzen'. Denn ein solches Ganzes gibt es nicht. Es gibt einen Übergang von der Konkurrenz zum Monopol, und daher wird ein Programm, das die allgemeine Analyse des Austauschs, der Warenproduktion, der Krisen usw. beibehält und eine Charakteristik der heranwachsenden Monopole hinzufügt, viel richtiger sein, die Wirklichkeit viel exakter wiedergeben. Gerade dies Verkopplung der einander widersprechenden ‚Prinzipien' — Konkurrenz und Monopol — ist für den Imperialsimus wesentlich, gerade sie bereitet den Zusammenbruch, d.h. die sozialistische Revolution vor.“[53]

Der eigentliche Ausgangspunkt des Monopols ist dort gesetzt, wo die Regulierung der gesellschaftlichen Produktion vom Wertgesetz allein nicht mehr gewährleistet werden kann, konkret also beim Übergang von den Aktiengesellschaften zu den Trusts und Kartellen, deren neue Qualität gegenüber den AG's in der mengen- und wertmäßigen Regulierung der verschiedenen Bestandteile der Produktion (Investitionen, Preise, Profite) auf Zweigebene besteht, bei den Konzernen zusätzlich auch auf zwischenzweiglicher Ebene bis zur Erfassung verschiedener Bereiche der Volkswirtschaft (Grundstoffe, Verarbeitung, Handel).

Engels hat in den bekannten Stellen schon auf diesen Prozeß der Herausbildung gesamtgesellschaftlicher Verteilungsmechanismen in kapitalistischen Formen, die über das Wertgesetz hinausgehen, hingewiesen[54], und Lenin hat gerade darauf sich beziehend, diese Entwicklung als Herausbildung und Verallgemeinerung des Monopols und des Imperialismus charakterisiert.

Es gibt daher einen *Übergang* von den Aktiengesellschaften zu den Trusts. Die Aktiengesellschaften sind „das *ultimate Setzen* des Kapitals in seiner ihm adäquaten Form“[55], also die höchste Form auf Basis des alleinigen Wirkens des Wertgesetzes, während der Trust eine „Vereinigung zum Zwecke der Regulierung der Produktion“[56] ist, innerhalb dessen die „freie Konkurrenz“ „ins Monopol“ *umschlägt*. Hier also „kapituliert die planlose Produktion der kapitalistischen Gesellschaft vor der planmäßigen Produktion der hereinbrechenden sozialistischen Gesellschaft.“[57] Durch die Aufnahme von Mechanismen gesellschaftlicher Planmäßigkeit und Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit qua Herausbildung des Monopols verändert sich auch der Zusammenhang von Mehrwert*erzeugung* und Mehrwert*aneignung*, wie er über den inneren Kreislauf des industriellen Kapitals — Gesetze der Mehrwertproduktion, Kreisläufe des industriellen Kapitals, Tendenz zur Durchschnittsprofitrate — hergestellt wurde. Der innere Kreislauf wird durchbrochen — d.h. das Monopol setzt durch die Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital eine Mechanismus, der eine an den *Bedürfnissen des Monopols* ausgerichtete Verteilung gewährleistet.[58]

Dieser neue Zusammenhang der Profitverteilung ist gemeint, wenn Lenin schreibt: „Der Kapitalismus ist so weit entwickelt, daß die Warenproduktion, obwohl sie nach wie vor ‚herrscht' und als Grundlage der gesamten Wirtschaft gilt, in Wirklichkeit bereits untergraben ist und die Hauptprofite den ‚Genies' der Finanzmachenschaften zufallen.“[59] Das Monopol als absolute Verfügungsgewalt über besitmmte Reproduk-

walt über besitmmte Reproduktionszusammenhänge, die notwendig sind, um seine Reproduktion und damit die gesellschaftliche Weiterentwicklung zu garantieren und voranzutreiben, gleicht dadurch einerseits die Disproportionalitäten in der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit aus, reißt aber gleichzeitig „Lücken“ im gesellschaftlichen Reproduktiosprozeß auf, die nur durch gesamtgesellschaftliche Instanzen, eben durch die staatliche Wirtschaftspolitik wieder geschlossen werden können. Dies bedingt, daß die staatliche Wirtschaftspolitik zu einem *immanenten Moment* des und Gesamtkapitals wird.“

Eine an den Bedürfnissen des Monopolkapitals ausgerichtete Verteilung des Profits schließt die Transformation des Kredits als gesellschaftliche Form der Ausgleichung von Disproportionalitäten und als die Schranken des Einzelkapitals überwindender Mechanismus ein — in eine bewußt im Konkurrenzkampf zugunsten des Monopols und gegen andere Kapitals eingesetzte kapitalistische Form gesellschaftlicher Regulierung.[61]

Lenin hat ausdrücklich auf Marx' Feststellung verwiesen, daß im Banksystem „die Form einer allgemeinen Buchführung und Verteilung der Produktionsmittel auf gesellschaftlicher Stufenleiter gegeben“ sei[62], im Kapitalismus aber eben nur der Form nach eine gesellschaftliche Verteilung.

Damit ist die Preisform, als die Form, in der und durch die das Wertgesetz sich als ex post- Regulierung gesellschaftlicher Produktion durchsetzt, nicht mehr allein die Form, in der die Konkurrenz der Kapitalien zum Ausdruck kommt und sich als gesellschaftliche Beziehung der Produzenten durchsetzt.

Daß das kapitalistische System des Eingriffs in seinen Reproduktionsprozeß bedarf und auf Grundlage des Wirkens seiner immanenten Gesetzmäßigkeiten keinen automatischen (endogenen) Prozeß aus der Reinigungskrise zu „normalen“ Zyklusverlauf mehr herstellen kann, ist der bürgerlichen Ökonomie in der Weltwirtschaftskrise 1929-1932 schlagend deutlich geworden.

Ihren theoretischen Ausdruck findet diese Tatsache in der durch Kalecki, Keynes und Myrdal entwickelten Dichotomie von Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik. Insbesondere Keynes hat klar erkannt, daß die veränderten Gesetze kapitalistischer Entwicklung kumulative Prozesse nach unten erzeugen, die nur durch prognostische Zielbildungen der Unternehmungen reversibel gemacht werden können, d.h. durch die bewußte Bestimmung — stoff- und wertmäßig — der Investitionsnachfrage der Unternehmungen auf Basis abgetasteter Märkte und prognostizierter Eckwerte der wirtschaftlichen Entwicklung. Dies findet seinen Ausdruck sowohl in der Bildung der „langfristigen Erwartungen“ im und durch das Investitions-Profitkalkül der Kapitalisten, als auch in der Beeinflussung der Tabelle der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals (Volumen der effektiven Nachfrage) durch die *Wirtschaftspolitik* des Staates. So Keynes: „Ich bin darauf gefaßt, daß der Staat, der die Grenzleistungsfähigkeit der Kapitalgüter auf lange Sicht und auf der Grundlage des allgemeinen sozialen Wohls berechnen kann, eine immer wachsende Verantwortung für die unmittelbare Organisation der Investition übernehmen wird.“[63]

An die Stelle einer automatischen Selbststeuerung des ökonomischen Systems tritt das prognostische Verhalten der Wirtschaftssubjekte und der Staat als handelnder Agent. Die *makroökonomische Entscheidungslogik* des kapitalistischen Staates via *politischer Handlungstheorie* wird so immanenter Bestandteil der Reproduktionsbedingungen des Einzel- und Gesamtkapitals. Die Umwandlung des „neoklassischen Preisgleichgewichts in das keynesianische Nachfragegleichgewicht"[61] heißt aber nichts anderes, als über die Nachfragesteuerung eine Regulierung und Lenkung makroökonomischer Aggregate zu erzielen, um durch diese Handlungsstrategien die Funktonsbedingungen des Systems herzustellen und dadurch zu stablisieren.

Daß die Reproduktionszusammenhänge, die das Monopol braucht bzw. die durch das Monolpol gesetzt werden, ein Auseinanderreißen der normalen Zusammenhänge der gesellschaftlichen Reproduktion nach sich ziehen, die durch eine nachfragesteuernde Wirtschaftspolitik des Staates wieder in Richtung Gleichgewicht gebracht werden müssen, ist nach Keynes von M. Kalecki mit seiner Formulierung des „politischen Wirtschaftszyklus" schon 1943 ausgesprochen worden.[65] Allerdings haben der Faschismus in Deutschland und der New Deal in den USA die makroökonomische Wirtschaftslenkung im Kapitalismus schon praktiziert, bevor sie eine theoretische Fundierung durch Keynes und Kalecki erfuhr.

Mit der Veräußerlichung des inneren Kreislaufs von Aneignung und Verteilung des gesellschaftlichen Produkts veräußerlichen sich auch die Konkurrenzverhältnisse, sind die gesellschaftlichen Verhältnisse einer eigentümlich vermittelten Bewußtheit[66] unterworfen, die adäquater Ausdruck der Aufnahme von Elementen gesellschaftlicher Planmäßigkeit in kapitalistischen Formen ist. Das Monopol als die Form, die die Disproportionalitäten ausgleicht, indem es neue und höhere Mechanismen der Aneignung des gesellschaftlichen Produkts und der Umverteilung des Werts und Mehrwerts setzt, durchbricht dadurch den „friedlichen" Mechanismus, durch den jedes Kapital qua seiner Größe einen aliquoten Anteil am Mehrwert bekommt. Das Monopol schließt in der Aneignung von mehr Mehrwert, als ihm in der gesellschaftlichen Ausgleichsbewegung zukommen würde, außerökonomische Mechanismen der Macht und Gewalt mit ein, es zieht durch die Machtstellung, die es im Reproduktionsprozeß einnimmt, einen dauerhaften Monopolprofit an sich.

Die Tendenz des Kapitals, von seiner „normalen" Durchsetzungsweise als vermitteltes Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis überzugehen zu unmittelbaren Herrschaftsformen — sowohl nach außen als auch nach innen — schließt die imperialistische Unterdrückung anderer Länder und den Faschismus als terroristische Variante der Herrschaft des Monopolkapitals ein.

Im Begriff des Monopols, seinem ökonomischen Wesen, ist schon die gewaltsame Unterwerfung der Welt, ihre ökonomische und politische Aufteilung als notwendige Reproduktionsbedingung der kapitalistischen Metropolen gesetzt. Als internationales Produktionsverhältnis überschreitet das Monopol die nationalen Grenzen, setzt seine Reproduktion über den Weltmarkt. Den deutlichsten Ausdruck findet diese Gesetzmäßigkeit in der Existenz weniger Wucherstaaten, die die restliche Welt ökonomisch, politisch und militärisch unterdrücken und ausbeuten. Damit verbunden ist die Internationalisierung der industriellen Reservearmee.[67]

Das Monopol, angetreten, um die Disproportionalitäten in der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit mit Hilfe gesellschaftlicher Verteilungsmechanismen, die es in sich selbst aufnimmt, zu beseitigen, setzt damit eine Ambivalenz in der gesellschaftlichen Entwicklung. Einerseits beseitigt es die Disproportionalitäten und garantiert damit die Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte — wenn auch parasitär — durch die Planmäßigkeit, mit der es die Rohstoffe ausbeutet und aneignet, den Markt abtastet, die Absatz- und Produktionsmenge plant, die Preise in gewissen Grenzen festsetzt, sich einen höheren Anteil am gesellschaftlichen Mehrwert sichert, d.h. seine *Profite planmäßig einstreicht*.

Andererseits schafft es dadurch eine „Epoche verhältnismäßig viel stürmischeren, sprunghafteren, katastrophaleren, konfliktreicheren Charakters"[68], schafft es Formen der Ausgleichung gesellschaftlicher Disproportionalitäten, gegen die die zyklische Überproduktionskrise — als der einer anarchischen Produktionsweise adäquate Ausgleichsmechanismus — eine laue Brise ist.

Da das Monopol vielfach nicht in der Lage ist, auf einer solch hohen Stufenleiter der gesellschaftlichen Produktion auch die erforderlichen gesellschaftlichen Bedingungen setzen zu können (sowohl was das fixe, zirkulierende als auch variable Kapital betrifft), muß der Staat die Aufgaben übernehmen. (Es geht dies eben über die normalen Rahmenbedingungen hinaus.) Dadurch werden aber — da Ziel und Richtung der gesellschaftliche Entwicklung notwendig anarchisch verlaufen — Fehlentwicklungen nicht sofort durch Überproduktionskrisen „bereinigt", sondern durch staatliche Unterstützung *forciert*.

Das Monopol beseitigt die Disproportionlitäten nur dadurch, daß es seiner historischen Aufgabe — ungehemmte Entwicklung der Produktivkräfte in den von ihm selbst gesetzten Grenzen — untreu wird und die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion *bewußt hemmt*. Es kann die kumulierten Dispropotionalitäten nur durch beständige Neuaufteilung der Welt (sprich Kriege) und damit einhergehende katastrophenartige Entwertungsprozesse von Kapital beseitigen, und indem es zur Beseitigung dieser Disproportionalitäten den kapitalistischen Staat als gesamtgesellschaftliche Instanz unmittelbar in seinen Reproduktionsprozeß einschaltet, also der Staat zum Agenten wird, der eine vom Monopolkapital allein nicht mehr zu leistende Vermittlung der verschiedenen Bestandteile seines Reproduktionsprozesses vornimmt.

Anders formuliert: Mit der „Veräußerlichung" der Reproduktionsbedingungen des Kapitals und der Verteilungsmechanismen gesellschaftlicher Arbeit sind Momente in dieser Verteilung eingeschlossen — Macht, Gewalt, gesellschaftliche Planmäßigkeit, staatliche Wirtschaftspolitik —, die die *Funktionsweise* des Systems von diesen „äußerlichen" Faktoren abhängig machen. Das kapitalistische System setzt mit der Aufnahme dieser, seiner adäquaten Funktionsweise äußerlichen Mechanismen, ein Moment vermittelter Bewußtheit in den Reproduktionsbedingungen. Das System funktioniert nur noch mit Hilfe der wirtschaftspolitischen Eingriffe des Staates, diese werden zu Zwangsgesetzen der kapitalistischen Entwicklung, aber ihre Funktionsweise und Wirksamkeit hängt von der „Richtigkeit" oder „Falschheit" dieser Eingriffe, von der „richtigen" oder „falschen" Problemerkenntnis oder „Problemperzeption" der Staatsagenten ab. „Richtig" agieren kann der kapitalistische Staat aber nicht, denn dies

setzt voraus, daß der Gebrauchswert und die Bedürfnisbefriedigung der Menschen Maßstab und Objekt der Produktion wäre.

Das unlösbare Dilemma, in dem sich der staatsmonopolistische Kapitalismus und seine Agenten befinden, ist, Elemente gesellschaftlicher Verteilung der Arbeit und Regulierung der Produktion aufgezwungen zu bekommen und diese auch in Form staatsmonopolistischer Regulierung materialisieren zu müssen; andererseits aber berücksichtigen zu müssen, daß aber diese „gesellschaftliche Planmäßigkeit" als oberstes Ziel die Erreichung eines maximalen Monopolprofits hat. Dieses Dilemma ist weder durch Verbesserung der Elemente der Makroplanung, noch durch eine Perzeptionsanae[69], noch durch eine gesteigerte „Problemverarbeitungskapazität"[70] in der Planung des kapitalistischen Staates lösbar.

Eine Wirtschaftspolitik, die innerhalb dieser verkehrten Formen ablaufend Planungselemente entwickeln muß, dabei aber nicht an den Bedürfnissen ausgerichtet ist, sondern Korrektivfaktor der kapitalistischen Entwicklung ist, Beseitiger von Dysfunktionalitäten in der anarchischen Entwicklung des (Monopol-)Kapitals, trägt durch die Aufnahme von Elementen gesellschaftlicher Planmäßigkeit der Produktion qua Monopol und staatsmonopolistischer Regulierung, der Entwicklung von Integratonsstrategien etc., zur *Stabilisierung des kapitalistischen Systems* bei. Der Widerspruch, in den eine kapitalistische Wirtschaftspolitik gerät, deren Ziel die Stabilisieren des Kapitalismus als System ist, ist, daß sie, „wenn sie adäquat sein soll . . ., entweder die Dominanz des Kapitalverhältnisses selbst verletzen oder diese legitimatorischen und administativen Funktionsvoraussetzungen staatlicher Steuerungskapazität unterminieren"[71] muß. Die Funktionsweise des Staates im Reproduktionsprozeß eröffnet somit auf Basis der qualitativen Änderungen die Möglichkeit ihrer Beeinflussung durch die antimonopolistischen Kräfte, insbesondere unter Bedingungen, wo eine reaktive, rein antizyklisch ausgerichtete ex-post-Makroplanung des kapitalistischen Staates (konjunkturneutraler Haushalt, Krisenmanagement, Globalsteuerung, etc.) die anstehenden Probleme nicht lösen kann und *Elemente einer* ex-ante-Planung immer stärker in die Diskussion kommen (Investitionslenkung, betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung, Preiskontrolle, qualitative Veränderungen des Planungsablaufs).

Diese Mechanismen werden zu Hebelpunkten, um die anstehenden Probleme des SMK in Richtung sozialistischer Perspektive zu lösen, d.h. im Interesse und unter Einbeziehung der Arbeiterklassen und ihrer Bündnisschichten.[72]

Fußnoten

1 Das (empirische) Monopol tritt demnach nur auf als Hindernis im „Ausgleichsprozeß zur Durchschnittsprofitrate" (Projekt Klassenanalyse: Leninismus — neue Stufe des wissenschaftlichen Sozialismus? Berlin(West) 1972, Band 2/1, S.379), bzw. es „modifizier die Wirkungsweise der Ausgleichsbewegungen der Kapitale." (E. Altvater: „Wertgesetz und Monopolmacht", in: Theorie des Monopols. Das Argument, Sonderband 6, S.189).

2 Projekt Klassenanalyse (PKA): Stamokap in der Krise, Diskussionsband 5, Westberlin 1975.

3 PKA: Leninismus — neue Stufe des wissenschaftlichen Sozialismus?, Berlin(West) 1972, Band 2/1, S.82

4 W.I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Werke Band 22, Berlin(DDR), S.198.

5 J. Hulfschmid: „Begründung und Bedeutung des Monopolbegriffs in der marxistischen politischen Ökonomie", in: Das Argument, Sonderband 6, a.a.O. S.4 ff.

6 Nachtrag zu K. Marx: Das Kapital, band III, K. Marx/F. Engels Werke Band 25, Berlin(DDR), S.909.

7 K. Marx, Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, Frankfurt/M. 1970, S.64. MEW 25, S.898—917.

9 Ebenda, S.187.

10 Marx an Engels, 2.4.1858, in: Briefe über das „Kapital", Berlin(DDR) 1954, S.88.

11 Vgl. dazu: R. Katzenstein: „Zur Frage des Monopols, des Monopolsprofits und der Durchsetzung des Wertgesetzes im Monopolkapitalismus", in: Das Argument, Sonderband 6, a.a.O., S. 93 ff.

12 MEW 25, S.869.

13 F. Engels: Vorwort zu Marx'Schrift: Das Elend der Philosophie, in: MEW 21, S.184, Fn.

14 MEW 25, S.130 Fn, siehe auch: MEW 19, S.220.

15 F. Engels: Kritik des Erfurter Programms, MEW 22, S.232.

16 F. Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW 19, S.221.

17 W.I. Lenin, Der Imperialismus . . ., a.a.O., S.204.

18 Ebenda, S. 304.

19 Ebenda, S. 209.

20 Ebenda, S. 209.

21 Ebenda, S. 209.

22 Dies kann nur in bezug auf die in diesem Zusammenhang wesentlichen Fragen abgehandelt werden. Verwiesen sei ausdrücklich auf folgende Arbeit: Dieter Wolf, Dialektik bei Marx und Hegel, II. Teil, Der Widerspruch von Gebrauchswert und Wert als Grundlage der Entwicklung der gesellschaftlichen Formen der Arbeit und ihrer dialektischen Darstellung, unveröffl. Manuskript, Berlin(West) 1976.

23 K. Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin(DDR) 1953, S. 945.

24 K. Marx: Das Kapital, 1. Band, 1. Auflage von 1867, S.33.

25 Ebenda, S.30.

26 MEW 26.3, S.486.

27 MEW 25, S.875.

28 MEW 23, S.109, Fn.

29 MEW 25, S. 197.

30 K. Marx: Grundrisse . . ., a.a.O., S.716.

31 F. Engels: Anti-Dühring, MEW 20, S.264.

32 K. Marx: Grundrisse . . .,a.a.O., S.505.

33 Ebenda, S.584.

34 Wir folgen hier und im folgenden im wesentlichen: S. Smirnow: „Die wissenschaftlich-technische Revolution und die materielle Produktion", in: Sowjetwissenschaft 5/75, S.517—527. Vgl. auch: Gudoznik: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt, Berlin(DDR) 1974.

35 S. Smirnow, a.a.O., S.523 f.

36 W. Harich: Kommunismus ohne Wachstum?, Reinbek bei Hamburg, 1975, insbesondere Kapitel 7.

37 Redebeitrag von P. Kapiza bei einem Rundtischgespräch der Zeitschrift „Woprossy filosofi" zum Thema „Der Mensch und seine Umwelt", 1. Teil, in: Sowjetwissenschaft 11/1973, S.1217.

38 Dazu: W.I. Lenin: Über „linke" Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit, LW 27, S.326.

39 F. Engels: Anti-Dühring, MEW 20, S.288.

40 A.K. Pokrytan: Produktionsverhältnisse und ökonomische Gesetze des Sozialismus, Berlin(DDR) 1973.

41 A.K. Pokrytan, a.a.O., S.107, S.187.

42 MEW 23, S.57.

43 Vgl. z.B.: Autorenkollektiv: Theoretische Probleme der Ware—Geld-Beziehungen im entwickelten Sozialismus, Berlin(DDR) 1976, s.16 Fußnote 8.

44 MEW 25, S.337

45 „Theoretisch unterliegt es keinem Zweifel, daß zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus eine gewissen Übergangsperiode liegt, die unbedingt Merkmale oder Eigenschaften dieser beiden sozial-ökonomischen Formationen in sich vereinen muß. Diese Übergangsperiode kann nur eine Periode des

Kampfes zwischen dem sterbenden Kapitalismus und dem entstehenden Kommunismus oder mit anderen Worten, zwischen dem besiegten aber nicht vernichteten Kapitalismus und dem geborenen, aber noch ganz schwachen Kommunismus sein." W.I. Lenin: Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats, LW 30, S. 91.

46 In bezug auf das empirische Material sei hier insbesondere auf Lenins „Hefte zum Imperialismus" verwiesen, Berlin(DDR) 1957.

47 W.I. Lenin: Materialien zur Revision des Parteiprogramms, LW 24, S. 170

48 Welche Dimensionen die Regulierung der Produktion durch die Monopole zum Zweck der Erzielung eines Maximalprofits in den monopolisierte Zweigen heute schon angenommen hat, auf westeuropäischer Ebene — z.B. in der Stahlindustrie, unter dem Schlagwort des „Krisenkartells" — kann man in der bürgerlichen Presse selbst nachlesen: „Was hier im Namen der Marktwirtschaft den Wirtschaftspolitikern zur Entscheidung zugemutet wird, ist ungeheuerlich. Das Verfahren der Kartellierung (ob der Begriff rechtlich zutrifft, spielt keine Rolle) soll etwas so ablaufen: wann immer die Eisen- und Stahlindustriellen auf 'Baisse und Krise' befinden, melden sie die 'angemessenen' Produktionszahlen zur Aufrechterhaltung eines 'vernünftigen' Preises nach Brüssel. Die Kommission verwandelt diese Zahlen in empfohlene Produktionsquoten für jeden Hersteller. Und zur Vermeidung eines Bußgeldes und im Sinne fortgeschrittener europäischer Gesinnung halten die sich dann penibel daran. Das Ganze funktioniert natürlich nur auf der Grundlage eines gigantischen zwischenbetrieblichen Meldesystems über Kosten, Preise, Aufträge und Investitionspläne. Das ist die perfekte Produktionsplanung und Investitionskontrolle auf privatwirtschaftlicher Basis." „Süddeutsche Zeitung" vom 25.8.1976. Es gehört schon eine gehörige Portion Mut dazu, solche Prozesse als „örtliche Störung" in der Herstellung der Durchschnittsprofitrate abzutun.

49 Für J. Habermas bricht damit „die bürgerliche Basisideologie des gerechten Tausches zusammen" (J. Habermas: Legitimtionsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1973, S. 54), die Steuerungsprobleme werden für ihn zur unmittelbaren Bedrohung der Indentität des kapitalistischen Systems, weil der Kapitalismus gezwungen ist, seiner adäquaten Wirkungsweise widersprechende Regulierungsformen in seine Bewegungsstruktur aufzunehmen. Hieraus erwachsen die „Legitimationsprobleme" des kapitalistischen Staates.

50 W.I. Lenin: Der Imperialismus . . ., a.a.O., S. 221

51 W.I. Lenin: Materialien zur Revision des Parteiprogramms, LW 26, S. 146.

52 Vgl. dazu: K.J. Hartig/K.H. Uhlig: „Zu aktuellen Aspekten der monopolistischen Konzernstrategie", in: Wirtschaftswissenschaft 7/1976, S. 1025 ff.

53 W.I. Lenin: Materialien zur Revision des Parteiprogramms, LW 24, S. 465f.

54 Vgl. dazu: MEW 25, S. 136, 453—454, 506, 917; MEW 22, S. 232, 326; MEW 21, S. 184; MEW 20, S. 259—260, 617—620; MEW 19, S. 220—221, S. 227—228. 55 K. Marx: Grundrisse . . ., a.a.O., S. 550

56 F. Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW 19, S. 220

57 Ebenda.

58 Vgl. auch: Robert Katzenstein: „Zur Frage des Monopols, des Monopolprofits und der Durchsetzung des Wertgesetzes im Monopolkapitalismus", a.a.O., S. 99; sowie: Autorenkollektiv: Grundlagen und Formen der Herrschaft des Finanzkapitals, IPW Forschungsheft 3/74, Berlin(DDR) 1974.

59 W.I. Lenin: Der Imperialismus . . ., a.a.O., S. 211.

60 „Die Substituierung von Tauschbeziehungen durch adminstrative Gewalt", die Habermas hier konstatiert (a.a.O., S. 83), enthält zwar ein reales Moment der Erklärung, allerdings gleichzeitig auch die falsche Dichotomie, die auch bei C. Offe anzutreffen ist, der Trennung des Monopolkapitalismus (resp. SMK) in „kapitalbezogene" Bereiche (Tauschwertbeziehungen) und „kapitalfremde" Bereiche (Gebrauchswertbeziehungen). Die *„bestandsnotwendige* Ausbildung struktur*fremder* Systemelemente" (C. Offe: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt/M. 1973, S. 38), die somit angeblich „aus der Warenform herausgefallenen und in diesem Sinne 'dekommodifizierten' Strukturelemente kapitalistischer Industriegesellschaften" (a.a.O., S. 40) sind die Illusion Offes, der die notwendigen Elemente gesellschaftlicher Planmäßigkeit im Kapitalismus zu Gebrauchswertbeziehungen per se deklariert und dies auch mit Marx begründen möchte. Offe rekurriert dabei auf eine Darstellung in den „Grundrissen" (S. 369 ff.), wo Marx sich mit der Fsage der Staatsdiener beschäftigt und deren

Arbeit als nicht mehrwertsetzend und damit im kapitalistischen Sinne für unproduktiv erklärt. Offe schlußfolgert: „Eine solche Bestimmung weist die Vergesellschaftungsform der Arbeit von Staatsbediensteten eindeutig als 'unproduktiv', weil nicht an die Warenform gebundene Arbeit aus, ebenso übrigens wie die meisten persönlichen Dienstleistungen." (a.a.O., S. 30) Nun mag Offe diese Schlußfolgerung aus der Bergpredigt ableiten, bei Marx findet sich dergleichen nicht. Marx schreibt dazu: „So oft die Arbeit gekauft wird, um als *Gebrauchswert* verzehrt zu werden, als *Dienst*, nicht um als *lebendiger Faktor* an die Stelle des Werts des variablen Kapitals zu treten, und dem kapitalistischen Produktionsprozeß einverleibt zu werden, ist die Arbeit keine produktive Arbeit und der Lohnarbeiter kein produktiver Arbeiter. Seine Arbeit wird dann ihres Gebrauchswertes wegen, nicht als *Tauschwert setzend*, sie wird *unproduktiv*, nicht produktiv konsumiert. Der Kapitalist steht daher nicht als Kapitalist, als Repräsentant des Kapitals gegenüber. Er tausche sein Geld gegen sie als *Revenue*, nicht als *Kapital* aus . . . Das Geld funktioniert hier nur als Zirkulationsmittel, nicht als Kapital." (Marx: Resultate . . ., a.a.O., S. 66 f.) Wo Marx definiert, daß die unproduktive Arbeit „nicht an die Warenform gebundene Arbeit" sei, bleibt das Geheimnis Offes. Für ihn folgt daraus, daß alle unproduktive Arbeit, ebenso wie die Formen des Gesellschaftskapitals (Aktiengesellschaften), „kapitalfremde" Bereiche, Gebrauchswertbeziehungen darstellen, aus deren Funktionsweise sein Evolutionsmodell der Selbsttransformation des Kapitalismus herauswächst. (Die theoretische Begründung des „piecemeal socialism" für den gehobenen Bedarf.) Die Identität, die Offe herstellt zwischen den Momenten gesellschaftlicher Regulierung der Produktion, die eine teilweise Ersetzung des Wertgesetzes bedeuten, aber eben *innerhalb* kapitalistischer Bedingungen und sämtlicher unproduktiver Arbeit, die er für kapitalistischer Bedingungen und sämtlicher unproduktiver Arbeit, die er für Gebrauchswertbeziehungen per se erklärt, verunmöglicht es ihm, die Spezifik des Prozesses in den Griff zu bekommen und erzeugt seine Illusion der Möglichkeit einer evolutionären Selbsttransformation des Kapitalismus.

61 Im Gesamtzusammenhang der mit dem Monopol gesetzten eigentümlichen Form vermittelter Bewußtheit erweist sich der Vorwurf, der Lenin gelegentlich gemacht wird, erhabe nämlich das Monopol subjektivistisch abgeleitet, als gegenstandslos.

62 Vgl. MEW 25, S. 620 und LW 22, S. 220.

63 J. M. Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin(West) 1974, S. 138.

64 H. Riese: Wohlfahrt und Wirtschaftspolitik, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 29.

65 Vgl. M. Kalecki: „Political Aspects of Full Employment", deutsch in: Zwei Ansätze der politischeo Ökonomie (Hrg. B. Frey, W. Meißner), Frankfurt/M. 1974, S. 176—185).

66 Habermas bezeichnet dies unscharf als „Form sekundärer Bewußtlosigkeit" a.a.O., S. 92

67 Und zwar in den verschiedensten Formen: sowohl in Form der ökonomischen Unterdrückung und Ausbeutung dieser Länder und der daraus folgenden Korrumption von Teilen der Arbeiterklasse in den Metropolen als auch in Form der Emigrationsbewegung von ausländischen Arbeitern in die Metropolen. Unter den heutigen Bedingungen eines sozialistischen Weltsystems, friedlicher Koexistenz sowie des Zerfalls des Kolonialsystems und des Neokolonialismus, daraus folgend die ökonomische und politische Unabhängigkeit und Souveränität vieler junger Nationalstaaten, kann man den entgegengesetzten Prozeß beobachten, d.h. Veränderung der Tauschrelationen, und damit verbunden Einschränkung der Manövrierfähigkeit des internationalen Monopolkapitals.

68 LW 22, S. 102.

69 V. Ronge/G. Schmieg: Restriktionen politischer Planung, Die Frage, die Ronge/Schmieg stellen, sich aber nicht in der Lage sehen, auch zu beantworten: „Welche reale gesellschaftliche Entwicklung hat zur Einführung von Planung geführt?" (a.a.O., S. 30) löst sich dahingehend auf, daß dort, wo die Regulierung der gesellschaftlichen Produktion über das Wertgesetz durchbrochen wird, *Elemente gesellschaftlicher Planmäßigkeit* in die Funktionsbedingungen des Kapitalismus aufgenommen werden müssen.

70 P. Grottian: Strukturprobleme staatlicher Planung, Hamburg 1974, S. 39.

71 C. Offe: „Krisen des Krisenmanagements, Elemente einer politischen Krisentheorie", in: Herrschaft und Krise, Hrg. M. Jänicke, Opladen 1973, S. 221.

72 Die Ambivalenz aller sozialreformistischen Theorien ist, einerseits das kapitalistische System zu stabilisieren durch „Kompensation systemgefährdender Dysfunktionalitäten" (F. Naschold/W. Väth (Hrg.):

Politische Planungssysteme, Opladen 1973, S. 37), andererseits dies Stabilisierung nur dadurch zu erreichen, daß die „Funktionsbedingungen des Systems selbst in die Disposition einbezogen werden", (W. Meißner: „Stabilisierungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland: Systemstabilisierung?", in: WSI-Studien Nr. 27, Köln 1974, S. 66). Diese Illusion der Veränderung des Kapitalismus durch sein Funktionieren als widersprüchliche Vereinigung zweier entgegengesetzter Organisationsformen, die nach der Seite des Wirkens der Elemente des unmittelbar gesellschaftlichen Zusammenhangs als Möglichkeit seiner Selbsttransformation postuliert wird, entspringt notwendig den qualitativen Veränderungen in der Struktur des Kapitalismus selbst. Sie reichen von Hilferdings Illusion der Einführung des Sozialismus „durch die Umwandlung der hierarchisch organisierten in die demokratisch organisierte Wirtschaft", indem „die bewußte Ordnung und Lenkung der Wirtschaft (wächst), die die immanente Anarchie des Kapitalismus der freien Konkurrenz auf kapitalistischer Basis zu überwinden strebt" (R. Hilferding: „Probleme der Zeit", in: Die Gesellschaft. Internationale Revue für Sozialismus und Politik, Erster Band 1924, Reprint Frankfurt/M. 1968, S. 2/3) bis zu Offes „adaptiver Selbsttransformation" des Systems Strukturprobleme ..., S. 25).

Bettina Gransow/Volker Gransow

Ursprünge der Politischen Ökonomie des Sozialismus

Prolegomena zu Lenins „Bemerkungen zum Buche N.I. Bucharins 'Ökonomik der Transformationsperiode'"*

Im idealen Sozialismus sind die Verhältnisse einfach und durchsichtig: Am Tage nach der Revolution versammelt sich der „Verein freier Menschen"[1] und wählt einen kollektiven Vereinsvorstand. Dieser erklärt: Ab heute sind abgeschafft 1. Warenproduktion; 2. Staat; 3. Ehe/Familie; 4. Stadt/Land; 5. Politische Ökonomie. Und natürlich: Das Kapital.

So einfach ist das im idealen Sozialismus. Man nimmt einige möglichst passende Klassikerzitate und konfrontiert sie mit der Wirklichkeit sozialistischer Länder, um dann festzustellen, daß es dort Warenproduktion, Staat, Familie noch gibt. Ferner läßt sich die schöne Gleichung aufstellen: Markt = Kapitalismus. In welchem Ruf also „vereinigen sich die unterschiedlichen Schattierungen revisionistischer Theoretiker"? Richtig geraten: „Straße frei für die umfassende Restauration kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsformen."[2] Im"semantischen Krieg" pariert man solche Ausfälle am besten mit einem Gegenangriff: „Die These, in der UdSSR und in anderen Ländern des Ostblocks sei der Kapitalismus bereits restauriert, geht auf eine vollständige Revision des Marxschen Kapitalismus-Begriffs zurück."[3] Das ist zutreffend. Aber die Diskussion selber, wie diese Gesellschaften zu bezeichnen seien, mutet über weite Strecken irrational an. Das gilt auch, wenn es nicht mehr gegen den Revisionismus bzw. Sozialimperialismus geht, sondern um die Charakterisierung von Übergangsgesellschaften:

„Faßt man die nachkapitalistische Gesellschaftsformation synchron als Übergangsform in einer zu periodisierenden Übergangsperiode, die sich durch eine spezifische Verbindung von gegeneinanderverschobenen und miteinander fusionierten Produktionsweisen auszeichnet und in der die Kombination der invarianten Elemente der dominanten Produktionsweise die differentia specifica zur bürgerlichen Gesellschaftsformation bildet, so greift die Konstitution einer Theorie des Übergangs in die Forderung nach einer Theorie der Übergangsform über."[4] Eben.

Die Ursachen so eines Akademismus sind sicher unterschiedlich. Vermutlich sind sie z.T. darin zu finden, daß zahlreiche frühere Teilnehmer der Studentenbewegung nach dem Scheitern des ersten „revolutionären" Anlaufs sich enttäuscht auf die Ebene allgemeiner Begriffe zurückzogen; ein anderer Grund dürfte sie verbreitete Antipathie gegen die DDR gewesen sein, der man nachgab, indem man diesem Land die sozialistische Qualität bestritt, und so gleichzeitig sozialistische Ziele vertreten konnte, ohne sich „ von den Massen zu isolieren". Indes wird gegenwärtig auch von der „nonkonformistischen" Linken zunehmend erkannt, daß die Versuche z.B. einer

* Orginaltitel der bislang in Deutsch nicht veröffentlichten „Bemerkungen": V.I. Lenin, Zamečanija na knigu N.I. Bucharina: „Ekonomika perechodnogo perioda," Leninskij Sbornik XI, Moskva/Leningrad 1931.

„Theorie der Übergangsgesellschaft" wenig fruchtbringend sind, daß es der Analyse der konkreten Probleme eines solchen Übergangs bedarf, wenn die Untersuchungen sozialistischer Länder etwas nutzen sollen.[5]

Wenn die Notwendigkeit dieser Untersuchungen heutzutage mit dem Hinweis geleugnet wird, daß es sich bei diesen Ländern um „Übergangsgesellschaften unter Bedingungen sozialökonomischer Unterentwicklung"[6] handele, die noch gar nicht den nötigen Reifegrad erreicht hätten, um sich überhaupt untersuchen zu lassen, so wird der Zusammenhang von Realität und Theorie hier in einer Weise zerrissen, die *nicht* der mangelnden Realität geschuldet ist.

Anders stellte sich dies Verhältnis zu Beginn des Herausbildungsprozesses sozialistischer Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion dar: Hier war es gerade das mangelnde historische Material, das zunächst dazu führte, die Notwendigkeit einer Theorie des Sozialismus zu leugnen. Auch Bucharin vertrat solche Auffassungen in seiner 1920 erschienenen „Ökonomik der Transformationsperiode", gleichzeitig stellte dieses Buch jedoch einen der ersten Beiträge zur Herausbildung der Politischen Ökonomie des Sozialismus dar.

Im Vergleich zur damaligen Situation kann zwar gegenwärtig von mangelndem historischen Material nicht mehr die Rede sein; dafür ist es nicht zuletzt gerade die Vielgestaltigkeit konkreter Erscheinungsweisen und nationaler Entwicklungsformen, die dazu verleitet, eine entsprechende Vielfalt auch in der theoretischen Fassung sozialistischer Bewegung anzunehmen. Soll dagegen die begriffliche Entfaltung nicht bloßer Reflex — d.h. oft auch Apologie — realer Erscheinungsformen von sozialistischer Entwicklung sein, so muß dieser Zusammenhang selbst und seine historische Genesis näherer Betrachtung unterzogen werden.

In dem vorliegenden Beitrag soll mit der Beleuchtung eines wichtigen Aspektes in der Entstehungsgeschichte sozialistischer Gesellschaften Material aufbereitet werden für die Auseinandersetzung um das Verhältnis von historischer und theoretischer Entwicklung des Sozialismus.

Lenins „Bemerkungen" zu Bucharins Studie sind in die Geschichte der Disziplin eingegangen. Allerdings ist ihre Beurteilung bis heute uneinheitlich geblieben: Eine Autorengruppe der Universität Leningrad führt aus, die Veröffentlichung dieser „Bemerkungen" im Jahre 1929 habe „zu einer neuen Einstellung zu verschiedenen sehr wichtigen methodologische Problemen der politischen Ökonomie geführt und eine außerordentlich große Rolle bei der Entstehung der politischen Ökonomie des Sozialismus gespielt."[7] Erstaunlich, daß der Text bei dieser Bedeutung seit 1931 nirgendwo wieder aufgelegt worden ist. In einer DDR-Zeitschrift finden wir z.B. die Meinung, Lenins Bemerkungen seien „sehr kritisch"[8] gegenüber Bucharin, in einer West-Berliner Dissertation wird dagegen behauptet, sie würdigten Bucharin „sehr positiv".[9]

Wir wollen im folgenden versuchen, zunächst den zeitgeschichtlichen Hintergrund sowie den Kern von Bucharins Auffassungen zu schildern, und dann die Bemerkungen Lenins insgesamt vorzustellen bzw. zu interpretieren, wobei auch die unterschiedlichen Zeitebenen der Entstehung und der Veröffentlichung der Bemerkungen Berücksichtigung finden sollen.

I. Bucharin und seine Schriften

Lenin verfaßte seine Marginalien zu Bucharins „Ökonomik der Transformationsperiode" im Mai 1920, zu einer Zeit also, als der Bürgerkrieg zugunsten der Roten Armee entschieden war, der sowjetrussisch-polnische Krieg gerade begonnen hatte und die Politik des „Kriegskommunismus"[10] in voller Blüte stand. Der damals einunddreißigjährige Nikolaj Bucharin[11], studierter Nationalökonom, Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands seit 1906, war 1919/20 Kandidat des Politbüros der Kommunistischen Partei Rußlands(Bolschewiki), Chefredakteur ihres Zentralorgans „Prawda" und zeitweise Leiter der gesamten ideologisch-propagandistischen Parteiarbeit. Sein Buch „Ökonomik der Transformationsperiode"[12] schrieb Bucharin vom November 1919 bis zum Mai 1920; Lenin befaßte sich mit dem Manuskript noch vor der Drucklegung. 1913 bis 1915 hatte Bucharin bereits „Die politische Ökonomie des Rentners", eine Kritik der Grenznutzenschule[13] sowie „Imperialismus und Weltwirtschaft"[14] fertiggestellt; 1919 unternahm er den Versuch, das Programm der KPR(B) in einem „ABC des Kommunismus"[15] gemeinsam mit seinem damaligen Gesinnungsfreund und späteren erbitterten Kontrahenten Jewgenij Preobraschensky[16] populär zu erläutern.

Bucharin war Mitglied der Akademie der Wissenschaften; möglicherweise ist die von Lenin am Ende seiner „Bemerkungen" formulierte „recensio academica" ein Entwurf zu einem Gutachten für die Akademie.[17]

Zu jener Zeit war in Sowjet-Rußland das Bürgertum politisch und ökonomisch schon entmachtet, aber sein ideologischer Einfluß war noch von großer Bedeutung; die Menschewiki und die Linken Sozialrevolutionäre existierten noch, verloren jedoch immer mehr Positionen — teils durch ihre eigene Politik, teils durch Zwangsmaßnahmen der Sowjetmacht. Innerhalb der Bolschewiki dagegen war damals die Diskussionsmöglichkeit nahezu unbeschränkt. Kurze Zeit vor seiner Verhaftung im Sommer 1936 entwarf Bucharin ein Manifest, in dem er sich gegen den Vorwurf wehrte, er sei ein Agent des Kapitalismus und habe sich schon früh konterrevolutionär betätigt[19]. In diesem Manifest heißt es über die Zeit bis 1923:

„Wenn ich mich in den Methoden zum Aufbau des Sozialismus wiederholt geirrt habe, dann mögen mich spätere Generationen nicht härter verurteilen, als Wladimir Iljitsch es getan hat. Wir schritten dem gemeinsamen Ziel zu, zum erstenmal, auf noch ungebahntem Weg. Es waren andere Zeiten, andere Sitten. In der Prawda wurde der Diskussion Raum gegeben, alle stritten, suchten Wege, verzankten und versöhnten sich und schritten gemeinsam weiter voran."[20] Und in der Tat zeigen die Urteile Lenins über Bucharin aus jener Zeit sowohl schärfste Kritik als auch ausgesprochen positive Würdigungen der Persönlichkeit Bucharins. So wirft Lenin im Januar 1921 Bucharin einen „Bruch mit dem Kommunismus" vor und erklärt zwei Zeilen weiter, daß „man ihn so gern hat und gern haben muß."[21]

In seinem hin und wieder als „Testament"[22] bezeichneten „Brief an den Parteitag" vom Dezember 1922/ Januar 1923 meint Lenin, daß Bucharins Anschauungen nur mit sehr großen Bedenken zu den völlig marxistischen gerechnet werden könnten und daß dieser die Dialektik nie studiert und nie vollständig begriffen habe. Gleichzeitig schreibt

er, Bucharin sei" ein überaus wertvoller und bedeutender Theoretiker der Partei, er gilt auch mit Recht als Liebling der ganzen Partei."[23] Auch Bucharin führt in jener Zeit eine spitze Feder, wenn er etwa den ansonsten von ihm so verehrten Lenin[24] mit dem damals von Lenin verabscheuten Kautsky gleichsetzt.[25]

Das sollte man berücksichtigen, wenn man sich mit der Haltung Lenins zu Bucharins Buch befaßt. Weiter ist zu bedenken, daß Bucharins Studie wie Lenins Kommentar in der Zeit des Kriegskommunismus formuliert wurden.

Bei der Lektüre der verschiedensten Arbeiten zur Geschichte Sowjet-Rußlands fällt auf, daß Bucharins „Ökonomik der Transformationsperiode" nicht nur als geschichtlich von der Politik des „Kriegskommunismus" geprägt, sondern auch als direkter theoretischer Ausdruck dieser Politik angesehen wird. Leonard Schapiro etwa bezeichnet Bucharin als den „Haupttheoretiker" des Kriegskommunismus[26], Robert Daniels nennt die „Ökonomik" den anspruchsvollsten Versuch, die „Exzesse des Kriegskommunismus" als historische Gesetzmäßigkeiten darzustellen[27], usw.[28]. Auch die Große Sowjet-Enzyklopädie von 1927 kennzeichnet das Buch als ein „Kind des Kriegskommunismus" und bemerkt: „Gemeinsam mit der gesamten Partei hat Bucharin die Neue Ökonomische Politik nicht vorausgesehen . . ."[29].

Bucharin selbst hat solche Auffassungen zunächst nicht geteilt. Er verstand sein Werk als „allgemeine Theorie des Transformationsprozesses"[30], explizit *nicht* als eine Wirtschaftsgeschichte Sowjet-Rußlands und polemisierte gegen Kritiker, die meinten, die — so Bucharin 1921 — „spezifisch russische Wendung" der NEP müsse ihn dazu veranlassen, seine „Arbeit von vorn" zu beginnen[31].

II. Kriegskommunismus und Übergang zur NEP

*Der „Kriegs*kommunismus" ist zunächst durch die mittelbaren und unmittelbaren Einwirkungen des Krieges, vielmehr der Kriege (Weltkrieg, Bürgerkrieg, Intervention der Westmächte) gekennzeichnet. Es mußten unter katastrophalen Bedingungen Truppen und Versorgungsmittel für die Front organisiert werden; gleichzeitig wurde im Zusammenhang mit der erwarteten Weltrevolution[32] die Aufgabe der Kommunisten im *„sofortigen* Aufbau des Kommunismus"[33] gesehen. Dieser Aufbau sollte neben der Verstaatlichung der Industrie hauptsächlich durch die Ablieferungspflicht für Agrarprodukte, das Verbot des Handels und die Naturalversorgung in der Industrie erreicht werden. Dabei ist zu bedenken, daß Rußland durch den Frieden von Brest-Litowsk 27 % des kultivierten Landes, 26 % der Bevölkerung, 26 % der Eisenbahnanlagen sowie 75 % der Eisen- und Stahlindustrie verloren hatte[34] und daß der Außenhandel u.a. auch deswegen zusammengebrochen war, weil eine britische Flotte Petrograd blockierte[35]. Dazu kamen noch die verheerenden Konsequenzen der Konterrevolution für Produktion und Infrastruktur.

Eine der ersten wirtschaftspolitischen Handlungen der Bolschewiki nach der Oktober-Revolution war die *Verstaatlichung* der Banken im Dezember 1917. Im Frühjahr 1918 folgten der Wassertransport und der Außenhandel. Der „Oberste Volkswirtschaftsrat" zur Leitung und Planung der Wirtschaft existierte seit Dezember 1917, war allerdings nur sehr beschränkt funktionstüchtig[36]. Der „eigentliche Kriegskommunismus" begann

dann (rascher als von Lenin erwartet bzw. geplant) mit dem allgemeinen Sozialisierungsdekret vom 28. Juni 1918. Es wurden nationalisiert: Alle Betriebe mit einem Grundkapital von über 1 Mio. Rubel, alle Betriebe des Bergbaus, der Gummi-, Holz- und Zelluloseverarbeitung und die noch in Privathand befindlichen Teile des Eisenbahnwesens [37]. Während des gesamten Bürgerkriegs ging die Enteignung der Industriebetriebe — teils auf Dekrete des Wirtschaftsrats hin, teils spontan — weiter, so daß am Ende des Bürgerkriegs rund 90 % der gesamten Industrie nationalisiert waren[38].

Unmittelbar nach der Oktober-Revolution, in der Nacht vom 7. zum 8. November 1917, waren durch Dekret des Sowjet-Kongresses alle Gutsherren entschädigungslos enteignet und die Aufteilung des Bodens unter die werktätigen Bauern beschlossen worden. Das bedeutete keineswegs die Durchsetzung der Kollektivierung. Eine Statistik über die Bodenverteilung in 36 Gouvernements des europäischen Rußland zeigt folgende Aufteilung[39]:

An Bauern verteilt	93,7 %
An Sowchose(Staatsgüter)	4,6 %
An Kollektivwirtschaften	1,7 %

Diese Kollektivwirtschaften waren sehr radikal organisiert: Laut Musterstatut für landwirtschaftliche Kommunen aus dem Jahre 1919 galten u.a. die Regeln „alles gehört allen" und „überschüssige Produkte werden nach Abdeckung aller Bedürfnisse . . . der gesellschaftlichen Nutzung über die örtlichen Versorgungsorgane der Sowjetmacht zur Verfügung gestellt."[10] Solche hohen Ansprüche dürften sicherlich zahlreiche Bauern vom Eintritt in die Kollektivwirtschaften abgehalten haben. Zudem horteten viele Bauern ihre Produkte, weil sie mit dem dafür zu erwartenden Geld faktisch nichts kaufen konnten.

Um die notdürftigste Verpflegung des Heeres und der Städte zu sichern, wurde am 11. Juni 1918 die Bildung von örtlichen „Komitees der Dorfarmut" angeordnet. Diese Komitees konnten Getreide für die Städte und die Truppen beschlagnahmen und die den Dörfern zukommenden Industriewaren verteilen. Da die Komitees aber oft genug die Agrarprodukte gar nicht ablieferten, wurden ab Dezember 1918 Requisitionen durch bewaffnete Arbeiter ausgeführt; sie hatten in den günstigeren Fällen die Konsequenz, daß die Bauern auf einen ausgedehnten Schwarzhandel auswichen[11] oder „zur geschlossenen Hauswirtschaft zurückzukehren" suchten[12]. In den weniger günstigen Fällen führten sie zu blutigen Aufständen.

In der Periode des „Kriegskommunismus" wurde der freie *Handel* immer mehr beseitigt. Die zentralen Verwaltungsinstanzen suchten nahezu alle produzierten Güter nach einem Kartensystem zu verteilen. 1920 ordnete man an, daß die Löhne insgesamt in Naturalien auszuzahlen seien. Für einen Großteil der Bevölkerung war die Benutzung von Telefon, Wasserleitung, Kanalisation etc. ebenso frei wie die Miete und die Lieferung von Brennstoffen[13].

1920 und 1921 wurden die Banken abgeschafft und durch eine Zentrale Budget- und Rechnungsverwaltung ersetzt. Die wegen der Inflaltion ohnehin fast nutzlosen Steuern wurden ebenfalls abgeschafft. Auch der Geschäftsverkehr zwischen staatlichen

Institutionen wurde ohne Vermittlung durch Geld vorgenommen. Anstelle des Geldes sollten Arbeitseinheiten treten, Recheneinheiten, die von durchschnittlichen Produktionsleistungen einfach qualifizierter Arbeitskräfte ausgehen sollten[41].

In der Gewerkschaftsfrage vertraten damals zahlreiche Bolschewiki den Gedanken der „Militarisierung" und „Verstaatlichung" — vor allem die Gruppe um Trotzki. Bucharin und seine Freunde meinten dagegen zunächst, daß die Gewerkschaften Träger der Selbstverwaltung der Industrie sein sollten — ein Gedanke, der auch ins KPR-Programm von 1919 Eingang fand. Lenin dagegen — der sich schließlich durchsetzte — sah in den Gewerkschaften vorwiegend Organe zur Erziehung und Selbsterziehung der Arbeiter — also nicht im Sinne einer „Erziehungsdiktatur"[47].

Obwohl einige der „radikalsten" Erlasse in der Periode des „Kriegskommunismus" erst 1920 herausgegeben wurden, erhoben sich doch zu dieser Zeit auch unter den Bolschewiki Stimmen, die angesichts der darniederliegenden Wirtschaft eine Korrektur der wirtschaftspolitischen Linie forderten[48]. Das war auch angebracht, denn im Gegensatz zu den ersten außenpolitischen Erfolgen Sowjet-Rußlands ging es wegen der Intervention der Westmächte, des Bürgerkriegs und der Politik des Kriegskommunismus mit der Wirtschaft ständig abwärts: Betrug die Gesamtproduktion der russischen Großindustrie 1917 noch 77 Prozent des Vorkriegsstandes, so waren es 1918 nur noch 35, 1919 26 Prozent und 1920 18 Prozent[49]. Gab es 1917 noch 2,6 Millionen Arbeiter, so waren es 1920 nor noch 1,2 Millionen[50]. Auf dem Lande breiteten sich Aufstände aus, an denen sich mindestens 200 000 Bewaffnete beteiligten; ihre Bewaffung stammte zu einem bedeutenden Teil von demobilisierten Rotarmisten[51]. Diese Bauern empfanden die Requisitionen als Räuberei und sahen die Wurzel alles Übeln in der Stadt. Unter dem Eindruck dieser Lage und des „Kronstädter Aufstands" im Frühjahr 1921[52] wurde vom X. Parteitag der KPR(B) die „Neue Ökonomische Politik (NÖP)" eingeleitet, deren Ziel — so Lenin — es war, „den Handel, den Kleinbetrieb, das kleine Unternehmertum, den Kapitalismus nicht zu *zerschlagen*, sondern den Handel, das kleine Unternehmertum, den Kapitalismus *aufleben* zu lassen, wobei wir uns vorsichtig und allmählich ihrer bemächtigen."[53] Damit war auch die Ersetzung der Ablieferungspflicht für Agrarprodukte durch die Naturalsteuer verbunden[54].

Gleichzeitig beschloß der Parteitag ein Verbot fraktioneller *(nicht* Diskussions-) Gruppen innerhalb der Kommunistischen Partei[55]. Ferner wurde den Menschewiki und den Linken Sozialrevolutionären eine weitere legale Tätigkeit unmöglich gemacht. Die Kommunistische Partei machte also- übrigens mit der Unterstützung Bucharins[56] — entsprechend der objektiven ökonomischen Lage wirtschaftlich einem Teil der Kapitalisten und Bauern Konzessionen, während sie politisch ihre Macht zu konsolidieren suchte; dazu gehörte auch eine „Parteireinigung", in deren Verlauf etwa 25 % der KPR-Mitglieder ausgeschlossen wurden[57]. Die schwerwiegenden Maßnahmen wurden mit der desolaten Situation des Landes begründet.

Lenin suchte im Oktober 1921 die Erfahrungen mit dem „Kriegskommunismus" zusammenzufassen; er sprach vom Einfluß der militärischen Aufgaben und der scheinbar verzweifelten Lage, welche die Bolschewiki zu dem Fehler veranlaßte, den unmittelbaren Übergang zur kommunistischen Produktion und Verteilung vorzunehmen und nannte die Niederlage an der „Wirtschaftsfront" eine ernstere Niederlage als

irgend vorher[58]. Jedoch hielt er die Linie des Kriegskommunismus nicht für grundsätzlich falsch: „Unser früheres Programm war theoretisch richtig, aber praktisch unhaltbar."[59] Mehrere kommunistische Theoretiker dieser Zeit sahen den „Kriegskommunismus" als prinzipiell richtig und die NÖP als „Hemmung in der Entwicklung zum Kommunismus"[60] an, während in der späteren marxistisch-leninistischen Literatur die NÖP als normaler Schritt beim Aufbau des Sozialismus verstanden wird[61]. Auch Bucharin vertrat seit Mitte der zwanziger Jahre die Meinung, die NÖP stelle keinen „strategischen Rückzug" dar, sondern „einen positiven Beitrag zur sozialistischen Entwicklung"[62].

III. Bucharins „Ökonomik" und ihre Prägung durch den Kriegskommunismus

Nach der Wendung kommunistischer Politik vom Kriegskommunismus zur NÖP gab es auch Kritik an Bucharins „Ökonomik . . ."[63], es überwog jedoch zunächst die positive Resonanz, zeitweilig wurden bestimmte Thesen daraus sogar als „Dogma" angesehen[64]. Das hatte verschiedene Gründe. Zum einen übertraf das Buch sowohl vom intellektuellen Niveau wie vom Umfang her die meisten zeitgenössischen Versuche zu diesen Themen; zweitens faßte es die aktuelle Literatur Rußlands und des Auslands in komprimierter Weise zusammen, Bucharin konnte sowohl auf seine Kenntnisse der Schriften von Marx und Engels und den Theoretikern der II. Internationale verweisen wie auch auf die Auseinandersetzung mit Otto Neurath, John M. Keynes u.v.a. Schließlich war er der erste, der die Strukturveränderungen im damaligen Rußland theoretisch zu verarbeiten suchte. Bucharin wollte an diese Analyse der Transformationsperiode „später eine konkret-beschreibende Arbeit über die heutige russische Wirtschaft" anschließen[65]. Dazu ist es nie gekommen, wohl auch deshalb, weil Bucharin viele seiner Thesen später nicht aufrecht erhielt.

Er beginnt seine Studie mit Überlegungen zum modernen Kapitalismus. Er meint, daß die Struktur des Kapitalismus sich insofern völlig gewandelt habe, daß durch die Entstehung des Finanzkapitals und staatlich-kapitalistischer Trusts die kapitalistische Wirtschaft zu einer „rationalen Organisaton", wird/16/. Allerdings verschwindet die Warenwirtschaft nicht, da der Warenmarkt zum Weltmarkt wird. Erst eine wirklich organisierte gesellschaftliche Wirtschaft führt zum Ende der Warenwirtschaft und damit zum Ende der politischen Ökonomie/9/.

Der Kampf der Imperialisten führt zu Kriegen, und schließlich zum Zusammenbruch des kapitalistischen Systems und zur kommunistischen Revolution, die „wie jede Revolution von einer Herabsetzung der Produktivkräfte begleitet" wird/54/. Die Revolution hat die Voraussetzungen des kommunistischen Aufbaus geschaffen, „die Arbeiterklasse, die die Staatsgewalt ergriffen hat, muß unvermeidlich die Macht werden, die als Organisatorin der Produktion auftritt"/77/. Dabei ergibt sich die „Verstaatlichung" der Gewerkschaften von selbst. Da die Revolution notwendig zuerst bei den Arbeitern gesiegt hat, gibt es in der Übergangsperiode einen „Kampf zwischen dem staatlichen Plan des Proletariats, das die vergesellschaftlichte Arbeit verkörpert, und der Warenanarchie, der zügellosen Spekulation des Bauerntums."/92/.

In dem gemeinsam mit J. Pjatakow verfaßten Kapitel über die Kategorien des Kapitalismus in der Übergangsperiode kommt Bucharin zu folgenden Schlüssen: Die *Ware* kann nur bei anarchischer Produktion vorhanden sein; folglich verwandelt sich bei bewußter gesellschaftlicher Regulierung die Ware in Produkt und verliert ihren Warencharakter. *Wert* gehört zur regelmäßigen Warenproduktion in ihrem Gleichgewicht und ist mithin „am wenigsten brauchbar für die Übergangsperiode"/144/. Der *Preis* kann vom Wert losgelöst sein, Schein-Form besitzen und so typisch für die Transformationsperiode werden. Auch *Geld* hat ein ähnliches Schicksal. Es hört auf, allgemeines Äquivalent zu sein, und wird zum Zirkulationszeichen. *Lohn* wird ebenfalls zur Scheingröße, da der Arbeiter in der proletarischen Diktatur einen gesellschaftlichen Anteil erhält, aber keinen Lohn. Allgemein vollzieht sich ein „Zerreißen der warenfetischistischen Hüllen"/146/.

Bevor Bucharin seine Untersuchung mit einem Ausblick auf die Weltrevolution abschließt, behandelt er noch die Problematik des außerökonomischen Zwangs in der Übergangsperiode. Er meint, der proletarische Zwang bilde „in allen seinen Formen, angefangen mit Erschießungen bis zur Arbeitspflicht, eine, so paradox dies auch klingen mag, Methode der Bildung einer neuen kommunistischen Menschheit aus dem Menschenmaterial der kapitalistische Epoche"/157/. Dabei unterscheidet er zwei — gleich notwendige — Formen des Zwanges: Einmal den nach außen, gegen die Bourgeoisie, wo Gewalt zur ökonomischen Macht wird, sowie gegen spekulierende Bauern und zum zweiten den nach innen, die „zwangsmäßige Selbstdisziplin" des Proletariats und besonders seiner Avantgarde/154/.

Bucharin sieht das mögliche Auseinanderfallen von sozialistischen Verhältnissen und sozialistischen Bewußtsein, das später noch sehr virulent sein wird, aber er kommt garnicht auf die Idee, die Frage „materieller Anreiz" zu diskutieren. Das zeigt, wie stark der Voluntarismus des Kriegskommunismus hier wirkt: Man wendet eben einfach Gewalt an, um seine Ziele durchzusetzen. Die Schranken solchen Vorgehens, wie sie etwa der Kronstädter Aufstand 1921 klarmachen sollte, wurden noch nicht erkannt. Diese Prägung durch den Kriegskommunismus gilt auch für Lenin, wenn er gerade das Zwangs-Kapitel in Bucharins Buch „vorzüglich" findet[66].

Auch die „Kategorien der Übergangsperiode" zeugen von kriegskommunistischem Wunschdenken. Wenn das Geld ohnehin verschwindet, dann ist „Inflation nicht nur ein notwendiges Übel, sondern ein möglicher Weg zur Abschaffung des Geldes"[67].

Ähnliches gilt für die Einschätzung der Bauernfrage. Ebenfalls die Kapitalismus-Analyse zeigt Bucharin als Kind seiner Zeit. Er verwechselt die durch den Ersten Weltkrieg bedingten Formen kapitalistischer Entwicklung, den „Kriegs-Sozialismus" mit objektiven Entwicklungsstufen; tatsächlich wurden die Wirtschaftsformen, die er skizziert, nicht einmal im Zweiten Weltkrieg vollständig erreicht.

IV. Lenins Einschätzung des Kriegskommunismus

Als Lenin seine kritischen Bemerkungen zur „Ökonomik" verfaßte, hatte er selbst bereits einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der Theorie des Sozialismus geleistet. In solchen schon vor 1920 erschienenen Schriften wie „Staat und Revolution"[68], „Wie

soll man den Wettbewerb organisieren?"[69], „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht"[70], „Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats"[71] sind grundlegende Aussagen über die Notwendigkeit einer Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, über den Charakter der sozialistischen Revolution und Fragen des sozialistischen Eigentums und der sozialistischen Wirtschaftsführung enthalten.

Den noch gänzlich unentwickelten sozialistischen Produktionsverhältnissen entsprechend lieferte Lenin jedoch kein geschlossenes Aussagesystem zur Politischen Ökonomie des Sozialismus; die Leninschen Vorstellungen über grundlegende Prinzipien des sozialistischen Aufbaus entwickelten und veränderten sich vielmehr im Verlaufe der Revolutionsjahre und des Bürgerkriegs in Auseinandersetzung mit den aktuellen ökonomischen Aufgaben und den konkreten Verhältnissen der Klassenkräfte. Ein Vergleich des Leninschen Beitrags zur Entwicklung der Politischen Ökonomie des Sozialismus mit der Bedeutung des Marxschen „Kapital" für die Analyse der bürgerlichen Gesellschaft[72] erscheint daher ebensowenig gerechtfertigt wie die Auffassung, daß Lenin bereits im Frühjahr 1918 die Prinzipien der NÖP formuliert habe. In dem bekannten sowjetischen Lehrbuch der Politischen Ökonomie von 1954 heißt es dazu: „Der 'Kriegskommunismus' war unter bestimmten historischen Bedingungen, unter den Bedingungen des Bürgerkriegs und der wirtschaftlichen Zerrüttung eine Notwendigkeit . . . Nach Beendigung der ausländischen Intervention und des Bürgerkrieges ging die Sowjetmacht im Frühjahr 1921 zur Neuen Ökonomischen Politik über (abgekürzt NÖP), die so genannt wurde, um sie von der Politik des 'Kriegskommunismus' zu unterscheiden. Die Hauptgrundsätze der Neuen Ökonomischen Politik waren von Lenin bereits im Frühjahr 1918 ausgearbeitet worden."[73]

Dieser Einschätzung, die teils wörtlich, teils abgewandelt in sowjetischen Lehrbüchern bis heute wiederholt wird[74], und im übrigen eine nicht gekennzeichnete Stalin-Paraphrase darstellt[75], ist nur insofern zuzustimmen, als die Bolschewiki nach der Oktoberrevolution die ökonomische Hauptaufgaben zunächst in Rechnungsführung und Kontrolle sahen und die „Dynamik" kriegskommunistischer Entwicklung nicht prognostizieren konnten; andererseits war die Notwendigkeit von Marktmethoden — Kernelementen der NÖP — noch nicht erkannt[76]. Zudem sagte Lenin später von den Methoden des Kriegskommunismus, daß diese als der Weg zur Einführung kommunistischer Verhältnisse erschienen seien, daß man meinte, „daß wir damit eine kommunistische Produktion und Verteilung haben werden."[77] Trotz der 1919 durchaus positiven Einschätzung der Politik des Kriegskommunismus[78] übte Lenin auf dem X. Parteitag der KPR(B) heftige Kritik an deren Übertreibungen: „Wir haben . . sehr viel gesündigt, weil wir zu weit gegangen sind: wir sind zu weit gegangen auf dem Wege der Nationalisierung des Handels und der Industrie, auf dem Wege derDrosselung des lokalen Umsatzes. War das ein Fehler? Zweifellos. In dieser Beziehung war vieles von dem, was wir getan haben, einfach falsch, und es wäre das größte Verbrechen, hier nicht zu sehen und nicht zu begreifen, daß wir nicht Maß gehalten und nicht gewußt haben, wie Maß zu halten ist. Dabei war aber auch eine zwangsläufige Notwendigkeit: wir lebten bisher unter Verhältnissen eines so erbitterten, unerhört schweren Krieges, daß uns

nichts anderes übrig blieb, als auch auf wirtschaftlichem Gebiet nach Kriegsbrauch zu handeln."[79]

Die Erklärung von kriegskommunistischen Maßnahmen in den Leninschen Schriften der Jahre 1918 — 20 stützte sich auf der einen Seite auf die Argumentation, daß es sich hierbei um zeitlich begrenzte, kriegsbedingte Notwendigkeiten handele, auf der anderen Seite begründete er sie mit den Erfordernissen des Aufbaus einer sozialistischen Wirtschaft; Maßnahmen wie das Verbot des freien Handels oder egalitäre Verteilungsformen führte Lenin nicht in erster Linie als theoretische Darlegungen und Erörterungen an, sondern als politische Entscheidungen von Leben und Tod.[80]

Die Frage einer möglichen Nichtidentität von allgemeinen Erfordernissen des Aufbaus einer sozialistischen Wirtschaft gegenüber den konkreten Notwendigkeiten des Krieges und damit die Frage nach dem Entstehen einer besonderen kriegskommunistischen Ideologie spielte unter den aktuellen Verhältnissen des Bürgerkriegs noch gar keine Rolle und konnte erst nach dessen Beendigung zu Bedeutung gelangen.

V. Lenins „Bemerkungen" zur „Ökonomik"

Vor diesem Hintergrund sind die Leninschen „Bemerkungen" zur „Ökonomik" zu sehen, die Lenin — unter ausdrücklicher Absehung von ihrem eigenen Anspruch als „allgemeiner Theorie der Transformationsperiode" — als eine Auswertung neuer ökonomischer Fakten insgesamt positiv bewertete. In seinen Schlußbemerkungen, die aus den beiden Teilen „summa summarum" und „recensio academica" bestehen, schreibt er: „Das Buch wäre vollkommen ausgezeichnet, wenn der Autor für die zweite Ausgabe den Untertitel herausgestrichen hätte, 20—30 Seiten Scholastik und unbewußt idealistische (im philosophischen Sinne) und eklektizistische Begriffsübungen herausgestrichen hätte und durch 20—30 Seiten *Fakten* ersetzt hätte. (aus der von ihm selbst zitierten reichhaltigen ökonomische Literatur) Dann würde der unnötig angeschwollene Anfang des Buches gesunden, abmagern, die Knochen würden erstarken, die antimarxistische Verfettung würde sich verringern und auf diese Weise wäre das ausgezeichnete Ende des Buches stärker 'fundiert'. (ha—ha!)"[81]

Die hier kritisierte „Begriffsscholastik" führt Lenin ausdrücklich auf die Übernahme Bogdanowscher Termini und Inhalte zurück. Wenn in der deutschen Neuausgabe von Bucharins „Ökonomik" in einer Nachbemerkung des Herausgebers Günter Hillmann die Herstellung eines dynamischen, fließenden beweglichen Gleichgewichts aus den sich wiederholenden Kreisläufen von Normierung, Regulierung und Planmäßigkeit als „zentrales Prinzip" des Bucharinschen Textes hervorgehoben wird, womit Bucharin seiner Zeit weit voraus gewesen sei[82], so sind es genau diese Theoreme, die Lenin am schärfsten kritisiert. Er sieht hier ein undialektisches und unmaterialistisches Vorgehen, dessen geistige Quelle die Auffassungen Alexander Bogdanows sind. Lenin schreibt: „naiv, nahezu kindlich naiv, 'nahm' Bucharin die 'Termini' 'in dem Sinne', in dem sie vom Genossen A. Bogdanow benutzt worden sind' — ohne zu begreifen, daß sowohl die Termini wie ihre Bedeutung bei Bogdanow durch dessen Philosophie, die Philosophie des Idealismus und Eklektizismus 'fundiert sind'."[83] Er bezieht sich damit explizit auf

eine Fußnote Bucharins, in der dieser darlegt, bei der Analyse des „Staatskapitalismus" benutze er die Begriffe „planmäßige Organisation", „Regulierung" und „Normierung" in dem Sinne, „wie sie auch vom Gen. A. Bogdanow gebraucht" würden[84]. Wo sich Bucharin im folgenden explizit oder implizit auf Bogdanow stützt, vermerkt Lenin des öfteren, dies sei mit Dialektik unvereinbare Scholatik, oder auch nur „Uff!" oder „Graul"[85].

Diese Vorwürfe Lenins sind insofern zutreffend als Bucharin sowohl bei der Untersuchung des kapitalistischen Systems in seiner Endphase als auch bei seiner Interpretation des kommunistischen Aufbaus mit der von Bogdanow formulierten „tektologischen Triade" arbeitet: Gleichgewichtszustand- Störung des Gleichgewichts — Wiederherstellung des Gleichgewichts.

Leider ist dies nicht der Ort, ausführlich auf die Beziehungen zwischen Bogdanow, Bucharin und Lenin einzugehen. Nur soviel sei bemerkt: Der Arzt, Politiker, Psychologe und Gesellschaftswissenschaftler Alexander Bogdanow Malinowski (1873—1928) gehörte seit etwa 1893 zur politischen Linken und bis 1909 zu den Bolschewiki; er übte großen politischen wie ideologischen Einfluß aus; so war er Mitglied des ZK der SDAPR und Lehrer von Bucharin, Gorki, Lunatscharski, Skworzow-Stepanow u.a. Lenin war ursprünglich Bogdanow gegenüber positiv eingestellt.[86]. Dies änderte sich nach 1907, in der Reaktionsperiode, als Bogdanow mit seinen aktivistischen Linken Bolschewiken in Konflikt mit der Lenin-Gruppe geriet. Aus dieser Zeit wird gelegentlich die Deutung Bogdanows als „Lenins Rivale"[87] hergeleitet. Damals führte Lenin auch mit Bogdanow eine scharfe philosophische Auseinandersetzung (s.u.). Bogdanow wurde 1909 aus dem Bolschewistischen Zentrum ausgeschlossen und verließ 1911 die SDAPR. Nach der Oktoberrevolution war er Professor für politische Ökonomie in Moskau und Mentor der „Proletkult" — Bewegung, später Leiter eines Instituts für Bluttransfusionen. Bei einem Selbstversuch kam er 1928 ums Leben. Bogdanows Zentralthema war die Konstruktion einr harmonischen Zukunftsgesellschaft, die organisiert war durch Ökonomie, Technik und Wissenschaft. Er ging von der inneren Identität dieser Organisationen aus, aus der er die Notwendigkeit einer Allorganisationswissenschaft herleitete. Die Ausarbeitung dieser Wissenschaft war sein Hauptziel, wobei deren Namen wechselten: Energetik, Empiriomonismus, Tektologie. Beeinflußt war er dabei von Herbert Spencers Gesellschaftsvorstellung als „System kosmischer Gleichgewichte", von Ernst Mach, Max Müller und auch von Marx, wobei er Marxismus „als eine naturwissenschaftliche Philosophie sozialen Lebens"[88] interpretierte. Sozialer Träger der neuen Wissenschaft war das Proletariat; ideengeschichtlich führte der Weg von den Schemata Spencers und er materialistischen Dialektik zur allgemeinen Organisationslehre, der Tektologie oder Lehre vom Aufbau"[89].

Bucharin, von Bogdanow schon früh beeinddruckt, argumentiert in seiner „Ökonomik" immer wieder „tektologisch", so wenn er z.B. bei der Behandlung des Kapitalismus in der Übergangsperiode die Auffindung des „Gleichgewichtsgesetzes" als „Grundproblem der theoretischen Ökonomie" bezeichnet[91]. Auch den Bogdanowschen Gedanken, daß die Menschheit zur Revolution — sprich Gleichgewicht — über immer neue Standpunkte komme,[92] übernimmt Bucharin, womit er z.B. ein „unrichtig" bei Lenin provoziert[93].

Lenin hatte die Auseinandersetzug mit Bogdanow vorwiegend in „Materialismus und Empiriokritizismus"(1908/09) geführt. Aus Bogdanows Betonung der psychischen Erfahrung extrapoliert Lenin," daß das Psychische zum Ausgangspunkt genommen wird; aus ihm wird die Natur abgeleitet", mithin handele es sich um eine „Theorie der Identität von Bewußtsein und Sein", die Bogdanow hier aufstelle[91]. Im September 1920, vier Monate nach der Lektüre der „Ökonomik", verfaßte Lenin ein Vorwort zur zweiten Auflage von „Materialismus und Empiriokritizismus", das im wesentlichen aus einem Angriff auf Bogdanow besteht[95]. Deshalb kam es noch im Herbst 1920 zu einer Kontroverse zwischen Bucharin und Lenin, in der Bucharin Lenin heftig tadelte und ihm ein „Mißverständnis" der Tektologie vorwarf[96]. Daß die Standpunkte unversöhnlich blieben, zeigt das 1921 verfaßte Werk Bucharins „Theorie des historischen Materialismus", das weiterhin mit tektologischen Modellen arbeitete. Hier dürfte eine zentrale Ursache dafür liegen, daß Lenin in seinem sogenannten „Testament" von 1923/24 Bucharins Unverständnis gegenüber der Dialektik beklagte.

Die bereits seit 1918 um den Begriff des Staatskapitalismus und dessen Bedeutung für die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus mit den „linken Kommunisten" geführte Kontroverse[97] spiegelt sich in Lenins Notizen zum 7. Kapitel der „Ökonomik" (Allgemeine Organisationsformen der Transformationsperiode) wider. Während Bucharin von der „reinen" Entsprechung von Staatskapitalismus und Diktatur der Bourgeoisie einerseits, Staatssozialismus und proletarischer Diktatur andererseits ausging, und die Form des Staatskapitalismus für völlig unvereinbar mit der Diktatur des Proletariats hielt, maß Lenin der Ausnutzung des Staatskapitalismus für den Aufbau des Sozialismus große Bedeutung bei. In seiner Analyse ging er von der Vielschichtigkeit der Wirtschaftsformen in Rußland aus und wies gegenüber den „linken Kommunisten" darauf hin, daß der Kampf nicht zwischen Staatskapitalismus und Sozialismus stattfände, sondern daß vielmehr die Kleinbourgeoisie gemeinsam mit dem privatwirtschaftlichen Kapitalismus sowohl gegen den Staatskapitalismus als auch gegen den Sozialismus kämpfe[98]. Im Frühjahr 1921 äußerte Lenin die folgende Kritik an Bucharin: „Bucharin ist jedoch in einen Fehler verfallen, weil er sich nicht hineingedacht hat in die konkrete Eigenart der jetzigen Situation in Rußland — einer Situation, die einzigartig ist, da wir, das Proletariat Rußlands, mit unserer politischen Ordnung, mit der Stärke der politischen Macht der Arbeiter England, Deutschland oder jedem beliebigen anderen Land *voraus* sind, zugleich in bezug auf die Organisation eines wohlgeordenten Staatskapitalismus, in bezug auf die Höhe der Kultur, den Grad der Vorbereitung auf die materiell-produktionstechnische ‚Einführung' des Sozialismus, *hinter* dem rückständigsten der westeuropäischen Staaten zurückstehen."[99]

Eine der wichtigsten, und wohl auch häufigst zitierten „Bemerkungen" Lenins ist seine Entgegnung auf die von Bucharin vertretene Auffassung, daß „die theoretische Nationalökonomie die Wissenschaft von der sozialen Wirtschaft (ist), die auf Warenproduktion beruht, d.h. die Wissenschaft von der *unorganisierten* sozialen Wirtschaft".[100] Er schreibt: „Zwei Ungenauigkeiten: 1) die Definition ist ein Rückschritt gegenüber der Engelsschen[101] 2) Warenproduktion ist *auch* 'organisierte' Wirtschaft."[102]

Bucharin begründet seine Ansicht damit, daß im Sozialismus die Wirtschaft „nicht von den blinden Kräften des Marktes und der Konkurrenz reguliert (werde), sondern von einem bewußt durchgeführten Plan. Deshalb kann hier ein gewisses System der Beschreibung einerseits und ein System der Normen andererseits Platz finden. Aber da bleibt kein Raum für eine Wissenschaft, die die ‚blinden Gesetze' des Marktes studiert, denn der Markt selbst fehlt. Auf diese Weise bedeutet das Ende der auf kapitalistischer Warenproduktion beruhenden Gesellschaft auch das Ende der politischen Ökonomie."[103] Lenin sagt dazu: „Ungenau. Gibt es nicht selbst im reinen Kommunismus die Beziehung zwischen I v + m und II c? und Akkumulation?"[104] Und zu Bucharins Schlußfolgerung „die Nationalökonomie erforscht also die *Waren*-Wirtschaft"[105] bemerkt er „Nicht nur!"[106] Bucharin stand mit der von ihm vertretenen Auffassung durchaus nicht alleine: sie war sowohl unter den sowjetischen Ökonomen der 20er Jahre wie auch unter den Theoretikern der II. Internationale verbreitet.

So nimmt Rosa Luxemburg in ihrer „Einführung in die Nationalökonomie" an, daß die Nationalökonomie als Wissenschaft ihre Rolle ausgespielt habe, sobald die anarchische Wirtschaft des Kapitalismus einer geplanten, von der gesamten arbeitenden Gesellschaft organisierten Wirtschaftsordnung Platz gemacht habe: „Der Sieg der modernen Arbeiterklasse und die Verwirklichung des Sozialismus bedeuten somit das Ende der Nationalökonomie."[107] Die Existenz von Gesetzen der „technischen und Bilanzbeziehungen in der sozialistischen Gesellschaft" wurde allerdings von ihr anerkannt.[108]

Auch Rudolf Hilferding kam in seiner Anti-Kritik an Böhm-Bawerks „Zum Abschluß des Marxschen Systems" zu ähnliche Ansichten. Unter indirektem Bezug auf Marxens Darstellung des Fetischcharakters der Warenwelt[109] schreibt er, in einer sozialistischen Gesellschaft erscheine der gesellschaftliche Zusammenhang nicht mehr hinter ökonomischen Kategorien verborgen, sondern als frei gewolltes Resultat menschlichen Zusammenwirkens. „Die politische Ökonomie höre dann in ihrer bisherigen Gestalt auf, um ersetzt zu werden von einer Lehre vom „Reichtum der Nationen".[110]

Von den prominenten Theoretikern der II. Internationale sah lediglich Karl Kautsky das Problem anders. Er meinte, in einer sozialistischen Produktionsweise bestehe die Möglichkeit, „die Produktion den Naturgesetzen der Produktionsweise bewußt anzupassen, und so ohne Katastrophen und Krisen den Produktionsprozeß in Gang zu halten."[111] Das setze freilich voraus, daß man diese Gesetze studiere: „Ein sozialistisches Gemeinwesen, das glaubt, sich mit bloßer Gewalt über sie hinwegsetzen zu können, wenn es nur über die Produktionsmittel verfügt, wird stets scheitern."[112]

Bucharin hatte seine Auffassung übrigens nicht aus den Erfahrungen des „Kriegskommunismus" gewonnen, sondern bereits in seiner „Politischen Ökonomie des Rentners" vertreten. Ähnlich wie Hilferding argumentiert er hier mit dem „Warenfetisch". Die „fetischisierte dingliche Formulierung" der Beziehungen zwischen den Menschen wird im Sozialismus wegfallen, damit „wird die politische Ökonomie ihre Daseinsberechtigung verlieren", es wird nur eine „Wirtschaftsgeografie" und eine „'ökonomische Politik', eine normative Wissenschaft" übrigbleiben.[113]

Lenins Randbemerkungen zu Bucharins Ausführungen über das Verschwinden der Warenproduktion im Sozialismus zeigen, daß auch Lenin zu diesem Zeitpunkt noch die

Überzeugung von der Nichtexistenz der Warenproduktion im Sozialismus vertrat. Bemerkenswert ist allerdings, daß er dabei nicht die verbreitete Auffassung von der Naturalisierung der Wirtschaftsbeziehungen teilte: Zu Bucharins Darstellung, daß sich „die Ware in Produkt" verwandele[111], merkt er an: „Ungenau. Sie verwandelt sich nicht in ein Produkt, sondern in irgendetwas anderes. Etwa: in ein Produkt, geliefert nach gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht durch den Markt."[115]

Wie bereits gezeigt, standen diese Auffassungen Lenins jedoch nicht im Zusammenhang einer Leugnung der Notwendigkeit der politischen Ökonomie für den Sozialismus/Kommunismus, vielmehr erkannte Lenin im Unterschied zu den meisten zeitgenössischen Ökonomen bereits deutlich deren Funktion.

Dies spiegelt sich auch insofern in Lenins kritischen Bemerkungen wider, als er Bucharin ein mangelndes klassenmäßiges Herangehen an die Analyse der Transformationsperiode vorwirft[116] und seine Auffassung der Produktivkräfte als einer nicht ökonomischen, sondern rein technischen Kategorie angreift.[117] Bucharin stützte seine Auffassung, daß es sich bei der politischen Ökonomie um eine auf die kapitalistische Warenproduktion beschränkte Wissenschaft handele, nicht nur auf die Annahme vom Verschwinden der Warenproduktion im Sozialismus und ihrer Ersetzung durch Produktenaustausch, sondern auch damit verbunden auf die Vorstellung von einer klassenlosen sozialistischen Gesellschaft, in der mit der Entwicklung der Produktivkräfte nurmehr *technische* Probleme auftreten würden. Aufgrund dieser Erwartung leugnete er die Notwendigkeit der politischen Ökonomie als einer Theorie der *gesellschaftlichen* Gesetze.

Diese Negierung der Bedeutung einer Wissenschaft von den sozioökonomischen Gesetzmäßigkeiten der Wirtschaft für den Sozialismus wurzelte nach Meinung von W. Brus letztendlich in der Überzeugung, „daß die Aufhebung des Kapitalismus gleichbedeutend sei mit der Beseitigung aller *sozioökonomischen* Hindernisse und Widersprüche auf dem Weg der Entwicklung der Produktivkräfte."[118] Vor dem Hintergrund der Identifikation der Überwindung der sozioökonomischen Widersprüche des Kapitalismus mit der Überwindung von Widersprüchen überhaupt erkärt sich auch Bucharins synonyme Verwendung der Begriffe „Antagonismus" und „Widerspruch".[119] Die Bedeutung der Leninschen Bemerkung hierzu, nämlich: „Antagonismus und Widerspruch sind durchaus nicht ein und dasselbe. Der erste verschwindet, der zweite bleibt im Sozialismus"[120] sollte jedoch erst viel später zum Tragen kommen, zu einem Zeitpunkt, als die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Theorie des Wirtschaftens, die die Widersprüche des Sozialismus analysiert und Konzepte zu ihrer Überwindung formuliert, als allgemein anerkannt galt.

VI. Die Veröffentlichung der „Bemerkungen" und die Herausbildung der Politischen Ökonomie des Sozialismus

Noch die ganzen 20er Jahre hindurch blieb die Auffassung von den historischen Grenzen der politischen Ökonomie die dominierende Strömung in der sowjetischen Literatur. Als im Jahre 1925 bei einer Diskussion zu diesem Thema an der Kommunistischen Akademie Skworzow-Stepanow entschieden gegen diese verbreitete Meinung

protestierte, traten die meisten Redner (unter ihnen Bucharin, Preobrashenski, Ossinski, Krizman) gegen ihn auf, nur zwei Diskussionsteilnehmer unterstützten ihn — Pokrowski und Bogdanow.[121]

Die Veröffentlichung der Leninschen „Bemerkungen", die, wie bereits erwähnt, erst 1929 erfolgte, hatte sowohl wissenschaftlich-grundlegende wie auch politisch-aktuelle Bedeutung. Die politischen Gründe für die so verspätete Veröffentlichung sind vor allem darin zu sehen, „daß die ökonomischen Diskussionen der zwanziger Jahre mit den politischen Diskussionen zwischen Marxisten und bürgerlichen Theoretikern bzw. Politikern, zwischen Rechten und Parteiführung, zwischen Trotzkisten und Parteiführung usw. vermengt waren. Der Sieg über den Trotzkismus und die Verurteilung Bucharins wurden von Stalin ausgenutzt, um die wissenschaftlichen Diskussionen über wirtschaftstheoretische und wirtschaftspolitische Fragen zu reglementieren."[122] Aus dieser Situation heraus erklärt sich zunächst auch die Betonung der überwiegend negativen Kommentare Lenins gegenüber seiner positiven Gesamteinschätzung des Bucharinschen Werkes.[123]

Außerdem war es für eine rasche Industrialisierung des Landes auf Kosten der Bauernschaft notwendig, die Wirtschaft stark administrativ zu leiten und darüberhinaus ein „allumfassendes System außerökonomischen Zwangs" zu schaffen.[124] Dies entstand seit 1927—29 im Zusammenhang mit der zwangsweisen Getreidebeschaffung — also beginnend vor dem ersten Fünfjahrplan. Hier liegt u.E. ein weiteres Indiz für die Wahl des Jahres 1929 als Veröffentlichungstermin. Denn das Kapitel X der „Ökonomik" mit dem Titel „Der 'außerökonomische' Zwang in der Übergangsperode" enthielt ja die von Bucharin 1929 längst aufgegebene und übrigens sehr differenziert begründete These, daß der Zwang gegenüber der Bauernschaft eine gebieterische Notwendigkeit darstelle. Und dies Kapitel war von Lenin vollständig gutgeheißen worden. Obwohl Lenin diese Position während der NÖP korrigiert hatte, konnte Stalin gewissermaßen an Lenin anknüpfen, als er auf einer Konferenz von Agrarwissenschaftlern am 27. Dezember 1929 ausführte: „Lenin hat tausendmal recht, wenn er in seinen Randbemerkungen zu Bucharins 'Ökonomik der Transformationsperiode' von der 'warenwirtschaftlich-kapitalistischen Tendenz der Bauernschaft' im Gegensatz zur 'sozialistischen Tendenz des Proletariats' spricht"[125]. Ob freilich Lenin die nun einsetzenden Methoden der Kollektivierung und Industrialisierung auch legitimiert hätte, ist nicht zu sagen. Jedenfalls deuten viele seiner Stellungnahmen von Anfang der zwanziger Jahre wie auch sein Verständnis von politischer Ökonomie darauf hin, daß Lenin der exzessive Subjektivismus der nun anhebenden Stalin-Ära fern lag.

Zweifellos war die Veröffentlichung der „Bemerkungen" von großer Bedeutung für den Herausbildungsprozeß der politischen Ökonomie des Sozialismus, es finden sich jedoch unterschiedliche Einschätzungen über den Grad ihrer Wirkung auf die damalige ökonomische Diskussion: In einem Sammelband sowjetischer Autoren zur Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus heißt es: „Die 'Bemerkungen zum Buch N.I. Bucharins 'Die Ökonomik der Transformationsperiode' von Lenin beendeten die fehlerhafte Auffassung von der politischen Ökonomie des Sozialismus durch sowjetische Ökonomen und ebneten den Weg zur Erarbeitung methodologischer Fragen, zur Formierung der politischen Ökonomie des Sozialismus als neuer Disziplin der

marxistisch-leninistischen Wissenschaft der politischen Ökonomie."[126] In einem Beitrag von G. Schönfeldt finden wir die zunächst übereinstimmende Aussage: „Nach dem Erscheinen der Kritik Lenins an Bucharin überprüften. . . . viele. . . . sowjetische Ökonomen ihren Standpunkt . Es wurde nun an die Ausarbeitung vieler wichtiger theoretischer Grundfragen herangegangen." Dann folgt jedoch eine Einschränkung: „Dennoch konnte die politische Ökonomie in der UdSSR in jenen Jahren ihren Hauptmangel, den Subjektivismus, nicht ablegen. Er verstärkte sich sogar um die Mitte der dreißiger Jahre noch mehr. Das war angesichts der Erfolge bei der Durchführung des ersten Fünfjahrplans und andererseits angesichts der damals noch vorhandenen Notwendigkeit, die Wirtschaft stark administrativ zu leiten, erklärlich."[127] Deutlichster Ausdruck der subjektivistischen Tendenzen in der sowjetischen ökonomischen Wissenschaft der 30er Jahre war die Konzeption der Diktatur des Proletariats als Bewegungsgesetz der sowjetischen Wirtschaft.[128] Die Ursache dieser bei vielen Ökonomen der 30er Jahre verbreiteten Verwechslung von ökonomischen und politischen Gesetzmäßigkeiten sieht Sirokorad darin begründet, „daß gerade die Übergangwirtschaft in dieser Zeit jenes reale Objekt war, das die sowjetischen Ökonomen nur untersuchen konnten. Die Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus insgesamt waren damals nur mittels ihrer konkreten Erscheinungsformen in der Übergangswirtschaft zu beurteilen."[129]

Auffassungen, in denen den staatlichen Plänen die Kraft ökonomischer Gesetze beigemessen wurde, und keine ökonomischen Gesetze außerhalb des Plans anerkannt wurden, hielten sich z.T. bis zum Ende der 40er Jahre.[130] Andererseits entwickelte sich seit Anfang der 30er Jahre mit der sozialistischen Wirtschaft auch das theoretische Bewußtsein ihrer selbst. Zunächst als Theorie der Sowjetwirtschaft, deren Gegenstand die konkreten Erscheinungsformen der ökonomische Gesetze des Sozialismus waren, d.h. die Besonderheiten der sozialistischen Umgestaltung unter den damaligen Bedingungen der UdSSR; seit Mitte der 30er Jahre dann als Anerkennung der politischen Ökonomie des Sozialismus als eines relativ selbständigen Bestandteils der politischen Ökonomie.

War so zum einen die Publikation der Leninschen Bemerkungen Ausdruck des Voluntarismus der ersten Industrialisierungsphase in der Geschichte der UdSSR, so boten die Bemerkungen andererseits einen Ansatz der Erklärung ökonomischer Prozesse, der diesen Subjektivismus transzendierte. Insofern wird die Bedeutung der Leninschen Bemerkungen für den Herausbildunsprozeß der Politischen Ökonomie des Sozialismus durch die Tatsache, daß ihre Veröffentlichung 1929 den verbreiteten subjektivistischen Tendenzen nicht schlagartig Einhalt gebieten konnte, sondern „nur" zahlreiche Ökonomen zum Überdenken ihrer Positionen brachte, in keiner Weise geschmälert. Außerdem waren die „Bemerkungen" auch schon vor ihrer offiziellen Veröffentlichung in den ökonomischen Fachkreisen zumindest teilweise bekannt, wobei bereits in dieser Zeit die Autorität Lenins und damit der „Bemerkungen" zur Verfolgung konkreter politischer Zielsetzungen benutzt wurde. So versuchten etwa Bucharin und Preobrashenski in ihrer gegenseitigen Polemik 1926 die Bemerkungen jeweils gegeneinander auszuspielen.[131] Der Einfluß der konkreten Veröffentlichungspolitik, die damals mit den „Bemerkungen" betrieben wurde, wirkt bis heute nach: Wenn

gegenwärtig die „Bemerkungen" vorwiegend noch den Ruf einer Bucharin total vernichtenden Kritik haben, so ist dies letztlich viel eher aus den historisch-politischen Umständen der Veröffentlichung zu erklären als aus den theoretischen Ausführungen Lenins selbst.

Fußnoten

1 Vgl. K. Marx, Das Kapital. Erster Band, MEW Bd. 23, S. 92f.
2 Ph. Neumann, Zurück zum Profit, Berlin 1974, S. 88.
3 E. Mandel, Zehn Thesen zur sozialökonomischen Gesetzmäßigkeit der Übergangsgesellschaft, in: U. Jaeggi (Hg.), Sozialstruktur und politische Systeme, Köln/Berlin 1976, S. 371.
4 P. W. Schulze, Einleitung, in: ders. (Hg.), Übergangsgesellschaft. Herrschaftsform und Praxis am Beispiel der Sowjetunion, Frankfurt/M. 1974, S. 7.
5 Vgl. R. Damus, Zur Reproduktion von Herrschaft in nachkapitalistischen Gesellschaften, in: Probleme des Klassenkampfes, H. 22/1976, S. 149ff.
6 E. Mandel, Zehn Thesen . . . . , a.a.O., S. 369.
7 Autorenkollektiv, Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus. Grundrisse, Berlin 1973, S. 48.
8 G. Schönfeld, Zur Formierung der politischen Ökonomie des Sozialismus in den Jahren der Vorbereitung und Durchführung des ersten Fünfjahrplans zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR (1928—1933), in: Wirtschaftswissenschaften, H. 11/1972, S. 1621.
9 P. Knirsch, Die ökonomischen Anschauungen Nikolaj I. Bucharins, Diss. FU Berlin vom 2.3.1959, S. 11.
10 Der Begriff wurde 1921 von Lenin in „Über die Naturalsteuer" eingeführt (vgl. LW 32, S. 333). Die Politik der Schaffung einer „kommunistischen Naturalwirtschaft" selber wurde im Sommer 1918 eingeleitet und de facto beendet durch die Beschlüsse des X. Parteitages der KPR(B) im März 1921. Vgl. das „Standardwerk" von I. Kritsman, Die heroische Periode der großen russischen Revolution. Ein Versuch der Analyse des sogenannten „Kriegskommunismus", Wien-Berlin 1929, Neudruck
11 Vgl. zu Bucharins *Leben*: S.F. Cohen, Bukharin and the Bolshevik Revolution, New York 1975; A.G. Löwy, die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Bucharin: Vision des Kommunismus, Wien-Frankfurt-Zürich 1969; zu seinem *Werk*: S. Heitman/P. Knirsch, Bucharin, in: Bibliographische Mitteilungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Berlin 1959; zu seinen *ökonomischen Auffassungen*: P. Knirsch, a.a.O.; U. Stehr, Vom Kapitalismus zum Kommunismus. Bucharins Beitrag zur Entwicklung einer sozialistischen Theorie und Gesellschaft, Düsseldorf 1973.
12 Moskau 1920. Deutsche Ausgabe Hamburg 1922, Neuausgabe (i.f. verwendet) Reinbek 1970.
13 Die politische Ökonomie des Rentners. Die Wert- und Profittheorie der österreichischen Schule, Wien-Berlin 1926, Neudruck Frankfurt/M. 1966.
14 Wien-Berlin 1929, Neudruck Frankfurt/M. 1969. Vgl. auch das Vorwort Lenins auf S. 5—9, ebenfalls in W.I. Lenin, Werke, Berlin 1955 ff.; i.f. LW Bd. 22, S. 101—106.
15 N. Bucharin/E. Preobraschensky, Das ABC des Kommunismus, Hamburg 1921.
16 Vgl. A. Erlich, Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924—1928, Frankfurt/M.—Wien 1971; E. Preobrazenskij, Die neue Ökonomik, Berlin 1971, Anhang, S. 287—341.
17 Vgl. V.I. Lenin, Zamecanija a.a.O. S. 401 f.
18 entfällt.
19 Vgl. Prozeßbericht über die Strafsache des antisowjetischen „Blocks der Rechten und Trotzkisten", Moskau 1938. Nach Mitteilung A.G. Löwys wurde Bucharin, der 1938 hingerichtet worden war, von allen strafbaren Anklagen 1962 durch das ZK der KPdSU rehabilitiert. Vgl. Löwy, a.a.O., S. 391.
20 N. Bucharin, An eine kommende Generation von Parteiführern, in: Die Zeit vom 21.5.1965. Zur Authenzität des Dokuments vgl. Löwy, a.a.O., S. 15 und 393.
21 Lenin, Die Krise der Partei, LW Bd. 32, S. 35.
22 Vgl. z.B. I. Deutscher, Trotzki, Bd. II. Der unbewaffnete Prophet, Stuttgart 1962, S. 79 f.;
23 Lenin, Brief an den Parteitag, LW Bd. 36, S. 579.

21 Vgl. N. Bucharin u.a., Lenin. Leben und Werk, Wien 1924.
25 In: Kommunist (Petrograder Tageszeitung) vom 5.3.1918. Nach Löwy, a.a.O., S.99.
26 L. Schapiro, Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Frankfurt/M. 1962, S.228.
27 R.V. Daniels, Das Gewissen der Revolution. Kommunistische Opposition in Sowjetrußland, Köln-Berlin 1962, S.121.
28 Vgl. A. Nove, An Economic History of the U.S.S.R., Harmondsworth 1972, S.66.
29 Bolshaja Sovetskaja Enziklopedija, Mokva 1927, Sp. 281 f.
30 So lautet der Untertitel der russischen Originalausgabe.
31 N. Bucharin, Nachwort zur deutschen Ausgabe, in: ders., a.a.O., S.177.
32 Vgl. Bucharin/Preobraschensky, a.a.O., S.151 ff.
33 Bucharin/Preobraschensky, a.a.O., S.152.
34 Nach: Schapiro, a.a.O., S.203.
35 Vgl. Nove, a.a.O., S.68.
36 Vgl. Kritsman, a.a.O., S.258 ff.
37 Vgl. K.S. Thalheim, Grundzüge des sowjetischen Wirtschaftssystems, Köln 1962, S.27 f.
38 Nach: Berchin, a.a.O., S.202.
39 Nach: Thalheim, a.a.O., S.26.
40 Nach: I.B. Berchin, Geschichte der UdSSR 1917—1970, Berlin 1971, S.204.
41 Vgl. Thalheim a.a.O., S.27.
42 E. Varga, Die neue Wirtschaftspolitik Sowjet-Rußlands, in: Russische Korrespondenz, Jg. 1921, S.356.
43 Nach: F. Pollock, Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917—1927, Leipzig 1929, Neudruck Frankfurt/M. 1971, S.691.
44 Vgl. G. Meyer, Studien zur sozialökonomischen Entwicklung Sowjetrußlands 1921—1923, Köln 1971, S.37—39.
Vgl. auch G.G. Bogomasow, Die theoretische Ausarbeitung des Problems der Aufwandserfassung an gesellschaftlicher Arbeit in der sowjetischen ökonomischen Literatur in der Periode des Kriegskommunismus, in: H. Meißner, G. Wittenburg (Hg.), Beiträge zur Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus, Berlin 1975, S.93ff.
45 entfällt.
46 entfällt.
47 Vgl. Perspektiven der sowjetischen Politik, Köln—Berlin/West 1962, S.118.
48 Vgl. Schapiro, a.a.O., S.210.
49 Nach: Meyer, a.a.O., S.15.
50 Nach: Nove, a.a.O., S.66f.
51 Vgl. Meyer, a.a.O., S.77ff.
52 Vgl. P. Avrich, Kronstand 1921, Princeton 1970.
53 Lenin, Über die Bedeutung des Goldes jetzt und nach dem vollen Sieg des Sozialismus, LW Bd.33, S.91.
54 Vgl. S.G. Strumilin, Ökonomische Schriften 1919—73, Bd.1 Sozialismus und Planung, Berlin 1977, S.61.
55 Vgl. Lenin, X. Parteitag der KPR(B), LW Bd.32, S.163—277.
56 Vgl. Stehr, a.a.O., S.78ff.
57 Nach: Berchin, a.a.O., S.216.
58 Vgl. Lenin, Die Neue Ökonomische Politik und die Aufgaben der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung, LW Bd.33, S.40—60.
59 Lenin, X. Parteitag der KPR(B), LW Bd.32, S.227.
60 E. Varga, a.a.O., S.358; Vgl. u.a. Kritsman, a.a.O.; Preobrazenskij, a.a.O.; sowie die Diskussionsberichte bei Dobb, a.a.O., S.123f. und Nove, a.a.O., S.79f. Dort finden sich weiterführende Literaturhinweise.
61 Vgl. z.B. Autorenkollektiv, a.a.O., S.112ff.; W. Brus, Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft, Frankfurt/M. 1971, bes. S.78f. Dort finden sich weiterführende Literaturhinweise.
62 Stehr, a.a.O., S.104.
63 Vgl. Autorenkollektiv, a.a.O., S.43.
64 Vgl. A. Kaufman, The Origin of „The Political Economy of Socialism", in: Soviet Studies, H.3/1953, S.248.

65 Bucharin, a.a.O., S.8; die im Text folgenden Seitenangaben in Schrägstrichen beziehen sich auf diesen Text.
Lenin, Zamecanija ..., a.a.O., S.396.
66 L. Szamuely, First Models of the Socialist Economic Systems, Budapest 1974, S.34.
67 Lenin Werke Bd.25, S.478—89.
68 Lenin Werke Bd.26, S.402—414.
69 Lenin Werke Bd. 27, S.225—268.
70 Lenin Werke Bd. 30, S.91—101.
71 „So wie Marx im 'Kapital' eine Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft lieferte, so hat Lenin in seinen Werken die Wesensmerkmale der sozialistischen Gesellschaftsordnung, ihrer Wirtschaft, Politik und sozialen Struktur wissenschaftlich begründet." Autorenkollektiv unter Leitung von W.A. Chilko und H. Nick, Lenins Lehre von den ökonomischen Grundlagen des Sozialismus, Berlin 1974, S.21.
72 Politische Ökonomie. Lehrbuch, Berlin 1955, S.380.
73 Vgl. Politeskaja Ekonomija Sozialisma, Moskva 1960, S.301; Lehrbuch Politische Ökonomie Sozialismus, Frankf. M. 1972, S.61f.
74 Vgl. J.W. Stalin, Über das Programm der Komintern, in: ders., Werke Bd. 11, Berlin 1954, S.129f.
75 Vgl. L. Szamuely, a.a.O. S.62.
76 Lenin, Die NÖP und die Aufgaben der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung, LW Bd.33, S.42.
77 Vgl. S.F. Cohen, a.a.O., S.87.
78 Lenin, Referat über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer (auf dem X. Parteitag der KPR/B), in LW 32, S.222.
79 Vgl. L. Szamuely, a.a.O. s.63, 64.
80 V.I. Lenin, Zamecanija ..., a.a.O., S.100.
81 In: Bucharin, Ökonomik ..., a.a.O., S.185.
82 Lenin, Zamecanija, a.a.O., S.100.
83 Bucharin, a.a.O., S.36.
84 Vgl. Lenin, a.a.O., S.361 u.ö.
85 Vgl. z.B. Lenin, A. Bogdanow, Kurzer Lehrgang der ökonomischen Wissenschaft (Rezension), LW Bd.1, S.36—44; L. Trotzki, Mein Leben, Berlin 1930, S.137.
86 Vgl. D. Grille, Lenins Rivale. Bogdanow und seine Philosopie, Köln 1966. Obwohl diese Arbeit durch fleißig gesammeltes Material beeindruckt, belegt sie doch die These von der „Rivalität" nicht.
87 entfällt.
88 A. Bogdanow, Ernst Mach und die Revolution, in: Neue Zeit, H.19 1908, S.698.
89 Vgl. ders., Allgemeine Organisationslehre, Tektologie, Bd. 1, Berlin 1926, S.59.
90 Bucharin, Ökonomik ..., a.a.O., S.137.
91 Vgl. A. Bogdanow, Die Wissenschaft und die Arbeiterklasse, Frankfurt/M. 1971, S.32.
92 Lenin, Zamecanija ..., a.a.O., S.387.
93 Lenin, Materialismus und Empriokritizismus, LW Bd.14, S.225 und 327.
94 Vgl. ebenda, S.11.
95 Vgl. Grille, a.a.O., S.233.
96 Vgl. „Über 'linke' Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit" in LW Bd.27; „III. Kongreß der Kommunistischen Internationale"; und „Über die Naturalsteuer" in LW Bd.32; „XI. Parteitag der KPR/B." in LW Bd.33.
97 Vgl. LW Bd.27, S.328/29.
98 LW 32, S.351.
99 Bucharin, Ökonomik ..., a.a.O., S.9.
100 In Ergänzung zur politischen Ökonomie im engeren Sinne, die von Marx und Engels als die Wissenschaft von den Gesetzen der Produktion, des Austausches und der Distribution nur einer — der kapitalistischen — Gesellschaft in ihren Grundzügen erforscht worden war, hatte Engels die Schaffung der Politischen Ökonomie in der Ausdehnung „als die Wissenschaft von den Bedingungen und Formen, unter denen die verschiedenen menschlichen Gesellschaften produziert und ausgetauscht und unter denen sich demgemäß jedesmal die Produkte verteilt haben" gefordert. MEW Bd.20, S.139.
101 V.I. Lenin, Zamecanija ..., a.a.O., S.319.
102

103 Bucharin, Ökonomik . . ., a.a.O., S. 9/10.
104 V.I. Lenin, Zamecanija . . ., a.a.O., S. 349.
105 Bucharin, Ökonomik . . ., a.a.O., S. 10.
106 V.I. Lenin, Zamecanija . . ., a.a.O., S. 349.
107 R. Luxemburg, Einführung in die Nationalökonomie, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. I, Berlin 1951, S. 491.
108 O. Lange, Politische Ökonomie, Bd. 1. Allgemeine Probleme, Berlin 1969, S. 107; vgl. R. Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals, Berlin 1923.
109 Vgl. K. Marx, Das Kapital. Erster Band, = MEW 23, S. 86f und 92f.
110 Vgl. R. Hilferding, Böhm-Bawerks Marx-Kritik, Wien 1904, S. 57.
111 K. Kautsky, Die materialistische Geschichtsauffassung, Bd. 1, Berlin 1927, S. 876f.
112 ebenda.
113 Bucharin, Die politische Ökonomie des Rentners, a.a.O., S. 53; diese Arbeit entstand tatsächlich 1913 — 1915 und nicht erst nach der „Ökonomik", wie Kusminow irrtümlich annimmt. Vgl. I.I. Kusminow, Abriß der politischen Ökonomie des Sozialismus. Methodologie, Berlin 1976, S. 12.
114 Bucharin, Ökonomik . . ., a.a.O., S. 144.
115 V.I. Lenin, Zamecanija . . ., a.a.O., S. 388.
116 ebenda, S. 383.
117 ebenda, S. 371.
118 W. Brus, Wirtschaftsplanung. Für ein Konzept der politischen Ökonomie, Frankfurt/M. 1972, S. 115.
119 Bucharin, Ökonomik . . ., a.a.O., S. 17.
120 V.I. Lenin, Zamecanija . . ., a.a.O, S. 79/80.
121 Beiträge zur Geschichte . . ., a.a.O., S. 79/80.
122 G. Kohlmey, Zur Entstehung der Theorie von der sozialistischen Wirtschaft, in: Oktoberrevolution und Wissenschaft, Berlin 1967, S. 34.
123 Vgl. S.F. Cohen, a.a.O., S. 96.
124 R. Lorenz, Sozialgeschichte, a.a.O., S. 183; vgl. auch J. Ellenstein, Histoire de l'U.R.S.S., Tome II, Paris 1973, S. 109ff. und 151ff.
125 J.W. Stalin, Zu Fragen der Agrarpolitik in der UdSSR, in: ders., Werke Bd. 12, Berlin 1954, S. 131.
126 Beiträge zur Geschichte . . ., a.a.O., S. 80.
127 G. Schönfeld, Zur Formierung . . ., a.a.O., S. 1631.
128 Vgl. L.D. Sirokorad, Die politische Ökonomie des Sozialismus in der UdSSR während der Übergangsperiode, Berlin 1977, S. 123.
129 ebenda, S. 121
130 Vgl. G. Kohlmey, a.a.O., S. 33.
131 Vgl. E. Preobrazenskij, Die neue Ökonomik, a.a.O., S. 41—43.

Hans-Jörg Rheinberger

Dialektik der Natur — Grundgesetze der Dialektik?

1.

Innerhalb jener „semantischen Verschmutzung der geistigen Umwelt des Menschen", die sich gegenwärtig zu einer „planetarischen Lebensgefahr"[1] ausgewachsen hat — so die Charakterisierung der marxistischen Theorie durch einen führenden Vertreter der bundesrepublikanischen analytischen (!) Wissenschaftstheorie —, bilden die von Friedrich Engels angedeuteten Umrisse einer *Dialektik der Natur* seit je ein besonderes Ärgernis. In der nunmehr hundertjährigen Geschichte der materialistischen Naturdialektik, die mit Engels' Polemik gegen Dühring[2] ihren expliziten Ausgang nahm und deren Untersuchungskontext mit den Notizen und Fragmenten zur Dialektik der Natur erst fünfzig Jahre später zugänglich gemacht wurden[3], hat es Interpretationsversuche der Engelsschen Aussagen über die „Gesetze der Dialektik" /348/ gegeben, die jenes Ärgernis als gerechtfertigt erscheinen liessen. Man hat in ihnen die systematische Grundlegung eines deterministisch-finalistischen Natur- und Weltbilds sehen wollen und geriet damit unweigerlich in Konflikt mit der Entwicklungsdynamik der analytisch operierenden empirischen Wissenschaften.[4] Die unter dem Stichwort der „Ontologisierung" geführte Kritik an dieser Interpretation materialistischer Naturdialektik bot ihrerseits als Lösung des Problems den Rückzug der Dialektik aus der Natur an, um sich desto ungestörter im Bereich der menschlichen Gesellschaft bewegen zu können.[5] Mit der Reduktion des Marxismus auf den historischen Materialismus in anthropologischer Absicht vollzog sich zugleich eine Zuteilung von prinzipiell unvereinbaren Erkenntnisweisen: die Analytik den Naturwissenschaften, die Dialektik den Gesellschaftswissenschaften! Diese „Anthropologisierung" der Dialektik hatte ihren Preis: um (— vornehmlich den „jungen" —) Marx zu retten, war Engels fallenzulassen. Gleichzeitig war damit der Anspruch aufgegeben, die Entwicklung von Natur und Gesellschaft in Einheit mit der Entwicklung von Erkenntnis *und* der Erkenntnis dieser Entwicklung zu denken. Das Programm, eine „Wissenschaft von den Zusammenhängen im Gegensatz zur Metaphysik zu entwickeln" /348/, war suspendiert.

Jeder Versuch einer Wiederaufnahme dieses Programms steht vor der Aufgabe, die Sackgasse der Interpretation materialistischer Dialektik als eines deterministisch-finalistischen Systems zu vermeiden. Die Rekonstruktion der materialistischen Dialektik als „Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs" /307/ steht, will sie diesen nicht aus Prinzipien deduzieren, vor dem doppelten Problem, den Ort der Vermittlung dieses Zusammenhangs selbst als historisches Entwicklungsresultat und die wissenschaftliche Erfassung dieser Vermittlung selbst als historisch gewordenes Moment desselben darzustellen. Der Zusammenhang von Natur, Gesellschaft und Erkenntnis kann nicht *abstrakt* zum Gegenstand einer Wissenschaft gemacht werden; wenn materialistische

Dialektik als *Wissenschaft* soll bestehen können, so muß das Objekt dieser Wissenschaft, jene Zusammenhänge, in jeweils gegenständlicher *Konkretion* gefasst werden.

Unter der Maßgabe, daß unter dem Gesamtzusammenhang ein Zusammenhang von Zusammenhängen verstanden wird, ist zunächst zu fragen, was unter einem Zusammenhang verstanden werden soll. Wird unter Zusammenhang die historische Erscheinungsform der Einheit von allgemeinen, materiell begründeten Gesetzen mit ihren besonderen, materiell begründeten Realisierungsbedingungen gemeint, so ist unter der Maßgabe der Kenntnis von Gesetz und Realisierungsbedingungen der Zusammenhang dann wissenschaftlich begriffen, wenn die entsprechende historische Erscheinungsform der Wirklichkeit als aus ihnen resultierende rekonstruiert werden kann. Ich interpretiere nun Engels' Äusserungen zur *Dialektik* als Wissenschaft so, daß er mit ihr generell die theoretische Form der Rekonstruktion von Zusammenhängen, speziell die von *Entwicklungs*zusammenhängen meint. Seine in diesem Rahmen formulierten „Gesetze" fasse ich als Charakterisierung der Form ihres Erscheinens auf. In der Irreversibilität der Realisierung eines Entwicklunszusammenhangs hat dieser seine Geschichte.

Der folgende Versuch, den Intentionen nachzuspüren, die Engels mit der Vorstellung einer *Dialektik der Natur im besonderen* verband, hat den Zweck, gegen den angedeuteten „Ontologie"-Verdacht — worunter die Annahme der Existenz einer besonderen „dialektischen" Kausalität zu verstehen wäre — die Probleme sichtbar zu machen, die sich ihm bei der Sichtung des naturwissenschaftlichen Erkenntnismaterials seiner Zeit aufdrängten, und deren Bedeutung für die wissenschaftliche Theoriebildung seither nichts an Aktualität eingebüßt hat. Die Konzentration auf das Problem der Naturdialektik ist nicht in dem Sinne systematisch mißzuverstehen, daß damit gleichzeitig eine Antwort auf die Frage nach dem Ausgangspunkt der dialektischen Rekonstruktion des Gesamtzusammenhangs von Natur, Gesellschaft und Erkenntnis beantwortet wäre.[6]

2.

Im Vorwort zur Auflage von 1885 des *Anti-Dühring* gibt Engels die biographische Notiz: „Als ich . . . durch Rückzug aus dem kaufmännischen Geschäft und Umzug nach London die Zeit dazu gewann, machte ich, soweit es mir möglich, eine vollständige mathematische und naturwissenschaftliche 'Mauserung' durch, und verwandte den besten Teil von 8 Jahren darauf. Ich war grade mitten in diesem Mauserungsprozesses begriffen, als ich in den Fall kam, mich mit Herrn Dührings sogenannter Naturphilosophie zu befassen. Wenn ich also da manchmal den richtigen technischen Ausdruck nicht finde und mich überhaupt mit ziemlicher Schwerfälligkeit auf dem Gebiet der theoretischen Naturwissenschaft bewege, so ist das nur zu natürlich" /10—11/. Der *Anti-Dühring* kann in seinen naturtheoretischen Teilen als eine erste aus Vorarbeiten gelegentlich — „ich kam in den Fall" — entstandene Skizze zu der von Engels geplanten, dann aber nie fertiggestellten Naturdialektik betrachtet werden, und ist ein beeindruckendes Beispiel einer politischen Polemik, in der es um weltanschauliche Probleme vom Standpunkt wissenschaftlicher Erkenntnis geht. Worum aber ist es

Engels bei der über den Anlaß Dühring hinausgreifenden Beschäftigung mit der historischen Entwicklung und dem aktuellen Stand der Naturwissenschaften seiner Zeit zu tun? Dazu bemerkt er an gleicher Stelle: „Es handelte sich bei dieser meiner Rekapitulation der Mathematik und der Naturwissenschaften selbstredend darum, mich auch im einzelnen zu überzeugen — woran im allgemeinen kein Zweifel für mich war —, daß in der Natur dieselben dialektischen Bewegungsgesetze im Gewirr der zahllosen Veränderungen sich durchsetzen, die auch in der Geschichte die scheinbare Zufälligkeit der Ereignisse beherrschen; dieselben Gesetze, die ebenfalls in der Entwicklungsgeschichte des menschlichen Denkens den durchlaufenden Faden bildend, allmählich den denkenden Menschen zum Bewußsein kommen . . ."/11/. Zu diesem Satz ist häufig angemerkt worden, es sei Engels also letztlich um die Produktion von nachträglicher Bestätigung in dem Sinne gegangen, als er, von einem fertigen Kanon von feststehenden dialektischen Gesetzen ausgehend, seinen Ausflug in die Naturwissenschaften unternommen habe, um Beispiele aufzufinden, die seine vorgefaßte Ansicht stützen könnten. Man muß sich nun aber die Mühe machen, wenigstens die naturphilosophischen Abschnitte des *Anti-Dühring* im Zusammenhang zu lesen, um zu verstehen, was es für Engels bedeutet, „sich zu überzeugen", womit gleichzeitig interpretierbar wird, was unter einem „dialektischen Gesetz" zu verstehen ist. Er hat alles andere vor, als „die dialektischen Gesetze in die Natur hineinzukonstruieren" /12/; es versteht sich für ihn von selbst, „daß ich über den besonderen Entwicklungsprozeß, den z.B. das" — berüchtigte! — „Gerstenkorn von der Keimung bis zum Absterben der fruchttragenden Pflanze durchmacht, *gar nichts sage*, wenn ich sage, es ist Negation der Negation"/131/; daß „jede Art von Dingen . . . ihre eigentümlich Art (hat), so negiert zu werden, daß eine Entwicklung dabei herauskommt . . ." /132/; daß schießlich Marx, indem er den Vorgang der Expropriation der Expropriateure im Kapital als „Negation der Negation *bezeichnet*, . . . nicht daran (denkt), ihn dadurch beweisen zu wollen als einen geschichtlich notwendigen", sondern daß er ihn im Gegenteil, „*nachdem* er geschichtlich bewiesen hat, daß der Vorgang in der Tat teils sich ereignet hat, teils noch sich ereignen muß, . . . er ihn *zudem* als einen Vorgang *(bezeichnet)*, der sich nach einem bestimmten dialektischen Gesetz vollzieht", und „*das ist alles*" /125/. Man sieht hier deutlich, daß Engels nicht nicht Absicht hat, einen besonderen, natürlichen oder gesellschaftlichen Prozeß durch ein „dialektisches Gesetz" zu beweisen (wir können auch sagen: erklären). Engels sieht gut, daß dadurch nichts bewiesen wäre, wenn eine Entwicklung durch „Negation der Negation" „erklärt" würde, sondern nur eine Tautologie im formallogischen Sinne produziert wäre. Andererseits kommt in diesen Formulierungen aber auch ein Problem zum Ausdruck, das sich in die Frage kleiden läßt, welchen Status dann solche „Grundgesetze der Dialektik" /481/ haben, wenn mit ihnen über besondere Entwicklungsprozesse „nichts gesagt" ist, wenn sie als *allgemeine Bezeichnungen* von Entwicklungsvorgängen anzusehen sind, deren Gesetzmäßigkeit (Notwendigkeit) nur an ihnen selbst zu gewinnen ist. Will man der Zweideutigkeit der Formulierungen entgehen, muß man sich festlegen. Ich schlage vor, vom Sinn der Engelsschen Erläuterungen her den Ausdruck „Grundgesetz der Dialektik" so zu verstehen, daß er in allgemeiner Weise die Form bezeichnet, in der Bewegungs- und Entwicklungszusammenhänge in ihrem zeitlichen Ablauf erscheinen, nicht aber, daß darunter die

allgemeine Naturgesetzmäßigkeit zu verstehen ist, die etwa einen Entwicklungsvorgang unter bestimmten Bedingungen so ermöglicht, daß sein zeitlicher Ablauf als eine „Negation" von Stufen dieser Entwicklung erscheint. Mit dem Terminus „Gesetz" wäre dann zum Ausdruck gebracht, daß die unter diese Bezeichnungen gebrachten Phänomene nicht einfach zufälliger Natur sind, sondern das Resultat der historischen Realisierung von materiell begründeten Gesetzen (Kausalitäten) unter ebenso materiell determinierten Randbedingungen. Keineswegs aber wäre damit der Natur eine irgendwie geartete dialektische Finalität unterstellt. Theoretisch gesehen handelt es sich dabei, wenn man so will, um eine allgemeine Formulierung der Erscheinungsweise von räumlichen und zeitlichen Zusammengängen. Methodologisch gesehen hat sie, bezogen auf eine bestimmte Entwicklungsstufe der jeweiligen Wissenschaften — nämlich dann, wenn diese darangehen, die jeweiligen Objekte in ihrer gegenständlichen Konkretion auf der Basis der Kenntnis der ihnen zugrundliegenden Naturgesetze zu rekonstruieren — eine heuristische Funktion; sie verhindern die wechselseitige logische Ausschließung analytischer Abstraktionen, mithin die Identifizierung von Naturkausalität mit einer abstraktiven Interpretation des analytischen Verfahrens. Engels weist immer wieder darauf hin, daß dies jenseits ihrer theoretischen Selbstreflexion in der *Praxis* der modernen Naturwissenschaften angelegt ist, und umso unabweisbarer wird, je weiter die Erfassung des Untersuchungsgegenstandes fortschreitet; seine Kritik an der „metaphysischen Auffassung" /307/ geschieht vom Standpunkt der kritischen Reflexion eben dieses praktischen Verfahrens, das der Untersuchungsgegenstand *erzwingt*, der so mit der Einsicht in den Gang des Objekts zugleich prinzipiell die Einsicht in den Gang seiner theoretischen Erfassung ermöglicht. „Negation der Negaton" aber im starken Sinne als ein „Gesetz" zu formulieren, sehe ich für eine Sache des — dialektischen — „Alltagsgebrauchs" /482/ an (um ein Wort von Engels über die metaphysische Fixierung der Analytik zu paraphrasieren). Im Rahmen der Durchsetzung des dialektischen gegen das metaphysische Weltbild hat dieser „Alltagsgebrauch" eine bedeutende ideologische Funktion. Ob auf der Ebene der *theoretischen Rekonstruktion* von natürlichen (und gesellschaftlichen) Sachverhalten als Repräsentation ihrer experimentellen Rekonstruktion (und praktischen Konstruktion) solche „Gesetze" wie „Negation der Negation" den explizit angebbaren Sinn von Anweisungen für logische Operationen bekommen, ist an dieser Stelle nicht zu untersuchen.[7]

3.

Hier interessiert nun näherhin, was *der Sache nach* gemeint ist, wenn bei Engels von einer *Dialektik der Natur* die Rede ist. Geht man den Text durch, so wird man bemerken, daß es durchgehend Vorgänge der Bewegung und Entwicklung sind, die als dialektische Phänomene angesprochen werden. Man wird auch bemerken, daß Engels den Hauptstoß seiner Argumentation *gegen* eine in ihrer systematischen Grundlegung letztlich nur *anthropomorph* (oder *theomorph*, was dasselbe, nur in transzendentaler Version, ist) interpretierbare Auffassung von Naturkausalität richtet. Dabei besteht die Paradoxie gerade darin, daß die anthropomorphe bzw. theomorphe Grundlegung eine

mechanistische Kausalitätsauffassung stützt. Demgegenüber versucht Engels mit seinen Hinweisen eine historische Auffassung der Dynamik von Naturkausalität zu stützen, der ein in den verschiedenen Bereichen naturwissenschaftlicher Forschung mehr oder weniger exakt formulierbarer Begriff der Selbstbewegung und Selbstentwicklung der Materie zugrundeliegt. Engels' Dialektik-Begriff substituiert dabei der Naturgesetzlichkeit keinen wie auch immer gearteten Finalismus, sondern bezieht sich ganz materiellen Organisation diejenigen Effekte — Reproduktion, Morphogenese, Teleonomie — zeigt, die wir Leben nennen. Die Gesetze, denen dieses Leben in seiner Einheit als Organismus gehorcht, sind selbst Resultat der Integration von Gesetzen, wie sie für die anorganische Materie gelten. Engels stellt fest, daß es zur Erklärung dieses Phänomens keines besonderen, transzendental gedachten Vitalprinzips bedarf; und er charakterisiert diesen Integrationsprozeß erläuternd dadurch, daß sich in ihm ein „Umschlag von Quantität in Qualität" vollziehe. Mit Bezug auf die Evolution der Arten formuliert er zunächst in Abgrenzung gegen die „alte Naturphilosophie": „Wie in dieser Schrift entwickelt, fehlte sie, namentlich in der Hegelschen Form, darin, daß sie der Natur keine *Entwicklung in der Zeit* zuerkannte, kein 'Nacheinander', sondern nur ein 'Nebeneinander'" /12, Hervorhebungen H.J. Rh./. Diese „Entwicklung in der Zeit", eindeutig auf die Gesetzmäßigkeiten wechselwirkender und selbstregulativer Naturvorgänge einerseits und auf die Gesetzmäßigkeit von Wirkungen des Zusammentreffens und Zusammenspielens voneinander unabhängiger Kausalketten andererseits. Eine Interpreatationsschwierigkeit des Textes kommt allerdings dadurch hinein, daß oft raumzeitlich gebundene Realtivefekte von Naturvorgängen nicht *explizit* von standpunktbezogenenen Aussagen über diese getrennt sind (etwa bei chemischen Reaktionen oder der elektrischen Polarität), und daß Phänomene der Selbstregulation, der selbstregulativen Entwicklung und der historischen Evolution einerseits sowie der makroskopisch determinierten Erscheinungsweise mikroskopisch indeterminierter Prozesse andererseits nicht explizit von dem erkenntnistheoretischen Problem getrennt sind, wie man zum Gesetz einer Erscheinung vorstößt, und wie von diesem her die historische Realität, in der das ihr zugrundeliegende Gesetz sich realisiert, zu rekonstruieren ist.

Betrachtet man Engels' Äusserungen zur „organischen Welt", so sind es zwei Probleme, die er in der Auseinandersetzung mit Dühring ins Zentrum seiner Bemerkungen rückt: die Erklärung der Natur der Lebensvorgänge einerseits und die Erklärung der biologischen Evolution andererseits. „Leben", notiert er an einer Stelle, „ist die Daseinweise der Eiweißkörper, und diese Daseinsweise besteht wesentlich in der beständigen *Selbsterneuerung* der chemischen Bestandteile dieser Körper" /75/, und an anderer: „. . . das Leben, der durch Ernährung und Ausscheidung erfolgende Stoffwechsel ist ein *sich selbst vollziehender Prozeß*, der seinem Träger, dem Eiweiß, inhärent, eingeboren ist, ohne den es nicht sein kann" /76, Hervorhebungen H.J. Rh./. Nun wissen wir heute, daß die wesentlichen Lebensbedingungen — Metabolismus, Reduplikation, Mutagenität — durch ein Interaktionssystem von Nucleinsäuren und Proteinen erfüllt werden: der entscheidende Punkt der Engelsschen Argumentation bezieht sich jedoch darauf, daß eine selbstbewegte, sich im Prozeß der Assimilation/Dissimilation erhaltende materielle Struktur durch die Form ihrer

die sich durch ständige Verwerfung — „Negation" — von zufälligen „individuellen Abweichungen" /65/ einzelner Organismen in einem historischen Differenzierungsprozeß der Arten realisiert, bedarf zu ihrer Erklärung wiederum keines transzendentalen, finalistischen Entwicklungsprinzips. Engels erkennt sehr genau, daß die theoretische Leistung von Darwin gerade darin besteht, ungeachtet der noch weitgehenden Unkenntnis über die materiellen Grundlagen der spontanen Variabilität der Organismen, eben jene „rationelle Form", d.h. das Prinzip gefunden zu haben, wonach sich „ihre Wirkungen festsetzen, dauernde Bedeutung erhalten" /65/. Gerade an diesen Beispielen wird deutlich, daß Engels unter der *Dialektik der Natur* keinen mysteriösen Zusatz zu einer mechanistisch gefaßten Naturkausalität versteht, sondern vielmehr die Formen und Effekte dieser Kausalität in ihrer historischen Realisierung, ihrer gegenständlichen Konkretion.

4.

Jene Form des theoretischen Denkens, die Engels als die „dialektische zugleich materialistische Auffassung" /10/ bezeichnet, ist der Erkenntnis der Natur nicht als a priori angemessen zu behaupten. Sie wird innerhalb der Entwicklung der analytisch operierenden empirischen Wissenschaften immer dort zum Problem, wo es um die Rekonstruktion des Zusammenhangs des untersuchten Objektbereichs auf der Basis analytisch gewonnener Naturgesetze geht. Diese Rekonstruktion erfordert die Überwindung der abstraktiven Interpretation des analytischen Verfahrens der empirischen Wissenschaften, welche Engels als „metaphysische Auffassung" charakterisiert. An Hegel würdigt Engels gerade, diesen Versuch unternommen zu haben. Was er als das „System" Hegels kritisiert, ist andererseits der Umstand, daß Hegel die „dialektische" Auffassung abstrakt, und das heißt *letztlich* ohne wirklichen Gegenstand entwickelt — also nicht „zugleich materialistisch" —:dagegen fordert er, die Dialektik habe sich „in der wirklichen Wissenschaften zu bewähren und zu betätigen", /129/ mithin an konkreten Gegenständen. Und er hofft, daß „der Fortschritt der theoretischen Naturwissenschaften meine Arbeit größtenteils oder ganz überflüßig (macht)" /13/. Wen sich die „dialektische und zugleich materialistische Auffassung" historisch *auch* als „aparte Philosophie" zu Geltung bringt, so kann dies nur in der Perspektive gerechtfertigt erscheinen, die von Engels zum Ausdruck gebrachte Hoffnung zu realisieren. Ihren besonderen Gegenstandsbereich — den man auch als philosophischen bezeichnen mag — aber erhält sie in der Rekonstruktion der Entwicklung dieses Denkens selbst in seiner wissenschaftlichen Form: also dort, wo die „dialektische und zugleich materialistische Auffassung" den Prozeß ihrer eigenen Entstehung thematisiert. Daß der *Anti-Dühring* und die Fragmente zur Naturdialektik Elemente zu einer solchen dialektischen und materialistischen Theorie der Erkenntnisentwicklung unter Einschluß der Genesis der materialistischen Dialektik aus den analytisch operierenden empirischen Wissenschaften enthält, macht neben den Hinweisen auf die Realdialektik der Natur die besondere wissenschaftliche Leistung dieser Schriften aus.

der „moderne Materialismus", den Engels seiner ganzen Tendenz nach nicht als eine „über den andern Wissenschaften stehende Philosophie" /24/ verstanden wissen will, mußte, wie es Engels mit Bezug auf den „modernen Sozialismus" formuliert, „wie jede neue Theorie . . . zunächst anknüpfen an das vorgefundne Gedankenmaterial . . ." /16/. Engels bedient sich sich der philosophischen Begrifflichkeit von Hegel, um die Grundgedanken der „dialektischen Auffassung der Natur" /14/ zu formulieren: es sind jedoch die genuinen Problemstellungen der Wissenschaften der Natur, die er mit ihr zum Vorschein bringen will — und sei es bisweilen mit „ziemlicher Schwerfälligkeit" /11/. Es geht ihm dabei aber um alles andere als um ein neues „System, selbst kein natürliches System der Philosophie" /34/. Vielmehr ist es sein Anliegen — dies gerade auch im Rahmen der politisch-ideologischen Dimension, die dem *Anti-Dühring* in der weltanschaulichen Orientierung der in der sozialdemokratischen Partei neu zusammengeschlossenen deutschen Arbeiterbewegung zukam —, die theoretischen Errungenschaften der Naturwissenschaften „im Gesamtzusammenhang der Dinge und der Kenntnis von den Dingen" so in Begriffe zu fassen, daß sie jedem „denkenden Menschen" zugänglich werden und dennoch den Kern der Dinge und ihrer Kenntnis nicht verdecken, wie ihm das die alte „metaphysische Auffassungsweise" zu tun scheint. Jedenfalls nimmt er gegenüber Dühring die Haltung ein, die er für „einen gewöhnlichen Philosophen und Sozialisten" für angemessen erachtet, „der seine Gedanken einfach ausspricht und es der weitern Entwicklung überläßt, über ihren Wert zu entscheiden" /28/. In diesem Sinne faßte er den „modernen Materialismus" auchch als eine „einfache Weltanschauung" /129/ auf, und zwar im Hinblick auf die theoretische Orientierung einer politischen Bewegung. Die Wissenschaftlichkeit dieser Weltanschauung ist in dem Maße ausgewiesen, wie ihre Verallgemeinerungen dem, wie Engels bemerkt, unabschließbaren Prozeß der wissenschaftlichen Erfassung der materiellen Bewegungs- und Entwicklungsformen von Natur, Gesellschaft und Denken nicht als „endgültige Wahrheiten letzter Instanz" /82/ gegenübertreten, sondern sich ihres Charakters als Resultatformulierungen bewußt bleiben. „Bekanntschaft mit der Mathematik und der Naturwissenschaft" /10/ ist dazu die Voraussetzung.— wie die ziterte biographische Notiz von Engels sinnfällig demonstriert.[8]

5.

Dieser interpretierende Nachvollzug der Engelsschen Argumentationsgänge zur Frage der Dialektik der *Natur* im besonderen und zwar *materialistischen* Dialektik im allgemeinen läßt sich in den wesentlichen Problemstellungen wie folt thesenhaft zusammenfassen:

1. Es existiert eine reale Dialektik der Natur. Damit ist zunächst nichts anderes konstatiert als das Phänomen der materiellen Selbstbewegung und Selbstentwicklung, oder genauer: der materiellen Selbstorganisation, die in Entwicklung resultiert.
2. Soll ein Entwicklungszusammenhang wissenschaftlich adäquat erfaßt werden, so bedarf es dazu der Rekonstruktion desselben als historisches Resultat der Realisierung materieller Gesetzmäßigkeiten unter gegebenen materiellen Bedingun-

gen. Ausdrücke wie „Durchdringung der Gegensätze", „Umschlagen von Quantität in Qualität," „Negation der Negation" /348/ sind dabei Beschreibungen erscheinender Effekte eines sich realisierenden Bewegungs- und Entwicklungszusammenhanges, aber keine „Gesetze", die etwa einem Entwicklungszusammenhang in dem Sinne zugrunde liegen, daß dieser aus ihnen als seiner Ursache hervorginge!

3. Materialistisch und dialektisch verfährt eine wissenschaft, sofern sie jenes Programm für ihren konkreten Gegenstand realisiert. Eine materilistische und dialektische Methodolgie hat die theoretischen Bedingungen aufzuzeigen, unter denen es gerade *mit* den analytisch empirischen Wissenschaften zu verwirklichen ist.

4. Der praktische und weltanschauliche Sinn dialektisch-materialistischen Philosophierens besteht darin, die Aufgabe der theoretischen Rekonstruktion des historischen Zusammenhangs von Natur, Gesellschaft und Denken zu repräsentieren. Insofern erscheint die Rede von der materialistischen Dialektik als der Wissenschaft des Gesamtzusammenhanges berechtigt — solange nämlich die Wissenschaften (damit in einem transitorischen Gegensatz zur Philosophie) diesen Gesamtzusammenhang als ihren Nicht-Gegenstand gerade ausgrenzen. Je mehr jedoch gerade auch den Naturwissenschften die Totalität des Entwicklungszusammenhanges der Natur auf der Basis der analytischen Errungenschaften von Physik, Chemie und Biologie zu einem Problem wird, das heute nicht nur der Entwicklungsstand der Naturwissenschaften zu stellen erlaubt, sondern das auch seine weltweite Gefährdung (die als ökologische Krise bezeichnet wird — und auf die Stegmüllers Diktum von der „planetarischen Lebensgefahr" vielleicht eher zutrifft als auf den Marxismus) zu stellen zwingt, desto mehr wird das Bedürfnis nach solcher „philosophischen" Reflexion zum Bedürfnis der Wissenschaften selbst.

Fußnoten

1 Wolfgang Stegmüller, *Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie*, Band II, Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, 1975, S. X.

2 Engels' Arbeit *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft* erschien zwischen Januar 1877 und Juli 1878 als Artikelserie teils im Hauptblatt, teils in der wissenschaftlichen Beilage, teils in der Beilage des „Vorwärts", dem „Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands" seit dem Gothaer Parteikongress von 1876. Die erste Buchausgabe erfolgte im Juli 1878 in Leipzig. Anlaß der Auseinandersetzung waren — auf Drängen Wilhelm Liebknechts — der „Cursus der Philosophie", der „Cursus der National- und Socialökonomie" sowie die „Kritische Geschichte der Nationalökonomie und des Socialismus" des damaligen Berliner Privatdozenten Eugen Dühring, dessen Schriften in Kreisen der vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands nicht wenige Anhänger fanden. Obwohl aus aktuellem Anlaß entstanden und als Polemik konzipiert, ist der *Anti-Dühring* zu einem „Klassiker" der marxistischen Literatur geworden. Er hat, wie Engels hoffte, Anhang gefunden „in allen Ländern, wo es einerseits Proletarier und andrerseits rücksichtslose wissenschaftliche Theoretiker gibt" (9). — Die Seitenangaben hinter den Zitaten beziehen sich im folgenden, auch soweit sie der *Dialektik der Natur* entstammen, auf Marx-Engels Werke Bd. 20, Dietz Verlag, Berlin 1972.

3 vgl. das Vorwort zu MEW Bd. 20, S. XXII.

4 Im Bereich der Naturwissenschften ist hierfür die „Affäre Lyssenko" zum Paradigma geworden.

5 Vgl. etwa Alfred Schmidt, *Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1962.

6 Zur Diskussion dieser Frage vgl. P. Damerow, P. Furth, B. Heidtmann, W. Lefèvre, *Probleme der materialistischen Dialektik*, in SOPO 42, Dez. 1977, 9. Jg., Heft 4.

7 vgl. dazu P. Ruben, *Dialektik und Analytik in der Naturforschung*, in *Struktur und Prozess*, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1977.

8 Peter Dudek faßt in seinem Aufsatz *Engels und das Problem der Naturdialektik* (in Prokla Nr. 24, Rotbuchverlag, Berlin(West), 1976, „Engels' Intentionen" dahingehend zusammen, „Dialektik als reflexions-philosophisches Kalkül zur Interpretation der Resultate der Naturforschung nutzbar zu machen" (152). Am Ende seiner Ausführungen ruft er entrüstet aus: „Aber was ist das für ein Verständnis von Dialektik, das diese als methodologisch einheitsstiftendes Instrumentarium bestehender Wissenschaften begreift, mittels dessen ein System der Natur zu entwickeln ist?" (169). Wenn man mit Dudek einig sein kann, daß es *darum* einer materialistisch verstandenen Dialektik nicht geht, so kann man andererseits dem Standpunkt nicht zustimmen, von dem aus er *seinen Engels* aufbaut, um ihn einzureissen. Dudek schlägt vor, „Dialektik als das zu begreifen, was sie bei Marx ist: als die Einheit des Subjekt-Objekt-Verhältnisses vermittelnde Seite des Gegenstandes selbst, als eine historische und theoretische Methode, die mit ihrem Gegenstand unlösbar verknüpft ist" (169). Mit diesem schlichten Satz — Dialektik als die Einheit des Subjekt-Objekt-Verhältnisses vermittelnde Seite des Gegenstandes selbst (?) — ist nämlich kurzerhand die Möglichkeit einer Naturdialektik überhaupt hinwegeskamotiert. Berufungsinstanz: Marx. Eine Seite zuvor wird mitgeteilt: „Eine Auseinandersetzung mit den naturwissenschaftlichen" — (??) — „Schriften von Engels kann sich nicht an der Konstatierung der Differenz bzw. Identität seiner Position mit derjenigen von Marx festmachen . . ." (168). Dudek tut, was er verbietet. Aber wenn er Alfred Schmidt zustimmt, daß der allein mögliche Begriff von Naturdialektik „die Betrachtung der Natur unter dem Aspekt der subjektiven Vermitteltheit, unter dem Aspekt spezifischer Formbestimmtheit menschlicher Praxis" (149) sei, so muß er sich wenigstens sagen lassen: das ist nun auch nicht Marx! Und wenn es Marx ist (der in einem Brief an Kugelmann äußerte, daß Naturgesetze überhaupt nicht aufgehoben werden können, sondern was sich in historisch verschiedenen Zuständen ändern könne, nur die Form sei, worin sich jene Gesetze durchsetzen), der damit Dudek für seine Behauptung Zeuge stehen soll, daß die „Naturgesetze . . . ahistorisch-universelle Gültigkeit" (156) besitzen, so sollte letzterer immerhin zur Kenntnis nehmen, daß 1. Marx dies mit Bezug auf die Gesetze gerade der *gesellschaftlichen* Entwicklung gesagt hat (was Dudeks „marxistisches" Dialektikverständnis in Frage stellen könnte), und daß 2. heute auch innerhalb der Naturwissenschaften an der Historizität der *Naturgesetze* wohl kaum noch gezweifelt werden kann (was Dudeks Naturverständnis in Frage stellen könnte). Es scheint jedenfalls für einen „gewöhnlichen Philosophen und Sozialisten" angemessener, die Erkenntnisse der „bürgerlichen Naturwissenschaft" — und das zumindest wäre von Engels zu lernen — zur Kenntnis zu nehmen, als in ihr nur die „fetischisierten Begriffsformen von 'objektiver Natur'" (148) zu erblicken und sie damit vornehm den belächelten „Positivsten" zu überlassen.

Allessandro Mazzone

Der Kapitalfetischismus: Über Grundfragen einer materialistischen Ideologietheorie (II)*

V.

Am Anfang des *Kapitals* trennt Marx deutlich die Analyse des „Reichtums der Gesellschaften, in welchen die kapitalistische Produktionsweise herrscht" von der bloßen allgemeinen Beziehung zwischen Arbeit und Produkt. Die „nützliche Arbeit" ist einfach die Arbeit, die im allgemeinen einen „Nutzeffekt" aufweist[53]. Diese Arbeit — jedoch unabhängig von jeder bestimmten gesellschaftlichen Form (des Arbeitsprozesses) gedacht, sogar jeder gesellschaftlichen Form „entkleidet" — finden wir am Ende des dritten Bandes wieder als Pseudogegenstand des Fetischismus, als Ergebnis eines „notwendigen quid pro quo", das durch den „Schein der Konkurrenz" vermittelt ist.

Anders verhält es sich mit dem „einfachen Arbeitsprozeß" — den wir in seinen „abstrakten Momenten" (zweckmäßige Tätigkeit / Arbeitsmittel Arbeitsgegenstand) gut kennen — wie auch mit *dessen Begriff,* der von der „menschlichen Arbeit" erst abstrahierbar wird, nachdem diese 1. ihre „tierartig instinktmäßigen Formen" abgestreift hat und allgemein *menschliche* Arbeit *geworden* ist, und 2. gleiche menschliche Arbeit in der Warenproduktion geworden ist, und der nun als neue einfache Abstraktion der Konstruktion der Form der „kapitalistischen Warenproduktion" dient. Dieser „einfache Arbeitsprozeß" ist formal weder mit der anfangs eingeführten „nützlichen Arbeit" identisch, *noch* mit dem „Gespenst" aus der trinitarischen Formel, „'die' Arbeit, die nichts ist als eine Abstraktion und für sich genommen überhaupt nicht existiert". Die „nützliche Arbeit" muß bereits vor jeder Analyse des „Doppelcharakters der warenproduzierenden Arbeit" vorausgesetzt sein, nicht nur um die Abstraktionen à la Say zu vermeiden, (was zu Marx' Zeit aktuell war; später folgte die „Ofelimität" und noch einiges mehr[54]) sondern weil sie *nomen* eines bereits bestehenden Sachverhalts ist, der historisch und logisch der Herausbildung der Warenproduktion, der Warenzirkulation und dem Geld vorausgeht.

Doch gerade der Schein, wonach alle drei, nämlich: *„die" Arbeit* (ohne jede Bestimmung), der *Arbeitsprozeß* (in der Lohnarbeit) und die *Produktion von Nutzeffekten* (insofern sie Gebrauchswerte, Momente von Waren sind) *scheinbar natürlich zusammenfallen,* ist das Resultat der *Gesamtbewegung* des Kapitals.

*

(Erster Teil des Textes erschienen in SOPO 42, Heft 4/1978) Die Übersetzung besorgten Adria Lindt und Winfried Roth unter Mitarbeit von Pierre Franzen.

Abkürzungen: K. Marx: „Das Kapital", Buch 1,2,3, in MEW Berlin 1971 Bd. 23,24,25=DK 1/2/3 und Seitenzahl. Außerdem im Text: KPW=Kapitalistische Produktionsweise; EWP=einfache Warenproduktion; WZ=Warenzirkulation; ÖGF=ökonomische Gesellschaftsformation.

Wir müssen nun im Überblick die Momente betrachten, durch die dieses Resultat herbeigeführt wird. Es versteht sich aber von selbst, daß ebenso wie das große Verdienst „der Hegelschen Phänomenologie . . . . ist, daß . . . Hegel die Selbsterzeugung des Menschen als einen Prozeß faßt . . ., daß er . . . das Wesen der *Arbeit* faßt und den gegenständlichen Menschen, wahren weil wirklichen Menschen als Resultat seiner *eigenen Arbeit* begreift"[55], es sich ebenso mit der historischen Struktur des Fetischismus verhält (und zwar abgesehen von jeder durchaus notwendigen Frage nach einer Interpretation Hegels oder dieser frühen Kritik von Marx). Es geht um die zentrale philosophisch — ideologische Rolle der Arbeit als Kategorie und Vorstellung. Der Schein der Identität und Unbestimmtheit von „nützlicher Arbeit", „wertproduzierender Arbeit" und „mehrwertproduzierender Arbeit" betrifft nämlich nicht nur „die Arbeit", sondern er bewirkt auch 1. die „Naturhaftigkeit" und „Ewigkeit" der bürgerlichen Verhältnisse, die in diesem Schein ihre unmittelbare (und irrationale) Bestätigung finden. Er bewirkt in der Folge 2. die Notwendigkeit einer idealistischen Grundlegung der Vermittlung der Momente menschlicher Tätigkeit und der Geschichte überhaupt (und die falsche Diairesis, die eine solche Grundlegung ausdrückt und mit sich bringt); er entfaltet sich 3. in der *naturaliter* christlichen und *naturaliter* positivistischen Seele des bürgerlichen Denkens im allgemeinen.

Wir haben gesehen, daß am Schluß des ersten Bandes des *Kapitals* die Theorie der Akkumulation der Ort ist, wo die dialektische Negation der einfachen Warenproduktion (EWP) erfolgt und die neuen Formbestimmungen entstehen, vermittels derer die historische Enteignung der autonomen Warenproduzenten auf den Begriff gebracht wird; hier wird das „allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation" entwickelt und es erfolgt der Übergang zu jenen Gestaltungen der kapitalistischen Produktionsweise (KPW), worin nicht nur der Austausch von Äquivalenten — durch die Beziehung zwischen variablem Kapital und Arbeitskraft — auf Schein reduziert wird, sondern auch das *Wertgesetz* sich weiter entwickelt als Gesetz der durch Kapitale produzierten Waren, das sich nun durch die neuen Erscheinungsformen durchsetzt, die sich daraus ergeben. In diesen Erscheinungsformen gliedert sich der Kapitalfetischismus auf, der eben mit der KPW „im ganzen betrachtet" selbst entstanden war und sich weiterentwickelt.

In der „verzauberten Welt", in der neben dem „Gespenst 'die' Arbeit" die anderen „Gespenster", *Monsieur le Capital* und *Madame la Terre* ihren Spuk treiben, entsteht sowohl der „Kultus des abstrakten Menschen" und die Folgen desselben (DK 1. 93), als auch — notwendigerweise — die Subsumtion der allgemeinen Arbeit (der Wissenschaft) unter das Kapital und seine Gesetze, und zwar sowohl der Sache nach, als auch als ein solcher Vorgang für die Reflexion, in dem die Bestimmung der Wissenschaft als konkrete allgemeine Arbeit erloschen ist. In der Reflexion stellt also jene Subsumtion die Enzyklopädie der Einzelwissenschaften als etwas dar, das in der Bewegung des Selbstbewußtseins nochmals einer „Begründung" bedarf (idealistisch), oder aber (positivistisch) in einer Reflexion sui generis zusammengefaßt wird, die angeblich die Vermittlung von Erkenntnisergebnissen leistet, weil sie gleichzeitig universal und „im Menschen" vorhanden sein soll.[56]

Marx' Plan von 1858, die gesamte Zirkulation als „Vermittlung vorausgesetzter Extreme . . . deren Sein Schein ist" (Grundrisse, S. 920) darzustellen, konnte erst dann vollständig ausgeführt werden, als Marx mit der Theorie des Durchschnittsprofits und der Produktionspreise die „notwendigen Mittelglieder" (26,2 S. 161) besaß, die Ricardo fehlten. Deswegen war er gezwungen, die Durchschnittsprofitrate als „*fact* . . . der Konkurrenz" aufzufassen[57]. Damit verfügte Marx über eine entwickelte Theorie der Erscheinungsformen des „Gesamtprozesses der kapitalistischen Produktion", mithin auch über eine Theorie des Scheins, der der kapitalistischen Warenproduktion organisch innewohnt. Dieser organische Schein entfaltet sich nun im „Verhältnis von Kapital und Profit", wo der Mehrwert als bloßer „in der Zirkulation realisierter Überschuß" erscheint, der „näher nur durch das Verhältnis zwischen Einzel- und Gesamtkapital bestimmt wird." Von nun an „erscheint" das Kapital „als Verhältnis zu sich selbst", wo es sich als „ursprüngliche Wertsumme unterscheidet vom Neuwert, den es selbst geschaffen hat". Dies allein ist nunmehr „im Bewußtsein" (DK 3,58) der kapitalistischen Produzenten, nicht aber die Art und Weise, wie der Mehrwert produziert oder als solcher verteilt wird, sondern der Schein von „dem Kapital verborgenen, zukommenden Qualitäten"[58]. Dieser Schein kann zwar aufgelöst werden, wenn der Gesamtprozeß nach dem Maßstab des Werts und der Klassen untersucht wird: aber dieser Prozeß ist als solcher dem einzelnen Produzenten nicht zugänglich, der vielmehr sein Agent ist, Träger einer Rolle auf der Weltbühne, deren Bestandteil er ist.

Gleichzeitig wird das, was dem kapitalistischen Produzenten „gegeben" ist — das Verhältnis von Kostenpreis und Verkaufspreis, „wobei es mysteriös bleibt, woher dieser Überschuß stammt, aus der Exploitation der Arbeit im Produktionsprozeß, aus der Übervorteilung im Zirkulationsprozeß, oder aus beidem" (DK3, 57), und das Verhältnis von (vorgeschossenem) Gesamtkapital und Überschuß, ein „wichtig(es) und natürlich(es)" Element der kapitalistischen Kalkulation — vom Wertgesetz vermittels der Bewegung der Kapitale in der Produktion reguliert. Aber diese komplizierte Regulierung „vermittels" der Konkurrenz vollzieht sich in einer Weise, die es unmöglich macht, von dem, was „gegeben" ist, auf „ein spezifisches Verhältnis zwischen dem Überschuß und dem im Arbeitslohn ausgelegten Teil des Kapitals" zu schließen[59]. So verfestigt sich das mystifizierte Verhältnis, das notwendig „im Bewußtsein ist."

„Je weiter wir den Verwertungsprozeß des Kapitals verfolgen", merkt Marx an dieser Stelle an, „umso mehr wird sich das Kapitalverhältnis mystifizieren und umso weniger das Geheimnis seines inneren Organismus bloßlegen". Verfolgen wir schematisch diesen Vorgang, ist dabei im Auge zu behalten, daß das Auseinandergehen der „fertigen Gestalt der ökonomischen Verhältnisse wie sie sich auf der Oberfläche zeigt, in ihrer realen Existenz, und daher auch in den Vorstellungen" ihrer Agenten und Träger einerseits und des „ihrer innneren, wesentlichen. Kerngestalt. . . . entsprechenden Begriff(s)" (DK 3,219) andererseits, sich aus der „Verkehrung" von Wertbestimmung und spezifischen Wirkungen des Wertgesetzes in der vollendeten KPW, in der Konkurrenz zwischen Kapitalisten ergibt. In der Tat reguliert das Wertgesetz die Produktionspreise vermittels neuen Erscheinungsformen des Wertes selbst (Kostpreis, Profit etc.), welche von der Konkurrenz reguliert zu sein scheinen (vgl. a.a.O., S. 189). Aber „alle

Wissenschaft wäre überflüssig, wenn die Erscheinungsform und das Wesen der Dinge unmittelbar zusammenfielen" (DK 3,825).

Die beiden „Faktoren" der kapitalistischen Produktion sind vergegenständlichte und lebendige Arbeit, aber eben auf kapitalistische Weise kombiniert [60]. „Es ist da also ein sehr wesentlicher Unterschied zu machen, zwischen dem variablen, in Arbeitslohn ausgelegten Kapital, soweit sein Wert, die Summe der Arbeitslöhne, ein bestimmtes Quantum vergegenständlicher Arbeit darstellt und soweit sein Wert bloßer Index ist der Masse lebendiger Arbeit, die es in Bewegung setzt" (DK 3, 156). Wir wissen bereits, daß die Auslassung dieser Unterscheidung einer Darstellung von „Mehrwert und Wert der Arbeitskraft als Bruchteilen des Wertprodukts" (DK 1, 555) gleichkommt. Eine derartige Darstellung „*versteckt*" jedoch „den spezifischen Charakter des Kapitalverhältnisses", aber sie „(erwächst) aus der KPW selbst" (ebenda): ihre „Bedeutung wird sich später erschließen". Diese Bedeutung zeigt sich nunmehr im Profit als Erscheinungsform des Werts. Sie besteht in der Erschaffung eines ganz neuen Systems von Formen, die „auf der Oberfläche der Gesellschaft (auftreten), in der Aktion der verschiedenen Kapitale aufeinander, der Konkurrenz, und dem gewöhnlichen Bewußtsein der Produktionsagenten", die rekonstruierbar sind, sofern man den „Bewegungsprozeß des Kapitals, als ganzes betrachtet" untersucht, „als Einheit von Zirkulation- und Produktionsprozeß" (DK 3, 33). Diese Formen, die von der KPW hervorgebracht werden und die — „die KPW" als solche „einmal vorausgesetzt" — in der Konkretion entwickelt werden können, sind *Wesen* (Interaktion der Kapitale, da, wo „der tatsächliche Warenproduzent" nunmehr „der Kapitalist" ist), *Erscheinung* (Bewußtsein der Agenten der Produktion und ihre theoretische Systematisierung in der politischen Ökonomie) und *Vermittlung beider* (Konkurrenz und ihr Schein).

Soweit der Kapitalwert „also Mehrwert bildet, bildet er ihn nicht in seiner spezifischen Eigenschaft als verausgabtes, sondern als vorgeschoßnes und daher angewandtes Kapital überhaupt" (DK 3, 46). Aber für „jede kapitalistisch produzierte Ware" ist W = k + m, der Warenwert = Kostpreis plus Mehrwert, weil „auf Grundlage der kapitalistischen Produktion der Arbeiter selbst, nach seinem Eintritt in den Produktionsprozeß, ein Ingrediens des in Funktion begriffenen . . . Kapitals bildet" (DK 3, 34; vgl. DK 1, 591—617).

Und so „drückt einerseits" die Kategorie des Kostpreises K = c + v „den spezifischen Charakter der kapitalistischen Produktion aus. Der kapitalistische Preis der Ware mißt sich an der Ausgabe in *Kapital*, der wirkliche Preis der Ware an der Ausgabe in *Arbeit*" (ebenda). „Andererseits," fährt Marx fort, „ist der Kostpreis der Ware keineswegs eine Rubrik, die nur in der kapitalistischen Buchführung existiert". Es trifft zu, daß der Kostpreis „den falschen Schein einer Kategorie der Wertproduktion selbst" erhält, während die neue Wertkategorie die des Marktwertes ist, Maß der *gesellschaftlich* notwendigen Arbeit in der *kapitalistischen* Produktionsweise, wo die Realisierung über „die drei Figuren des Kreislaufprozesses" (DK, 2, 104 ff) die spezifische, kapitalistische Entwicklung der Auswirkungen des Austauschprozesses der Waren darstellt, d.h. den permanenten Ausschluß des Nutzlosen und die permanente Reduzierung des relativ

Überholten über die Bestimmung der relativen *Wertgröße.*[61]. (DK 1,55) Jedoch ist W = k + m - als *reale* Kategorie, bei der die *klassische* politische Ökonomie notwendig stehen bleiben mußte, um den „fact" der kapitalistischen Konkurrenz festzuhalten - ebenso Quelle der erwähnten Vertauschung von Produktenwert und Wertprodukt in der Theoriebildung wie auch Grundlage *der Kategorie des Profits* in der Praxis: „Als solcher vorgestellter Abkömmling des vorgeschoßnen Gesamtkapitals erhält der Mehrwert die verwandelte Form des Profits . . . W = k + p." (DK 3,46).

Der Profit ist die erste der Kategorien der „Oberfläche der Produktion". *Ihre Wirklichkeit ist die der Erscheinungsform:* „In der Wirklichkeit (d.h. in der Erscheinungswelt", schreibt Marx hierzu, „. . . (ist) der Mehrwert gegeben, aber gegeben als Überschuß des Verkaufspreises der Ware über ihren Kostpreis; . . . Was ferner gegeben, ist das Verhältnis dieses Überschußes zum Wert des vorgeschossenen Gesamtkapitals oder die Profitrate." (DK, 3, 57). Aber gerade weil das Wertgesetz als quantitative Bestimmung in den Marktwerten wirkt und als qualitative Bestimmung in den verschiedenen „Massen. . . lebendiger Arbeit", die von Kapitalen unterschiedlicher organischer Zusammensetzung in unterschiedlichen Sphären in Bewegung gesetzt werden (DK 3, 155, siehe w.u.), so ist „aus der Verwandlung des Mehrwerts in Profit abzuleiten, nicht umgekehrt" (DK 3, 53). Anders gesagt: Die neuen Kategorien werden aus der Beziehung der Kapitale untereinander und der kapitalistischen Konkurrenz gewonnen, *die nicht als „fact der Konkurrenz" aufgefaßt werden, sondern als weitere bestimmte Abstraktionen, die auf dieser neuen höheren Stufe in die Konkretion eingeführt werden.*[62]

Hier kann nur durch Textverweise diese Entwicklung angedeutet werden, in der Marx die KPW einmal (als das Seiende) „vorausgesetzt", ihren *Begriff* als „ideellen Durchschnitt," konstruieren kann, und zwar nach der gewohnten Methode der Abstraktionshypothesen, und der Entwicklung und Verwandlung der Formen. 1. „commanded value" existiert tatsächlich in der KPW. Nimmt man an, daß die Mehrwertrate und der Arbeitstag (somit der Lohnsatz) konstant seien, „so drückt ein gewisses Quantum variables Kapital ein gewisses Quantum in Bewegung gesetzter Arbeitskraft *und daher ein bestimmtes Quantum sich vergegenständlichender Arbeit aus*" (DK, 3, 153 f.). Man streiche den hier hervorgehobenen Satzteil, und man hat — nachdem das Kapitalverhältnis *als solches aufgelöst ist - im Reichtum der Nationen* den Versuch, den Lohn in Kornäquivalenten zu berechnen, die „natural prices" etc.

2. Was hier vorliegt, ist jedoch das variable Kapital, die „historische Erscheinungsform . . . des Arbeitsfonds" (DK, 1,593), insofern es „als Index der Masse der von einem bestimmten Gesamtkapital in Bewegung gesetzten Arbeit (dient)" (DK, 3,154). D.h. nicht nur der Kostpreis c + v = k „für jede kapitalistisch produzierte Ware" kleiner als der Wert, (worauf „das bisher von der politischen Ökonomie unbegriffene Grundgesetz der kapitalistischen Konkurrenz (beruht), das Gesetz, welches die allgemeine Profitrate und die durch sie bestimmten Produktionspreise regelt" (DK, 3,47). Es gilt auch: wenn v als Index gilt (was für die Wertheorie notwendig ist[63], so gilt auch c, das konstante Kapital, als „Index der von der Arbeitskraft der Arbeitskraft in Bewegung gesetzten Masse von Produktionsmitteln" (DK 3.154).

Von nun an, und nachdem die oben erwähnten Abstraktionshypothesen aufgestellt worden sind, ist es möglich, die Variationen von c zu untersuchen als Funktionen der *„Masse* der von einem bestimmten Quantum von Arbeitskraft in Bewegung gesetzten Produktionsmittel" und auch des „unterschiedlichen *Werts*" dieser Produktionsmittel „in den verschiedenen Produktionssphären" (a.a.O.; hier werden Wertsteigerung und Entwertung des konstanten Kapitals im Zeitablauf nicht berücksichtigt). Jedoch: was das Kapital wirklich produziert „ist . . . der Profit"; darum verschwinden diese beiden Quellen des Variierens von c in Beziehung zu v, sowohl in der täglichen Erfahrung der „wirklichen Warenproduzenten" in der KPW, d.h. der Kapitalisten, als auch in der theoretischen Fassung dieser Erfahrung. Für den Kapitalisten ist es gleichgültig, ob er sein Geldkapital in 90c + 10 v oder in 10c + 90v *ausgibt* (NB: der primäre Schein ist hier, daß die Kapitalfunktionen Geldfunktionen sind, d.h. daß Produktionsverhältnisse als Austauschverhältnisse erscheinen vgl. DK 2, Kap 1); aber „wenn ein Kapital, das prozentig aus 90c + 10v besteht, bei gleichem Exploitationsgrad der Arbeit ebensoviel Mehrwert oder Profit erzeugte wie ein Kapital, das aus 10c + 90v besteht, dann wäre es sonnenklar, daß der Mehrwert und daher der Wert überhaupt eine ganze andre Quelle haben müßte als die Arbeit und daß damit jede rationelle Grundlage der politischen Ökonomie wegfiele" (DK 3,158).

3. „Das Entwickelte gilt auf der Basis, welche überhaupt bisher die Basis unserer Entwicklung war: daß die Waren zu ihren Werten verkauft werden". Aber „wir hatten es im Buch I und II nur mit den *Werten* der Waren zu tun. Einerseits hat sich jetzt abgesondert als ein Teil dieses Werts der *Kostpreis,* andrerseits hat sich entwickelt als eine verwandelte Form des Werts der *Produktionspreis* der Ware" (k + P = k + p + p_1, Kostpreis plus Durchschnittsprofit) (DK 3, 162 u. 173). Bei der Bestimmung des Produktionspreises verweist Marx ausdrücklich auf den Doppelcharakter der warenproduzierenden Arbeit bzw. — in der kapitalistischen Produktion — auf das Verhältnis von Werterhaltung und Wertschöpfung. Ebenso ist die Herausarbeitung der „wesentlichen Unterscheidung" zwischen variablem Kapital als Geld — im Austausch mit dem Lohn und als Index usw. bezogen auf die Bestimmung der organischen Zusammensetzung im Kapital I (Kap. 23).

4. Auf dieser Grundlage skizziert Marx im Brief an Engels vom 2. August 1862 seine Theorie der Produktionspreise. Angenommen, daß „die *Rate des Mehrwerts* . . . gegeben sei . . . bei *gleichmäßiger* Exploitation des Arbeiters in den verschiedenen trades, werden verschiedenen Kapitalien in verschiedenen Produktionssphären bei *gleicher Größe* sehr *verschiedene* amounts of surplus value liefern und daher sehr *verschiedene Profitraten* . . . *Der average* profit, den ein Capital of 100 pounds in a certain trade macht, macht es nicht . . . im Verhältnis, wozu es selbst surplus value produziert, sondern als (vorgeschossener) *aliquoter Teil* des Gesamtkapitals der Kapitalistenklasse. ... Dieser so regulierte Preise. ... = the expences of capital + the average profit . . . ist das, was Smith den *natural price, cost price,* . . . nennt. ... Die Konkurrenz reduziert also die Waren *nicht* auf ihren *Wert,* sondern auf *Kostpreise,* die je nach der organischen Komposition der Kapitalien *über, unter* oder = ihren *Werten* sind. ... Ricardo's . . . Indentifizierung

von values of commodities und *cost prices of commodities* (ist) grundfalsch und von A. Smith traditionell akzeptiert."[64]

Fassen wir zusammen. Die Verwandlung von c + v + m in k + P:

— *ergibt sich direkt aus dem Wertgesetz*, als Entwicklung dessen qualitativen und quantitativen Seiten nach Maßgabe der dialektischen Negation der EWP („Der Austausch von Waren zu ihren Werten oder annähernd zu ihren Werten erfordert . . . eine viel niedrigre Stufe als der Austausch zu Produktionspreisen, wozu eine bestimmte Höhe kapitalistischer Entwicklung nötig ist" DK 3, 186);

— sie ermöglicht es, zur „Oberfläche der Produktion" zurückzukehren, wie sie sich *notwendig* ihren Agenten usw. darstellt, (und die u.a. den Gegenstand des dritten Bandes ausmacht);

— dies geschieht mittels der Konkretion, d.h. der Reduzierung der vorausgehenden Kategorien zu *abstractiones simplices*, wie wir wissen, oder ihre dialektische Aufhebung — wobei sowohl die Widerspruchsverhältnisse *in* den Formen (z.B. Masse und Wert der in Bewegung gesetzten Produktionsmittel, c und v als Geldkapital und als Indices usw.), als auch das Verhältnis des organischen Scheins („Erscheinungsform") weiter entwickelt werden. Hier spielt sich die neue Entwicklung ab: „in der kapitalistischen Produkionsweise und beim Kapital, welches ihre herrschende Kategorie . . . bildet, entwickelt sich diese verzauberte und verkehrte Welt (der Mystifikation der Produktionsverhältnisse von Klassen zu Eigenschaften von Dingen) noch viel weiter" (DK 3, 835). Mit anderen Worten: hier est ist der entfaltete Kapitalfetischismus wirksam;

— schließlich ermöglicht es die Analyse *dieses* Fetischismus, die materialistische Kritik der politischen Ökonomie, welche das Wesen in *seinen* Erscheinungsformen rekonstruiert, endgültig zu scheiden von der „Ansicht, die nur die Verteilungsverhältnisse als historisch betrachtet, aber nicht die Produktionsverhältnisse . .. (von der) beginnenden, aber noch befangenen Kritik der bürgerlichen Ökonomie . . ., *(die) auf einer Verwechslung und Identifizierung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses mit dem einfachen Arbeitsprozeß (beruht)*" (DK 3, 890; Hervorhebungen A.M.).

Wir werden nun sehen, wie gerade letztere Verwechslung, die Darstellung eines Arbeitsprozesses „wie ihn auch ein abnorm isolierter Mensch . .. verrichten müßte", *spezifisches reflektiertes Produkt der KPW ist*. Die „verzauberte und verkehrte Welt" verwandelt nicht nur Produktionsverhältnisse in Dinge. Gerade dadurch produziert sie den reflektierten Schein, als ob der historische Prozeß überhaupt aus Elementen bestünde, die einerseits auf ewig-natürliche „Dinge" und andererseits auf ebenso ewig-natürliche „Menschen" zurückzuführen wäre, also auf das Universale plus (äußererer) Bestimmung, oder auch Seelen plus Körper, totalisierende Subjektivitäten und „gegebene" Erfahrungswelt, empirisches Ich / transzendentales Ich, Selbstbewußtsein, *et nomina philosophica multivaria* dieses unvermeidlichen Kumpans der *common whore of mankind*, der er durch Ursprung, formalen Charakter und fetischistische Natur ähnelt. Viele dieser philosophischen Namen sind sehr viel älter als die kapitalistische Produktionsweise; wie beim Geld, wie beim römischen Recht usw. wirkt hier die komplexe Dialektik des „Naturwüchsigen" gegenüber der entwickelteren Form und seiner Subsumtion unter diese. Es versteht sich

aber, daß das Existent-Universale als Prinzip der Reflexion zweite Reflexion ist: Dieses Prinzip wirkte daher notwendig als Moment der Vermittlung des Universums von „Dingen" und „Menschen", das der Kapitalfetischismus produziert, aber *bezogen auf die realen historischen Gestaltungen* kapitalistischer Gesellschaften, auf ihre Traditionen und ihre Probleme (als schon formale oder reflektierte Gegenstände.) Die Modalitäten dieser zweiten Reflexion müssen jenseits des „ideellen Durchschnitts" analysiert werden, nämlich in den effektiven Gestaltungen der „Konkurrenz", *id est* in den historischen Blöcken der verschiedenen kapitalistischen Gesellschaften, aber auf der kategorialen Grundlage des „ideellen Durchschnitts" und der in ihm als ein „geistig Konkreten" rekonstruierten Totalität.

Auf diese Weise wird man tatsächlich von den „wirklichen Lebensverhältnissen wissen" zu den „verhimmelten Formen" aufsteigen, und zwar nicht mittels leerer Analogien, sondern durch die Analyse und Rekonstruktion „aller Lebensformen aller Klassen" vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus, entsprechend der von Lenin 1902 ausgesprochenen fundamentalen geschichtlichen Forderung, wie sie sich aus der einsetzenden Epoche der interimperialistischen Kämpfe und des Übergangs zum Sozialismus ergeben mußte.

Seitdem kann es nicht mehr an der Zeit sein, „das Kapital lesen"zu wollen, allein um daraus eine adäquate Geschichtskonzeption zu gewinnen; es ist vielmehr an der Zeit, alle Kategorien der wissenschaftlichen Auffassung der KPW zum Zweck der Hegemonie, des „Staat-Werdens" (Gramsci) verfügbar zu machen und weiterzuentwickeln.

VI.

Die kapitalistische Produktion ist historisch betrachtet Enteignungsprozeß jener „privaten, autonomen und unabhängigen Produzenten", ohne die die Produktion von Waren, ihr Austausch, das Geld und die einfache Zirkulation weder existieren noch gedacht werden können. Weil jene Produzenten aber existieren, produzieren sie erstens sowohl die abstrakte Arbeit als reales Wesen ihrer konkreten Arbeiten, als auch die wirkliche Erscheinungsform, die darin besteht, daß die gewordene „gemeinsame Substanz" (Arbeit, die nicht mehr nur abstrakt-allgemein nützlich ist, *menschliche* Arbeit, d.h. Menschen gesellschaftlich[65] gemeinsam und in Waren austauschbar gewordene) *für die Warenproduzenten* zugleich ist und erscheint als „Wertgegenständlichkeit", sowie ihr Maß in Arbeitszeit als „Wertgröße" usw.; und sie produzieren zweitens die *entwickelte Warenzirkulation*, das Geld als Wertmaß und als Preisform, aber auch als Zirkulationsmittel, als verwirklichte Zirkulation und als „erste Erscheinungsform des Kapitals", produzieren also die *Möglichkeit* der Verwandlung der Warenproduzenten in Verkäufer von Arbeitskraft. Während jedoch „erfahrungsmäßig eine relativ schwach entwickelte Warenzirkulation (genügt) zur Bildung aller . . . (besondren) Geldformen", ist die Sache „anders mit dem Kapital. Seine historischen Existenzbedingungen sind durchaus nicht da" mit diesen Formen, sondern mit „dem freien Arbeiter als Verkäufer seiner Arbeitskraft . . . und diese eine historische Bedingung umschließt eine Weltgeschichte" (DK 1,184).

Man weiß, daß diese „vom Standpunkt der Warenzirkulation unerkärliche Bedingung" für die klassische Ökonomie, die die Wertform auf das Wertmaß reduziert und die sich damit den Weg zum Verständnis der dialektischen Entwicklung der Form verbaut, jene besondere Auffassung der ursprünglichen Akkumulation bedingt, die „in der politische Ökonomie ungefähr dieselbe Rolle spielt, wie der Sündenfall in der Theologie" (DK 1, 74)

Die realhistorische Bedingung der Subsumtion der warenproduzierenden Arbeit unter das Kapital, d.h. der „Verselbständigung" des Werts, des „prozessierenden Werts", der von Natur aus „maßlos" ist, ebenso „Selbstzweck" wie unendlich (DK 1,168-70), enthält daher die *Entwicklung* und Verallgemeinerung der Warenproduktion wie auch deren *Widerspruch*, der in der Erzeugung neuer Formen sich löst[66].

Wenn Marx daran erinnert, daß „die Natur nicht auf der einen Seite Geld oder Warenbesitzer (produziert) und auf der anderen bloße Besitzer der eigenen Arbeitskräfte", und weiter feststellt, daß dieses „Verhältnis kein naturgeschichtliches ist" (d.h. keineswegs aus jenem Vorgang ableitbar ist, in dem menschliche Arbeit überhaupt erst „menschlich" wurde unter Abstreifung „ihrer ersten instinktartigen Form") und „ebensowenig ein gesellschaftliches, das allen Geschichtsperioden gemein wäre" (oder auch mehreren, was dagegen für die Warenproduktion per se zutrifft), so unterstellt diese Auffassung Folgendes: Erstens daß, „um den Begriff des Kapitals zu entwickeln, es nötig ist, nicht von der Arbeit, sondern vom Wert auszugehen, und zwar von dem schon in der Bewegung der Zirkulation entwickelten Tauschwert" (ein schon früher gewonnenes analytisches Ergebnis)[67]; zweitens daß die einfache Warenproduktion als Form die begriffliche Bestimmung eines Sachverhalts darstellt, der an sich zeitlich umfassender ist als die KPW; und folglich drittens die nicht-generische, sondern formbestimmte, spezifische dialektische Negation der Postulate und der Ergebnisse der EWP in der eigentlichen kapitalistischen Produktion. Diese formbestimmte, spezifische dialektische Aufhebung ist aber im *gesamten* Werk *das Kapital* entwickelt.

Die Enteignung kehrt das *law of appropriation* der Warenproduktion um während „alle Austauschakte in exaktester Übereinstimmung mit ihren Gesetzen bleiben". Sie reduziert den Arbeitsprozeß und seinen Träger, den Arbeiter, zu bloßen Ingrediens „der Produktion, wodurch die kapitalistische Produktionsweisen „nach ihrem Begriff" vorausgesetzt) die „wirklichen Warenproduzenten . . . (nunmehr) die Kapitalisten sind". *Im gleichen Zug macht sie auch den Austausch von Waren zu ihren Werten unmöglich*, schafft also neue Formen, Profit, Produktionspreis usw.; diese sind analysierbar durch Entwicklung des neuen, so entstandenen Verhältnisses, in welchem „einerseits Kapital und Kapital, andererseits die Individuen auch wieder als Käufer und Verkäufer sich gegenübersthen."[68] Eben zwischen diesen Individuen als „Käufer und Verkäufer" bleiben die Beziehungen der einfachen Zirkulation bestehen, sowohl als Wertbestimmung wie auch als derer fetischistische Gegenständlichkeit: *Aber da die Zirkulation, wie wir gesehen haben, vom Kapitalverhältnis reguliert und bewegt wird*, sind ihre Gesetze — erst jetzt und nicht schon früher, nicht zwischen den Warenproduzenten als solchen — wie die Tauschgesetze auf „reine Mystifikation des Inhalts", auf bloßen *Schein* reduziert.

Dies ist das erste Moment des Kapitalfetischismus: Das, was Erscheinungsform war, also Phänomen im strengen Sinne, Realität des Wesens, besteht fort, jedoch auf Schein

reduziert. Und damit das zweite Moment: Die neuen Erscheinungsformen, wodurch die „Oberfläche der Gesellschaft" allmählich erfaßbar wird, und die das Verhältnis des Scheins enthalten, entwickeln sich aber selber auch als „gesellschaftlich gültige, also objektive Gedankenformn für die Produktionsverhältnisse (einer) historisch bestimmten . . . Produktionsweise". Begrifflich stellen sie die weitere Entwicklung des Wertgesetzes dar, seine Gestalten (Marktwert usw.), wodurch es die Produktionspreise usw. reguliert.[69] Wir haben also nun drei unterschiedlihe Ebenen, sowohl begrifflich wie real:

1. Das Wesen (Selbstbewegung der kapitalitischen Produktionsweise) und *seine* notwendigen, objektiven, materiellen, Erscheinungsformen (Kostpreis und Produktionspreise „sind keineswegs Rubriken, die nur in der kapitalistischen Buchführung existieren"; „es scheint nicht nur so, sondern es ist . . . in der Tat der Durchschnittspreis der Waren verschieden von ihrem Wert . . . und der Durchschnittsprofit eines besondren Kapitals verschieden von dem Mehrwert, den dies Kapital aus den von ihm beschäftigten Arbeitern extrahiert hat"[70]. Diese Erscheinungsformen sind sowenig „bloßer Schein", daß sie im Gegenteil Preise darstellen, kapitalistische Kalkulation, Zins, überhaupt Formen, in denen sich die Produktivkräfte *innerhalb der Kapitalform* entwickeln, und daher sind sie auch „notwendiges" Bewußtsein der kapitalistischen Produzenten. Diese erste Ebene ist für die wissenschaftliche Analyse dann und nur dann zugänglich, wenn sie den „Maßstab der Klassen anlegt", gewinnt also einen Standpunkt außerhalb der bürgerlichen Welt und ihrer epochalen Ungebrochenheit, erfaßt das Kapital in seiner „transitorischen Notwendigkeit" und vermag, anstatt die Kategorien als „facts der Konkurrenz" etc. zu nehmen, die wirkliche Bewegung in ihrem idealen Durchschnitt vermittels der Konkretion der *ökonomischen Formen* und ihrer dialektischen Verwandlung zu rekonstruieren.

2. Die zweite Ebene ist die der Erscheinungsformen selbst: Ihre mit wissenschaftlicher Rationalität vollzogene begriffliche Erfassung ist zwar die Rückführung aller Kategorien auf den *Wert* und die Untersuchung wie „die anderen ökonomischen Verhältnisse . .. der Wertbestimmung widersprechen . . . oder sie modifizieren". Weil aber selbst Ricardo nicht die *Wertform* als bestimmu historische Abstraktion oder begriffliche Fassung der einfachen Warenproduktion entwickelt, und also auch nicht ihre *dialektische Aufhebung* in der weiteren und spezifischeren Form, der kapitalistischen Produktionsweise; weil es sich bei Ricardo um die einfache Bestimmung der *Wertgröße* handelt, stößt die wissenschaftliche Analyse auf die Schranken, die jenem „großen Verdienst der klassischen Ökonomie" immanent waren. Zwar stellt sie „den Zirkulationsprozeß als bloße Metamorphose der Formen . . . (dar) und reduziert . . . im unmittelbaren Produktionsprozeß Wert und Mehrwert auf die Arbeit"[71]. Aber das Maß des Werts in Arbeitszeit ist selber ein Teilaspekt der Wertform: Ist die Wertform nicht als „abstrakteste aber auch allgemeinste" Kategorie „der bürgerlichen Produktionsweise" begriffen, *„die hierdurch als eine besondere Art gesellschaftlicher Produktion und damit zugleich historisch charakterisiert wird"*[72], drückt jener Teilaspekt selbst nur die fetischistische Gegenständlichkeit des Werts aus, der *im allgemeinen* allerdings nur „historische Bestimmtheit der menschlichen Tätigkeit oder Arbeit ist."

Jene teilweise, fetischistische Gegenständlichkeit vor Augen begibt sich Ricardo in seiner wissenschaftlichen Reflexion der Möglichkeit, die abstrakte Konkrete Arbeit

(Wesen/ Erscheinung) dialektisch zu entwickeln, also konstantes und variables Kapital zu definieren, also Wert im allgemeinen von jenem *Marktwert* zu unterscheiden, der im Prozeß der Kapitale wesentlich durch deren organische Zusammensetzung (und Umschlag) bestimmt wird, wenn auch freilich „vermittels" der Konkurrenz. Er sieht sich darum weiterhin dem Durchschnittsprofit „ohne die notwendigen (begrifflichen) Mittelglieder" gegenüber, so daß er versuchen muß, „die Kongruenz der ökonomischen Kategorien untereinander in *unmittelbarer Weise*" aufzuzeigen und insbesondere den Durchschnittsprofit mit zwei widersprüchlichen Hypothesen über die Kostpreise zu erklären; und schließlich muß er „zum natural price" zurückkehren und sich also von A. Smith wieder „einfangen" lassen.[73]

In dem Maße, in dem „selbst die besten . . . Wortführer" der klassischen ökonomischen *Wissenschaft* „mehr oder weniger in der von ihnen kritisch aufgelösten Welt des Scheins befangen (bleiben)", „fallen" sie, wissenschaftlich betrachtet, „in Inkonsequenzen, Halbheiten und ungelöste Widersprüche". Aber — bemerkt Marx an derselben Stelle — es kann „vom bürgerlichen Standpunkt aus nicht anders möglich" sein, d.h. vom Standpunkt der „Natürlichkeit" der bürgerlichen Produktionsverhältnisse, der Leugnung ihrer Historizität als transitonischer Notwendigkeit einer Welt von spezifischen Formen, in welchen allerdings allein die substantiellen Inhalte Existenz haben (z.B. das Verhältnis von vergegenständlichter Arbeit und lebendiger Arbeit als Verhältnis von konstantem Kapital und variablem Kapital). Vom streng kritisch-wissenschaftlichen Standpunkt aus gesehen ist dies zwar ein Ausdruck der spekulativen Verkehrung[74], der Unfähigkeit, die Dialektik der Formen als bestimmte Abstraktionen des historisch-materiellen Prozesse zu entwickeln. Diese ist aber nur *eine Seite* der Sache. (So wie bei Hegel die Selbstbegründung in der Identität des „Identischen und des warum und wie diese unabdingbar wurde," nur eine Seite ist und das Problem vielmehr darin liegt, um eine theoretische Darstellung des Werdens der Formen zu geben, der Konstituierung der historischen Welt als Universalität in der bürgerlichen Gesellschaftsformation — in der jene *realiter* universal wird — aber vom bürgerlichen Standpunkt aus).

Die *andere* Seite der Frage ist die des Verhältnisses zwischen der theoretischen und der historischen Schranke der klassischen Ökonomie; oder auch die des Verhältnisses zwischen den realen Erscheinungsformen der KPW und der „Welt des Scheins", die jene „kritisch auflöste"; oder auch — wie wir nun sehen — die des notwendigen, objektiv-materiellen Verhältnisses, das sich im Kapital zwischen *Produktionsverhältnissen herstellt, die als Austauschverhältnisse erscheinen,* als „Verknöcherung der Verhältnisse" und der „gesellschaftlichen Elemente des Reichtums" einerseits, der Welt der Zirkulation und der Herrschaft von „Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Batham" andererseits. Im Aufbau des Marx'schen Kapitals handelt es sich um das Verhältnis der KPW (als Wesen / Erscheinung) zu denjenigen ihrer Gestalten, die als Erscheinung notwendig sind und daher auch subjektnal-objektive „notwendige Bewußtseinsformen der Agenten der kapitalistischen Produktion" darstellen, welche das Kapitalverhältnis beständig produzieren und reproduzieren und zugleich zum *Schein* degradieren, zur „reinen Mystifikation des Inhalts". Keine kapitalistische Produktion ist möglich ohne Warenzirkulation, ohne daß jeder einzelne Austauschakt — insbesondere der Austausch

G-A — „in genauester Übereinstimmung" mit den Gesetzen der Warerenzirkulation wäre; keine kapitalistische Produktion ist möglich ohne Kreisläufe des Kapitals, in denen das Geldkapital jedoch „seine *Geld*funktionen" wahrnimmt, (weil es *Kapital* ist), in denen die gesamte Zirkulation „nur die gewöhnliche Warenmetamorphose (darstellt), und (es) gelten die bei derselben entwickelten Gesetzte"[75]. Und doch: „wird aber nicht an dieser formellen Seite festgehalten . . ." So kann der Zusammenhang der Kreisläufe „nicht aus dem bloßen Formwechsel von Geld und Ware erklärt werden"; vielmehr ist der gesamte Kreislauf Teil der Rekproduktionsprozesses des gesellschaftlichen Gesamtkapitals"[76] und von dessen Gesetzen beherrscht.

Keine kapitalistische Produktion ist möglich, ohne daß der Umschlag (eben nicht mehr als *„abstrakter Durchschnitt"*, sondern in den Verhältnissen der Kapitale untereinander betrachtet wird[77], wo Produktionsprozeß und Zirkulationsprozeß „besondere Momente" der „Konkreten Formen" sind, „welche aus dem Bewegungsprozeß des Kapitals, als Ganzes betrachtet, hervorwachsen") auch einen „realen Größenunterschied zwischen Profit und Mehrwert hervorbrächte, der die wahre Natur des Profits nun vollständig verbirgt, nicht nur für den Kapitalisten, . . . sondern *auch für den Arbeiter*". In einem Wort: keine kapitalistische Produktion ist möglich oder denkbar ohne Subsumtion der Warenzirkulation, der „Gesetze, die vorher über die Natur der Waren, des Werts, des Geldes und der Zirkulation selbst entwickelt wurden," unter neuen Gesetzen, die die ersteren dialektisch voraussetzen und sie als *Teil ihrer selbst* und als *Schein* bewahren.

Hier ergibt sich nun die dritte Begriffs- und Realitätsebene. Die „Vorstellungen der in den bürgerlichen Produktionsverhältnissen befangenen Agenten"[78], die „die Vulgärökonomie . . . doktrinär verdolmetscht, systematisiert und apologetisiert," bewegen sich wie diese ihre Dolmetscherin „in der entfremdeten Erscheinungsform" jener ökonomischen Verhältnisse, worin „diese prima facie abgeschmackt und vollkommene Widersprüche sind". Die trinitarische Formel ist *gänzlich irrational*, der Wert oder der 'Preis der Arbeit' ist ebenso irrational wie ein gelber Logarithmus". Und dennoch: schon im Begriff des *Kostpreises (ens realissimum* für die kapitalistischen Produzenten und Grundlage der Entwicklung des Begriffs der Profitrate in der Konkretion), sogar schon im Lohn, schon in der Verwechslung von Wertprodukt und Produktenwert, welche — wie wir gesehen haben — eben „aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgeht", sind der „Wert der Arbeit" und seine Berechnung nicht nur als Vorstellung notwendig. Diese Vorstellungen sind im Gegenteil notwendig, weil die Profitrate ebenso wie der Kostpreis und der Lohn *reale Erscheinungsformen* sind, ohne die das Wesen — wiederum — weder existieren noch gedacht werden könnte.

Nicht zufällig findet sich gerade an diesem Ort die berühmte Zwischenbemerkung: „alle Wissenschaft wäre überflüssig, wenn die Erscheinungsform und das Wesen der Dinge unmittelbar zusammenfielen"; gerade an dieser Stelle, in der Tat, weil die wissenschaftliche Theorie das Bewegungsgesetz der KPW erfasst, indem sie „voraussetzt, daß die Gesetze . . . sich in reiner Form entwickeln", nur so nähert sie sich zugleich dem Wesen des Gegenstandes zu und kommt in die Lage, in Variationen und Wiederholungen von Regelmäßigkeiten bzw. Unregelmäßigkeiten seine „Oszillationen"

zu erkennen, in denen das Wertgesetz sich nicht „zeigt", sondern sich „durchsetzt" und die eigenen Erscheinungsformen *reguliert*[79]

Aber die KPW könnte überhaupt nicht existieren 1. ohne den „vorgestellten Abkömmling des vorgeschoßnen Gesamtkapitals", den *Profit* in dem „der Mehrwert verwandelte Form annimmt"[80], mit allem, was an verwandelten Gestalten des Werts und des Mehrwerts folgt, bis zu den Produktionspreisen, dem Zins, der Rente usw. und 2. ohne die *Darstellung* des „Abkömmlings" mit allem, was folgt, bis hin zur „Religion des Alltaglebens" (rationalisiert in der trinitarischen Formel).

Ebensowenig konnte auch die Ware existieren ohne sowohl den „Doppelcharakter der in ihr enthaltenen Arbeit" — Wesen und Erscheinung oder betimmte historische Einheit von abstrakter Arbeit und konkreten Arbeiten — als auch ohne die Vorstellung der Wertform im Bewußtsein der Produzenten als Wertgegenständlichkeit und somit als Freiheit, Gleichheit und „Eden der angeborenen Menschenrechte". Die Vulgärökonomie ist also deshalb nicht die klasssche politische Ökonomie, weil die *historische Schranke,* der die klassische Ökonomie *unterliegt,* nicht erst in der zeitlichen Aufeinanderfolge der Auffassungen, sondern schon logisch und strukturell der Ort ist, wo „die Vulgärökonomie sich vollkommen *bei sich selbst fühlt* . . . beim 'Rationale' der Bürgervorstellung"[81]. Das Kapital produziert das „gewöhnliche Bewußtsein der Produzenten" (und seine Systematisierung in den verschiedenen Formen der Vulgärökonomie), nachdem es seine eigenen objektiven Gesetze produziert hat als historische Erscheinungsformen der gesellschaftlichen Produktion, weil in diesen objektiven Gesetzen, wie die „Verwandlung des Mehrwerts in Kapital" und der Akkumulation typisch zeigen, sowohl ein Verhältnis von Wesen und Erscheinung wirkt, als auch ein Verhältnis des Scheins.

Auf der Abstraktionsebene des ersten Bandes des *Kapitals* haben wir bereits den Lohn als Wertverhältnis und als Mystifikation. Auf der Abstraktionsebene des dritten Bandes haben wir konstantes und variables Kapital als Wertverhältnis und als „Indices" für Massen von Produktionsmitteln, die durch Massen lebendiger Arbeit in Bewegung gesetzt werden. In beiden Fällen ist das Wertverhältnis *Erscheinungsform,* Bestimmtheit und Historizität des Produktionsverhältnisses. Aber in der Entwicklung der Formen der KPW, die hier für uns das Verhältnis zwischen den beiden Abstraktionsebenen, oder besser den Fortgang der Konkretion vom ersten zum dritten Band resümiert, geht die Verschleierung des Wertverhältnisses, sein Verschwinden im Hintergrund, „noch viel weiter", da sich die dialektische Negation der Postulate der Gesetze und der Wirkungen der EWP (auch der fetischistischen, d.h. des einfachen oder Warenfetischismus) unter Beibehaltung der Zirkulation *als notwendigem Moment und als Schein* vollzieht.

Das der klassischen und der Vulgärökonomie gemeinsame Element ist — unter diesem Aspekt — die Natürlichkeit und Ewigkeit der bürgerlichen Verhältnisse. *Formal* folgt sie (wie man bereits aus der berühmten Stelle aus dem „*Elend der Philosophie*" sehen kann, die im *Kapital I* Kapitel 1 Anmerk. 33 zitiert wird) aus dem „groben Erfassen" der Erscheinungsformen, indem sich der „Mangel an theoretischem Sinn" rächt, mit einem Wort: aus der falschen Diairesis, aus der spekulativen Verkehrung. Aber *diese* Verkehrung ist nicht nur logisch oder methodologisch begründet. Im Gegenteil, sie ist spezifisch als historisch bestimmte Seinsweise von Bewußtsein, weil sie „gesellschaftlich

gültige, also objektive Gedankenform" der bürgerlichen Welt ist, Quintessenz ihrer Gesetze.

Der *Kapitalfetischismus* ist die notwendige historische Erscheinungsform der gesellschaftlichen Produktion[82], die sich verdoppelt als Schein, als *notwendiger* Reflex der *realen* Erscheinungsformen (wie Profit usw.). Er ist Welt der Waren und des Austauschs von Äquivalenten, der als Teil der Bewegung des Kapitals erhalten bleibt, negiert wird und auf „*Mystifikation des Inhalts, reinen Schein*" reduziert. Deshalb ist er auch der gesetzte und negierte Warenfetischismus: d.h. Produktionsverhältnisse der Klassen, die sich als Austauschverhältnisse reproduzieren. „Das Kapital ist kein Ding, sondern ein bestimmtes . . . Produktionsverhältnis, das sich an einem Ding darstellt und diesem Ding einen spezifischen gesellschaftlichen Charakter gibt" Dies *bedeutet gerade nicht,* daß Begriffsinhalt der *Verdinglichung der Produktionsverhältnisse* irgendwelche ursprüngliche „Verhältnisse von Menschen" und deren Umschlagen in „Verhältnisse von Dingen" sei — etwa im Sinne des anarchoiden Humanismus und der „ewigen" Vorstellung des Wesens Mensch,sondern im Gegenteil: Es ist der *Schein* (der als Bewegungsweise der Formen notwendig und selber also *als* subjektualer objektiv-historisch ist), daß es „Menschen" gäbe und „Dinge". Hier hat auch jene vulgäre Kritik ihren Ursprung, die Kapital und abstrakte Arbeit zusammenwirft und will, daß die „Warenproduktion sich nicht entwickle, wenn sie unverfälscht bleiben soll," (aber auch, die Identität von Vulgärökonomie und Vulgärsozialismus.)

Für diese vulgäre Kritik gibt es: „Menschen", eine schlechte Abstraktion der Produzenten, also „Subjekte", die gerade darum der erkenntnistheoretischen und axiologischen Reflexion einen kategorialen „Grund" abgeben, weil sie bar jeder geschichtlichen, realen Bestimmung sind; und ebenso „Dinge", auf welche die historischen Verhältnisse verkürzt werden, dergestalt, daß die enthistorisierten Verhältnisse *jederzeit* und beliebig mit dem„rohen und vulgären Materialismus des gesunden Menschenverstandes" (Gramsci) in Einklang gebracht werden können. In der Wirklichkeit allerdings wurden „die" Menschen zuerst Menschen im allgemeinen und dann allmählich bestimmte historische Formierungen von Vermenschlichung und Vergesellschaftung, welche überhaupt nur durch *bestimmte historische Abstraktionen* begrifflich erfaßt werden können. Solche Abstraktionen sind z.B. Wertform, Kapitalform, dann ökonomische Gesellschaftsformation als historische Totalität objektiv-subjektiver Seinsweisen, die auch subjektual sind, insofern sie objektiv sind.

Die analytischen Formalstrukturen der bestimmten historischen Seinsweise des Menschen (die ohne Bestimmung überhaupt nicht existiert) ermöglichen, im Rahmen der marxistischen Kritik, die ÖGF in ihrer ganzen vertikalen Ausdehnung zu untersuchen, mithin auch Institutionen, Ideologien usw. als Konkretion des Spiels der Mechanismen der „historischen Blöcke", worin die ÖGF real existiert. Diese Untersuchung, versteht sich, erfolgt erst „nach" der Konkretion der ÖGF als „ideellen Durchschnitt", die hier als Instrument weiterer Analyse und Konkretion fungiert.

In der Bewegung des Scheins sind jene „Menschen" ahistorische Wesenheiten; ihnen gegenüber stellen sich die „Dinge" ebenso ahistorisch dar, *weil beide wesentlich unbestimmt sind.* „Und endlich als Dritten im Bunde ein bloßes Gespenst" (neben Monsieur le Capital und Madame la Terre), „'die' Arbeit, die nichts ist als eine

Abstraktion *und für sich genommen überhaupt nicht existiert* oder wenn wir das Gemeinte nehmen, die produktive Tätigkeit des Menschen *überhaupt*, wodurch er den Stoffwechsel mit der Natur vermittelt, *entkleidet* nicht nur jeder gesellschaftlichen Form und Charakterbestimmtheit, sondern selbst in ihrem bloßen Naturdasein, unabhängig von der Gesellschaft, allen Gesellschaften enthoben und als Lebensäußerung und Lebensbewährung dem überhaupt noch nicht gesellschaftlichen Menschen *gemeinsam* mit dem *irgendwie* gesellschaftlich bestimmten" (DK 3, 823f., Hervorhebung A.M.)

Der „Mensch" ist der „abnorm isolierte" Produzent ohne „alle gesellschaftliche Beihilfe", auf den sich die „beginnende, aber noch befangne Kritik" der bürgerlichen Welt bezieht — Kritik der Distributions-, nicht Produktionsverhältnisse. Aber dieser „abnorm isolierte Mensch", und zwar als isolierter, darum als universal vorgestellter, als einfaches Für-sich-sein, als Identität und Allgemeinheit, und *zugleich* als je daseiendes Gegebensein der „Wesenheit" Mensch — dieses *Existent-Universale* ist direktes, fetischistisches Resultat der KPW.

Es handelt sich um ein Produkt der Reflexion, „doktrinär systematisiert" in der trinitarischen Formel, das „gewöhnliche Bewußtsein der Produzenten" in rationalisierter Form; diese Rationalisierung des organischen Scheins ist daher *modus operandi* des Kapitalfetischismus in der realen Ideologieproduktion.

Der Schein der „Natürlichkeit und Ewigkeit" der KPW produziert *auf diese Weise* ein téléscopage, wodurch zwei Vorstellungsformen beständig ineinanderfallen: die biologisch-naturhaften Individualitäten (welche real existieren, jedoch ideologisch und praktisch als transhistorische *erscheinen)* und die realen, historische bestimmte Existenzweise der Individuen (welche also auch den Individualitäten „äußerlich" erscheinen müssen). Das Ganze stellt sich also dar als *formal* beliebig theoretisierbare Wesenswirkung jener vermeintlichen Subjekte. Die formale Beliebigkeit wird durch andersweitige historische Inhaltsbestimmungen immer wieder aufgehoben.

Jene „beginnende, aber noch befangne Kritik", von der Marx vor hundert Jahren in den letzten Seiten des von Engels veröffentlichten Manuskripts sprach, ist heute kleinbürgerliche Mystifikation nicht nur — wie damals — in struktureller und formaler Hinsicht (denn die Kritik der Distributionsverhältnisse läßt die Grundvoraussetzung der bürgerlichen Welt — die Ewigkeit und Natürlichkeit der Produktionsverhältnisse — intakt), sondern auch in ideologischer und politischer (denn die neoanarchistischen Klagen über die Entfremdung „des Menschen" in der Ware, über die Verhältnisse „konkreter" Menschen, die zu „Verhältnissen von Dingen" werden, sind die Verdopplung eben jener Natürlichkeit und Ewigkeit in ihrem Reflexionsprodukt, dem existent - universalen „Menschen" als „Person" und absoluten axiologischen Grund.

Andererseits — die neoanarchistischen Klagelieder, die Forderung nach dem „Gebrauchswert" statt dem „Tauschwert", das Verlangen — mit Proudhon — „daß die Warenproduktion, will sie unverfälscht bleiben, sich nicht entwickeln" „dürfe (denn gewiß" (Fälscht) die Dazwischenkunft der Lohnarbeit die Warenproduktion", vgl. dK 1, 613 und „Grundrisse" S. 151 ff. sowie „Theorien über den Mehrwert", MEW 26,3 S. 445 ff. usw.) — diese Klagelieder gehen zwar *ideengeschichtlich* auf Proudhon zurück, und über Proudhon auf Kants „gesellige Ungeselligkeit"[81], auf Smith, Mandeville u.a.; aber insofern sie strukturell, wen auch freilich auf ikonisch verschiedene Weise, auf die

Identifikation von Arbeitsprozeß, Lohnarbeit und „Arbeit überhaupt" zurückgehen, *weisen sie vielmehr auf Topoi der bürgerlichen Welt*, deren Bewegung durch die Formalstruktur des Kapitalfetischismus regiert wird. Als *reale ideologische Erscheinungen* sind also die heutigen neoanarchistischen Strömungen auf die Vertiefung und Ausdehnung der KPW selbst zurückzuführen sowie auf deren Widersprüchen in den verschiedenen historischen Blöcken.

Mit anderen Worten: die Formalstruktur zeigt negativ, daß der Ursprungsort des Subjektivismus und Idealismus im allgemeinen (denn die „Dinge" müssen natürlich immer durch irgendwelche Gestalten der vorausgesetzten „Person" vermittelt werden und sei es durch die aus dem wirklichen Arbeitsprozeß „Arbeitstätigkeit" als extra polierte ein abstraktes Moment desselben, so etwa wie in den „marxistischen" Mystifikationen der Arbeitstheorie à la Kosík, Heller & Co.), der Ursprungsort der philosophischen Anthropologie als typische Gestalt bürgerlicher Philosophie (Gramsci)[82], und schließlich der Ursprungsort der Vulgärökonomie *ein und dasselbe sind.* Positiv aber zeigt sie, daß der *Kapitalfetischismus* eine subjektuale Struktur ist, die als solche objektiv der Gesamtbewegung des Kapitals immanent ist, weil in ihm beständig die Negation der EWP und ihre Beibehaltung als organischer Schein „des Gesamtprozesses der kapitalistischen Produktion" subjektual wirkt; weil er also permanente Produktion und substantiell historische Negation des „Individuum des Austauschs" (Grundrisse) und „des Reichs der den Menschen angeborenen Rechte" (Kapital) ist; und weil er ferner in sich reflektierter „Schein der Konkurrenz ist", welcher auch objektives notwendiges Moment der Verhältnisse der Kapitale und deren Charaktermasken darstellt.

Der so begriffene Kapitalfetischismus genügt den oben für die Definition einer historischen Formalstruktur aufgestellten Bedingungen, wonach die Formalstruktur folgende Bestimmungen enthalten muß:

1. *objektive Vermittlung;*
2. *verständige Abstraktion* (im notwendigen gewöhnlichen Bewußtsein der Produzenten, ebenso in der Vulgärökonomie und dem entsprechenden Anthropologismus und „Sozialismus");
3. *Ort der Bewußtwerdung einer historisch bestimmten Gesellschaft*, d.h. Ort der Ideologie im engeren Sinne (wie sich diese nicht nur in der klassischen Ökonomie entwickelt, sondern allgemein in der philosophischen Reflexion der bürgerlichen Welt).[83]

In ihrer abstraktesten Definition (es ist hier vielleicht überflüssig zu wiederholen, daß die konkrete Definition nichts anderes ist als der Gebrauch und die Entwicklung der Form, die noch abstrakt ist, in der Analyse und Konkretion), d.h. ohne hier bereits das Rektionsverhältnis (vgl. SOPO 42, S. 90 Fußnote 48) zwischen Kapitalfetischismus und Warenfetischismus (in der Analyse von Marx) als auch *danach* gegenüber der „realen Bewegung der Konkurrenz" zu betrachten, d.h. in der historischen Entwicklung der KPW in realen, national und international „vertieften" und entwickelten Kapitalismen und in den entsprechenden historischen Blöcken, ist also diese Formalstruktur:

1. *pars realis* des historischen *Konkretums* KPW;
2. *pars specifica*, d.h. Form von Inhalten, Subjektualität;
3. allgemeingültige Form; Matrix potentiell hegemonischer Gestalten der gesellschaft-

lichen Reproduktion und der gesellschaftlichen Konflikte, daher wirkt die als Matrix als konkreter mithin auch ideologisch — bewußter Subjektualer Klassenverhältnisse.

* * *

Im nächsten Heft wird der Autor in einem Resumée noch kurz abschließend die methodologische Bedeutung der Untersuchung für eine materialistische Ideologietheorie umreißen.

Fußnoten

53 DK 1, 56. Vgl. K. Marx, Randglossen zu A. Wagners „Lehrbuch der politischen Ökonomie." MEW 19, S. 355 ff. vgl. DK 1, 532: „Der Begriff des produktiven Arbeiters schließt daher keineswegs bloß ein Verhältnis zwischen Tätigkeit und Nutzeffekt . . . ein, sondern auch ein spezifisch gesellschaftliches . . . Produktionsverhältnis", das deutlich vom vorhergehenden unterschieden ist, da der „produktive Arbeiter" in der EWP nicht existiert. Beiden gemeinsam sind jedoch die Bestimmungen zweckgerichteter Tätigkeit usw.; die unterschiedslose Konstruktion von „menschlicher Arbeit" im allgemeinen und historisch-spezifischen Charaktermerkmalen im Zuge der Selbstgründung des Universalen, wovon am Anfang die Rede war, ist charakteristisch für die „Philosophie des Rechts" von Hegel. Die Entwicklungslinie ist hier: Person (§ 41), Besonderheit der Bestimmtheit gegen sich selbst (§ 60), Finalismus (§ 121 — 140) und schließlich „System der Bedürfnisse" (§ 189, wo der Verweis auf § 60 von Hegel stammt, sowie die folgenden Paragraphen). Die harte Kritik von Marx an „Hegels Entwicklung des Privatgrundeigentums" (DK 3, 628, Anm. 26) ist bekannt. Es ist aber falsch, in der Ironie über dieses „außerordentlich naive Geständnis 'des Begriffs'" nur die Kritik der falschen Diairesis zu sehen. Es gibt sie; aber die Aufgabe besteht darin, „den Schnitzer . . ., eine ganze bestimmte und der bürgerlichen Gesellschaft angehörige juristische Vorstellung vom Grundeigentum für absolut zu halten", auf das Problem der Formalstrukturen von Subjektualität und damit auf die materielle historische Bestimmung zurückzuführen.

54 Vgl. die Beobachtungen Gramscis über den „homo oeconomicus" („Abstraktion der ökonomischen Tätigkeit einer bestimmten Gesellschaftsform") *versus* den Begriff des „bestimmten Marktes" in der kritischen ökonomie (*Quaderni*, S. 1253, 1269). Die Reduktion des „Tauschwerts" auf „Tausch von Diensten" bei Bastiat und Say bedeutet, „die ökonomische Bestimmung des Tauschwerts auf den natürlichen Inhalt desselben" zu reduzieren, wobei diese sich einbildeten, „einen großen Fortschritt gegenüber den klassischen Ökonomen" gemacht zu haben, die aber „fähig" waren, „die Produktionsverhältnisse in ihrer Bestimmtheit als solche festzuhalten" (*Grundrisse*, S. 155; vgl. 36S. 159 zur gleichen „logischen" Operation hinsichtlich der „einfachen" Bestimmung *versus* die kapitalistische Bestimmung des Tauschwerts). Liest man diese Passagen von Gramsci und Marx nebeneinander, ist man geneigt zu sagen, daß della Volpes „spekulativer Austausch" zu wenig „methodologisch" ist, um eine Naturerscheinung zu sein und daß das historische Studium dieser „Natur" die marxistische Ideologietheorie ist.

55 K. Marx, MEW, Erg. bd. 1, S. 574

56 Vgl. G. Preti, „Idealismo e positivismo", Milano 1977

57 K. Marx, „Theorien über den Mehrwert", MEW 26.2, S. 188

58 „In der Wirklichkeit (d.h. in der Erscheinungswelt)" kann man nicht von Rate und Größe des Mehrwerts zurückgehen auf die Profitrate, die — wo jene bekannt sind — „nichts andres (ausdrückt) als das, was sie in der Tat ist, eine andre Messung des Mehrwerts, seine Messung am Wert des Gesamtkapitals". Aber (für die kapitalistischen Produzenten) „(ist) der Mehrwert gegeben . . . als Überschuß des Verkaufspreises . . . wobei es mysteriös bleibt, woher dieser Überschuß stammt" usw. (DK 3, 57). Die Fortsetzung des Zitats findet sich im Text oben.

59 Über den Schein der Konkurrenz s. das 50. Kapitel von DK 3 (dort zit.). Der Hinweis auf das Fehlen eines spezifischen Verhältnisses zwischen variablem Kapital und Profitrate — als Differenz zwischen Verkaufspreis und Kostpreis ausgedrückt — wird aufgegriffen in DK 3, 74f. (der einzige Fall, „wo Ricardos Annahme zutrifft: 'Profits would be high or low, *exactly in proportion* as wages would be low or high'"); vgl. MEW 26.2, S. 201 ff. u. 428 ff. zur Diskussion Ricardos; zu den „extravaganten Kapriolen" Malthus' beim Versuch, auf diesem Wege das Verhältnis zwischen Mehrwert und variablem Kapital zu bestimmen — worauf Marx verweist — S. MEW 26.3, S. 25 ff.

60 Vgl. *Grundrisse*, S. 182f.: „Das Kapital seinem Begriff nach ist Geld, aber . . . in der Form aller Substanzen — Waren . . . Nach dieser Seite hin kann das Gegenteil des Kapitals nicht selbst wieder eine besondre Ware sein . . . Die gemeinschaftliche Substanz aller Waren . . . als Waren . . . ist die, daß sie *vergegenständlichte Arbeit* sind . . . Der einzige Unterschiede von der *vergegenständlichten Arbeit ist die nicht vergegenständlichte*, sondern sich noch vergegenständlichende, die *Arbeit* als Subjektivität". Von hier geht dann die Diskussion aus, „warum in dem wichtigsten Austausch . . . das Gesetz des Austauschs zu Äquivalenten nicht gilt", sowie die Kritik der zwei Werttheorien bei Smith und der Mehrwerttheorie bei Ricardo; vgl. MEW 26.2, S. 401f., MEW 26.3, S. 70 (Torrens), 85 (Mill), 158 (Bailey; hier findet sich schon die Unterscheidung zwischen *immediated labour employed* und *accumulated labour employed* im Sinnes des Kapitals — s. DK 3, Kap. VIII), 269ff. Die Diskussion über *antecedent labour* und *coexisting labour* (S. 274 f.) enthält hier Elemente, die in DK 3, Kap. 10 (Marktwert) entwickelt werden; s. schließlich DK 3, 888: „Nur weil die Arbeit in der Form der Lohnarbeit und Produktionsmittel in der Form von Kapital vorausgesetzt sind — also nur infolge dieser spezifischen gesellschaftlichen Gestalt dieser zwei wesentlichen Produktionsagenten — stellt sich ein Teil des Werts (Produkts) als Mehrwert und dieser Mehrwert als Profit (Rente) dar" (DK 3, 888).

61 Vgl. DK 2, 70: Im Kreislauf des produktiven Kapitals „(stellt) die gesamte Zirkulaton sich dar . . . abgesehen von der Wertbestimmung; sie ist . . . W-G-W" und erscheint somit als „einfache Warenzirkulation". Deshalb (S. 96) „(können) die Eigentümlichkeiten sowohl des Geldes wie des Geldkapitals übersehn werden, und der ganze Prozeß (erscheint) einfach und natürlich, d.h. (besitzt) die Natürlichkeit des flachen Rationalismus".

62 Wie in der EWP die Einheit von Produzenten und Produktionsmitteln zur Gleichheit und Freiheit" der Individuen in der Wertform als Objektualität und subjektualer Struktur führte, so produziert nun die Trennung von vergegenständlichter Arbeit und lebendiger Arbeit in der Substanz ihre Ungleichheit in Klassen und die verwandelten Formen des Werts, wie Profit usw. sowie die gesellschaftliche Proportionalität der Arbeit als Wanderung der Kapitale usw. Alles ist nun aber derart vermittelt, daß „an der Oberfläche der Gesellschaft" kein Kapitalverhältnis existiert, sondern Austausch von Waren; *quod superest* = „Natur", d.h. die irratonale Systematisierung in der trinitarischen Formel.

63 Vgl. A. Medio, a.a.O., S. 281 und die Arbeit von Harcourt, die dort zitiert wird, zum distinktiven Charakter dieser doppelten Bewegung selbst durch den Ausgangspunkt der Marxschen Werttheorie.

64 Vgl. MEW 30, S. 264f. Zur Entsprechung zwischen dieser Argumentation, der in DK 3, Kap. 9 und 10 und in den „Theorien über den Mehrwert" (Teil II) — wo sich ihre erste organische Formulierung findet — s. Wygodsky, *Die Geschichte einer großen Entdeckung*, a.a.O., S. 83ff. Die Tatsache, daß eine erste Formulierung der Theorie sich in den *Grundrissen* — im wesentlichen S. 388ff. — findet (auch wenn die Termini „Durchschnittsprofitrate" und „Produktionspreis" hier noch nicht auftauchen) und daß dies mit den Begriffen des konstanten Kapitals und der organischen Zusammensetzung sich verbindet, die in jenem Text enthalten sind (vgl. Tuchscheerer, a.a.O., S. 415ff.), scheint mir — unter dem philologischen Gesichspunkt — die in III. vertretene These dieses Aufsatzes zu bestätigen.

65 Man erinnere sich an Marx' Feststellung, daß „nur die historische Schranke der Gesellschaft, worin er (Aristoteles) lebte, ihn (verhindert) herauszufinden, worin denn 'in Wahrheit' dies Gleichheitsverhältnis besteht", das im Wertausdruck der Waren enthalten ist. Diese historische Schranke bestand in der Tatsache, daß — obgleich Waren etc. existierten — dieses Verhältnis (wie für das „Individuum des Austauschs", wie es im römischen Recht entwickelt wurde) in der griechischen Gesellschaft nicht *wesentlich* war, weil sie „auf der Sklavenarbeit beruhte, daher die Ungleichheit der Menschen und ihrer Arbeitskräfte zur *Naturbasis* hatte" (DK 1, 74). Daß „der Begriff der menschlichen Gleichheit" *für uns* „die Festigkeit eines Volksvorurteils besitzt", heißt also nicht, daß man seine Grundlage in der „menschlichen Natur" suchen müsse, sondern im Gegenteil, daß man sehen muß, *wie* die „absolute Variable" „Mensch" als Matrix von historisch „vernünftigen" ideologischen Gestalten fungiert und wirkt. Auch hier überrascht die Kontinuität zwischen den Texten von Marx und Gramsci, vgl. *Quaderni*, a.a.O., S. 1250, 1337 usw.

66 DK 1, 118: „der Austauschprozeß der Waren (schließt) widersprechende und einander ausschließende Beziehungen ein. Die Entwicklung der Ware hebt diese Widersprüche nicht auf, schafft aber die Form, worin

sie sich bewegen können. *Dies ist überhaupt die Methode, wodurch sich wirkliche Widersprüche lösen*" (Hervorhebungen A.M.)

67 *Grundrisse*, a.a.O., S. 170. Auch hier geht die Entwicklung der neuen Form aus von der grundlegenden Feststellung, („es ist ebenso unmöglich, direkt von der Arbeit zum Kapital überzugehen, als von den verschiedenen Menschenrassen direkt zum Bankier oder von der Natur zur Dampfmaschine"), um eine historisch-funktionale Abstraktion zu konstruieren.

68 DK 3, 54. Die ganze Passage über das Wertverhältnis, das zunehmend durch die neuen Bestimmungen des Zirkulatonsprozesses „in den Hintergrund treten" muß: ein permanentes Sichüberschneiden mit jenen des unmittelbaren Produktionsprozesses (wenn schließlich das Kapital „aus seinem innern organischen Leben in auswärtige Lebensverhältnisse (tritt)"; die Tatsache, daß in der „wirklichen Konkurrenz, . . . für den einzelnen Kapitalisten der von ihm selbst realisierte Mehrwert ebensosehr von der wechselseitigen Übervorteilung (unter Kapitalisten), wie von der direkten Exploitation der Arbeit abhängt" und daß das „*Rationale*" dessen als „Überschuß des Verkaufspreises der Waren über ihren Kostpreis (erscheint)", — diese ganze Passage ist eine Zusammenfassung der beiden grundlegenden Aspekte des Kapitalfetischismus: Schein des Austauschs (Zirkulation) und Schein der Konkurrenz.

69 „Das Wertgesetz (reguliert) die Produktionspreise" (DK3, 189). Vgl. die bekannte Passage in DK 1, 180f über die „Regelung der Preise durch den Durchschnittspreis, d.h. in letzter Instanz durch den Wert der Ware".

70 DK 3, 836f.

71 DK 3, 838

72 Die Passage aus DK 1, 95, auf die bereits mehrfach Bezug genommen wurde.

73 „Theorien über den Mehrwert", MEW 26.2, S. 161, 172, 188, 191, 197. Hier ergibt sich äußerst klar der andere Aspekt der Bewegung, die zugleich Schein und reale Vermittlung ist.

74 Wie von U. Cerroni hervorgehoben in *Teoria della crisi sociale* . . ., a.a.O., S. 25ff. „Das 'Dogma' von Smith ist fest in einer methodologische Perspektive integriert . . . die fehlende Konstruktion bestimmter historischer Abstraktionen endet . . . in der metaphysischen Verkleidung der empirischen Gebilde . . . Für Marx nun ist die Verbindung zwischen diesen beiden Momenten des ökonomischen Denkens bei Smith in der Substanz nichts anderes als das, was er (in der „Kritik des Staatsrechts") in den beiden Hauptmomenten des politisch-rechtlichen Denkens von Hegel ausgemacht hatte" (S. 33).

75 DK 2, 104

76 ebenda

77 Vgl. DK 2,354 Die folgenden Passagen stammen aus Dk 3, 33

78 DK 3, S. 241

79 Vgl. den Brief von Marx an Kugelmann vom 11. Juli 1868. Zum Verhältnis von „Materialismus in der Soziologie" und der Möglichkeit, „auf die Produktionsverhältnisse das allgemeine wissenschaftliche Kriterium der Wiederholung" der Erscheinungen anzuwenden, vgl. Lenin, *Volksfreunde*, a.a.O., S. Man „vergißt" oft und gern, daß dieses Moment (zusammen mit der Beseitigung des Widerspruchs zwischen der Ableitung der „allgemeinen Gesetze der Gesellschaft" von kohärenten Ideen der Gesellschaft — in den Hypothesen der Soziologie — und der Abhängigkeit der Vorstellungen der Mitglieder der Gesellschaft von den materiellen Bedingungen sowie der notwendigen Inkohärenz dieser Vorstellungen in der Wirklichkeit; und zusammen mit der Möglichkeit, den Prozeß als historisch-natürlich zu konzipieren dank der „Reduktion" gesellschaftliche Verhältnisse — Produktionsverhältnisse — Produktivkräfte) eines der drei ist, in denen Lenin — in der bewundernswerten methodischen Skizze von 1894 — das „Skelett des *Kapitals*" zusammenfaßt. In Italien gibt es — meines Wissens — dazu nur anerkennende Bemerkungen — wo doch das Dogma Diltheys und Croces von der Einmaligkeit und Unwiederholbarkeit der historischen Phänomene (und die „theoretische" Rechtfertigung des historiographischen Irrationalismus und des politischen Provinzialismus, der sich in unseren Zeiten daraus ableitet) in fast aller Munde ist.

80 DK 3, („Alle im ersten Abschnitt entwickelten Gesetze über Steigen und Fallen der Profitrate . . . sind (einerseits) Gesetze der allgemeinen Profitrate", aber mit der wechselseitigen Neutralisierung der Oszillationen und den Beziehungen zwischen den verschiedenen Branchen; andererseits ergibt sich die Beziehung zwischen dem „Durchschnittsprofit des einzelnen Kapitalisten" und seiner Ableitung aus der Exploitation „der Gesamtarbeit durch das Gesamtkapital" hier nur als „verschiedene Aufteilung des Lohns auf ein größeres oder geringeres Quantum von Waren" für den Kapitalisten, d.h. sie verschwindet (DK 3, 178, 207,): aber innerhalb jeder Branche und für jeden Schwankungsraum „gelten . . . die im ersten Abschnitt . . . entwickelten Gesetze der Profitrate" (DK 3, 179).

81 Vgl. DK 3, 825f.

82 Vgl. in IV. dieses Aufsatzes.

83 vgl. Kant, Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht.

84 entfällt

85 *Quaderni del carcere*, 1975, S. 884ff., 1487.

86 Vgl. *Quaderni del carcere*, a.a.O., S. 1413 u. 1595. Der „organische gnoseologische Charakter" der „These, wonach die Menschen Bewußtsein von den gesellschaftlichen Konflikten auf dem Gebiet der Ideologien erlangen", ist nicht nur Widerlegung des Ökonomismus. Die These des historischen Materialismus „vom historischen Charakter . . . aller Ideologien . . ., da sie Ausdruck der Basis sind", ermöglicht Gramsci den Aufbau einer Theorie der Ideologie — nicht die relatioistische „Zerstörung" der Ideologie, Vgl. die „Identität von Geschichte und Philosophie" im *Anticroce*, a.a.O., S. 124ff. usw.

Veit M. Bader

Juristische Staatsideologie, Opportunismus und revolutionärer Marxismus-Leninismus.

Aus Anlaß des neuen Buchs von Etienne Balibar: Über die Diktatur des Proletariats[1]

I. Neue Form von revolutionärer Theorie und Praxis?

Balibar (im folgenden B.) ist der Ansicht, daß es sich bei der Streichung des Begriffs der Diktatur des Proletariats aus den Statuten der PCF auf deren 22. Parteitag nicht allein um die Preisgabe eines Begriffs gehandelt hat. Er fragt sich, die Mitglieder der Partei und die Leser vielmehr, inwieweit sie „die Berichtigung oder Revision der Prinzipien des Marxismus beinhaltet" (8, cf. 31, 138) insbesondere „der gesamten marxistischen Theorie des Klassenkampfs", mit dem die Konzeption der Diktatur des Proletariats eine untrennbare Einheit bilde. Er befürchtet, daß der Preisgabe des *Begriffs* der praktisch-politische Verzicht auf revolutionären proletarischen Klassenkampf seitens der PCF folgen dürfte und meint, es sei niemals zu spät, aus dieser entlarvenden Erkenntnis die richtigen Lehren zu ziehen /141/. Neben berechtigter Kritik an unzureichender Vorbereitung und Diskussion des Beschlusses innerhalb der PCF zeigt er die Gefahren auf, die mit ihm verbunden sind:

Erstens, die abstrakt belassene Konfrontation von Diktatur und Demokratie bedeutet implizit das „Geständnis, daß sich die Kommunisten bisher, als sie für die sozialistische Revolution kämpften, der Demokratie entgegengestellt, gegen sie und gegen die Freiheit gekämpft hätten" /9/. Zu Recht weist er die implizite Identifizierung der revolutionären Diktatur des Proletariats mit einer *„gewaltsamen politischen Macht* (im doppelten Sinne von Repression und Zuhilfenahme der Illegalität) einer *in der Minderheit befindlichen Arbeiterklasse,* die den Übergang zum Sozialismus auf *nichtfriedlichem Weg* (Bürgerkrieg) durchsetzt" /14/ zurück. Er wehrt sich gegen die 'drei einfachen Vorstellungen', die mit dieser Konzeption verbunden zu werden pflegen: a) daß sie gewöhnlich mit dem in der Sowjetunion eingeschlagenen Weg identifiziert wird (18 f. u. ö.), b) daß sie eine bestimmte Regierungs- oder Staatsform im staatsrechtlichen oder konstitutionellen Sinne des Wortes darstelle (21 ff und c) daß sie als Übergang zum Sozialismus bezeichnet werde.

Zweitens, daß die renommiertesten Ideologen und politischen Führer der französischen imperialistischen Bourgeoisie die Situation nützen, „indem sie die Kommunisten vor folgendes Dilemma stellen: entweder auf die Theorie und Praxis des Klassenkampfs zu verzichten, oder aber in die Sackgassen der stalinschen Abweichung, die die Partei dauerhaft geschwächt hatten, zurückzukehren"/9/.

Drittens, daß es in der Logik des Beschlusses liege, „die Vorstellung von der Diktatur der Bourgeoisie, vom Staat als Klasseninstrument zu umgehen, abzuschwächen und schließlich zu revidieren" /55/.

B. behauptet, daß auf dem 22. Parteitag trotz gegenteiliger Intention dem „beständigen Druck der herrschenden bürgerlichen Ideologie" nachgegeben worden sei /11/ und überläßt es dem Leser, darüber Vermutungen anzustellen, inwieweit dieses Zurückweichen Ausdruck der praktischen Politik der FKP ist; bloß 'definitorisch' ist es, darüber läßt B. keinen Zweifel, jedenfalls nicht zu verstehen. B. will daher mit seinem Buch „zur Eröffnung und zur Erweiterung einer innerhalb und um die Partei herum unvermeidlich gewordenen theoretischen Diskussion" /7/ beitragen, die er als langwierigen, und kollektiven Diskussionsprozeß begreift, der frei von allem Dogmatismus (vgl. 9 f., 33 u.ö.) sein müsse und im Wesentlichen drei zusammenhängende Ziele hat: 1) Die Diskussion um den Begriff der Diktatur des Proletariats müsse man zum Anlaß nehmen, um die marxistische Theorie des Staats in der Absicht zu explizieren, die *allgemeinen* „Prinzipien" (139 u.ö.) marxistischer Analysen der konkreten französischen Bedingungen einerseits (39, 139), der Geschichte der sozialistischen Revolutionen andrerseits /127/ zu klären; 2) die praktisch verhängnisvolle Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung zu analysieren und zu ihrer Überwindung beizutragen; und 3) die Kritik der Politik der FKP produktiv zu entwickeln. Dies alles sei notwendig geworden, weil „wir eine sehr schwere historische Krise des Leninismus als Form der Organisation und Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung, also als Form der Verbindung von revolutionärer Theorie und Praxis durchmachen" /140/. Sie schwäche einerseits die Arbeiterbewegung in dramatischer Weise, deute aber zugleich darauf hin, „daß sich in der Praxis die Elemente einer neuen Form von revolutionärer Theorie und Praxis vorbereiten" (ibid.) Man dürfte B. richtig verstehen, wenn man sein Buch in der Perspektive liest, daß er diesen neuen Formen revolutionärer Praxis gerecht werden und quasi ihr theoretischer Propagandist sein will. Es erscheint daher legitim, sein Buch von diesem emphatischen Anspruch her zu kritisieren und damit zugleich einen Beitrag zu der geforderten kollektiven und öffentlichen Diskussion wichtiger Probleme der gegenwärtigen Arbeiterbewegung zu versuchen.

II. Juristische Staatsideologie und marxistische Staatstheorie

Der Vorwurf des Zurückweichens vor der herrschenden juristischen Staatsideologie wird in der zweiten der 'drei einfachen und falschen Vorstellungen' expliziert und leitet direkt zu B's konträrer Vorstellung marxistischer Staatstheorie über: 'Diktatur' und 'Demokratie' scheinen Begriffe, die nichts anderes als politische Systeme bezeichnen können /18/. Vom Standpunkt juristischer Ideologie ist daher auch die Diktatur des Proletariats lediglich ein bestimmtes politisches Regime oder „eine Form der Regierung (im juristischen, konstitutionellen Sinn des Wortes): sie bildet ein System bestimmter Institutionen" /20/. Während mir die Kritik dieser Vorstellung mindestens ebenso wichtig wie B. erscheint[2], unterscheide ich mich doch hinsichtlich der Durchführung dieser Kritik wie hinsichtlich der zu ziehenden methodischen Folgerungen für die 'Prinzipien' marxistischer 'Staatstheorie' grundsätzlich von B.'s Position. B. glaubt nämlich, daß allein die *Frage* nach 'allgemeinen Staatsformen' wie Diktatur oder Demokratie diese „dem Bereich der Klassenkämpfe und ihrer Geschichte gegenüber

äußerlich" /21/ erscheinen lasse, was notwendigerweise bedeute, „daß der revolutionäre Marxismus den abstrakten Kategorien der bürgerlichen 'politischen Wissenschaft' untergeordnet werden" müsse (ibid.). Demgegenüber habe ich zu zeigen versucht,[3] daß die staatsrechtlichen oder politischen Formen 'Demokratie' und 'Diktatur' — wiewohl sie nie 'außerhalb der Geschichte' der Klassenkämpfe stehen und durch diese vielmehr in ihren konkreten Ausformungen wesentlich bestimmt sind — durchaus als solche relativ verselbständigt bestehen und sinnvoll analysiert werden können. Der ideologische Charakter der von B. global denunzierten Wissenschaften, die eben in der realen Ausdifferenzierung rechtlicher und politischer Subsysteme ihre gesellschaftliche Basis haben, drückt sich dann meiner Ansicht nach *mehr darin* aus, daß in ihnen nach dem Zusammenhang jener staatsrechtlichen und politischen Formen mit ihrer in den sozialökonomischen Verhältnissen gegründeten Klassenbasis *überhaupt nicht* gefragt wird *als darin*, daß die spezifischen Ausprägungen, Beschränkungen, Erweiterungen usw. von 'Demokratie' als Konsequenz z.B. kapitalistischer oder sozialistischer Produktionsverhältnisse nicht untersucht werden (vgl. Totalitarismus-Theorien und apologetischer Charakter durchschnittlicher Demokratietheorien).

Diese Differenzen können in einer kurzen Kritik des Abschnitts „Marxismus und bürgerliche juristische Ideologie" exemplarisch verdeutlich werden: „Vom proletarischen Standpunkt des Klassenkampfes die Analyse des Staates entwickeln, das bedeutet zugleich, seine ständig aufdrängende bürgerlich-juristische Vorstellung zu kritisieren" /43/. B. sieht nun selbst, daß diese Vorstellung „substantiell mit seiner Funktionsweise verbunden ist" /43/, was doch wohl so zu verstehen sein wird, daß in der Struktur der realen gesellschaftlichen Verhältnisse die Grundlage jener ideologischen Abstraktionen aufzuzeigen ist. Und genau dies scheint B. dann auch zu tun: „Die juristische Ideologie verweist auf das Recht", und das Recht, das B.- wenn auch nicht deutlich genung- von juristischer Ideologie unterscheidet (vgl. 43, 44), welche Recht interpretiert und rechtfertigt, „ignoriert die Klassen" (ibid.)[4]. Aber anstatt nun zu analysieren, wie diese juristische Ideologie des Staates mit seiner tatsächlichen Funktionsweise im einzelnen verbunden ist, was diese Funktionsweise oder die spezifische Form der bürgerlichen Klassenherrschaft und des bürgerlichen Staats charakterisiert, glaubt B. den Leser mit folgenden „grundsätzlichen Aspekt der bürgerlichen juristischen Ideologie" abspeisen zu können: durch sie werde „der Idee der Herrschaft einer Klasse die Vorstellung vom Staat als einer Sphäre, als Organisation öffentlicher Interessen und öffentlicher Gewalt im Gegensatz zu den Privatinteressen der Individuen oder Gruppen von Individuen, ihrer privaten Gewalt entgegengestellt" /44/. Zwar sei „die Unterscheidung von 'öffentlich' ein sehr reales, für jedes (sic! d. Verf.) Recht konstitutives unumgänglich sind wie das Recht existiert" /44/, also doch offensichtlich nicht bloße Ideologie, aber dasselbe vom Staat behaupten zu wollen, stelle „eine bemerkenswerte ideologische Mystifiktion dar" (ibid.)[5].

In der Begründung dieser These schließt sich B. einfach (und implizit) an Althusser und Poulantzas an: „Die Unterscheidung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit ist eine Unterscheidung innerhalb des bürgerlichen Rechts und sie gilt nur in den (untergeordneten) Bereichen, in denen das bürgerliche Rechte 'Macht' ausübt. Der Bereich des Staates fällt aus ihm heraus, weil er 'ausserhalb des Rechts' steht; der Staat,

der der Staat der herrschenden Klasse ist, ist weder öffentlich noch privat, er ist im Gegenteil die Bedingung für jede Unterscheidung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit.'"[6] Dies scheint mir — grob gesprochen — einfach die als marxistisch' aufgeputzte rechtspositivistische Kritik des Naturrechts, welche die selber nicht mehr strukturierte staatliche oder politische Gewalt als Grundlage aller Rechtsverhältnisse und staatsrechtlichen Formen annimmt. Die von Paschukanis von marxistischer Seite zum ersten Mal mit aller Deutlichkeit gestellte Frage, warum jene Gewalt gerade diese spezifischen Formen annimmt, ohne den juristischen oder politischen Positivismus zu verfallen, wird von Althusser, Balibar, Poulantzas und anderen einfach mit dem nicht weiter analysierten Hinweis auf die schlichte 'Wahrheit', daß die Staatsgewalt 'über den Gesetzen' steht, als im Banne der bürgerlich-juristischen Ideologie stehend denunziert.

Dies hat meiner Ansicht nach theoretisch wie praktisch-politisch folgenreiche Konsequenzen:

1) Die fürs Verständnis der Marxschen Analyse des bürgerlichen Staats und der revolutionären Diktatur des Proletariats zentrale *Unterscheidung von Gesellschaft und Staat* wird nicht analysiert und begriffen, sondern einfach als ideologische Mystifikation bezeichnet. Die Sphäre der politischen Öffentlichkeit gegenüber dem bürgerlichen Staat kann in der Konzeption der 'ideologischen Staatsapparate' überhaupt nicht mehr thematisiert, geschweige denn hinreichend auf die in ihr enthaltenen Widerspruchsebenen analysiert werden[7]. Die öffentlich-rechtliche Form der Organisation der kapitalistischen Klassenherrschaft im bürgerlichen Staat hört nun natürlich nicht einfach deshalb auf, reales staatsrechtliches Verhältnis zu sein, weil einige Ideologen dies behaupten. Sie erscheint — in der langen Tradition der Verkennung ihrer Bedeutung innerhalb des Marxismus-Leninismus — einfach als bloßes „vorteilhaftes" /77/ „*Mittel*, durch das der Staat alle Individuen den Interessen der Klasse, die er repräsentiert, unterordnen kann" /44/. Der für die Politik der Arbeiterparteien wichtige Widerspruch zwischen (wie auch immer 'parlamentarisch' moderierter) Demokratie und Klassenherrschaft der Bourgeoisie; die doppelte Funktion von 'Wahl', 'Volkssouveränität' usw.[8] bleibt unbegriffen. Unanalysiert bleibt auch, daß der kapitalistische Staat mit mehr oder weniger demokratischer Verfassung *rechtlich gesehen tatsächlich* 'über den Klassen' steht und es 'nur mit Individuen' als Staatsbürgern zu tun hat (vgl. 44), daß er also seiner rechtlichen Form nach tatsächlich kein 'Klassenstaat' ist.

2) Warum die juristische Ideologie ein derartiges Hindernis für die Entwicklung revolutionären proletarischen Klassenbewußtseins bleibt, daß auch die Geschichte der Arbeiterbewegung und der Arbeiterparteien dadurch wesentlich bestimmt wird, muß ein Rätsel bleiben. Die hinsichtlich des Rechts von B. angedeutete Unterscheidung zwischen wirklicher Struktur (schematisch: des 'Überbaus') und verkehrten rechtlichen Bewußtseinsformen wie juristischer Ideologie wird in seiner Behandlung der staatsrechtlichen Formen und Institutionen fallengelassen: die 'Funktionsweise', auf welcher juristische Ideologie 'substantiell' beruhen soll, erscheint selber als bloße Ideologie und die Macht des Opportunismus und der juristischen Staatsideologie als Ausfluß der Wirkung der 'ideologischen Staatsapparate'. Der Ideologie wie den ideologischen Staatsapparaten wird dann (wie 'dialektisch') selber 'materielle Existenz'

(Althusser) zugesprochen, womit die bei Marx und Engels angelegte Unterscheidung zwischen Überbau und Ideologie vollends verschüttet wird.

3) Obwohl B. in seiner Kritik an den gängigen Auffassungen des Begriffs der Diktatur des Proletariats auf die Bedeutung der Unterscheidung zwischen staatsrechtlichem Demokratie- und Diktaturbegriff einerseits und seiner politischen und sozialökonomischen Bedeutung andrerseits aufmerksam macht, wird die positive Bedeutung dieser Unterscheidung auch und gerade für das Proletariat in seinem Kampf innerhalb des Kapitalismus wie in der Übergangsperiode der Diktatur des Proletariats nicht entfaltet.

4) In allgemeiner Form faßt B. die methodischen Ansprüche an marxistische Staatstheorie daher in der genügsam bekannten Konfrontation zusammen: „Man muß also wählen: entweder das System der Vorstellungen der bürgerlichen juristischen Ideologie, das die Analyse des Staates in Begriffen des Klassenkampfs ausschließt, jedoch ausschließt, um den Klassenkampf vom Standpunkt der Bourgeoisie, für die der gegenwärtige Staat ein Instrument darstellt, zu führen; oder aber den proletarischen Standpunkt, der diese Mystifikation angreift, um gegen die Herrschaft der Klasse der Bourgeoisie zu kämpfen" /46/. Gegenüber derartiger 'Standpunktwählerei' geht es meiner Ansicht nach wesentlich darum, die *beiden* realen Momente des bürgerlichen Staats, das der formalen und demokratischen Rechtsstaatlichkeit wie das der Klassenherrschaft, anders ausgedrückt: den Sachverhalt der Möglichkeiten und Schranken der Funktionalisierung der öffentlichen Gewalt im Interesse der Klasseninteressen der Bourgeoisie, dialektisch zu entwickeln. Nur so kann die reale staatsrechtliche Organisationsform des bürgerlichen 'Durchschnittsstaats' (gegenüber dem 'Ausnahmestaat') begriffen und nicht einfach nur als Illusion denunziert werden. Nur so begreift man die 'periodische' Notwendigkeit auch des 'Ausnahmestaates' (was nicht begreifen zu können den Vertretern dieser Auffassung in schöner Regelmäßigkeit vorgeworfen zu werden pflegt). Nur so kann schließlich die juristische Staatsideologie marxistisch kritisiert werden, indem aufgezeigt wird, daß das, was sie den Theorien, die den Staat als Instrument der Klassenherrschaft begreifen, „entgegenstellt" /45/, keineswegs nur in ihrem Kopfe existiert, sondern in der Struktur der bürgerlichen Gesellschaft selber 'verankert' ist.

5) Die theoretische Ohnmacht B.'s in der Behandlung des zweiten, zentralen Problems der Analyse des gegenwärtigen kapitalistischen Staates, das in der marxistischen Diskussion der letzten Jahrzehnte mehr und mehr an Bedeutung gewann (vgl. versch. Varianten der Theorie des organisierten, interventionistischen, staatsmonopolistischen Kapitalismus): der staatlichen Funktionen bei der Herstellung oder Garantie der allgemeinen materiellen und nichtmateriellen Produktions- und Verkehrsbedingungen, hängt direkt mit einer weiteren zentralen Schwäche der Theorie der repressiven und ideologischen Staatsapparate zusammen. Wie auch Poulantzas (a.a.O.,p. 324 ff.), jedoch ohne die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen, bemerkt hat, läßt die Identifizierung des kapitalistischen Staats mit repressivem und ideologischen Staatsapparaten die notwendigen ökonomischen Funktionen desselben gar nicht in den Blick kommen. In seiner Auseinandersetzung mit angeblich 'engen' oder 'weiten Auffassungen' des Staats in der Geschichte der Arbeiterbewegung (vgl. 50 ff. über

Vandervelde, Hincker) unterscheidet B. daher auch nicht präzis zwischen staatlichen Funktionen, welche allein auf der Tatsache des Klassenantagonismus beruhen (gewöhnlich: staatliche 'Eingriffsverwaltung' oder staatliche Repressionsfunktionen) und jenen staatlichen Funktionen und Leistungen, welche als Folge der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit in Klassengesellschaften unter bestimmten Bedingungen zu staatlichen Funktionen werden, womit sie zugleich notwendigerweise mit Herrschaftsfunktionen verschmelzen. Von der analytischen Schwäche B.'s hinsichtlich dieser Seite des gegenwärtigen kapitalistischen Staats kann man sich exemplarisch aus seinem diesbezüglich zentralen Satz ein Bild machen: „Die marxistische These lautet: weil die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse Ausbeutungsverhältnisse und antagonistische Verhältnisse sind, ist ein bestimmtes Organ, der Staat, zu ihrer Reproduktion notwendig; deshalb(!) muß der Unterhalt der Arbeiter(sic!), die das Kapital benötigt, müssen die Entwicklungsbedingungen der Produktivkräfte, die das Kapital benötigt — einschließlich des Straßenbaus, der Errichtung von Schulen und Krankenhäusern — unvermeidlich (sic!) die Form des Staats(!) annehmen" /52/[9]. Nach Begründungen des 'doppelten Charakters' derartiger Funktionen sucht man ebenso vergeblich wie nach Begründungen der behaupteten Unvermeidlichkeit ihrer staatlichen Durchführung. Jene von B. ignorierte Differenzierung staatlicher Funktionen gewinnt gerade in der Diskussion des „Absterbens des Staats", um die es ihm doch wesentlich geht, zentrale Bedeutung.

Im Zusammenhang mit dieser gründlichen Verkennung der anstehenden Probleme der Analyse der veränderten ökonomischen Struktur des gegenwärtigen Kapitalismus ist die keineswegs zufällige, sondern in der ganzen Konzeption begründete Bestimmung des Staats der imperialistischen Epoche durch B. zu sehen. Er behauptet einfach, „daß die Entwicklung der Staatsmacht der Bourgeoisie, die Verstärkung ihrer materiellen Mittel und die Ausweitung ihrer Eingriffe(!) weder etwas mit einfachen technischen (einverstanden-VB) und ökonomischen(sic!) Notwendigkeiten, noch mit einer an die politische Macht im allgemeinen gebundenen Schicksalhaftigkeit zu tun haben, sondern direkt von der historischen Konstituierung des Proletariats zur Klasse abhängen. Der Staat der imperialistischen Epoche ist . . . Staat der Epoche der Revolutionen und Konterrevolutionen" /64/. Abgesehen davon, daß in letzterem schwerlich eine diff. spec. des *gegenwärtigen* kapitalistischen Staats zu sehen sein dürfte, ist auffällig, daß B. die behaupeten politischen Veränderungen von den zugrundeliegenden ökonomischen und sozialstrukturellen isoliert und außerdem noch behauptet, daß die Veränderung der ökonomischen Verhältnisse des gegenwärtigen Kapitalismus keinerlei Bedeutung habe für die Bestimmung des gegenwärtigen imperialistischen Staats. Unter ständiger Berufung auf Lenin wird damit gerade Lenins Imperialismusbegriff und seine Bestimmungen über die Rolle des Staats im staatsmonopolistischen Kapitalismus 'revidiert'. Marxistische Analyse wird de facto durch politischen Dezisionismus und Voluntarismus ersetzt, und die (stets nur 'implizite') Kritik an Theorien des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist so 'orthodox-dogmatisch' wie jene, gegen welche in den sozialistischen Ländern jene tastenden Versuche zur Befreiung von bloß revolutionärer Phrasendrescherei zu kämpfen hatte.

III. Balibars Analyse der Staatsmacht

B. verweist darauf, daß „die Machtfrage die Grundlage der Revolution ist" (40 u.ö.), daß sie von der Frage nach den konkreten Formen der Machtübernahme unterschieden werden muß /41/. Letzen Endes ist „die Staatsmacht immer die Macht einer Klasse" (42 u.ö.) und müsse dies sein. Darum sei der Staat „Instrument der herrschenden Klasse" und dies werde von Marx und Lenin „Diktatur der herrschenden Klasse" genannt. Einwände derart, daß B. hier naiv vereinfachend zu Werk gehe, daß er alle Fragen, die mit der Differenzierung der 'Macht' in verschiedenen Bereichen (z.B. ökonomische, rechtlich, politische, militärische, pädagogische, religiöse etc. Macht), mit der Differenzierung der Staatsmacht (Macht der Wähler, der Parlamente, der Regierung, der verschiedenen Glieder der Exekutive usw.), mit der Differenzierung der Klassen (Klassenabteilungen, Zwischenklassen usw.) zusammenhängen, einfach ausklammere, werden wohl durch B.'s Darstellungsweise provoziert, sind aber sachlich nicht zutreffend. Wohl gilt aber, daß B. diese Differenzierungen nicht hinreichend und nicht systematisch diskutiert:

1) Die Begriffe Gewalt, Macht und Herrschaft werden von B. relativ unterschiedslos gebraucht. Darin sehe ich nur ein Symptom eines bisher weitgehend ignorierten 'Nachholbedarfs' der marxistischen Diskussion gegenüber der meist blanko als 'bürgerlich' abqualifizierten Soziologie. Nur implizit (durch ein Lenin-Zitat auf S. 42) wird man auf die Bedeutung derartiger Unterscheidungen verwiesen, indem erkannt wird, daß ein Herrschaftsverhältnis auf Dauer allein auf Gewalt basieren kann, daß also die 'Macht der Ideen, der Gewohnheiten' usw., kurz — mit Max Weber — die Frage nach den Legitimationsgründen der Herrschaft, für Marxisten keineswegs zu vernachlässigen, sondern — z.B. in der Frage nach den Bedingungen der Entwicklung revolutionären Klassenbewußtseins — geradezu essentiell ist. Fragen der Legitimität der politischen Macht werden nun aber von B. keineswegs zufällig sowohl in der Analyse des bürgerlichen Staats wie in der Behandlung der revolutionären Diktatur des Proletariats nahezu vollständig ausgeklammert.

2) Wiederum implizit (vgl. Lenin-Zitat 65) wird man auf die Bedeutung dessen, daß Gewalt, Macht und Herrschaft in den verschiedensten gesellschaftlichen 'Bereichen' oder Beziehungen eine Rolle spielen, aufmerksam: aus dem gesamten Buch von B. wird ersichtlich, ohne daß er selber dies begrifflich klar fassen würde, daß die Diskussion der Zusammenhänge ökonomischer, rechtlicher, politischer und staatlicher Macht und ihre jeweilige Behinderung oder Verstärkung durch familiäre, pädagogische, ideologische usw. Mächte bei der Analyse der Bedinungen der Möglichkeit kapitalistischer Klassenherrschaft ebenso wichtig ist wie in der Analyse der Bedinungen ihrer Überwindung durch die Diktatur des Proletariats.

3) B. ist nun zwar — wie schon angedeutet — infolge der Theorie der repressiven und ideologischen Staatsapparate und der darin ausgelöschten Unterscheidung von Staat und Öffentlichkeit nicht in der Lage, zwischen politischen Mächten (z.B. von Unternehmerverbänden, Gewerkschaften, Kirchen, politischen Partein) und staatlicher Macht zu unterscheiden und die entsprechenden Widersprüche in diesen Prozessen der Umsetzung und Filterung ökonomischer in politische Interessen zu analysieren. Vor allem widmet er den Prozessen der Umsetzung ökonomischer in politische und staatliche Macht, der relativen Autonomie politischer Willensbildung in der bürgerlichen Gesellschaft nicht die gebührende Aufmerksamkeit. Aber er sieht immerhin die Bedeutung (ansatzweise) differenzierter Analyse der 'Staatsmacht'. Von der 'Macht der Wähler' und der 'Parlamente' wird zwar nicht gehandelt (wohl weil B. diese ausschließlich für ideologischen Schwindel zu betrachten geneigt ist), aber den für die Analyse revolutionärer Prozesse wesentlichen Unterschied zwischen Regierungsmacht und Macht über den Staatsapparat betont er nachdrücklich: wer regiert (auch und gerade für Arbeiterregierungen der verschiedensten Formen wichtig), ist noch lange nicht „Herr über den Staatsapparat" (59, vgl. 67, 74). Ob die Vorwürfe allerdings zutreffen, daß der 'Opportunismus' jene Differenzierung, die keineswegs Charakteristikum marxistischer Staatstheorie sondern gängiger Gemeinplatz der 'bürgerlichen' Politikwissenschaft ist, nicht kennen, ignoriere oder bewußt verschütte (vgl. 67), mag man füglich bezweifeln[10].

4)Zunächst hat es den Anschein, als würde B. in seine Analyse des bürgerlichen Staats allein die — in sich selbst wieder völlig homogenen — Grundklassen Bourgeoisie und Proletariat einbeziehen (vgl. 40 ff.),doch er stellt sich (vgl. 53 ff., 93 ff) den Problemen, welche sich aus der inneren Differenzierung dieser Klassen in 'Abteilungen' oder 'Fraktionen' und aus der Existenz von Zwischenklassen ergeben. Anstatt sich nun aber in eine Diskussion der Veränderung der Klassenstruktur der bürgerlichen Gesellschaft einzulassen, denunziert er derartige Analysen als 'soziologistisch' (vgl. 57, 60, 141) und kontrastiert ihnen abstrakt seine „historische" und „dialektische Definition" /60/. „Man"[11] verwechsele den „absoluten Charakter des Klassenantagonismus" mit angeblicher Unveränderlichkeit, und weil 'man' Veränderungen sehe, „verschwinde der Klassenantagonismus": „keine 'Bourgeoisie' im eigentlichen Sinne mehr, kein 'Proletariat' im eigentlichen Sinne mehr" /60/. Nach einer präzisen Bestimmung der Stellung der Klassen im ökonomischen Reproduktionsprozeß, der Kriterien der Klassengliederung usw. sucht man bei B. vergebens[12]. Dafür findet man gerade die umstrittensten Thesen von 'der' Intelligenz, 'den' Technikern, 'den' Ingenieuren usw. als Teilen des Kleinbürgertums (vgl. 93 u.ö.) oder der herrschenden Klasse. Welche Bedeutung diese unkritisierte traditionelle 'Zuordnung' in Balibars Konzeption der Zerschlagung den Staatsapparats spielen wird, werden wir noch sehen. Auffallend ist nun aber, daß diese differenziertere Kenntnisnahme der Klassenverhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft kaum irgendwelche nennenswerten Auswirkungen auf die Ausgangsthese hat, daß die Staatsmacht immer die Macht *einer* Klasse ist. Gramscis Konzept der Hegemonie und der Machtblöcke (vgl. 58 f., 70f., 93 ff) wird durch Balibar innerhalb der Theorie der ideologischen Staatsapparate aller Differenziertheit beraubt, über Klassenkämpfe „innerhalb des Staatsapparats" /72/ finden sich kaum Andeutungen, alle möglichen und aktuellen Widersprüche (ökonomisch wie politisch) zwischen Fraktionen der herrschenden Klasse, ihren politischen Parteien usw. werden ausgeklammert. B. abstrahiert von allen Schwierigkeiten, die sich aus Situationen relativen politischen Gleichgewichts der Klassenkräfte hinsichtlich der einfachen Ausgangsthese ergeben. Wo er dem Problem auch nur annähernd begegnet, weiß er sich nur mit dogmatischen Behauptungen zu

helfen: vgl. z.B. B.'s Aussagen S. 55 über in staatliche Institutionen gewählte Repräsentanten der Arbeiter, was keineswegs bedeuten könne, „daß die Arbeiter damit auch nur einen Bruchteil der Staatsmacht erhielten, so als ob die Staatsmacht in verschiedene lokale oder besondere 'Mächte' aufgeteilt, zwischen den Klassen proportional zu ihrer politischen Stärke verteilt werden könnte und damit aufhören würde, vollständig von der herrschenden Klasse eingenommen zu werden". Auf die Frage, warum plötzlich wieder jede, auch die rudimentärste Differenzierung der Staatsmacht' preisgegeben wird und damit alle theoretischen Schwierigkeiten wie alle Probleme der Taktik proletarischer Organisationen auf die 'einfache Wahrheit' reduziert werden, die von Anfang an feststand, wäre wohl die Antwort: daß es 'letztlich' oder in der 'Hauptsache' eben um die Überwindung jener „kritischen" oder „materiellen Schwelle" /60, 67/ gehe: die Übernahme der Staatsmacht, d.h. dann hier jeweils: die „sofortige Zerschlagung" des repressiven Staatsapparats" /77/ als des „Kerns" der Staatsmacht und als „Bedingung der Revolution" /78/[13].

IV. Balibars Konzeption proletarischer Revolution

B. scheint zunächst klar an verschiedenen Formen der Übernahme der politischen Macht durch das Proletariat festzuhalten: „aufständische Armee, langanhaltender Volkskrieg, friedlicher politischer Sieg und andere, vielleicht neuartige Formen" /41/. Er betont, daß 'friedlich' nicht mit nur „parlamentarisch" verwechselt werden darf und daß die üblichen Konfrontationen 'friedlich-gewaltsam', 'legal-illegal' und 'Minorität-Majorität' analytisch unzureichend sind. Er betont darüberhinaus mit hinreichender Deutlichkeit (wenn auch analytisch wieder zu wenig differenziert) „die Existenz . . kritischer Schwellen" der „Inbesitznahme der Staatsmacht" im Verlauf revolutionärer Prozesse, „diesseits derer alle Erfolge des Massenkampfes, so zahlreich und heroisch sie auch sein mögen, immer reversibel sind" (60, vgl. S. 78, wo mit großem Nachdruck auf die Gefahren drohender konterrevolutionärer Gewalt verwiesen wird). Dennoch scheint mir, daß B. die Möglichkeiten und Probleme 'langsam aufsteigender Linien der Revolution' nicht nur nicht hinreichend analysiert, sondern völlig außerachtläßt. Man gewinnt den Eindruck, daß er jede derartige — bestimmten gesellschaftlichen Situationen entsprechende — Taktik proletarischer Parteien mit dem alten sozialdemokratischen Reformismus des friedlichen, *nur-parlamentarischen* 'Hineinwachsens' in den Sozialismus zu identifizieren geneigt ist. Daß diese Versuche — z. T. sicher auch wegen großer theoretische Unklarheiten in den von B. zu Recht hervorgehobenen Grundfragen der Übernahme nicht nur der Regierungsmacht, sondern auch und vor allem der Macht über den gesamten, besonders den repressiven Staatsapparat und der Überwindung der 'ideologischen' Mächte der alten Gesellschaft — bisher nicht zum Erfolg geführt haben, ist wohl kein hinreichender 'Beweis' für ihre historische Unmöglichkeit. Wenn auch die historische Erfahrung zeigt, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeiter- und Bauernrevolutionen wie die wichtigsten bürgerlich-demokratischen Revolutionen schnell 'aufsteigende Linien' zeigen (vgl. Marx-Zitat S. 94 u.a.), ist das noch lange kein Grund, Taktiken a limine als reformistisch, opportunistisch, revisionistisch usw. zu qualifizieren, welche nur die Konsequenz aus

dem Bestehen 'nicht-revolutionärer Situationen' (in dem vagen Sinne jener zweiten Linie) zu ziehen versuchen. Vor allem dann nicht, wenn man keine konkrete, revolutionäre politische Alternative zu formulieren im Stand ist!

Weitaus wesentlicher jedoch als derartige abstrakte Überlegungen über allgemeine Verlaufsformen proletarischer Revolutionen, die allzuleicht in Spielerei mit 'Revolutionsmodellen' ausarten, sind 1) die theoretische Analyse der Möglichkeiten und Schwierigkeiten der „Übernahme der Staatsmacht" und die daraus folgenden allgemeinen Anforderungen an die Taktik proletarischer Parteien in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, 2) die Diskussion der konkreten, der je besonderen ökonomischen, rechtlichen und politischen Situation und Entwicklung eines Landes entsprechenden taktischen Forderungen und Schritte.

ad 1) Bemerkungswert ist, daß B. der doch gerade hierzu einen Beitrag leisten will, das Problem inhaltlich weitgehend reduziert. Zunächst erscheint es ihm unnötig, den Zusammenhang zwischen ökonomischer, politischer und staatsrechtlicher Revolution zu diskutieren, insbesondere: inwieweit die unabdingbare politische Revolution in kapitalistischen Ländern mit (mehr oder weniger beschränkter) 'demokratischer' Verfassung notwendig auch eine staatsrechtliche Revolution sein muß und welche zentralen Schwierigkeiten die Revolution der ökonomischen Verhältnisse in jenem Prozeß der Übernahme der politischen Macht durch das Proletariaßbereitet. Darüberhinaus verkürzt er das Problem der proletarischen Revolution tendenziell auf das Problem der Zerschlagung der Staatsapparate, besonders der repressiven. Der von B. selber angedeuteten Differenzierung der Staatsmacht entspricht keineswegs die Analyse der besonderen Probleme der 'Zerschlagung' der verschiedenen 'Glieder des repressiven Staatsapparats', der verschiedenen 'ideologischen Staatsapparate' und der von B. infolge dieser Konzeption des Staats ausgeklammerten 'ökonomischen Staatsapparate' (Poulantzas).

ad 2) Wie man weiß, ist B.'s Buch nicht im luft- und zeitlosen Raum, sondern 1976 in Frankreich in der Absicht geschrieben, in die dortige Situation und Diskussion einzugreifen. Umso erstaunlicher muß auf den ersten Blick die weitgehende Ausklammerung gerade der aktuell diskutierten Fragen erscheinen, die durchaus mit dem Problem der Diktatur des Proletariats zusammenhängen. Offensichtlich völlig unwichtig scheinen B. die staatsrechtlichen Diskussionspunkte zu sein: institutionelle Garantie von Grundrechten (Diskussion um Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Streikrecht, Parteienpluralismus, Recht auf Opposition im Sozialismus usw.). Die im Gemeinsamen Regierungsprogramm vorgeschlagenen Demokratisierungsmaßregeln werden (implizit! Diskussionsstil!) global als Utopie denunziert, welche nur auf der angeblich opportunistischen Vorstellung der Neutralität des Staatsapparats beruhen könne. Der gesamte Staatsapparat erscheint als monolithischer Block, als wie geschmiert funktionierendes System, und die Alternative 'Rädchen' oder 'Sandkorn' in diesem System, von der B. /69/ spricht, besteht für ihn eigentlich nicht. Vorstellungen zur Veränderung der politischen Inhalte und der Rekrutierung der Mitglieder des 'Staatsapparats' (im nichtalthusserschen Sinne) sind zum Scheitern verurteilt (vgl. 73 ff. die Diskussion über Verwaltungsbeamte), weil sie — na was schon — natürlich vom fundamentalen „Klassencharakter des Staatsapparats" /67/ abstrahieren. Jener

angeblich reformistischen Position in bezug auf Verwaltung und Staatsapparat wird dann abstrakt die „revolutionäre Position" /76/ konfrontiert, die in „der absoluten Notwendigkeit" besteht, „den bürgerlichen und jeden Staatsapparat zu zerschlagen" (67)[11]. Hier wie an vielen Stellen des Buchs scheint mir deutlich die Leninsche Dialektik von Reform und Revolution, die B. an anderer Stelle selbst bemüht, sachlich zugunsten abstraktesten 'Revolutionarismus' geopfert.

V. Balibars Konzeption der 'Zerschlagung des Staatsapparats' und der massendemokratischen Selbstverwaltung

Der Klassencharakter des Staatsapparats basiert nach B. darauf, daß 1) die Mitglieder des Staatsapparats „per def. keine Arbeiter mehr" sind (76, vgl. 111, 128), sondern Mitglieder der herrschenden Klasse (oder der Kleinbourgeoisie und des Blocks an der Macht? Dies bleibt bei B. offen). Daran ändere auch nichts, daß sie in der Mehrzahl „aufgehört haben, eine 'privilegierte Schicht' zu bilden" /76/. Proletarisch-revolutionäre Politik gegenüber den (nicht weiter differenzierten) Mitgliedern des Staatsapparats kann alsonur in ihrer 'Umerziehung' im Gegensatz zu ihren objektiven Klasseninteressen bestehen; genauer aber darin, sie definitiv überflüssig zu machen, denn die Basis dieser Klasse wie die des Klassencharakters des Staatsapparats liegt 2) in „der 'Arbeitsteilung' zwischen der Verwaltung der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten, der Regierung der Menschen und der materiellen Produktion; in der Trennung von Staatsapparat und produktiver Arbeit" /76/. Diese Trennung von Leitung der öffentlichen Angelegenheiten und produktiver Arbeit erscheint bei B. bloß als Ausdruck der Trennung von Hand- und Kopfarbeit. Revolutionäre proletarische Politik kann also nur darin bestehen, „diese Arbeitsteilung in einem langen, mühevollen und hartnäckigen Klassenkampf" zu „zerbrechen" (ibid.). Diese Konzeption B.'s scheint mir in mehrerlei Hinsicht praktisch-politisch folgenschwer theoretisch unklar:

1) B. entwickelt (aufgrund seiner hinter souveränem Spott) getarnten Ignoranz der marxistischen klassentheoretischen Diskussion) keinen Begriff der Arbeiterklasse und ihrer verschiedenen Abteilungen, in welchem sowohl die tatsächliche Beziehung zu den objektiven Produktionsbedingungen ('Eigentumskriterium') wie die tatsächliche Funktion (produktiv, indirekt-produktiv, unproduktiv), Qualifikations- und Einkommensdifferenzen, Leitungsfunktionen in ihrem Doppelcharakter usw. hinreichend diskutiert sind, um eine der gegenwärtigen Wirklichkeit der Klassenverhältnisse auch nur einigermaßen entsprechende Theorie zu gewinnen. Dem entspricht, daß er nicht den fundamentalen Bedeutungswandel diskutiert, dem 'produktive' Arbeit in sozialistischen und kommunistischen Produktionsverhältnissen unterliegt. Der einfache Gegensatz von produktiver Arbeit und Leitungstätigkeit, der schon im Kapitalismus in dieser Form eine recht problematische These darstellt, verliert im Sozialismus und Kommunismus vollends seine Trennschärfe (was keineswegs bedeutet, daß die Probleme etwa verschwinden würden, die B. damit andeuten will).

2) Das Problem der Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit ist nicht identisch mit dem der Aufhebung der Leitungstätigkeit. Die strikte Trennung von

Hand- und Kopfarbeit wird schon innerhalb des Kapitalismus durch die Entwicklung der 'wissenschaftlich-technischen Revolution' unterlaufen, wenn sie sich auch auf den verschiedensten Qualifikationsniveaus stets erneut geltend macht. Ihre Aufhebung im Bereich der produktiven Arbeit selber, oder wenigstens die ihres 'antagonistischen' Charakters, wird durch die Entwicklung der modernen Technologie ermöglicht und muß im Sozialismus beschleunigt vorangetrieben werden. Die notwendigen Leitungsfunktionen dagegen werden sich mit der Vervollkommung der betrieblichen und der Entwicklung der gesellschaftlichen Planung ausweiten. Ob diese Leitungsfunktionen arbeitsteilig durchgeführt werden müssen oder ob diese Arbeitsteilung aufhebbar ist, wäre anhand der erforderlichen konkreten Qualifikationen dieser nützlichen Arbeiten zu diskutieren, will man sich nicht den bekannten Vorwurf des Feld-, Wald- und Wiesenkommunismus einhandeln. Im Zentrum der *späten* Marxschen Theorie jedenfalls scheint mir nicht die Aufhebung aller Arbeitsteilung überhaupt und auch nicht die bezüglich betrieblicher und gesellschaftlicher Leitungstätigkeiten zu stehen, sondern die Aufhebung der 'alten', antagonistischen Teilung der Arbeit. Gerade wenn man wie B. den Aspekt der Aufhebung der Arbeitsteilung derart ins Zentrum der Diskussion stellt (vgl. 153 über polytechnische Praxis), kann man sich um eine gründliche Diskussion der damit verbundenen Probleme keinesfalls herumdrücken.

3) B. vernachlässigt mit wenigen, selbst wieder undeutlichen Ausnahmen (vgl. 88) nahezu völlig, daß es nicht nur um die Zerschlagung der 'Staatsapparate', sondern wesentlich auch der 'ökonomischen Apparate' geht, oder präziser ausgedrückt: um Maßnahmen gegen die Verselbständigung betrieblicher wie gesellschaftlicher Leitungstätigkeit. Es geht also, in der Terminologie Max Webers gesprochen, gegen Bürokratisierung in 'Fabrik wie Staat', und es ist irreführend, den Kampf um gesellschaftliche Selbstverwaltung auf dem Wege der Zerschlagung der Staatsapparate vom Kampf um betriebliche Selbstverwaltung zu isolieren.

Das Proletariat kann also, wie man seit Marx und Lenin weiß (und was von B. — wenn auch ohne weitergehende Präzisierung — erfreulich deutlich gemacht wird) „nicht einfach das stehende Heer, die Berufsgerichte, die Geheim- und Sonderpolizei, den Parlamentarismus, die bürokratische Verwaltung (die praktisch jeder Kontrolle durch das Volk entzogen ist), sowie die die Klassenspaltung reproduzierende Schule . . . wie ein beliebig anzupassendes Instrument fertig übernehmen„ /73/, es muß einen „anderen Staatsapparat" schaffen, „einen Apparat, der nicht dazu tendiert, sich zu verewigen, sondern infolge seiner besonderen Form dazu tendiert, abzusterben" /68/. Was die letztere Tendenz allein begründen kann und was darum von B. als wichtigster Aspekt der Diktatur des Proletariats bezeichnet wird, „ist das, was wir die *proletarische Massendemokratie* nennen können" (91, vgl. 98 ff.); die „einzige Waffe" gegen die „bürokratische Deformation", die als Tendenz auch im proletarischen Staatsapparat angelegt ist, eben weil er noch Staat ist (vgl. 98 f.), ist: „die Initiative, die Kultur und die Organisation der Massen, die tatsächliche Kontrolle" /101/.

So wichtig diese entschiedene Betonung der proletarischen Massendemokratie durch B. ist, so ohnmächtig bleibt sie doch gegenüber ihren Problemen:

1) B. wird nicht müde zu betonen, daß proletarische Massendemokratie „nicht durch Dekrete" entsteht, sich nicht „garantieren" läßt,„im wesentlichen nicht von

Institutionen" abhängt und erst durch den proletarischen Massenkampf erzeugt werde (91, vgl. 92, 115 f. u.ö.). Dies verleitet ihn jedoch dazu, alle Fragen rechtlicher und politischer Institutionalisierung vollständig zu vernachlässigen[15]. Gerade angesichts der von B. selber mehrfach behandelten Tendenz, daß Organe der proletarischen Massendemokratie „auf Dauer" „nur noch eine staatliche, administrative Rolle" /98/ spielen, wäre demgegenüber nüchtern nach den spezifischen Formen und Möglichkeiten rechtlicher und politischer Institutionalisierung revolutionärer proletarischer Massendemokratie zu fragen. Wenn auch Räte, Sowjets usw. „zu bürokratischen Instrumenten zur Erfassung der Massen" (91 f.) werden können, müssen die in ihrer Allgemeinheit selber ohnmächtigen Behauptungen des „unendlich wirklicheren, unendlich demokratischeren" Charakters der proletarischen Demokratie /92/, des „Überschusses an Demokratie" /104/ gegenüber bloß „juristisch demokratischen Formen" /93/ mit der größten theoretischen Skepsis betrachtet werden. Gerade die historischen Erfahrungen der sozialistischen Revolutionen, welche Balibar in dieser Hinsicht kritisch interpretiert[16], zwingen zu präziser Reflexion *auch* (nicht ausschließlich!) der Bedeutung staatsrechtlicher Institutionalisierung für die Entwicklung oder Behinderung proletarischer Massendemokratie. Gerade in diesem Zusammenhang ist meiner Ansicht nach auch die Diskussion ums Verhältnis von Partei(en) — Staat, um die politischen Rechte im Sozialismus zu verstehen, die gegenwärtig geführt wird und die B. nur für eine Ausgeburt juristischer Staatsideologie anzusehen geneigt ist.

2) Mit souveräner Ignoranz geht B. über alle organisations- und herrschaftssoziologischen Diskussionen hinsichtlich der Schranken direkter Demokratie (vgl. Bader u.a., a.a.O. S. 483 ff.) hinweg. Gerade wenn man mit B. der Auffassung ist, daß „die 'bürokratische Deformation' . . . nicht nur ein Unfall" /101/ ist, es nicht zureichend, in der Diskussion ihrer Gründe ausschließlich auf 'Arbeitsteilung' zu rekurrieren. Gerade wenn man sieht, daß die 'Aneignung der Produktionsmittel durch den Staat' im Sozialismus „vom Standpunkt der Arbeiter aus . . . noch formell ist, daß sie als solche die Trennung des Arbeiters . . . und der Produktionsmittel noch nicht aufhebt" (136, vgl. 132), gerade wenn man demgegenüber die betriebliche und gesellschaftliche Selbstverwaltung durch die Arbeiter fordert, muß man auf Fragen des Verhältnisses von Zentralisation und Dezentralisation (Prinzip und Probleme des demokratische Zentralismus), auf Fragen nach möglichen Effizienzschranken direkt-demokratischer Selbstverwaltung hinsichtlich der 'Bedürfnisse moderner Massenverwaltung' und vor allem auf Fragen der Möglichkeit nicht nur formaler, sondern „tatsächlicher Kontrolle„ /101/ qualifizierter Leitungstätigkeiten durch „permanente Kontrollorgane der Verwaltung" (ibid.) eingehen. Sind die von Marx, Engels und Lenin vorgeschlagenen Mittel dieser Kontrolle: allgemeine Wahl, imperative Mandate, Bezahlung nach Arbeiterlohn, ausreichend? Es geht meiner Ansicht nach nicht an, hundert Jahre nach der Commune im Stande der unbefleckten Unschuld zu denken, nur immer wieder die einfachen Forderungen einzuhämmern und zu hoffen, daß damit dann alles gut werde.

3) Weil B. als Folge der 'Theorie der Staatsapparate' das Problem der Verselbständigung in Organisationen nicht als solches analytisch in den Griff bekommt, bleiben Probleme bürokratischer Organisation von Betrieben und die 'Kritik der ökonomischen Apparate' unterbelichtet. Die für die ganze Diskussion doch wesentliche

Problematik bürokratischer Organisation oder Bürokratisierung auch proletarischer Parteien, die 'Kritik der Partei-Apparate' wird völlig ignoriert! B. redet naiv einfach von jener „politischen Praxis neuen Typs" /90/, bei der „der politischen Führung der Massen selbst das Feld zu überlassen" /102/ sei. Warum es zu jenen „alten Deformationen des demokratischen Zentralismus" von denen B. an einer einzigen Stelle im ganzen Buch /141/ redet, gekommen ist und immer wieder kommt (und: wie dies verhindert werden kann!), diese für jede proletarische Massendemokratie doch wohl entscheidenden Fragen zu stellen und beantworten, überläßt B. dem ratlosen Leser.

4) Der Ausklammerung der wichtigsten Probleme der Organisationen proletarischer Massendemokratie korrespondiert die vor allem für Marxisten erstaunliche Unterschätzung der theoretischen Probleme und praktischen Schwierigkeiten gesellschaftlicher Planung der Produktion. Über die ökonomischen Probleme des Sozialismus erfährt man (ab S. 105) etwa Folgendes: a) daß man auf dem falschen Dampfer ist, wenn man danach fragt, denn der Sozialismus ist nur „eine unvermeidliche Übergangsphase", keine „selbständige ökonomische Gesellschaftsformation und noch weniger eine selbständige historische Produktionsweise„ /123/; b) daß man im „schweren Irrtum" ist, wenn man den Sozialismus über „Begriffe wie Planung, ökonomische Rationalität . ." /121/ 'definiere' und daß auf diesem Irrtum eine ganze imäginäre politische Ökonomie dieser Produktionsweisen" /125/ aufbaue (zur 'Kritikmethode' B.'s vgl. unten); schließlich c) daß man 'mechanistisch', 'evolutionistisch' oder 'ökonomistisch' (109 u.ö.) denke und die „reale Dialektik der Geschichte", die Realität „historischer Tendenzen" usw. nicht erkenne, wenn man Stadien in der Entwicklung zum Kommunismus unterscheide. Man 'definiere' (und ums 'definieren' dreht sich dem Philosophen B. alles) dann den Sozialismus nicht vom Kommunismus aus und von dieser 'Nuance' als „Demarkationslinie" /23/ hänge eben alles ab. Daneben gibts dann noch ein bißchen Neue Ökonomische Politik /133/, ein paar Phrasen über „die Formen der kommunistischen Arbeit" /118/ und Paralipomena über sozialistische Warenproduktion (131ff.).

VI. Schlußbemerkungen

Man weiß nun, was B. von Rechts- und Staatswissenschaften, von Soziologie, Politologie, von der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und von der Politischen Ökonomie des Sozialismus hält. Was aber ist von seiner 'politischen Philosophie' zu halten?

1) B. unterschätzt oder ignoriert Fragen nach der Strukturierheit der 'über den Gesetzen' stehenden politischen Macht, nach den Auswirkungen der Veränderungen der ökonomischen Struktur und der Klassenstruktur auf den bürgerlichen Staat und den proletarischen Klassenkampf, nach dem Zusammenhang ökonomischer Probleme des Sozialismus und proletarischer Massendemokratie, nach der Bedeutung (staats-)rechtlicher Institutionalisierungen sowohl in der bürgerlichen Gesellschaft wie für die weitere Entwicklung proletarischer Massendemokratie in der Übergangsperiode der revolutionären Diktatur des Proletariats. Dies alles scheint mit in der tendenziellen Verkennung der Dialektik von Geschichte und Struktur in B.'s Philosophie angelegt zu

sein. Ihr Resultat ist jedenfalls die Konstruktion tendenziell widerspruchsloser Systeme und Strukturen auf der einen Seite, die abstrakte Gegenüberstellung der 'Realität historischer Tendenzen', 'revolutionärer Prozesse, des Klassenkampfs' gegen ökonomische, rechtliche, politische Strukturen und 'Stadien' oder 'Etappen' innerhalb derartiger Entwicklungen auf der anderen Seite. Wenn B. mit dem verschleiernden Ausdruck einer „gewissen Zahl von Kommunisten" /122/ in der Tat der überwiegenden Mehrheit derselben ökonomistische und mechanistische Auffassungen vorwerfen zu müssen glaubt, muß er sich umgekehrt fragen lassen, ob auf seine Position nicht das abstrakte Gegenmodell des politischen Dezisionismus oder Voluntarismus zutrifft, das nur die Kehrseite derselben Medaille ist (Dies ist in Auseinandersetzungen mit der Position Althussers schon verschiedentlich hervorgehoben worden).

2) Offensichtlich kommt es B. in diesem Buch, das doch aus aktuellem Anlaß geschrieben ist und 'konkrete Kritik' in 'konkreter Situation' sein will, nicht mehr auf jener Ebene der Analysen konkreter Bedingungen des Kapitalismus in Frankreich an, auf der die Fragen zur Entscheidung anstehen. Nun kann man sagen, das wäre nicht so schlimm, das Buch behandele nur die allgemeinsten, selbst wieder variablen (vgl. 139) Prinzipien der marxistischen Staatstheorie und sei deshalb als erster, notwendiger Schritt aufzufassen und zu diskutieren. Demgegenüber scheint mir dies 'Verharren in abstrakter Allgemeinheit' eher in der 'Denkhaltung' von Balibar begründet zu sein: er reproduziert die Arbeitsteilung zwischen 'Philosophie' und Sozialwissenschaften innerhalb des Marxismus. Die Verbindung von souveräner Arroganz hinsichtlich ökonomischen, soziologischen, rechtswissenschaftlichen Arbeiten und Diskussionen in der Tradition des Marxismus wie in den 'bürgerlichen' Sozialwissenschaften mit der vielbemühten Losung des revolutionären Klassenkampfes als universellem Lösungsrezept theoretischer Probleme (nach 'Alexinski-Art') verheißt jedenfalls auch weiterhin keine fruchtbaren wissenschaftlichen Ergebnisse.

3) Dementsprechend ist die Art und Weise der 'Kritik' B.'s an kontroversen Auffassungen innerhalb und außerhalb der marxistischen Tradition: 'man', 'eine gewissen Anzahl' usw. ersetzt die Gegner, man findet keine Nachweise und hat daher keine Möglichkeit der Überprüfung der Stichhaltigkeit der Behauptungen. Schließlich hat B. eine Vorliebe für globale Denunziationen ganzer Richtungen. Besonders gravierend in dieser Hinsicht ist, daß keinerlei sachliche Auseinandersetzung mit der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, mit Theorien über die Politische Ökonomie des Sozialismus, mit 'marxistischer Soziologie' und Klassenanalyse stattfindet und daß keinerlei präzise, sachlich fundierte und belegte Kritik am Gemeinsamen Regierungsprogramm formuliert ist, das - völlig im Hintergrund bleibend — doch wohl im Zentrum der ganzen Diskussion steht. Dies alles steht meiner Ansicht nach in auffallendem Gegensatz zur von B. geforderten freien, undogmatischen und kollektiven Diskussion und dient faktisch mehr ihrer Blockierung oder Verhinderung als ihrer Entwicklung.

4) Als Ausweg aus der theoretischen und praktischen Krise der internationalen Arbeiterbewegung schlägt Balibar einen kritischen Rekurs auf Lenin vor, dessen Position ihm Garant für Wissenschaftlichkeit ist (vgl. 31, 33f., 129f., 140). Abgesehen

davon, daß Balibars Lenin-Rezeption recht fragwürdig scheint (vgl. oben), scheint mir überhaupt dieser Vorschlag kein prinzipielles Remedium zu sein. Gegenüber jenen Rekursen auf 'die Klassiker', auf Marx und Lenin, oder auf Marx allein (wie beim PKA) ist meiner Ansicht nach zum einen eine kritische Sichtung der wichtigsten theoretischen Positionen in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung (die vor allem auch die feststehenden Verketzerungen des 'Opportunismus' 'Reformismus' 'Revolutionarismus' 'Utopismus' etc. kritisch hinterfragen muß), zum andern aber die Preisgabe der elitären Arroganz und sachlichen Kenntnislosigkeit den Ergebnissen und Analysen der 'bürgerlichen' Sozialwissenschaften gegenüber ein dringendes Gebot der Stunde. Dem Buch Balibars kommt dabei allenfalls die Bedeutung zu, daß es nachdrücklich wichtige Themen zur Diskussion stellt, die ohne die schwerwiegendsten praktischen Konsequenzen aus der theoretischen Reflexion und der praktischen Politik der Kommunisten nicht verschwinden dürfen. Zur sachlichen Diskussion aber und Lösung dieser Probleme muß man sich anderen Autoren zuwenden.

Fußnoten

1 Paris, Maspero 1976, zit. nach der deutschen Übersetzung von Löper, Riepe und Schöttler, VSA. Hamburg/Berlin(West) 1977. Diese kritische Rezension ist die leicht gekürzte Fassung einer Diskussionsvorlage für eine Diskussion mit Etienne Balibar, die an der Universität von Amsterdam im Mai 1977 stattfand.

2 B. diskutiert nicht, ob die schon damals polemische Transplantation des Dikaturbegriffs durch Marx aus dem Bereich staatsrechtlicher und politischer Institutionen der analytischen Durchdringung der spezifisch bürgerlichen Form der Klassenherrschaft hilfreich und nicht vielmehr hinderlich ist. Er fragt daher auch nicht, ob der Beschluß der FKP nicht so zu interpretieren ist, daß — wie immer theoretisch ohnmächtig — versucht wurde, jenen Anlaß zu Mißverständnissen, die diese 'Verpflanzung' keineswegs nur auf Seiten der daran natürlich fundamental 'interessierten' Bourgeoisie und ihrer ideologischen Klopffechter, sondern auch auf Seiten der kämpfenden Arbeiterklasse verursacht hat, zu beseitigen.

3 Vgl. Bader, Berger, Ganßmann, Knesebeck: Einführung in die Gesellschaftstheorie, Frankfurt - New York 1976.

4 Zweierlei soll kurz angemerkt werden: 1) In der Formulierung, das Recht sei „nur ein System von Regeln, d.h. (sic!) materiellen Zwängen" /43/ reduziert B. — sicher in der Absicht, hier einen marxistischen Rechtsbegriff zu formulieren oder zumindest zu verwenden, 'Normativität' auf 'Faktizität' oder das Moment von 'Anerkennung' oder Legitimität im Begriff des Rechts auf puren materiellen Zwang. Dem korrespondiert 2) seine erstaunliche Blindheit gegenüber Rechtspositivismus oder Rechtsformalismus als der zweiten und gegenwärtig wieder weitaus überwiegenden Variante bürgerlich-juristischer Ideologie: nicht alle 'juristische Ideologie' rechtfertigt Zwang „indem sie ihn als eine in der menschlichen Natur und in den Bedürfnisse der Gesellschaft im allgemeinen eingeschriebene natürliche Notwendigkeit darstellt„ /43/, oder (auf gröbste Weise vereinfachend) naturrechtlich. Diese Verkennung der gegenwärtig wieder dominierenden Form juristischer und politischer Ideologie, des (auch funktionalistisch verbrämten) Positivismus, macht verständlich, daß B. die gefährliche Nähe seiner eigenen Position hinsichtlich der über allen Gesetzen stehenden und nicht näher strukturierten Gewalt des Proletariats in seiner revolutionären Diktatur mit jenen Auffassungen nicht sieht und sich daher auch nicht gegen sie abgrenzt (Vgl. zu Kelsen: V.M. Bader: Recht Staat und Bürgerliche Gesellschaft. Diss. rer. pol. FU Berlin, 1975).

5 Dieser eigenartigen 'Ambivalenz' gegenüber kann man den Rechtspositivisten hinsichtlich ihrer Behandlung der Unterscheidung von privaten und öffentlichem Recht wenigstens die logische Konsequenz nicht absprechen.

6 Althusser, Positions, Paris 1976, p. 84, vgl. N. Poulantzas: Faschismus und Diktatur, München 1973, p. 327; die Berufung auf Gramsci wäre kritisch zu diskutieren.

7 Das Konzept der 'ideologischen Staatsapparate' scheint mir in (zumindest) dreifacher Hinsicht eine enorme Behinderung marxistischer Analysen des Verhältnisses von Klassen, Parteien, Verbänden und Staat zu sein:
a) Das Hauptkriterium der Begriffsbestimmung ist eufunktionalistisch, was immer Althusser u.a. dagegen auch sagen mögen: es befördert keineswegs die Analyse potentieller wie aktueller Widersprüche, wenn diese 'a-priori' als Widersprüche innerhalb des ideologischen Staatsapparats zwischen verschiedenen ideologischen Staatsapparaten konzeptualisiert werden, deren Hauptfunktion doch Systemreproduktion und -stabilisierung ist. (Vgl. die konsequenzlose Kritik von Poulantzas an Althusser in diesem Punkte: a.a.O., S. 329).
b) Bei der 'Zuordnung' von Gewerkschaften, politischen Parteien der Arbeiterklasse etc. ist es von globaler (alle inneren Widersprüche dieser Organisationen verschüttender) Beurteilung ihres 'revolutionären oder reformistischen' Charakters abhängig, ob sie 'ideologische Staatsapparate' formen oder nicht (vgl. 69,90, vgl. Poulantzas a.a.O., S. 330 f.
c) Die Lehre von den 'Apparaten' (Familie, Betriebe, Kirche, Staat usw.) bedeutet hinsichtlich organisationssoziologischem Erkenntniswert nicht nur keinerlei Fortschritt gegenüber soziologischer Analyse von Institutionen (etwa in Max Webers Soziologie), sondern einen bemerkenswerten Verlust an Erkenntnismitteln gerade in einem Gebiet, dessen praktisch politische Aktualität durch Buch und Intention von B. nachdrücklich unterstrichen wird.

8 Vgl. Bader, Berger, u.a., a.a.O., S. 379 ff.

9 Die Übersetzer sind an Ausdrucksweise und Satzbau absolut unschuldig, vgl. Original S. 63).

10 (Vgl. in diesem Zusammenhang auch die unsinnige — alle Schwächen der Leninschen Kautskykritik reproduzierende — Attacke gegen Kautskys zutreffende Bemerkung, daß eine Klasse als solche nicht regieren, wohl aber herrschen könne, S. 142).

11 D. h. die Vertreter der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, ohne diese zu nennen oder die Vorwürfe gar zu belegen.

12 Auch hier zeigt sich wieder die nach 'eigenen' Prinzipien selektierte Lenin-Interpretation B.'s: Die ganzen Diskussionen der letzten Jahre (z.B. Steiner, I. Marx, Jung, Deppe, Theorien des staatsmonopolistischen Kapitalismus usw.) 'existiert' für ihn eben nicht oder ist halt 'marxistische Soziologie' und damit Objekt überlegenen Spotts. Der 'Philosoph' Balibar und die 'Wissenschaft'!

13 Daß gerade bei angestrebtem friedlichem politischem Sieg /41/ an 'sofortige Zerschlagung des repressiven Staatsapparats' im präzisen Sinn des Wortes nicht zu denken ist, verweist einerseits auf die enormen Probleme derartiger Konzeption, andrerseits darauf, daß B. sie de facto doch für unmöglich hält. Zumindest aber scheint mir festzustehen, daß seine analytischen Differenzierungen den praktischen Problemen dieses 'Wegs' nicht genügen.

14 Carrillo, der in seinem neuen Buch: 'Eurokommunismus' und Staat, hier wie in vielem eine direkt entgegengesetzte Position einnimmt, glaubt diese doch mit pragmatischer und unkonsequenter Übernahme der Analyse und Terminologie von Althusser verbinden zu müssen.

15 Vgl. Original S. 110 „ne peut pas être une question formelle", was abschwächend mit „nicht nur" /92 übersetzt ist.

16 Zum *ohnmächtigen Anti-Stalinismus* und zur Kritik B.'s an der Entwicklung der Sowjetunion vgl. 20, 22, 24 f. 28, 68, 87 f., 91 f., 98, 111, 113 f.

Hans-Jürgen Weissbach

Strukturtheorien des Arbeitsmarktes und strukturelle Arbeitslosigkeit

In seinem Beitrag in SOPO 42 hat Bernd Güther auf das Theoriedefizit der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hingewiesen, welches sich vor allem in der Unzulänglichkeit ihrer krisentheoretischen Absicherung ausdrückt. Die Entwicklung der letzten Jahre läßt in der Tat keine Tendenz einer Integration der vielfältigen Einzeltheoreme und empirischen Befunde erkennen. Eher deutet sie auf die Entwicklung einer exoterischen Klassifikation von Einflußgrößen als auf die erforderliche krisentheoretische Fundierung (Kühl u.a., Mertens). Solche Vorgehensweise ist neuerdings für die Versuche der Erklärung des Phänomens struktureller Arbeitslosigkeit kennzeichnend (z.B. Autorengemeinschaft, 71). Weder der Einfluß der Krise 1974/76 noch das Versagen der arbeitsmarktpolitischen Instrumente hat die Arbeitsmarktforscher dazu genötigt, ihre methodische Herangehensweise und analytischen Kategorien grundsätzlich zu überprüfen. Gewandelt haben sich lediglich die Hypothesen über das Verhalten der Marktteilnehmer. Den widersprüchlichen Prozeß von partiellem Erkenntnisfortschritt und bloßer Neukombination und veränderter Gewichtung bekannter Argumentationen gilt es hier zu untersuchen.

Selbst die Existenz einer Dauerarbeitslosigkeit, der zunehmende Umfang einer offenbar unabhängig vom konjunkturellen Zyklus existierenden Reservearmee mit der Nachfrage nicht entsprechenden „Merkmalsstrukturen" (ebd.) scheint der geforderten Integration entgegenzuwirken. In ihrer oberflächlichen begrifflichen Erfassung als Ausdruck „unüberwindbare(r) Diskrepanzen zwischen den Merkmalsstrukturen von Arbeitsplätzen und Arbeitslosen" (70) ist bereits die begriffliche Trennung von Vollbeschäftigungs- (Wachstumsförderungs-) und Verflüssigungspolitik auf dem Arbeitsmarkt inpliziert. Ausgehend von dem durch diese Begrifflichkeit implizierten Ursachenverständnis gelangt man zu politischen Lösungsvorschlägen, die sich auf die Förderung einer hohen Akkumulationsrate und mobilitätsfördernde Maßnahmen beschränken. Kritiker des auf Wachstumsförderung zielenden Zweiges der Vollbeschäftigungspolitik argumentieren aufgrund der neuen Erfahrungen vor allem gegen den Stabilisierungsoptimismus keynesianischer Tradition (Bolle) oder gegen die vermeintlich illusionäre Strategie, die Forderung nach Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch ein Programm der Erhöhung der Massenkaufkraft mit dem Kampf gegen Reallohnsenkungen in der Krise zu verbinden (Hoffmann/Semmler). Ihre Argumentation, die Massenarbeitslosigkeit sei „produktionsstrukturell" bedingt, unterstellt ebenfalls ein „neues" Verhalten der Einzelkapitale unter dem Druck verschlechterter Verwertungsbedingungen unabhängig von der zyklischen Verlaufsform der Krise.

Für die Einschätzung der Bedeutung struktureller Arbeitslosigkeit und der zu ihrer Erklärung entwickelten wissenschaftlichen bzw. sie kommentierenden publizistischen Aktivitäten ist trotz des begrifflich restriktiven Ansatzes die Untersuchung

der Autorengemeinschaft des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung von Interesse. Sie verdeutlicht, daß — will man nicht die gesamte gegenwärtige Arbeitslosigkeit als „produktionsstrukturell" verursacht bezeichnen —

1. sich der Strukturwandel, gemessen an der sektoralen Beschäftigungsstruktur, in den letzten 25 Jahren verlangsamt hat,
2. überdurchschnittlich rascher Strukturwandel in Krisenjahren, unterdurchschnittlicher hingegen in Jahren konjunktureller Aufschwünge zu verzeichnen war,
3. „kaum eine der Berichtsfirmen sich im Januar 1976 über Mangel an Arbeitskräften als Grund für die Behinderung der Produktionstätigkeit" (73) beklagte.

Demzufolge ist es erst das Zusammenfallen raschen Strukturwandels mit zyklischen Krisen seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre, welches ihn bedrohlich erscheinen läßt, obwohl er in den 50er Jahren offenbar schneller verlief als heute (vgl. 83). Konnte er früher allenfalls als Wachstumsengpaß interpretiert werden, entstand z.B. das Arbeitsförderungsgesetz noch vor dem Hintergrund der Vorstellung einer herzustellenden Kongruenz von Angebots- und Nachfrageprofilen auf dem Arbeitsmarkt, so stellt er sich heute als Problem der prinzipiellen Nichtvermittelbarkeit von großen Teilen der Reservearmee dar. Die bürgerlichen Strategien des Abbaus struktureller Arbeitslosigkeit müssen daher in ihrem Ansatz auf die Transformation des Gesamtarbeiters, insbesondere aber der Reservearmee in einen Zustand zielen, der die zu ihrer Erklärung herangezogene mangelhafte Verwertung des Kapitals in Gang bringen soll.

Die meisten Autoren, die sich mit der strukturellen Arbeitslosigkeit theoretisch befassen, sind sich einig in der Hervorhebung der Unbrauchbarkeit von Modellen, die die „golden ages economics" zur Analyse des Arbeitsmarktes bereithielten. Ausgehend von einer mehr oder weniger empirisch fundierten Kritik ihrer theoretischen Prämissen (Homogenität, Flexibilität, beliebige Teilbarkeit und Substituierbarkeit der Produktionsfaktoren; Faktorenentlohnung gemäß ihrer Grenzproduktivität — vgl. z.B. Hegelheimer, 108 ff; WSI 1/77,3) stellen sie das von der Neoklassik postulierte Funktionieren der Allokationsprozesse von Kapital und Arbeit und damit der Ausgleichsbewegungen auf den Faktormärkten infrage. Dabei zeigt sich ein stufenweises Abrücken von den Verhaltensfunktionen der Neoklassik — etwa vom Typus: Wanderungsbewegungen sind eine Funktion von Lohndifferenzen —, welches über hilfsweise Konstruktionen zur Aufrechterhaltung des Ausgleichsmodells bis hin zu seiner totalen Ablehnung führt: Kritisiert wird zunächst etwa die extreme Annahme gleichsam unendlicher Anpassungsgeschwindigkeit auf den Märkten; dann wird versucht, Anpassungsbarrieren modelltheoretisch einzubauen, schließlich eine nahezu unüberwindliche Segmentierung insbesondere des Arbeitsmarktes postuliert. Entsprechend der stufenweisen Kritik nimmt der Gleichgewichts- Stabilisierungsspessimismus bezogen auf den Arbeitsmarkt zu. Sieht man die neoklassische Orthodoxie als illusionärste und realitätsfernste Ausprägung der bürgerlichen Ökonomie an — gemessen an der heutigen Zuspitzung krisenhafter Prozesse —, so stellt die Überwindung derartiger Funktionsannahmen ohne Zweifel einen Zuwachs an Realitätsgehalt dar. Die damit verbundene „Ernüchterung über die beschäftigungspolitiscche Wirksamkeit einer hauptsächlich am privaten Investitions-, Produktions- und Exportzuwachs ausgerichteten Arbeitsmarktpolitik" (Simmert, 9; vgl. auch Güther) schafft erst die Grundlagen für die *empirische* Untersuchung der Mechanismen der Verteilung von Arbeitskraft und Kapital.

Insofern die Reaktionen auf die Sterilität des neoklassischen Dogmas Kritik an der Eindimensionalität des Ansatzes üben und seine soziologische bzw. sozialpsychologische Ergänzungsbedürftigkeit im Hinblick auf Arbeitsmarktfragestellungen postulieren, stellen sie sich in die Tradition der positivistischen Kritik Alberts am Modellplatonismus der ökonomischen Theorie. So formuliert Bolle: „Auch eine Theorie des Arbeitmarktes muß die nicht in Geld ausdrückbaren sozialen Interaktionen fassen können . . . Eine so angesetzte Arbeitsökonomie wird ohne Rekurs auf politologische, soziologische, juristische und medizinische Kategorien nicht auskommen." (21) Ähnlich argumentiert Engelen-Kefer, von einem als Interessenstandpunkt der Lohnabhängigen bezeichneten Ansatz ausgehend, daß Beschäftigungstheorie und -politik sich nicht an ökonomischen Kennziffern orientierten dürfe, sondern an institutionellen, sozialpsychologischen usw. Bedingungen, die als relevante individuelle und gesellschaftliche Motive und Hebel funktionalisiert werden können: „Im Mittelpunkt der Beschäftigungspolitik im hier definierten Sinne stehen . . . die Arbeitnehmer, ihre Struktur, beruflichen Qualifikationen und persönlichen Merkmale einerseits, sowie die verfügbaren Beschäftigungsmöglichkeiten nach Qualität und Quantität andrerseits."(25) Zielen solche Einwände vor allem gegen die Erklärung des „Preises der Arbeit" aufgrund von Zufuhr und Nachfrage, wie sie seit Ende des 19. Jahrhunderts in Abstraktion von gesellschaftlichen Bestimmungsmomenten des Lohnfonds dominierten, so stellen sie doch aufgrund ihrer individuenzentrierten Analyse diesen in der Diskussion der Arbeitslosigkeit in den zwanziger Jahren immer gegenwärtigen — so bei Braunthal, Lederer, Sternberg u.a. deutlichen — akkumulationstheoretischen Bezug nicht her. Erst recht darf die Anerkennung des Faktorenpluralismus, der die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt reguliert, nicht einfach als Reflex auf die realen Interessen der Beschäftigten gelten. Erscheint das Insistieren auf der tatsächlichen Inhomogenität und Differenzierung der Lohnabhängigen gegenüber allen neoklassischen Konstruktionen einerseits als Ausdruck von Realismus, so wird die Kritik — auch von einem arbeitsorientierten Standpunkt — stumpf, wenn andrerseits das Postulat der Verteilungsgerechtigkeit und die Forderung nach Steigerung der Konkurrenzchancen von Problemgruppen als nachträgliches Korrektiv der nicht grundsätzlich infrage gestellten Leistungsorientierung der Lohnstruktur herangezogen wird und damit die Ursachen ihrer Differenzierung verschwimmen.

Andere Ansätze setzen eher auf die humankapitaltheoretische Reformulierung der neoklassischen Verhaltensmodelle, um die Marktbewegungen je verschieden qualifizierter Arbeitskraft unter dem Aspekt der Verzinsung eines fiktiven Humankapitals operational erfassen zu können (Lutz, Sengenberger). „Einzelkapitale können vorhandene berufliche, alters- und geschlechtsmäßig sowie regional und betrieblich bedingte Differenzen beim Tauschwert der Arbeitskraft nutzen, d.h. die Machtasymmetrie zwischen Kapital und Arbeit selber differenzieren . . . Sie nützen die Tatsache, daß sich Orientierung und Erwartungen der Arbeitskräfte in der individuellen Vermarktung nicht am Kapitalverhältnis ausrichten, sondern an den gebotenen Möglichkeiten ihres differierenden Einsatzes, ihrer differentiellen Gratifikation,der

unterschiedlichen Arbeitsbedingungen etc." (Altmann/Bechtle/Düll, 56) Können über das Modell der Maximierung von „Wertdifferenzen" /13/ durch jede der Parteien auf dem Arbeitsmarkt immerhin empirienahe Hypothesen über betrieblichen Arbeitskräfteeinsatz und typische Berufsverläufe erstellt werden, mangelt es ihnen doch an einem Begriff von Wertbestimmung der Arbeitskraft, der interaktionistisch in einer Art „bargaining"-Theorie aufgelöst wird.

Mit dem Ziel der Feinmodellierung von Anwendungsmustern der Arbeitskräfte und ihres Marktverhaltens ist in dieser Modellvorstellung — abgesehen von dem geringeren Stellenwert der Erfassung subjektiver Motive und Bedürfnisse gegenüber dem „arbeitsorientierten" Ansatz — der gleiche *methodische Individualismus* impliziert wie in den normativen oder positivistischen Modellen. Auch die Ambivalenz des einzelnen Lohnarbeiters gegenüber einer Verallgemeinerung der durch die Qualifikation und andere Bedingungen gegebenen Konkurrenzchancen gelangt hier wie dort zum Ausdruck, wird aber im Humankapitalansatz Ausgangspunkt der Vorstellung einer möglichen Interessenidentität von Teilen der Beschäftigten mit dem Kapital auf Kosten der weniger qualifizierten Arbeitskräfte. Diese und andere Theorien, die das Konzept der Konkurrenzschranken auf dem Arbeitsmarkt in Opportunitätskosten- oder Humankapitalmodelle einbauen, sind schon aufgrund ihres Geschlossenheitsanspruchs eher als etwa Engelen-Kefers Konzept in empirische Analysen umzusetzen, die sich am Paradigma der Deutung individueller und sozialer Barrieren der Verflüssigung der Arbeitskraft und der dabei zu überwindenden raumzeitlichen Dimensionen als Kostenschranken (Buttler u.a., 76 ff) orientieren können.

Ein zweiter Strang der Kritik der Ausgleichsannahmen am Arbeitsmarkt zielt auf eine institutionalistische oder *machttheoretische* Begründung des Nichtfunktionierens der erwähnten neoklassischen Funktionshypothesen. Er argumentiert auf der Basis der Annahme vermachteter Märkte mit Quasi-Monopolen auf der Seite der Anbieter und Nachfrager von Arbeit, wobei jede organisierte Interessenvertretung der Lohnabhängigen als Eingriff in die freien Preisbildungsprozesse betrachtet wird. Die Annahme einer machtbedingten Segmentierung der Arbeitsmärkte, d.h. einer Einschränkung der Konkurrenz auf bestimmte Sorten von Arbeitskräften oder Typen von Arbeitsplätzen, ist häufig in umfassendere Konzeptionen einer „dualen Wirtschaft" eingehängt, wie sie etwa der amerikanischen Dual Labor Market Theory zugrundeliegen (vgl. Freiburghaus). Dabei handelt es sich um Polarisierungsmodelle, die zwischen einer ganzen Reihe von irgendwie für den Arbeitsmarkt relevanten Variablen wie technologischem Niveau, Konjunkturanfälligkeit, Seriengröße der Produktion, Konzernstruktur (Stammbetriebe — Zulieferbetriebe), Qualifikationsniveau der Beschäftigten, gewerkschaftlichem Organisationsgrad usw. positive Rückkoppelungseffekte behaupten, dergestalt, daß sich alle Beschäftigungsrisiken im „unteren" Segment konzentrieren (vgl. Buttler, 83 ff). Abgesehen von der mangelnden empirischen Evidenz und dem Problem der Übertragbarkeit von den amerikanischen („closed shop" — Politik der Gewerkschaften) auf die westdeutschen Verhältnisse, wo solche Kumulation nur punktuell nachweisbar ist, zeigt bereits ein Blick auf das „obere" Segment, daß hier die interne

Differenzierung der Lohnabhängigen als den Widerspruch zwischen Kapital und Lohnarbeit prinzipiell überlagernd und relativierend gedacht wird: Kleine Unternehmer, Selbständige, Manager und qualifizierte Lohnarbeiter sind dort unter dem Gesichtspunkt ihrer vermeintlichen Karrierestabilität zusammengefaßt (vgl. Freiburghaus, 75 f).

Einwände eines dritten Typs schließlich versuchen mittels des Begriffs der einzelkapitalistischen „Strategie" (Altmann/ Bechtle/ Düll, 53 ff; Altmann/Bechtle) unter den Bedingungen einer nicht vom Einzelkapital beeinflußbaren Umwelt ein *„neues" Unternehmerverhalten* handlungstheoretisch darzustellen. Strategie ist dabei nicht bloß die Verfolgung subjektiver Handlungsziele, sondern die Schaffung eines Anpassungsspielraums, welcher den Einzelbetrieb gegenüber den gesellschaftlichen Bedingungen des Einsatzes der Arbeitskraft abschirmen soll und die Autonomie seiner Kapitalverwertung gegenüber den gesellschaftlichen Grenzen dieser Bewegung sicherstellt (vgl. Altmann/ Bechtle/ Düll, 53). Die Perspektive ist die des Einzelkapitals, welches die Folgen von Freisetzungen, Dequalifizierung, Höherqualifizierung usw. auf seine Konkurrenten, die Arbeitskräfte oder den Staat abwälzt. Darin ist eingeschlossen, daß sich das, was sich einerseits als Konkurrenzchance darstellt, gesellschaftlich zum Risiko entwickeln kann, und daß zugleich gesellschaftliche Entwicklungsperspektiven sich individuell oder einzelkapitalistisch als hohes Risiko erweisen können (z.B. die Höherqualifizierung). Die Konsequenz ist vermutlich eine Überschätzung der „Elastizität" und Pufferfunktion der betrieblichen Arbeitsorganisation gegenüber den Arbeitsmarktbedingungen. Diese selbst werden hingegen als „unelastisch" unterstellt. Indem erkannt wird, daß Arbeitsorganisation und innerbetriebliche Formen der Personalrekrutierung und -anbindung die Segregation immer weiter treiben und spezialistische Qualifiktionen erzeugen, erscheint die Lage auf dem Gesamtarbeitsmarkt nicht mehr als Verwertungsvoraussetzung des Kapitals und die Dynamik der Produktivkraftentwicklung als vom Einzelunternehmen aufzufangen.

Der Anpassungsbegriff der handlungs- und systemtheoretischen Vorstellungen legitimiert sich durch das Argument, daß die „externen" Märkte der klassischen und neoklassischen Ökonomie gegenüber den internen Allokationsmechanismen (innerbetriebliche „Arbeitsmärkte" bzw. konzerninterne Kapitaltransfers) an Bedeutung verlieren und damit die Gesetzmäßigkeiten der Faktorwanderung und -preisbildung in weiten Bereichen verdrängt werden. Sofern sie dabei werttheoretisch argumentieren, beziehen sie sich auf die „Indifferenz" des Einzelkapitals gegenüber den verschiedenen in das Produkt einfließenden Wertbestandteilen, über welche hinaus je nach „Autonomiepotential" (Altmann/Bechtle/Düll, 47) individuell-kontingenter, nicht ex ante fixierbarer Mehrwert abgeschöpft wird. In dieser Beschränkung der Betrachtung auf die technisch-organisatorischen Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Nutzung der betrieblichen Arbeitskräfteressourcen als Mehrwertquelle des einzelnen Kapitals ist zwar eine Orientierung auf gegenwärtig äußerst relevante Fragestellungen angelegt. Der moderne touch kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Autoren (z.B. Altmann / Bechtle / Düll) selbst explizit auf die Erfassung von systematischen Rückwirkungen einzelkapitalistischer Produktivkraftentwicklung auf die gesellschaftlichen Voraussetzungen eben dieser Entwicklung verzichten und die Richtung

möglicher derartiger Zusammenhänge weitgehend offen lassen: „Die Stellung des Einzelkapitals im Gesamtprozeß ist einerseits Ergebnis der konkreten Ausschöpfung der Machtasymmetrie (z.B. von Monopolen — HJW), andererseit konditioniert sie die Formen dieser Ausschöpfung." /48/ Oder: „Dabei führen gesellschaftliche Kontingenzen . . . wiederum zu gesellschaftlichen Kontingenzen." /45/ Können vermittels des Ansatzes vielleicht Krisenauswirkungen auf die spezifischen einzelkapitalistischen Formen der produktiven Konsumtion der Arbeitskraft beschrieben werden, so vermag er nicht stringent zu zeigen, welche Handlungen der Kapitale aufaddiert die gegenwärtigen Phänomene am Arbeitsmarkt erzeugen bzw. ob es überhaupt derartige parallel laufende Strategien unter dem Druck einer krisenhaften Entwicklung gibt, die sich in ihren Effekten kumulieren. Theoretisch hinderlich scheint dabei vor allem der Verzicht auf die nähere Bestimmung der einzelnen Bestandteile der Kostpreise, die mit der Indifferenzhypothese umgangen wird, ohne welche sich aber Rationalisierung, Freisetzung usw. nicht als allgemeine Tendenzen, sondern nur als mannigfaltige Formen der Machtausdehnung und Produktionsanpassung des Kapitals (z.B. als Reaktion auf Facharbeitermangel usw.) darstellen lassen. Völlig zerrissen wird der Zusammenhang zwischen Gesamt- und Einzelkapital darüber hinaus an der krisentheoretisch relevantesten Stelle: bei der Abstraktion vom Realisierungsproblem als einer für die Einschätzung „kontingenter" Chancen der Produktivitätssteigerung zu berücksichtigenden Schranke der Erhöhung des Ausbeutungsgrades. Hier liegt die Ursache der Konfusion in den Mängeln der werttheoretischen Fundierung, die sich für Altmann/Bechtler/Düll als Frage eines Machtverhältnisses von Kapital und Arbeit darstellt /7/.

Bietet die vorhandene Literatur auch eine Palette von Deutungsmustern der „Strukturbrüche" und möglicherweise krisenrelevanten Individualstrategien auf dem Arbeitsmarkt, so finden sich doch erwähnenswerte Gemeinsamkeiten in der Einschätzung der Entwicklungsnotwendigkeiten einer entsprechenden Theorie. Selbst für Gewerkschaftsautoren (vgl. WSI 1/77, 3) ist charakteristisch, daß sie die Abwendung von den neoklassischen Verhaltenshypothesen als Reflex einer realen Entwicklung begreifen, welcher diesen in jüngster Zeit den Boden entzogen habe. So wird gerade aus der *Zerstörung* traditioneller, früher funktionierender Marktmechanismen (vgl. Simmert, 11) abgeleitet, was zunächst durchaus auf der Basis der Anerkennung *allgemeiner Tendenzgesetze* der kapitalistischen Produktion als *Resultat* der Konkurrenz und nicht schon immer als Gegentendenz zu erklären wäre: „Im Fortschritt der Industrie hält . . . die Nachfrage nach Arbeit nicht Schritt mit der Akkumulation des Kapitals. Sie wird zwar noch wachsen, aber in ständig abnehmender Proportion, verglichen mit der Vergrößerung des Kapitals." (Marx, MEW 16, S. 151) Der Konflikt zwischen dem Mittel der Verwertung des Kapitals, der unbedingten Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, und den Schranken der Erhaltung und Verwertung des Kapitals erzeugt aber nicht nur die relative Überbevölkerung, sondern hinterläßt auch immer „Individuen, die an ihrer durch die Teilung der Arbeit verursachten Unbeweglichkeit untergehn" (Marx, MEW 23, 673). Der Pauperismus ist eine „Existenzbedingung der kapitalistischen Produktion und Entwicklung des Reichtums" (ebd.). Die hektischen Ausgleichsbewegungen der Konkurrenz ziehen nicht schon die

Flüssigkeit der einzelnen. Arbeitskraft nach sich — und dies umso weniger, je größer und vielgestaltiger die Reservearmee —, sie bürden ihr vielmehr die Konsequenzen ihrer Vernutzung umso mehr auf, je heftiger die Strukturveränderungen verlaufen.

Die Neuorientierung eines Teils der Arbeitsmarkttheorie die sich auf den ersten Blick lediglich als Anerkennung der empirischen Hemmnisse der Ausgleichsbewegungen der Konkurrenz, der Schranken der Flüssigkeit von Kapital und Arbeitskraft zu erweisen scheint, bedarf unter diesem Gesichtspunkt der genaueren Analyse. Die Sichtung der von ihr aufgelisteten und der Neoklassik entgegengehaltenen Hemmnisse eines Ausgleichs am Arbeitsmarkt zeigt nämlich immer noch eine antithetische Fixierung auf den der neoklassischen Analyse unterliegenden Begriff von Konkurrenz, deren Zusammenbruch oder Modifikation als Grund der Unbrauchbarkeit der Theorie behauptet wird. Wird dadurch einerseits die Analyse entwickelter Bewegungs- und Existenzformen des Kapitals auf die von mächtigen Fremdkörpern reduziert, so wird andrerseits mit der Vorstellung einer vielfältigen Graduation des Machtgefälles auf Anbieter- und Nachfragerseite bzw. zwischen ihnen eine Interessenanalogie zwischen den Marktparteien oder die Möglichkeit ihrer partiellen Identität behauptet, d.h. die Aufhebung der Konkurrenz. Der solchermaßen kritisierte Konkurrenzbegriff ist allerdings meilenweit vom Marxschen Begriff der Konkurrenz entfernt, dem gegenüber Zwangsgesetze (wie das der relativen Mehrwertproduktion) und Tendenzgesetze, denen das Gesamtkapital unterliegt (so der Fall der Profitrate), nicht exogene Variablen (wie etwa der technische Fortschritt in der Neoklassik) darstellen, sondern implizite Bewegungen. Gesellschaftliche Schranken der Nutzung der Arbeitskraft sind demzufolge nicht primär etwaige Hemmnisse der Konkurrenz, sondern Gesetzmäßigkeiten, die sich gerade vermittels der Konkurrenz der Kapitale durchsetzen. Die intensivierte Exploitation unter dem Zwang der Konkurrenz hebt diese Schranken partiell auf, aber erzeugt neue. Dabei muß diese Ebene von der der Konkurenz der Arbeitskräfte begrifflich geschieden werden, was eine Überwindung der auf die Zirkulationsprozesse fixierten Betrachtungsweise der Arbeitsmarkttheorie voraussetzt: Bestimmte Aspekte der Arbeitsmarktstrukturen bedürfen von vornherein nicht der Betrachtung im Rahmen von Nachfrage-Zufuhr-Modellen bzw. von Strategien der Autonomisierung des Kapitals gegenüber wechselnden Marktsituationen; sie sind vielmehr Resultat der *allgemeinen* Form kapitalistischer Entwicklung der Arbeitsproduktivität, werden jedoch erst problemmemathert, wenn ihre Konsequenzen nicht mehr auf die einzelne Arbeitskraft abwälzbar sind. Die Konfrontation von „Arbeitsplätzen" und Bevölkerung als Resultat von Nachfrage und Zufuhr impliziert das Heraushebenn nn dd dieser Kategorien aus der Konkurrenz der Kapitale und wird zur Voraussetzung einer individualisierten Betrachhhchtuttunngtngswee der Zuführung der Qualifikationen zu ihrer je „optimalen" Verwendung.

Um die Schematik der Angebots - Nachfrage - Modelle zu überwinden, die Arbeitsplatzangebote und Arbeitskräftenachfrage getrennt projizieren und bei zu konstatierenden Ungleichgewichten durch Abbau von Mobilitätsbarrieren die Profile einander anzunähern suchen (z.B. Hegelheimer; vgl. Weißbach, 112 ff) oder kumulative Betroffenheit bestimmter Problemgruppen von den Risiken kapitalistischer Produktion durch deren gleichmäßigere Verteilung zu mindern bestrebt sind,

bedarf es demnach der Einsicht der Vermitteltheit beider Bewegungen durch die besondere Form der Konsumtion der Arbeitskraft im Produktionsprozeß. Nicht Kapitalstruktur und Arbeitskräftestruktur bzw. Akkumulation und Arbeitsbevölkerung sind die miteinander zu konfrontierenden Qualitäten bzw. Größen: Derartige Gegenüberstellung verbaut die Einsicht, daß die Möglichkeit der Freisetzung von Arbeitskräften und ihre Disponibilität als Voraussetzungen jeder weiteren Akkumulation und als Resultat der kapitalistischen *Form der Vernutzung von Arbeitskraft* Ausdruck derselben Gesetzmäßigkeit sind wie die teilweise oder vollständige Vernichtung des Gebrauchswerts der Arbeitskraft und damit der Schwierigkeiten ihrer Wiedereingliederung; daß somit der schon von Marx erwähnte Untergang von Individuen aufgrund ihrer Unbeweglichkeit eben der Preis der Disponibilität der Arbeitkraft ist und nicht einfach das Gegenteil davon. Indem die meisten Autoren nicht einmal ansatzweise diese Form der Vernutzung — eben die relative Mehrwertproduktion — in den Horizont ihrer Analyse einbeziehen und sich auf die auf der Zirkulationsebene sichtbaren Ausgleichsprozesse beschränken (Ausnahmen finden sich nur bei Altmann/Böhle und wenigen anderen), vermögen sie diese Ausgleichsbewegung nicht mit den beiden anderen grundlegenden Bewegungen zusammenzubringen, die ihre Ursache letztlich ebenso in der relativen Mehrwertproduktion finden: der fortwährenden Veränderung des Verhältnisses von Erwerbsbevölkerung und nicht erwerbstätiger Bevölkerung, welche durch die Mehrwertrate reguliert wird, sowie der zyklischen Form des Auseinanderfallens von Produktion und Konsumtion, der Produktion von Arbeits- und Lebensmitteln, welche nicht als Exploitationsmittel von Arbeitskraft dienen können (vgl. Marx, MEW 25, S. 268). Der Ansatzpunkt der Erklärung struktureller Arbeitslosigkeit ist demnach zuerst im Zwang zur Entwicklung der Produktivkräfte des Kapitals zu suchen.

Die Tendenz zur theoretischen *Überdetermination* von Arbeitsmarktphänomenen, die sich in der Erfindung neuer Theoreme für jede neue Erscheinungsform ausdrückt, scheint mir bereits im polemischen Bezug auf traditionelle makroökonomische Erklärungsmuster und damit als Gegenreaktion auf diese angelegt. Dies gilt z.B. für die neoklassische Vorstellung der Sustituierbarkeit der Produktionsfaktoren gemäß den jeweiligen Faktorpreisen, der zufolge z.B. die Möglichkeit der Rücknahme des technologischen Niveaus zugunsten arbeitsintensiver Produktion auch als längerfristige Tendenz eingeschlossen ist (vgl. Weißbach, 85 ff ; WSI 1/77, 3). So wenig der mit derartigen Implikationen behaftete Konkurrenzbegriff der neoklassischen Theorie etwa die theoretische Anerkennung der von Marx untersuchten Ausgleichstendenz zur Durchschnittsprofitrate darstellt, welche sich gegen alle möglichen Fixierungs- und Segmentierungstendenzen Geltung verschaffen muß, so wenig können umgekehrt die Strukturtheorien des Arbeitsmarktes an sich schon als adäquate Widerspiegelung zunehmender Hemmnisse dieser Bewegung angesehen werden. Ihre Analyse zeigt, daß die Kritiker der neoklassischen Theorie der Funktionsweise der Arbeitsmärkte selbst deren zentralen Hypothesen stärker verpflichtet sind als sie wahrhaben wollen, freilich nicht mehr in ihrer analytisch-paradigmatischen Form als Funktionsmodell spontaner Ausgleichsprozesse auf den Faktormärkten. Sie gelten ihnen

mehr oder weniger implizit als erst herzustellende Bedingungen von Chancengleichheit und Leistungsentfaltung, d.h. „optimaler" Allokation der Arbeitskraft. Die Erzeugung dieser Bedingungen wird nicht mehr als nur ordnungspolitisch zu gewährleistendes Problem gesehen, sondern soll mittels durch die Manipulation politischer und institutioneller Variablen zu steuernder Verhaltensänderungen bewirkt werden. Die Faktizität des gegenwärtigen wirtschafts- und sozialpolitischen Instrumentariums sowie die eingeschränkten Möglichkeiten der statistischen Erfassung der Kapitalbewegungen schlagen dabei dergestalt auf die Theoriebildung zurück, daß — ausgehend von den begrenzten Möglichkeiten der Investitionsbeeinflussung — das Funktionieren der Ausgleichsbewegungen und das Glätten von Strukturbrüchen durch die Verflüssigung der Arbeitskraft erreicht werden soll und — im Extremfall — ihr Nichtfunktionieren auf deren irrationales oder von komplexen Interessen geleitetes Verhalten und das ihrer Organisationen zurückgeführt wird. Insbesondere in der Regionalökonomie zeigt sich diese Tendenz, dort, wo „die relevanten Aktionsparameter nicht den öffentlichen Trägern der Regionalpolitik zur Verfügung stehen" (Buttler u.a., S. 113), nämlich regionale Kapitaltransfers innerhalb eines Konzerns oder dessen interne Personalpolitik sich als nicht beeinflußbar oder überhaupt nur erfaßbar erweisen, an den verbleibenden Parametern (hier: den „externen" Arbeitsmärkten) zu drehen und damit u.U. ungewollte Konsequenzen — z.B. Abwanderung aus einer Region als Resultat von Arbeitsförderungsmaßnahmen — auszulösen. Damit werden die Folgen des Strukturwandels der Arbeitskraft angelastet.

Allgemein ausgedrückt: Die auf den Arbeitsmarkt bezogene Krisendiagnostik läßt sich ihren Horizont durch die vorhandenen therapeutischen Instrumente vorgeben, wenngleich sie sie im Detail kritisiert, und neigt dazu, in Ermangelung der Verfügung über entscheidende Instrumentvariablen die Zusammenhänge auf den Kopf zu stellen. Ihr gemeinsamer Nenner ist die Kritik an den Überabstraktionen der Neoklassik, die sie durch neue Überabstraktionen ersetzt. Die Folgen der Wertveränderungen der Arbeitskraft, in erster Linie Resultat der relativen Mehrwertproduktion, und andere Hemmnisse der Flüssigkeit der Arbeitskraft erscheinen primär als *Fähigkeit, sich diesen Gesetzen zu entziehen,* als Resultate individueller oder betrieblicher Optimierungsstrategien. Insofern Interessen partiell oder zeitweise harmonieren (so z.B. im Humankapitalkonzept das Interesse beider Arbeitsmarktparteien an stabilen Beschäftigungsverhältnissen; vgl. Buttler u.a., S. 99), gelten sie als *strukturerzeugend.* Die erzeugten Strukturen können wiederum der Kapitalverwertung hinderlich oder förderlich sein, das Verhalten der „Anbieter von Arbeit" (Bolle, S. 22) gilt aber in jedem Fall als *marktspaltend* und konkurrenzeinengend. Der *Versuch, die Gegentendenzen zur Ausgleichsbewegung als Ausdruck einer Interessenlage zu identifizieren und zu verallgemeinern,* ist jedoch nur die Kehrseite der steuerungspraktischen Implikationen der Theorie und Ausdruck des Zwangs, entgegen aller historischen Erfahrung ebenso wie die Neoklassik die Mobilität des Kapitals als funktionierend vorauszusetzen, wenn man die Funktionsfähigkeit regionaler oder sonstiger *Arbeits*marktsegmente untersucht (vgl. Richardson; Buttler u.a., 76). Diese Voraussetzung ihrerseits ist in einer Arbeitsteilung der Wissenschaften verankert: Erscheint der Neoklassik das Kapital als Inbegriff der Mobilität und Flüssigkeit, so der neueren Arbeitsmarkttheorie die

Arbeitskraft in ihrer individuellen und gesellschaftlichen Bestimmtheit, mit ihren je konkreten Interessen, Motiven und sozialstatistischen Merkmalen als Hindernis eben dieser Flüssigkeit, als letzten Endes außerökonomisch oder pluralistisch determinierte Größe (vgl. Engelen-Kefer), die sich nicht von den gleichen Rationalitätskriterien leiten läßt wie das Kapital. Der Kreis schließt sich, wenn derartige im Dualismus Flüssigkeit - Immobilität befangene Theorien rückprojiziert werden auf die Verursachungsmechanismen der Krisenerscheinungen insgesamt und konjunkturelle Erscheinungen einerseits, strukturelle Probleme andrerseits den Einzelwissenschaften arbeitsteilig überlassen werden.

Für eher soziologisch orientierte Vertreter der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ergibt sich daraus eine Beschränkung auf Aspekte der Arbeitslosigkeit von Problemgruppen, die empirische Analyse von Wanderungsbewegungen usw., insgesamt eine konzeptuelle und Kapazitätszersplitterung, Fachökonomen sehen sich demgegenüber auf die Erstellung von Konjunkturprognosen verwiesen. Wenn Cramer u.a. feststellen: „Im Hinblick auf Gewicht und mögliche Auswirkungen all dieser Einflußfaktoren (auf die strukturelle Arbeitslosigkeit — HJW) gibt es sehr unterschiedliche Einschätzungen und Erwartungen. Sie zu isolieren und zu quantifizieren ist bislang . . . noch kaum versucht worden. Einige dieser Faktoren entziehen sich auch bislang noch jeder quantitativen Erfassung, zumal in prognostischer Hinsicht (z.B. Motivationen, Erwartungshaltungen usw.) . . ." (Autorengemeinschaft, 71), so skizzieren sie damit ein Forschungsprogramm, welches auf das Gegenteil der erforderlichen krisentheoretischen Fundierung hinausläuft. Dort wo die Arbeitsmarkttheorie sich diesem Schema bewußt zu entziehen versucht und explizit auf die Verwendung der genannten Kategorien verzichten will (so etwa Bolle), steht sie vor großen Schwierigkeiten. Sie muß, wenn sie nicht mit Einschränkungen der Faktormobilität oder — wie die Keynesianer — mit Nachfragedefiziten oder Zinsfallen argumentieren will, auf die freiwillige Produktionsdrosselung des Kapitals auch und gerade bei einem Überhang an zahlungsfähiger Nachfrage rekurrieren. Auf die krisentheoretischen Implikationen dieses Ansatzes von Altvater u.a. ist bereits hingewiesen worden (Kräfte). Diese Unzulänglichkeiten lassen sich am Beispiel der Arbeitsmarkttheorie Bolles nachvollziehen, dessen vermeintlich über die Keynesschen Stabilisierungsillusionen hinausgehenden Argumente sich auf die Konstruktion einer Situation reduzieren lassen, in der bei einem bestimmten nicht auszuweitendem Kapitalvorschuß und Arbeitskräftebestand das einzelne Kapital ein Preisniveau realisiert, welches einerseits eine kostenoptimale Produktion nicht mehr gewährleistet, während andrerseits jedoch ein Nachfrageüberhang zu verzeichnen ist (vgl. Bolle, 41). Da diese Analyse aber als Bild der gegenwärtigen Situation (und nicht eines Kapitalmangelzustandes oder eines „leergefegten" Arbeitsmarktes) entworfen und gerade von denjenigen Voraussetzungen abstrahiert wird, die durch die Krise geschaffen wurden, nämlich brachliegendes Kapital und Arbeitskraft, stellt sich die Frage, ob das Modell außer unter den Bedingungen staatlich reglementierter Preise oder für extrem kurze Zeitspannen irgend eine Relevanz besitzt. Soll aber die Fixkostenbelastung als Argument für Produktionseinstellungen trotz vorhandener Nachfrage herhalten, wäre dies ebenfalls

eine irrationale Strategie des Kapitals. Hier nähert sich Bolle den von Krätke kritisierten Krisentheorien, die unter Abstraktion vom Realisationsproblem Überakkumulation als Ausdruck von bloßen Profitratenschwankungen sehen.

Erscheint die gewerkschaftliche Diskussion z.Zt. auch von solchen Argumenten unbeeinflußt (vgl. Priewe, 157 f), so ist für sie eine Auseinandersetzung mit den Struktur- und Segmentierungstheorien vonnöten. Es wurde bereits angedeutet, daß die Frage nach der theoretischen Angemessenheit der neueren „kritischen" oder „pessimistischen" Arbeitsmarkttheorie zugleich politische Dimensonen aufweist. Vor allem stellt sich die Frage nach ihrem potentiellen Legitimationscharakter gegenüber Eingriffen in verschiedene Sphären des Lohnarbeiterdaseins und ihrer Wirksamkeit. So behauptet z.B. Freiburghaus von der Job Search and Labor Turnover Theory, eines Modells der Suchprozesse auf dem Arbeitsmarkt, welches gegenüber den neoklassischen Verhaltensannahmen eine wesentliche Verfeinerung darzustellen beansprucht, sie bzw. die aus ihr deduzierbare Konsequenz stelle „nicht viel anderes dar als eine leicht maskierte Einkommenspolitik zuungunsten der Arbeiter." (89) Aber auch in linken Gewande tauchen problematische lohn- und verteilungstheoretische Konsequenzen auf, die der Position des Sachverständigenrates (vgl. Priewe), wonach der Preis der Arbeit verantwortlich für den Verlauf des technischen Fortschritts und das Ausmaß der Rationalisierung (in beiden Richtungen) sei, sehr nahe kommen und den Anschein erwecken, durch Lohnenthaltung könne die Freisetzungstendenz umgekehrt werden. So erleiden viele Analysen dort Schiffbruch, wo es zu begründen gilt, *warum* die überschüssige Arbeitsbevölkerung für die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals nicht geeignet ist bzw. *in welchem Umfang* sie es ist (vgl. z.B Hoffmann/Semmler, Bolle). Aus dem scheinbaren Widerspruch zwischen Facharbeitermangel und Reservearmee (wobei die eine Seite dieses Widerspruchs kaum des empirischen Belegs für wert gehalten wird) ergibt sich — je nach Standort der Verfasser — ein lohntheoretisch begründeter Pessimismus oder eine Strategie der Verflüssigung der Arbeitskraft (Hegelheimer, Mertens, Riese, Jochimsen), die sich ihrerseits rasch in einen vermeintlichen Widerspruch zwischen Gebrauchswert und „Flexibilität" der Arbeitskraft hineinbewegen muß (vgl. insbesondere Riese, 139).

Ist an die letztere sozialdemokratische Strategie der Schaffung „weicher" Übergänge zwischen den Qualifikationsniveaus, wie sie insbesondere aus der Hochschulpolitik bekannt ist, die Frage zu richten, ob die vorhandene Lohndifferenzierung durch eine weitere Abstufung der Berufshierarchie tatsächlich reduziert wird, oder ob nicht hier — in unzulässiger Verallgemeinerung der besonderen Problemlage des öffentlichen Dienstes — ebenfalls einer allgemeinen Lohnsenkungstendenz Vorschub geleistet wird, so muß der gesamten Flexibilitätsforschung entgegengehalten werden, daß sie ihr Kategoriensystem weniger aus der Analyse der Bedingungen realer Disponibilität der Arbeitskräfte als vielmehr aus Steuerungsproblemen als Resultat spezialistisch konzipierter Qualifikation entwickelt hat. Deren Wahrnehmung bleibt durch das Muster der Kritik der auf der Grundlage neoklassischer Produktionsfunktionen entwickelten Bedarfsprognosen vorgezeichnet, was zur Folge hat, daß eher Rezepte für die Strukturierung des Arbeitskräfteangebots unter

pragmatischer Kalkulation des Entwertungsrisikos von Qualifikationen erstellt werden und die Flexibilitätsforschung damit Instrument der Verbilligung der Arbeitskraft wird, als daß sie zu einer realen gesellschaftlichen Bestimmung von Ausbildungsinhalten beitragen könnte. Sie reflektiert den Status quo, wonach die „privaten Investitionsentscheidungen der Einzelkapitale das Ausmaß des Mobilitätsaufwandes des Produktionsfaktors Arbeit bestimmen" (Studiengruppe, 23), vermag aber selbst deren gegenwärtige extrem irrationale Formen nicht zu verhindern. Die auf dieser Grundlage entwickelten Vorstellungen von Berechtigungen bzw. Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt sind Resultat eines langen Transformationsprozesses der Interessen der Arbeitskraft, die sich aus der gesellschaftlichen Form ihrer Konsumtion ergeben.

Literaturverzeichnis

Albert, H.: Zur Theorie der Konsumnachfrage, in: Jb. f. Sozialwissenschaft, Bd. 16, 1965, S. 139 ff.

Altmann, N./ C. Bechtle / K. Düll: Bedingungen und Ziele des betrieblichen Arbeitskräfteeinsatzes, Ms., Sonderforschungsbereich 101 der Universität München, Juli 1974.

Altmann, N./ C. Bechtle: Betriebliche Herrschaftsstruktur und industrielle Gesellschaft, München 1970.

Autorengemeinschaft: Zum Problem strukturellen Arbeitslosigkeit, in: Mitt AB 1/1976.

Böhle, F. / N. Altmann: Industrielle Arbeit und soziale Sicherheit, Frankfurt/M. 1972.

Bolle, M.: Vollbeschäftigung: Theorie und Politik, in: ders. (Hrsg.): Arbeitsmarkttheorie und Arbeitsmarktpolitik, Opladen 1976.

Braunthal, A.: Die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft, Berlin 1927.

Engelen-Kefer, U.: Beschäftigungspolitik, Köln 1976.

Freiburghaus, D.: Zentrale Kontroversen der neueren Arbeitsmarkttheorie, in: Bolle (Hrsg.), S. 71 ff.

Güther, B.: Arbeitsmarktpolitik in der Krise, in: SOPO 42.

Hegelheimer, A.: Berufsbildung und Arbeitswelt, Köln 1971.

Jochimsen, R.: Beitrag auf dem Berliner Symposion über Akademikerarbeitslosigkeit, Ms., 27.10.77.

Krätke, M.: Krise der Krisentheorie? in: Das Argument 104, S. 477 ff.

Kühl, J., u.a.: Bezugssystem für Ansätze zu einer Theorie der erwerbswirtschaftlichen und kontrahierten Arbeit, in: Mitt AB 4/1975.

Lederer, E.: Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit, Tübingen 1931.

Lutz, B. u.a.: Arbeitswirtschaftliche Modelluntersuchung eines Arbeitsmarktes, Frankfurt/M. 1973.

Marx, K.: Lohn, Preis, Profit, in: MEW Bd. 16.

Marx, K.: Das Kapital, Erster Band, MEW Bd. 23.

Marx, K.: Das Kapital, Dritter Band, MEW Bd. 25.

Mertens, D.: Der unscharfe Arbeitsmarkt, in: Mitte AB 4/1973.

Priewe, J.: Die beschäftigungstheoretische und -politische Konzeption des Sachverständigenrates in seinen Jahresgutachten 1975/1976 und 1976/1977, in: H. Seifert/D. Simmert(Hrsg.): Arbeitsmarktpolitik in der Krise, Köln 1977.

Richardson, H.W.: Regional Growth Theory, London 1973.

Riese, H.: Kritik der Flexibilitätskonzeption, in: Bolle (Hrsg.) S. 133 ff.

Sengenberger, W.: Arbeitsmarktstruktur, Ms., ISF München 1975.

Simmert, D.: Von der ökonomischen Krise zur Krise der Arbeitsmarktpolitik, in: Seifert/Simmert (Hrsg.), S. 9 ff.

Sternberg, F.: Reserverarmee, Lohn und Krise im Imperialismus, in: Archiv f. Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 59.

Studiengruppe für Sozialforschung e.V.: Analyse und Kritik des Landesentwicklungsprogrammes Bayern, Ms., München Juni 1975.

Weißbach, H.-J.: Planungswissenschaft, Gießen/Lollar 1975.

WSI-Mitteilungen 1/1977: Konjunkturbericht.

Thomas Malsch

Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein

Bemerkungen zur neueren industriesoziologischen Diskussion

In der Industriesoziologie geht es vor allem um zwei Problemkreise, nämlich erstens um den Zusammenhang industrieller Arbeitsanforderungen mit Produktionstechnik und Betriebsorganisation und zweitens um das Arbeiterbewußtsein und seine gesellschaftlichen Konstitutionsbedingungen. Die Breite dieser Thematik und die große Zahl neuerer Veröffentlichungen zwingen zu einer problemorientierten Selektion und damit zum Verzicht auf eine wie immer gedachte Vollständigkeit. Es ist beabsichtigt, wenige zentrale industriesoziologische Kontroversen in gedrängter Form, teilweise auch in pointierter Verkürzung, zu umreißen, um zur weiterführenden Erarbeitung und Diskussion der aufgeworfenen Probleme anzuregen.

Dabei orientiert sich der vorliegende Aufsatz an einer thematischen Zweiteilung, die sich im industriesoziologischen Forschungsprozeß herausgebildet hat. Denn beide Fragestellungen — die auf Arbeitsbedingungen bezogene einerseits und die auf das Gesellschaftsbewußtsein der Industriearbeiter gerichtete andererseits — sind in den letzten Jahren relativ getrennt voneinander bearbeitet worden. Seit der von Horst Kern und Michael Schumann vorgelegten Studie über „Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein" (1970) sind industriesoziologische Forschungsprojekte selten geworden, die gleichermaßen sorgfältig sowohl Tätigkeit als auch Bewußtsein von Industriearbeiten empirisch ermitteln wollten. Eine der wenigen Ausnahmen ist die Arbeit von Lempert/Thomssen (1974). Ging es Kern und Schumann darum, den „Einfluß der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewußtsein" zu untersuchen, wie es programmatisch im Untertitel ihrer Studie heißt, so entzündete sich die Kritik an der Einseitigkeit, mit der die beiden Autoren die Technik in den Mittelpunkt ihres Forschungsvorhabens gestellt hatten. Ausgehend von jener Kritik am „Technizismus" Kern/Schumanns, die mittlerweile zum eisernen Bestand industriesoziologischen Denkens gehört, sind einige Argumentationslinien der sozialwissenschaftlichen Diskussion zu den beiden Themen „Industriearbeit" und „Arbeiterbewußtsein" herauszuarbeiten.

Die folgenden Bemerkungen lassen sich nicht zuletzt von der Frage nach dem Verhältnis von Industriesoziologie und marxistischer Theorie leiten. Diese Fragestellung beinhaltet durchaus keine von außen kommende Kritik. Die Auseinandersetzung zwischen marxistischer und bürgerlicher Theorie findet vielmehr in der Industriesoziologie selbst statt. Denn mit der Arbeit von Kern/Schumann ist erstmals wieder ein weithin beachteter Beitrag der Industriesoziologie zur Diskussion gestellt worden, dessen Autoren sich auf Marx berufen. Dagegen ist freilich zurecht eingewendet worden, daß der marxistische Anspruch der beiden Autoren in der theoretischen Anlage ihrer Untersuchung, in den Erhebungsmethoden und in der Interpretation der Befunde praktisch folgenlos geblieben ist. (vgl. Herkommer 1972)

Dieser Einwand weist zugleich auf ein allgemeines Problem hin, auch wenn die Rezeption der Marxschen Theorie und ihre Umsetzung in industriesoziologische Forschungskonzepte seither zweifellos Fortschritte gemacht hat.

Die wissenschaftlichen Frontbildungen der Auseinandersetzung zwischen marxistischen und nicht-marxistischen Forschungsansätzen in der Industriesoziologie sind in doppelter Hinsicht unscharf. Einerseits liegt das an der kontroversen Diskussion marxistischer Industriesoziologen untereinander. Diese beruht sowohl auf unterschiedlichen Marx-Interpretationen als auch darauf, daß die Anwendung der Marxschen Theorie auf empirische Konzepte der Industriesoziologie wissenschaftstheoretische und forschungspraktische Schwierigkeiten einschließt, die noch weitgehend ungelöst sind. Andererseits haben die fortgeschrittensten nicht-marxistischen Industriesoziologen einen Forschungsstand erreicht, der auch für Marxisten Maßstäbe setzt.

Das gilt beispielsweise für die Studie „Industrielle Arbeit und soziale Sicherheit" (Böhle/Altmann 1972), die insofern über die von Kern/Schumann diagnostizierte Polarisierung industrieller Qualifikationsanforderungen und die darin eingeschlossene These zunehmender Privilegierung qualifizierter Automationsarbeiter hinausgeht, als herausgearbeitet werden konnte, daß nicht nur Dequalifizierungs- sondern auch Höherqualifizierungsprozesse tendenziell zu Lasten der betroffenen Arbeiter gehen. Hier ist ein Problembewußtsein über bestimmte empirische Erscheinungsweisen des Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital erarbeitet worden, dem eine Kritik, die jenen Widerspruch bloß deklamatorisch bemüht, nicht gerecht werden kann. Vielmehr ist eine Kritik gefordert, welche vom fortgeschrittensten industiesoziologischen Erkenntnisstand ausgehend versucht, den Begriff der produktiven Vernutzung lebendiger Arbeit im kapitalistischen Produktionsprozeß in ein analytisches Konzept umzusetzen, dem es gelingt, auch weniger evidente Aspekte der Ausbeutung als solche empirisch kenntlich zu machen. Ein solches Konzept wird in der These der „relativen Dequalifizierung" zumindest angedeutet.

I.

Kern und Schumann haben gewisse problematische Annahmen einer umfassenden Requalifizierung der Arbeiterschaft (Blauner, Touraine) im Zuge voranschreitender Automation zurechtgerückt. Ihre eigene Untersuchung, mit der sie, wenn auch mit vorsichtigen Einschränkungen versehen, einen Trend zur Polarisierung technisch geforderter Qualifikationen glaubten untermauern zu können, ist indessen ebenfalls nicht unangefochten geblieben. Es wurde kritisiert, sie hätten die Gestaltung industrieller Arbeitsplätze einseitig durch die technische Entwicklung bzw. durch das technologische Niveau der Produktionsapparate determiniert gesehen. Dieser „technologische Determinismus" werde dem komplexen Wirkungsfeld, das auf die Arbeitsbedingungen einwirke, nicht gerecht.

Der relative Fortschritt dieses Einwands besteht nun nicht darin, dem monokausalen Erklärungsversuch von Kern, Schumann einen anderen monokausalen Erklärungsversuch entgegenzusetzen, sondern darin, Strategien betrieblichen Arbeitskräfteeinsatzes mithilfe eines system-theoretischen Ansatzes zu erklären. Hier sind vor allem die

Arbeiten des ISF-München zu nennen, die davon ausgehen, daß das einzelne Unternehmen im Rahmen interdependenter gesellschaftlicher Subsysteme wie z.B. Beschäftigungssystem, Ausbildungssystem etc. über ein gewisses Handlungspotential verfügt, das sich in unterschiedliche und vor allem variable Strategien umsetzen läßt. (vgl. Altmann/Bechtle 1971)

Diese Argumentation klingt zunächst einleuchtend. Denn empirische Einzelphänomene betrieblicher Organisationsstrukturen unterliegen erfahrungsgemäß einer Vielzahl von Einflüssen, die man zumeist nur sehr unvollständig ermitteln geschweige denn kontrollieren kann. Allerdings stellt sich die Frage, ob die Münchner Sozialwissenschaftler ihren Anspruch auch bei der forschungspraktischen Umsetzung ihres Erklärungsmodelle durchhalten. Es hat nämlich den Anschein, als falle dabei einem der Faktoren, welche auf den betrieblichen Arbeitskräfteeinsatz einwirken, letztlich doch ein nicht mehr hinterfragtes Übergewicht zu, und zwar dem Bildungssystem (vgl. Lutz 1976) Der zugrunde liegende Gedankengang, der zu jener impliziten Verschiebung führt, läßt sich wie folgt skizzieren. Der betriebliche Arbeitskräfteeinsatz muß sich dem auf dem Arbeitsmarkt vorhandenen Qualifikationsangebot in gewissem Maße anpassen. Denn unter dem Druck der im Ausbildungssektor geschaffenen Ausbildungsgänge und Qualifikationsprofile sind die Betriebe gezwungen, ihren eigenen Arbeitskräftebedarf duch flexible Umgestaltung der Belegschaftsstruktur entsprechend dem Arbeitskräfteangebot zu regulieren. Inhaltlich geht es dabei vor allem um die notorische Facharbeiterknappheit (vgl. z.B. Weltz u.a. 1974), die sich bei staatlich forcierter Expansion höherer Ausbildungsgänge zusehends verschärft hat. So könnte es langfristig zu einer gefährlichen Polarisierung der Qualifikationsstruktur des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters kommen, die durch staatliche Bildungsplanung weitgehend induziert wird.

Diese Polarisierungsthese unterscheidet sich von jener Polarisierungsthese, die von Kern und Schuhmann vorgetragen wurde, durch ihren Begründungszusammenhang. Wird die Annahme einer tendenziellen Erosion mittlerer industrieller Qualifikationsgruppen, namentlich der Facharbeiter, einerseits auf die Produktionstechnik zurückgeführt, so andererseits auf das Bildungssystem. Beide haben den methodologischen Status von unabhängigen Variablen, wobei die Entwicklungen des Bildungssystems innerhalb des vom ISF-München vertretenen Ansatzes veränderbar, jedenfalls nicht als irreversibel dargestellt werden, während der technische Fortschritt von Kern, Schumann eher als eine vorab festgelegte Entwicklung aufgefaßt werden zu sein scheint. Von einer letzten, unhinterfragbaren Ursache im Sinne eines strengen Determinismus (vgl. Fricke 1975) kann indessen hinsichtlich des theoretischen Ansatzes von Kern und Schumann nicht die Rede sein. Vielmehr enthält diese Studie eine ganze Reihe von offenen Fragen und inkonsistenten Interpretationen. Daher zielt die Kritik wenigstens zum Teil auf einen Pappkamaraden, der erst in der Rezeptionsgeschichte von „Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein" aufgebaut worden ist, und der auch die Aufgabe erfüllt, von der Frage abzulenken, inwieweit der systemtheoretische Anspruch in neueren industriesoziologischen Studien bislang tatsächlich eingelöst werden konnte.

Neben der unausgesprochenen Dominanz des Ausbildungssektors ist vor allem die handlungstheoretische Kehrseite des systemtheoretischen Ansatzes von Autoren wie

Lutz u.a. zu kritisieren. Denn das Konzet der betrieblichen Autonomie, welches diesem Ansatz entspricht, läuft Gefahr, illusionäre Vorstellungen über Unternehmerfreiheit zu reproduzieren. Zwar richtet sich die Autonomiethese berechtigterweise gegen ökonomistisch klingende Formulierungen, wonach betriebliche Innvationsprozesse „bis ins einzelne" (Mickler u.a., 1976, S. 2) durch die Prinzipien der Kapitalverwerung bestimmt seien. Gleichwohl kann die empirisch erhärtete Feststelllung, daß es vom Standpunkt des einzelnen Unternehmens bei der je spezifischen Ausgestaltung gegenständlicher und lebendiger Produktionsbedingungen Freiheitsgrade gibt, nicht die Erklärungskraft eines Forschungskonzepts belegen, welches vom einzelkapitalistischen Autonomiestreben ausgeht. Es ist auch zu bezweifeln, ob neuerdings unternommene Anstrengungen, die systemtheoretische Grundlage jener Forschungskonzeption aufzugeben und durch eine marxistische Fundierung zu ersetzen (vgl. Bechtle 1976;) überhaupt gelingen können. Dagegen spricht zumindest die von Bechtle zu diesem Zweck gewählte analytische Kategorie der „kontingenten Kapitalverwertung", die eher eine Lückenbüßerfunktion erfüllt, als daß sie einen Vermittlungszusammenhang zwischen kapitalistischem Reproduktionsprozeß und einzelkapitalistischen Interessen herstellt.

Eine an Marx orientierte Herangehensweise steht vor der schwierigen Aufgabe, nicht vom Einzelkapital, sondern von den Gesetzen des kapitalistischen Reproduktionsprozesse auszugehen, um den Zusammenhang von Kapitalverwertung, technischen Fortschritt und Arbeitsteilung zu untersuchen. Diese Gesetze machen sich nicht im empirischen Einzelfall geltend, sondern erst im gesellschaftlichen Durchschnitt empirischer Massenerscheinungen. Auch wenn das für eine Industriesoziologie, die es in ihrer empirischen Forschungspraxis überwiegend mit betrieblichen Fallstudien zu tun hat, weder selbstverständlich noch einfach ist, kommt es darauf an, anhand von allgemeinen Entwicklungstendenzen jene Grenzen herauszuarbeiten, die den unternehmerischen Handlungsspielraum markieren, und zu zeigen, welche Folgen daraus für die betriebliche Vernutzung der Arbeitskraft erwachsen.

Ein in diese Richtung weisender Schritt wird in einer am SOFI-Göttingen erarbeiteten Studie getan, in der Entwicklungstendenzen von Technik und Arbeitsorganisation mithilfe eines analytischen Instrumentariums untersucht worden sind, welches Branchenanalysen und betriebliche Einzelfalluntersuchungen miteinaner verbindet. (vgl. Mickler u.a. 1976) Mickler u.a. weisen darin nach, daß der Spielraum einzelner Unternehmen gegenüber gleichgroßen Einzelkapitalen desselben Industriezweigs bei annähernd gleichem Produktprogramm hinsichtlich der „autonomen" Auswahl von Produktionstechnik, Arbeitsorganisation und Arbeitsanforderungen recht eng begrenzt ist. Der dort gegebene Hinsweis auf die zugrundeliegenden Ausgleichsmechanismen der Konkurrenz ist prinzipiell zwar richtig, reicht aber nicht aus, um die infragestehenden Probleme gründlich genug zu erfassen. Demgegenüber ist eine bisher nicht systematisch von der industriesoziologischen Forschung aufgegriffene weiterführende Voraussetzung für präzisere Forschungsfragen in der von Marx analysierten Tendenz der steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals zu sehen. Diese Tendenz dürfte für das Problem des Zusammenhangs von Produktionsapparatur, betrieblichen Gesamtarbeiter und Qualifikationsstruktur von

besonderer Bedeutung sein, weil es sich dabei zugleich um eine systemnotwendige wie auch um eine empirische Entwicklung handelt. Einschränkend ist freilich zu bemerken, daß der empirische Geltungsbereich der steigenden organischen Kapitalzusammensetzung ebenso wie der von anderen säkularen Tendenzen (z.B. fallende Durchschnittprofitrate) erst noch abzustecken ist.

Die steigende organische Zusammensetzung stellt sich als systemnotwendig in dem Sinne dar, als das Kapital sie als empirische Entwicklungstendenz unaufhörlich generieren muß, um überhaupt lebensfähig zu bleiben (Bader u.a. 1975 S. 201). Der technische Fortschritt als Einführung von Arbeit sparender Maschinerie ist für die steigende organische Kapitalzusammensetzung konstitutiv. Gegenüber den beiden anderen Formen der Produktivkraftsteigerung, der Ökonomie der lebendigen Arbeit und der Ökonomie des konstanten Kapitals, muß sich der technische Fortschritt zur systemtypischen Form der Produktivkraftsteigerung entwickeln, weil andernfalls stagnierende oder gar fallende organische Kapitalzusammensetzung die unausbleibliche Folge wäre. Negatorisch läßt sich feststellen, daß keine staatliche Bildungsplanung, keine naturwüchsige Entwicklung des Qualifikationsangebots langfristig am technischen Fortschritt als jenem zentralen Mechanismus der Produktivitätssteigerung vorbeikommt, solange das auf Kapitalverwertung beruhende Gesellschaftssystem existiert. Positiv wäre die Frage zu verfolgen, ob die Gestaltungsräume für den betrieblichen Arbeitskräfteeinsatz bei steigender organischer Zusammensetzung tendenziell enger oder weiter werden; ob die sozialstatistisch nachgewiesene relative Zunahme der dem unmittelbaren Produktionsprozeß vor- und nachgelagerten Funktionen auf Kosten der direkten Produktionsfunktionen gültig bloß im Sinne empirischer Verallgemeinerung ist, oder ob sie darüberhinaus auch theoretisch begründet werden kann.

Insofern die Produktionsfunktionen außerhalb der unmittelbaren Fertigung erfahrungsgemäß höhere Qualifikationsanforderungen (vgl. Lutz 1969) stellen, stehen Strukturverschiebungen innerhalb der betrieblich angewandten Gesamtarbeitskraft im Zusammenhang mit der Frage, wie sich — gesellschaftliche betrachtet — das durchschnittliche Qualifikationsniveau entwickelt. Die Annahme, das Qualifikationsniveau des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters steige historisch allmählich an, hat zu allerhand Fehldeutungen Anlaß gegeben, vor denen nicht nachdrücklich genug gewarnt werden kann. Die bildungspolitische Diskussion der letzten Jahr bietet genügend Beispiele dafür, wie bestimmte empirische Entwicklungstrends vorschnell verallgemeinert worden sind.

Neuerdings macht ein Forschungskonzept von sich Reden, wonach Höherqualifizierung gleichsam automatisch jener Produktionspotenz entspringe, die auf der gegenwärtig erreichten Industrialisierungsstufe zur dominierenden Produktivkraft werde: Automation. (Projektgruppe Automation und Qualifikation 1975; Gottschalch/Ohm 1977) Trotz ihres marxistischen Anspruchs abstrahiert die Projektgruppe in entscheidenden Punkten von den gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sich die Produktivkräfte entfalten. In den Schlußfolgerungen aus ihrem letztlich technizistischem Vorzeichen, auf den Abbau restriktiver Arbeitsbedingungen und die Entfaltung eines innovatorische Qualifikationspotentials (vgl. Lempert 1977) wartet. Während Fricke die Autonomiethese der Münchner Sozialwissenschaftler

unfreiwillig geradezu karikiert, indem er unternehmerischen Handlungsspielraum und berufliche Autonomie der Lohnarbeiter auf dieselbe Stufe stellt, geraten der Projektgruppe die immanenten Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Produktionsweise unter der Hand zur technologischen Notwendigkeit. Als handle es sich um frei vergesellschaftete Arbeit, werden die „geistigen Potenzen" (Marx) des kapitalistischen Produktionsprozesses den unmittelbaren Produzenten, also den Lohnarbeiten selbst, umstandslos gutgeschrieben. Die dem Kapitalverhältnis auf allen Produktionsstufen systematisch entspringende Deprivation der unmittelbaren Produzenten wird ausgeblendet; sie erscheint als transitorisches Relikt untergehender Produktionstechniken, das bei voll entfalteter Automation wie von selbst verschwunden sein wird. Diese von einem irrlichternden Fluchtpunkt genarrte Suche nach menschenwürdiger Automationsarbeit geht von der falschen Voraussetzung aus, daß rein stofflich betrachtet, muskulär verausgabte Arbeit ein Fluch, nervlich verausgabte Arbeit hingegen ein Segen sei. Ob nun mehr oder weniger über die Betätigung von Hirn, Hand, Nerv oder Muskel — als Lohnarbeit verausgabt kehrt sich jede gebrauchswertschaffende Arbeit in ihrem Resultat, dem Kapital, gegen die Arbeiter. Eine Analyse, die die Produktionsverhältnisse gleichsam erst im post scriptum zu Wort kommen läßt, tut sich mit solcher Einsicht natürlich schwer.

Die widersprüchliche Entwicklung, in der auf lange Sicht steigendes Qualifikationsniveau bei tendenziell gegenläufiger Reduktion auf einfache Arbeit sich durchsetzen könnte, führt ja nicht automatisch zur gesellschaftlichen Beherrschung des Produktionsprozesses durch die Produzenten. Weil Verwissenschaftlichung der Produktion zuallererst Verwissenschaftlichung des Kapitals ist, stellt sich jede Höherqualifizierung der Industriearbeiterschaft gleichzeitig auch als eine relative Dequalifizierung dar. Relative Dequalifizierung deswegen, weil der Qualifikationszuwachs der Arbeiter, verbesserte Berufsausbildung, vertiefte Fachkenntnisse und Erfahrungen überkompensiert wird durch gleichzeitige Vermehrung jenes den Produzenten entzogenen gesellschaftlichen Wissens das sich in der Maschinerie materialisiert, in Arbeitsplänen und Organisationsstrukturen praktische Gestalt annimmt, auf Datenbanken abgespeichert wird etc. Die theoretisch-empirische Erforschung relativer Dequalifizierungsprozesse könnte auch Anknüpfungspunkte für weitere Untersuchungen des Arbeiterbewußtseins herstellen.

II.

Die widersprüchliche Bewegungsform, in welcher sich die Tendenzen kapitalistischer Produktivkraftentfaltung (z.B. Trennung von Wissen und Arbeit, Zunahme von Funktionen außerhalb der unmittelbare Fertigung, Zunahme nervlicher gegenüber muskulärer Belastung, steigende Anlagenintensität) auf Betriebsebene durchsetzen, ist ein zentrales Bestimmungsmoment des Arbeiterbewußtseins. Kern/Schuman haben diesen Sachverhalt wohl im Auge gehabt, als sie den Einfluß der technischen Entwicklung auf Denk- und Einstellungsmuster der Industriearbeiter untersuchen wollten. Das ist ihnen jedoch insofern mißlungen, als sie den gesellschaftlichen, und das heißt: antagonistischen Charakter dieser Entwicklung technizistisch verkürzt haben.

Arbeiterbewußtsein wurde von ihnen demnach als Ausdruck der unmittelbaren Arbeitssituation mißverstanden. In ihrer Studie vertreten sie die These, daß das Arbeiterbewußtsein, welches früher einmal eine geschlossene und in sich schlüssige Weltanschauung gewesen sei, mehr und mehr in ein unstrukturiertes Konglomerat von widersprüchlichen Einzelvorstellungen übergehe, und zwar im selben Maße, wie die frühere Einheitlichkeit industrieller Arbeitssituationen einer wachsenden Unterschiedlichkeit Platz mache.

Mit dieser These stehen Kern/Schumann in der Tradition von Popitz / Bahrdt u.a. (1957). Diesen kommt das Verdienst zu, die Widersprüchlichkeit des Arbeiterbewußtseins auf ihre Weise für die deutsche Nachkriegssoziologie entdeckt zu haben und interessierte Hoffnungen auf Integration oder Verbürgerlichung der Arbeiterklasse im „Schmelztiegel" (Geiger) einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft" (Schelsky) gehörig gedämpft zu haben. Gleichwohl mochten Popitz/Bahrdt nur halbherzig an klassentheoretischen Annahmen festhalten. Bestätigten ihre Untersuchungsergebnisse einerseits das Vorhandensein eines distinkten Arbeiterbewußtseins, so schienen sie andererseits gegen die marxistische These der Entstehung von Klassenbewußtsein zu sprechen. Jedenfalls deuteten die Autoren die ambivalente Urteile der Hüttenarbeiter über die gesellschaftlichen Verhältnisse, den technischen Fortschritt und ihr soziales Schicksal dahingehend, daß das traditionelle Klassenbewußtsein in Auflösung begriffen sei. Der Zerfallsprozeß des Klassenbewußtseins habe zu einem „dichotomischen Gesellschaftsbild" geführt, welches eine konsistente und perspektivische Sichtweise gesellschaftlichen Lebens nicht mehr verbürgen könne. Kern und Schumann haben diese Zerfallsthese gewissermaßen fortgeschrieben.

Die Kritik an der Zerfallsthese und an der zugrundeliegenden Reduktion des Arbeiterbewußtseins auf unvermittelte Arbeitserfahrung hat zunächst einmal ein forschungspraktisches Desinteresse an der „Arbeitssituation" bzw. an der stofflichen Arbeitstätigkeit als solcher hervorgerufen. Stattdessen läßt sich wachsendes Interesse an betrieblicher Erfahrung im weiteren Sinn, am Einfluß subkultureller Traditionen, der Arbeitskämpfe aber auch von Familie, Freizeit etc. auf das gesellschaftliche Bewußtsein der Arbeiter verzeichnen. Die Berücksichtigung dieser Einflußgrößen sollte nicht bloß kompensatorisch die „Einseitigkeit" der Studie von Kern und Schumann ausgleichen — so jedenfalls der Anspruch einer ganzen Reihe von Forschungsprojekten. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, wurden zum Teil erheblich theoretische Anstrengungen zur Rezeption der Marxschen Theorie unternommen, um einen tragfähigen Ausgangspunkt für empirische Untersuchungen zu gewinnen. Neuere Forschungsansätze sind deshalb an der Frage zu messen, wie sie die immer wieder konstatierte Widersprüchlichkeit des Arbeiterbewußtseins gesellschaftstheoretisch erklären und empirisch operationalisieren.

Bei weitgehender Übereinstimmung hinsichtlich des zu erklärenden empirischen Faktums gehen die theoretischen Interpretationen des widersprüchlichen Bewußtseins weit auseinander. So ist beispielsweise der von Kern/Schumann dargestellte Untersuchungsbefund unter marxistischen Sozialwissenschaftlern besonders heftig umstritten, wonach die meisten Arbeiter die technische Entwicklung wegen der zu erhoffenden Arbeitserleichterungen positiv, wegen der Freisetzungstendenzen jedoch

negativ beurteilen. Kern/Schumann wird nun einerseits vorgehalten, sie seien „außerstande, dieses Ergebnis näher zu analysieren und neigten in ihrer Auswertung dazu, Ambivalenz und Widersprüchlichkeit der allgemeinen gesellschaftspolitischen Auffassungen als festes Merkmal des Arbeiterbewußtseins anzusehen." (Berger 1974 S. 97) Andererseits wird moniert, sie stellten diesen Widerspruch vereinseitigend „als bloß 'pessimistische' Einschätzung der Arbeitsplatzsicherheit dar", anstatt „diese gleichsam totale Widersprüchlichkeit, die sich in den Befunden klar abzeichnet, deutlich heraus(zu)arbeiten und als wesentliches Strukturmerkmal des Arbeiterbewußtseins theoretisch zu interpretiren." (M. Tjaden-Steinhauer 1975 S. 54) Ob festes Strukturmerkmal oder nicht — beide Autoren sind sich jedenfalls allein schon wegen ihres marxistischen Anspruchs darin einig, daß das Arbeiterbewußtsein erstens ohne Berücksichtigung der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht begriffen werden kann, und daß es zweitens ebensowenig unveränderlich ist wie diese Verhältnisse selbst. Wie sich zeigt, wird dieser Minimalkonsens freilich sofort wieder hinfällig, wenn es um die Beantwortung der Frage geht, ob die Entwicklungslogik des subjektiven Faktors sich auf spezifische Weise von der Entwicklungslogik der objektiven Verhältnisse unterscheidet.

Ähnlich wie schon Goldthorpe/Lockwood u.a. (1968) die Eigenständigkeit sozialer Orientierungen gegenüber betriebsbezogenen Untersuchungen herausgearbeitet haben, versuchen einige Autoren ausgehend von klassentheoretischen und sozialpsychologischen Konzeptionen, die Widersprüchlichkeit des Arbeiterbewußtseins zu begründen. Dabei stützen sie sich auf die Annahme der „doppelten Konstitution" sozialer Wirklichkeit und leiten daraus eine relative Autonomie gesellschaftlicher Alltagsvorstellungen (vgl. Neuendorff/Sabel 1976; Hack 1977) gegenüber den objektiven Verhältnissen ab. Zugleich halten sie an der Idee der gesellschaftskritischen Potenz subkultureller Deutungsmuster fest, die bekanntlich auch der Gesellschaftsbildtheorie zugrundeliegt, ohne theoretisch zu explizieren, wie sich die im Begriff des Deutungsmusters immer schon mitgedachte Konsistenz mit der faktischen Inkonsistenz empirischen Arbeiterbewußtseins verträgt.

Nach Meinung von Eckart u.a. (1975) ist die der Deutungsmustertheorie wie in allen Konzepten normativer Orientierung unterstellte „Tendenz zur Konstanz, Verinnerlichung, Konsistenz und Verankerung im Sozialisationsprozeß" entschieden zu bestreiten. Demgegenüber fassen sie ihre eigenen Forschungsergebnisse in der These zusammen, daß die Entstehung kollektiver ökonomischer Interessenorientierungen und kritischen Bewußtseins mit vorgängigen Deutungsmustern wenig zu tun habe.

Gegen die These der relativen Autonomie wendet sich Herkommer (1976) mit einer prinzipiellen Begründung. Danach beansprucht die Marxsche Darstellung des Kapitalverhältnisses insofern Theorie der bürgerlichen Gesellschaft zu sein, als darin der Zusammenhang von ökonomischer Struktur, sozialen Beziehungen und Bewußtseinsformen systematisch entwickelt ist. Jede Spielart einer aparten Theorie des Gesellschaftsbewußtseins ist damit nicht nur überflüssig, sondern sie steht unweigerlich im Widerspruch zur Marxschen Ableitung der Bewußtseinsformen. Erst die begriffliche Rekonstruktion der wesentlichen gesellschaftlichen Zusammenhänge kann zeigen, warum die alltäglichen Bewußtseinsformen der Arbeiter zunächst mystifiziert und damit notwendig widersprüchlich bestimmt sind. Denn der Schlüssel zum Verständnis des

widersprüchlichen Bewußtseins liegt in der Widersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse als Totalität. Es ist der Gegensatz zwischen dem antagonistischen Inhalt der Klassenbeziehungen und ihrer harmonischen Form, der dem Gesellschaftsbewußtsein seinen Stempel aufprägt. Dementsprechend ist es nicht eine irgendwie geartete Inkonsistenz, worin sich die unmittelbaren Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums die Mehrwertproduktion, das „Geheimnis der Plusmacherei" (Marx) erklären wollen, an der eine Schärfung ihrer Einsicht in die gesellschaftlichen Widersprüche ansetzen kann. Solche Einsicht kann sich nur deshalb entwickeln, weil jene ideellen Widersprüche Ausdruck einer realen „Inkonsistenz" sind, die in der historischen Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise auf eine praktische Lösung drängt.

Die schroffe Absage an andersgelagerte Interpretationsversuche des Arbeiterbewußtseins hat eine Gegenkritik auf den Plan gerufen, die sich mit jener „unseligen Dreieinigkeit von Schematismus — Ökonomismus — Reduktionismus" (Bierbaum u.a., 177, a S. 133) auseinandersetzt, wie sie dieser Position unterstellt wird. Dabei stößt der Vorwurf, wesentliche Seiten des Arbeiterbewußtseins würden nicht berücksichtigt, zunächst ins Leere, weil sich auf der kategorialen Darstellungsebene des Marxschen „Kapital" das Problem der Differenz zwischen z.B. kognitiven und motivationalen Bewußtseinselementen noch gar nicht stellt. So gesehen sind alle wesentlichen Seiten des Gesellschaftsbewußtseins im Begriff des Kapitals aufgehoben. Damit ist das infragestehende Problem freilich bloß verschoben, und zwar auf die empirische Ebene, wo es indes keiner Lösung nähergebracht wird. Vielmehr besteht die Gefahr, daß sogenannte unwesentliche bzw. zufällige Aspekte, die nur summarisch unter der Rubrik der empirischen Mannigfaltigkeit zusammengefaßt werden und deren methodologischer Stellenwert nicht expliziert wird, gleichsam hinterrücks, d.h. mit gesundem Menschenverstand behaftet, in empirische Untersuchungen des Arbeiterbewußtseines einfließen. Hier ist dann gänzlich unbefangen die durchaus nicht aphoristische Rede von „zaudemder Zustimmung", „politischer Apathie", „zielgerichteten Formen des Mißtrauens" und „empfundener Ohnmacht". (Bierbaum u.a. 1977 b, S.82) Das ließe sich auch an weiteren empirischen Arbeiten demonstrieren. (Beckenbach u.a. 1975; Malsch 1975)

Eine genauere Auseinandersetzung hätte nicht nur darin implizierte Zusatzannahmen im Einzelnen aufzuspüren, sondern außerdem zu zeigen, daß die Autoren ihr eigenes Postulat, systematisch abgeleitete Begriffe und empirische Merkmale strikt voneinander zu trennen, durch unausgesprochenes Changieren zwischen den beiden Ebenen durchbrechen. Das gilt insbesondere für die gleichzeitig als abstraktester Entfremdungsbegriff und als unmittelbare empirische Einstellung gefaßte „Gleichgültigkeit des Arbeiters gegen den konkreten Inhalt seiner Arbeit". (vgl. Hopf/Hopf 1976) Weitere Untersuchungen müßten versuchen, den empirischen Gehalt jener „Gleichgültigkeit" zu präzisieren und die eigentümliche Gegensätzlichkeit innerhalb der Arbeitsmotivation im Hinblick auf relevante empirische Arbeitserfahrungen der Lohnabhängigen schärfer herauszuarbeiten. Dabei kann der Frage nach relativen Dequalifizierungsprozessen eine besondere Bedeutung zukommen.

Im Rahmen eines Forschungskonzepts, das Prozesse relativer Dequalifizierung untersucht, wäre zu prüfen, ob betriebliche Rationalisierungsmaßnahmen, technische Umstellungen etc. auch bei denjenigen Funktionsgruppen des produktiven Gesamtarbeiters zu restringierter Arbeitsmotivation führen, deren Qualifikation im Zuge der betreffenden technisch-organisatorischen Veränderungen angehoben werden. Zutreffendenfalls könnte sodann der Frage nachgegangen werden, inwieweit hier der Umstand verantwortlich ist, daß der in der unmittelbaren Arbeitssituation gewonnene Handlungsspielraum einzelner Arbeiter oder Arbeitsgruppen auf höherer Ebene ins Gegenteil verkehrt wird, indem die in den gegenständlichen Produktionsbedingungen, in Arbeitsorganisation und Betriebsmitteln inkorporierten wissenschaftlichen Produktionspotenzen in ungleich höherem Maße angewachsen sind. Gelänge ein solcher Nachweis, so wäre damit ein weiterer Schritt getan, um den von Marx rekonstruierten Verkehrungszusammenhang, wonach sich die Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit als Produktivkräfte des Kapitals darstellen, empirisch fruchtbar zu machen. Es versteht sich beinah von selbst, daß eine in der skizzierten Perspektive angelegte Untersuchung auf detaillierte Analysen industrieller Arbeitsarten nicht verzichten kann. Im Rückgriff auf die „Arbeitssituation", diesmal aber nicht als unmittelbare Determinante des Arbeiterbewußtseins mißverstanden, sondern als produktive Konsumtion lebendiger Arbeit im kapitalistischen Produktionsprozeß begriffen, wird schließlich auch eine profundere Beurteilung der Arbeit von Kern und Schumann ermöglicht, die der neueren industriesoziologischen Diskussion wichtige Anregungen gegeben hat.

Literaturverzeichnis

N. Altmann/G. Bechtler, Betriebliche Herrschaftsstruktur und industrielle Gesellschaft. Ein Ansatz zur Analyse, München 1971

V.M. Bader u.a., Krise und Kapitalismus bei Marx, Fft/M. 1975.

G. Bechtler, Produktionstechnik, Arbeitsorganisation, Qualifikationsstruktur — Skizze eines theoretischen Ansatzes, Referat auf dem 18. Deutschen Soziologentag 1976 (hektografiert).

N. Beckenbach u.a., Ingenieure und Techniker in der Industrie. Eine empirische Untersuchung über Bewußtsein und Interessenorientierung, Fft. 1975.

H. Berger, Untersuchungsmethode und soziale Wirklichkeit. Eine Kritik an Interview und Einstellungsmessung in der Sozialforschung, Frankfurt 1974.

Ch. Bierbaum u.a., Bewußtseinsformen des Alltagslebens, in: Beiträge zu wissenschaftlichen Sozialismus 3/1977 (a).

Ch. Eckart u.a., Arbeiterbewußtsein, Klassenzusammensetzung und ökonomische Entwicklung. Empirische Thesen zum „instrumentellen Bewußtsein", in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 4, Frankfurt 1975.

Ch. Bierbaum u.a., Ende der Illusionen? Bewußtseinsänderungen inder Wirtschaftskrise, Frankfurt 1977 (b).

F. Böhle/N. Altmann, Industrielle Arbeit und soziale Sicherheit. Eine Studie über Risiken im Arbeitsprozeß und auf dem Arbeitsmarkt, Frankfurt 1972.

W. Fricke, Arbeitsorganisation und Qualifikation. Ein industriesoziologischer Beitrag zur Humanisierung der Arbeit, Bonn-Bad Godesberg 1975.

J.H. Goldthorpe/D. Lockwood u.a., The Affluent Worker: Industrial Attitudes und Behaviour, Cambridge 1968.

H. Gottschalch/Ch. Ohm, Kritische Bemerkungen zur Polarisierungsthes bei Kern und Schumann, in: Soziale Welt 3/1977.

L. Hack, Subjektivitat im Alltagsleben. Zur Konstitution sozialer Relevanzstrukturen, Frankfurt 1977.

S. Herkommer, Vom Elend der Industriesoziologie. Kritische Bemerkungen zu neuere Forschungsansätzen, in: SOPO 16/1972.

S. Herkommer, Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß und Bewußtsein als Vermittlungszusammenhang, Referat auf dem 18. Deutschen Soziologentag 1976 (hektografiert).

Ch. Hopf/W. Hopf, Gleichgültigkeit und Identifikation als Kategorien der Analyse von Klassenbewußtsein, in: Prokla 6/1976.

H. Kern/M. Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. Eine empirische Untersuchung über den Einfluß der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewußtsein, Frankfurt 1970.

W. Lempert/W. Thomssen, Berufliche Erfahrung und gesellschaftliches Bewußtsein. Untersuchung über berufliche Werdegänge, soziale Einstellungen, Sozialisationsbedingungen und Persönlichkeitsmerkmals ehemaliger Industrielehrlinge, Bd I., Stuttgart 1974.

W. Lempert, Industriearbeit als Lernprozeß? Eine Auseinandersetzung mit dem „dynamischen" Konzept der Industriesoziologie von Werner Fricke, in: Soziale Welt 3/1977.

B. Lutz, Produktionsprozeß und Berufsqualifikations, in: Adorno (Hrsg.), Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages, Stuttgart 1969.

B. Lutz, Berufliche Bildung als gesellschaftlicher Fortschritt. Thesen zum Referat auf der IG-Metall-Tagung „Krise und Reform der Industriegesellschaft", Köln 1976 (Masch. Skt.).

Th. Malsch, Ingenieure und Techniker in einem Produktionsbetrieb. Eine explorative Studie ihres sozialen Selbstverständnisses, Diss. FU-Berlin 1975.

O. Mickler u.a., Technik Arbeitsorganisation und Arbeit. Eine empirische Untersuchung in der automatisierten Produktion, Frankfurt 1976.

H. Neuendorff/Ch. Sabel, Zur relativen Autonomie der Deutungsmuster, Referat auf dem 18. Deutschen Soziologentag 1976 (hektografiert).

H. Popitz/H.P. Bahrdt u.a., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie, Tübingen 1957.

Projektgruppe Automation und Qualifikation, Automation in der BRD, Argument Sonderband, Berlin 1975.

M. Tjaden-Steinhauer, Das Gesellschaftsbewußtsein der Arbeiter. Umrisse einer theoretischen Bestimmung, Köln 1975.

F. Weltz u.a., Facharbeiter im Industriebetrieb. Eine Untersuchung in metallverarbeitenden Betrieben, Frankfurt 1974.

Hans Jörg Sandkühler

Über die Einheit von Politik und Geschichte

Zum Internationalen Gramsci-Kongreß, Florenz, Dezember 1977.

I.

Die Debatte über Antonio Gramsci, in die mit Beiträgen von A. Mazzone und Chr. Buci-Glucksmann auch die SOPO (Nr. 41) eingegriffen hat, verbreitert und vertieft sich in einem Maße, „daß es heute, vierzig Jahre nach Gramscis Tod, keine Entschuldigung mehr dafür gibt, ihn nicht zu kennen".[1] E.J. Hobsbawms Feststellung wird man auch dann vorbehaltlos unterstreichen, wenn man seine Begründung nur mit Einschränkungen teilt: „nämlich, daß Gramscis zentraler Beitrag zum Marxismus darin besteht, einer marxistischen Theorie der Politik den Weg bereitet zu haben"[2]. Das Gramsci der marxistischen Politik und Praxis in Italien den Weg bereitet, steht — sollte es hier Zweifel gegeben haben — mit dem *Convegno Internazionale di Studio: Politica e Storia in Gramsci* (Florenz, 9. — 11. Dezember 1977) fest. Ein denkwürdiger Kongreß, ein in vielerlei Hinsicht ungewöhnliches Ereignis, der dritte der Zehnjahreskongresse nach dem mit der Gründung des *Istituto Gramsci* im Jahre 1958 (Rom) zusammenfallenden und dem von Cagliari (1967). Die Theorie trifft in Italien auf neue Bedingungen und es ist kein Zufall, daß diese Theorie wie keine zweite fähig ist, den Prozeß der Beziehungen zwischen der „Philosophie der Praxis" (Für Gramsci synonym mit 'Marxismus') und der Herstellung sozialer, ökonomischer, politischer und ideologischer Bedingungen für die Verwirklichung des wissenschaftlichen Sozialismus zu analysieren und zu erklären. Die veränderten Bedingungen springen bereits äußerlich ins Auge, ohne aber in Äußerlichkeiten aufzugehen. Veranstalter des Kongresses war nicht mehr das Gramsci-Institut; es sind institutionelle politische Voraussetzungen geschaffen, die es als möglich und bereits als selbstverständlich erscheinen lassen, den Kongreß unter der Schirmherrschaft der *Giunta Regionale Toscana,* der *Amministrazione Provinciale die Firenze* und der *Comune di Firenze* auszurichten.

Angesichts der gewollten Verdrängung der Geschichte der Arbeiterbewegung in das Abseits einer praxisfernen Historiographie durch die heutige deutsche Sozialdemokratie und unter dem Eindruck des in der BRD massiv gestörten historischen Bewußtseins insgesamt konnte der Kongreß zum Anlaß für eine Sehnsucht nach Kontinuität werden: er wurde im großen Saal des Monuments der Medici, im Palazzo Vecchio, eröffnet; die Illusion scheint mit dem Auftritt historisch kostümierter Fanfarenbläser und mit einem unter der segnenden Hand einer Papststatue harrenden Kongreßpräsidium perfekt. Es wäre gefährlich, der Illusion nachzugeben. In Gramsci würdigt die Kommunistische Partei Italiens den Theoretiker des historischen Widerspruchs, der Dialektik der Klassen, der Revolution, der die Diskontinuität der italienischen Geschichte als Kontinuum begreift. Geschichte ohne Nostalgie, in der Perspektive des Fortschritts, den durchzusetzen die Partei antritt. Über das *Wie* in eine

kontroverse Debatte einzutreten eignet sich die Theorie Gramscis, in deren wesentlichen Aspekten die Probleme der italienischen Entwicklung im Brennpunkt gebündelt sind. Der Kongreß hat der riskanten Tendenz der Stilisierung Gramscis zum Klassiker nicht mühelos widerstanden, aber er hat es. Es verdient unter dem Gesichtspunkt der theoretischen und methodologischen Probleme der *Rezeption* Aufmerksamkeit, daß die Tendenz des Übergangs von der politisch-ideologischen Aktualität, der lebendigen Verwurzelung im Italien von heute, zum 'klassischen' Gegenstand der Interpretation und der Kontemplation eng verkoppelt ist mit einer anderen: mit der Tendenz zur Schrumpfung des Revolutionärs zum Evolutionisten, des Dialektikers zum Denker gleitender Übergänge, des Politikers und Parteiführers zum Ideologen des Kompromisses. Die Situation des in Italien geradezu sinnlich wahrnehmbaren Umschwungs, des Umbruchs im Kräfteverhältnis zwischen den Klassen und innerhalb der Arbeiterklasse nährt diese Tendenz zwangsläufig — *und* mit ihr die Gegentendenz, deren Ausdruck der Kongreß letztlich wurde. Theorie in der Mitte der gesellschaftlichen Praxis — dies ist der Ort Gramscis. Er selbst hatte Reste von Mechanizismus darin gesehen, wenn „man von der Theorie als 'Komplement', 'Zubehör' der Praxis spricht, die Theorie als Magd der Praxis ansieht".[3]

Gramsci hat wie kaum ein marxistischer Theoretiker seit Lenin das Problem der Theorie mit deren Trägern, den Intellektuellen, verbunden gesehen. Für die marxistische Theorie stellt sich ihm die Frage nicht nur nach Klassenherkunft und Klassenstandpunkt der Intellektuellen, sondern es stellt sich ihm diese Frage erst angemessen im Rahmen der grundsätzlicheren nach der Beziehung von Intellektuellen und Massen, von Intellektuellen und Organisation, von Intellektuellen und Partei. Wenn der Kongreß als Forum nicht zuletzt der Intellektuellen in der Partei inmitten tagtäglicher politischer Aufgaben und Schwierigkeiten in Kommunen, Regionen, in Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Organisationen die Notwendigkeit der Theorie rechtfertigt und in vollem Bewußtsein seiner praktische Funktion praktizistische Entschuldigungen vermeidet, dann entspricht dies einer wichtigen Gramscianischen Erfahrung, die Lenins *Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis* konkret faßt: „Auf dem 'praktischen' Element des Theorie-Praxis-Nexus zu bestehen, nachdem beide Elemente gespalten, getrennt und nicht bloß unterschieden wurden . . ., bedeutet, daß man eine relativ primitive, eine noch ökonomisch-korporative Phase durchläuft, in der sich der allgemeine Rahmen der 'Basis-Struktur' quantitativ verändert und die entsprechende Überbau-Qualität zwar im Entstehen begriffen ist, sich aber noch nicht organisch entwickelt hat"[4].

Die Debatten des Kongresses haben auf den ausländischen, mit aller Deutlichkeit auf Unterschiede der Entwicklung der demokratischen und Arbeiterbewegungen verwiesenen und auf die Besonderheit einer großen imperialistischen Macht im eigenen Land gestossenen Beobachter als deutliche Indizien gewirkt. Diese Indizien zu verstehen hat Gramscis Theorie die Kategorien des *blocco storico* und der *egemonia* beigesteuert: die italienische Entwicklung der Öffnung des Weges zum Sozialismus vollzieht sich nicht allein politisch in den Institutionen des Staats

und nicht allein in den Organisationen der Arbeiterbewegung; sie tendiert zu zunehmender Einheit von Politik und Bewußtseinsbildung und drückt sich nicht zuletzt aus in einer neuen Selbstverständlichkeit des *politischen* Intellektuellen. Die kommunistische und sozialistische Linke ist auch in der Theorie, auch wo sie mit Gramsci arbeitet, ein integriertes Element im Prozeß der Erringung der Hegemonie. Aber auch hier ist Klarheit darüber nötig, daß Gramsci den historischen Block der materiell-gesellschaftlichen Verhältnisse und der Ideologien ebensowenig wie die hegemonialen Beziehungen innerhalb der Klasse und der Klassen zueinander als Reservate der Widerspruchsfreiheit gedacht hat.

Nicht allein in der Breite des Spektrums von Kongreßbeiträgen war diese notwendige Widersprüchlichkeit offensichtlich; die sehr ernsthaften und wichtigen Beiträge von Vertretern etwa der sozialistischen PSI oder auch von Theologen und Kirchenvertretern beweisen weit über die Tatsache des Funktionierens von Pluralismus hinaus, daß die Politik des *historischen Kompromisses* den Widerspruch nicht außer Kraft setzt und den Marxismus ebensowenig wie die ideologischen Fundamente der Aktionspartner als Kompromiß-Gegenstand zur Disposition stellt. Die Vielfalt und Mannigfaltigkeit der von den demokratischen Kräften erreichten Positionen widerspiegelte sich in Kontroversen über die Bedeutung Gramscis und einzelner Elemente seiner Theorie; die Konturen ideologischer Gemeinsamkeit unter Marxisten werden dabei überschattet, wenn gelegentlich der Meinungsstreit, statt prinzipiell zu sein, zum Prinzip wird. Die Freiheit der Theorie, der Kritik, der Interpretation hat freiich — dies zeigt der Kongreß — die Notwendigkeit der politischen Handlungsfähigkeit und der Praxis zum Alliierten und sie treibt zu eindrucksvoller politischer Beweglichkeit: es ging selten um *Stand*punkte und durchgängig um Fortschritte. Der Dank der Politiker, in der Eröffnungssitzung an die 'Gramscianischen Intellektuellen' gerichtet, war zugleich die Aufforderung, das demokratische Programm als Angebot an die Massen des Landes theoretisch zu prüfen und zu sichern. Die Hoffnung auf die neue Gesellschaft sei, so wurde mehrfach betont, realistisch; zu diesem Realismus gehört die Erinnerung, daß Gramsci Opfer des Faschismus wurde. Und Realismus bedeute so, den Charakter des bürgerlichen Staats in Rechnung zu stellen und die Mehrheit der Werktätigen in *Allianzen der Klasse* zu organisieren. *Gramsci* ist ein Programm, zu dessen Kontext der antifaschistische Kampf gehört und mit diesem, was Einheit erst begründet: die Pluralität der demokratischen Kräfte als Resultat des gesellschaftlichen Prozesses in Italien.

Die thematische Zusammensetzung der ersten Hauptvorträge entsprach diesem Vorrang der politischen Perspektive; sie orientierte auf *das* Problem, dessen Lösung vor der KPI und ihren Partnern als Aufgabe steht, auf die Beziehung von Staat und *società civile*, Staat und hegemonialem Kampf der Werktätigen vor und nach der sozialistischen Umwälzung. So war es nur folgerichtig, daß bereits der umfassende Bericht von Nicola Badaloni (Präsident des Istituto Gamsci) über zehn Jahre Gramsci-Forschung in Überlegungen zum Leninismus Gramscis, zur Modellhaftigkeit der Sozialistischen Oktoberrevolution, zur notwendigen Einheit von staatlicher Verfaßtheit der Hegemonie der Arbeiterklasse und kritischem anti-

etatistischem Impuls und zum Konzept der *rivoluzione passiva* mündete. Die Strategie einer Diktatur des Proletariats, die lediglich institutionelle staatliche Gewalt und nicht zugleich die allseitige Veränderung der Bedürfnisse und die Beherrschung des gesamten gesellschaftlichen Lebens anziele, können sich auf Gramsci nicht berufen. Badaloni verwahrte sich nachdrücklich gegen die durchsichtige Polemik, eine kommunistische Hegemonie in Italien als Anfang eines chilenischen Endes an die Wand zu malen; die Antwort der Kommunisten bestünde in ihrer Konzeption von Demokratie und Pluralismus.

Als programmatischer Hauptvortrag kann Eric J. Hobsbawms Beitrag *Gramsci und die politische Wissenschaft* gelten: Gramsci habe einen systematischen Mangel der Marxschen Theorie behoben, — den einer Theorie des Politischen. Trotz des Primats, den Marx der Politik für die Praxis zuerkannt habe, habe er den Begriff des Politischen nur soweit entfaltet, wie dies der Rahmen der Ökonomie notwendig gemacht und zugelassen habe. Als politischer Führer einer Massenpartei habe Gramsci eine über Marx, auch über Lenin hinausgehende Erfahrung systematisieren können. Die Philosophie der Praxis — so Hobsbawms These — anerkennt die Politik als zentrale menschliche Aktivität und räumt ihr deshalb eine autonome Stellung ein. Das Defizit der marxistischen Theorie an Analysen des Politischen hat in der Entwicklung der Arbeiterbewegung seine Spuren hinterlassen: das Nachdenken über den Zusammenhang von Staat und sozialistischer Transformation ist weitgehend dem Revisionismus überlassen geblieben. Gramscis Thema einer passiven Revolution, einer an die Stelle gesellschaftlicher Massenbewegung tretenden quasi-revolutionären oder auch partiell-revolutionären Aktivität der Institutionen des Staats, sei provoziert durch den Faschismus, jedoch auch durch Züge der Entwicklung der Sowjetunion. Wieder stärker zu berücksichtigen sei Gramscis mit Marx geteilte Einsicht, daß der Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft und für den Aufbau des Sozialismus ein Kontinuum bilde, an dem gemessen die Überführung der Macht an die Arbeiterklasse nur ein Moment darstelle: Der Kampf für die Umwandlung der Arbeiterklasse in die dominierende Klasse ist der Prozeß, durch den hindurch sich Elemente der neuen Gesellschaft bereits vor der Machtübernahme herausbilden. Aus dieser Einsicht heraus habe Gramsci der Analyse der Beziehungen zwischen Parteiführung, Partei und Massen große Bedeutung beigemessen. In einer Phase der revolutionären Bewegung, in welcher der Übergang nur noch als Demokratie mit Mehr-Parteien-Struktur vorgestellt werden könne, müsse man theoretisch über Gramsci hinausgehen. Das Problem des demokratische Zentralismus habe er nicht gelöst. Hobsbawm: „Gramsci war kein Eurokommunist avant la lettre".

Der Gramsci-Kongreß hat in Italien große Beachtung gefunden. Man wußte: es ging nicht um Theorie um ihrer selbst willen. An Ratschlägen, mit Gramsci fertig zu werden, hat es nicht gefehlt. Massimo L. Salvadori, der mit N. Bobbio und anderen Sozialisten und Liberalen im Herbst 1975 eine vehemente die ganze Linke umspannende Staats-Diskussion ausgelöst hatte[5], überschrieb seinen Leitartikel in *La Repubblica* (9.12.77) mit der Suggestivfrage „Warum nicht eingestehen, daß Gramsci fern ist?", um im Untertitel vorzuschlagen: „Es ist Zeit einzuschätzen,

wieviel uns von der These trennt, daß das Proletariat eine einzige Partei und die Revolution eine einzige Theorie haben!" Die kommunistische Gramsci-Rezeption sei nur der Versuch der Quadratur des Kreises: die Krise Italiens könne auch von der KPI nicht als revolutionäre Situation im Sinne der marxistisch-leninistischen Theorie beurteilt werden; Gramsci aber sei Revolutionstheoretiker. Salvadori: „Man bedient sich eines revolutionären Schriftstellers, um eine reformistische Politik zu rechtfertigen". *L'*Unità veröffentlicht am gleichen Tage einen Artikel von Biagio de Giovanni *Welcher Marxismus befindet sich in einer Krise?*, der die modischen Beschwörungsformeln vom Marxismus in der Krise zurückweist und doch nur annährend als entschiedene Antwort zu lesen ist: „Die realen Marxismen sind nicht vom Gulag verschüttet, und der Gulag überdeckt weder das Jahr 1917 noch die sowjetische Realität noch deren Funktion in der Welt". Zugleich jedoch separiert de Giovanni 'den' Marxismus der III. Internationale aus der Entwicklung des Sozialismus; in dieser Allgemeinheit wird der Versuch der Differenzierung zum Pauschaldementi: „In der Krise befindet sich eine Form des Marxismus, die der III. Internationalen ihre Physiognomie verliehen hat. Dieser Marxismus liefert keine angemessenen Instrumente mehr für das Verständnis der neuen wirklichen Prozesse".

Nicht diese Pauschalität, sondern die angestrengte Suche nach Konkretionen strategischer Einsätze theoretischer und politischer Mittel des Marxismus wurden repräsentativ für den Kongreß. Die Titel der drei großen Berichte in *L'*Unità charakterisieren eine Entwicklung der Argumentation, die sich in den annähernd einhundert vorbereiteten Diskussionsbeiträgen und spontanen Interventionen vor einem überaus interessierten, weit über tausendköpfigen Publikum zu immer klareren Begründungen dafür bewegt hat, warum von Gramsci zu lernen ist: *Politik und Geschichte bei Gramsci — Im Zentrum der Debatte die Themen der Revolution im Westen — Die Kräfte des Übergangs im Horizont des Staates.* In der Tat, der greifbare Horizont einer Veränderung des Staates und der italienischen Gesellschaft hat die Ernsthaftigkeit der Kontroversen, die Deutlichkeit gelegentlicher politischer Akzentsetzungen durch führende Persönlichkeiten der KPI wie auch das eine oder andere mal voreilige Anpassungstrends bestimmt. Theorie verliert ihre Harmlosigkeit und Folgenlosigkeit angesichts der Verantwortung für die Zukunft des Landes und der Nation. Die beiden weiteren Plenumvorträge, Alberto Caracciolos Studie über *Gramsci und die Geschichte seiner Zeit* und *Valentino Gerratanas* Einklagen *Gramscis als revolutionären Denkers* — verbunden mit dem Bestehen auf der Notwendigkeit der marxistischen Klassentheorie —, haben eine bewundernswert faire, in der Sache harte und gegenüber dem Antipoden von Respekt geleitete Diskussion eröffnet, die im wesentlichen von folgenden Problemstellungen geprägt war:

- Marxismus und Wissenschaft von der Politik
- Analyse des modernen bürgerlichen und sozialistischen Staats
- Demokratie und Pluralismus
- Oktoberrevolution und die Besonderheiten nationaler Entwicklungen der Arbeiterbewegung

— Partei und Arbeiterklasse
— Historischer Determinismus und die Analyse des 'Möglichen'
— Massenbewegung und passive Revolution
— der Übergang zum Sozialismus und die Notwendigkeit der Weiterentwicklung kommunistischer Strategie und Taktik.

Die Anwesenheit von Pietro Ingrao (Präsident der Abgeordnetenkammer), Alessandro Natta und Edoardo Perna (Präsidenten der kommunistischen Fraktionen in Kammer und Senat) und weiterer führender Mitglieder von Direktion und Zentralkomitee der KPI hat die Rolle Gramscis für Italien gewürdigt wie die von Gästen aus der UdSSR, der DDR, England, Rumänien, Spanien, Jugoslawien, Fankreich, der BRD, VR Ungarn und Österreich das internationale Interesse an Theorie und Politik in Italien unterstrichen hat. Es berührt kein Geheimnis, wenn die Intervention von E. Smirnow (ZK d. KPdSU) hier herausgehoben wird: die Auseinandersetzung um die Sowjetunion beherrscht weite Strecken der internationalen Diskussion. Smirnows Antwort auf Hobsbawm und gelegentliche polemische Anmerkungen zur Frage der innersowjetischen Demokratie hat gezeigt, daß Meinungsverschiedenheiten sachlich und nutzbringend ausgetragen werden können. Es handelt sich nicht um diplomatische Leerformeln, wenn Smirnow mit Bezug auf Lenin besondere Züge der Oktoberrevolution auf Westeuropa zu 'übertragen' für unmöglich erklärte. Mit der gleichen Eindeutigkeit wies er aber auch die Vorstellung zurück, die UdSSR stelle — mit den Kategorien Gramscis — lediglich ein *dominio* dar, nicht aber die *egemonia,* im Klartext: nicht Freiheit und Demokratie, sondern Diktatur. Hätte die UdSSR, nach der Auffassung Hobsbawms, tatsächlich nur die Probleme der Nationalitäten und der ökonomische Planung gelöst, nicht aber weitere wesentliche Kriterien des sozialistischen Aufbaus (wie etwa der Formation der Massenkultur und der demokratischen Rechte der Arbeiterklasse) erfüllt, — sie hätte den Kampf gegen den Faschismus kaum siegreich beenden können. In der Perspektive des historisch entwickelten Sozialismus und der nationalen Wege aller revolutionären Parteien stelle sich Gramsci als Verteidiger der Erfahrungen der Oktoberrevolution und als konsequenter Leninist dar. Gerade mit Blick auf diesen und viele weitere Beiträge muß es als Forderung an die Gramsci-Debatte gelten, sich der Vorbedingungen der Gramsci-Lektüre zu vergewissern, die Prämissen der Rezeption zu nennen, kurz: historisch und materialistisch zu lesen.

Wie kaum noch einmal ist dieses Erfordernis eines nicht durch überhistorische Abstraktheit belasteten Arbeitens mit Gramsci durch Pietro Ingraos leidenschaftliche Intervention zum Leitfaden der Diskussion geworden. Von der fundamentalen Krise des Staats und seiner Institutionen ausgehend forderte Ingrao einen völlig neuen Zusammenhang von Staat, *società civile* und Massen. Der Versuch, durch gradualistische Korrekturen des staatlichen status quo Veränderungen einzuleiten, könne nur scheitern. Führung, Lenkung, Steuerung — sie als einfache operative Eingriffe sozusagen von einem *Außenstandpunkt gegenüber dem Staat* vorzustellen sei illusionär und unpolitisch. Die Theorie sei konfrontiert mit neuen Erscheinungen: die Beziehung zwischen Massen und Politik sei heute entscheidend geprägt durch

die neue Rolle der Gewerkschaften; Klassenbewußtsein bilde sich in neuen gesellschaftlichen Erfahrungsbereichen; die aus veränderten zwischenmenschlichen Beziehungen entstehenden Probleme seien explosiver denn je zuvor. Die Partei sei gefordert durch die dringliche Aufgabe einer intellektuellen und moralischen Veränderung und könne sich doch selbst nicht mehr als charismatische Avantgarde voraussetzen. Gramscis Werk bietet — so Ingrao — gegenüber Dogmatisierungen und Schematismen schöpferische Ideen, die auf dem Niveau der heutigen Wirklichkeit stehen.

Nicola Badaloni zog als Fazit des Kongresses: kein Abschieben Gramscis in die Rolle des pater patriae; statt dessen ein Gramsci-Verständnis, welches das Angebot, den Anreiz zur Auseinandersetzung nicht ausschlägt und den Typus des *politischen Intellektuellen,* der aktiv in die Veränderung der Gesellschaft eingreift, als legitimen Erben Gramscis anerkennt[5].

II.

Es zeichnet sich ab, daß Antonio Gramsci auch in der BRD den Platz einnimmt, der ihm in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung gebührt. Die Sozialismus-Diskussion beschleunigt die Gramsci-Rezeption. Eine politische Kernfrage lautet dabei: ist Gramsci der Leninist par excellence unter den fortgeschrittenen sozialökonomischen, politischen und ideologiscen Bedingungen Westeuropas oder aber der Theoretiker des sogenannten westlichen Marxismus? Eine methodologische Kernfrage lautet: kann es eine philologische Arbeit an Gramsci geben, die dem Typus seiner Theorie selbst nicht entspricht und Theorie und Politik erneut auseinanderschlägt?[6]

Bereits diese Fragestellung zeigt ein im Vergleich zu den 60er und beginnenden 70er Jahren verändertes Interesse. Denn die *Philosophie der Praxis* war zunächst nur als progressive Variante der Philosophie traditionellen bürgerlichen Typs aufgefaßt worden. Für Alfred Schmidt stand Gramsci „in dem Umkreis der in den 30er Jahren von Horkheimer, Adorno und Marcuse konzipierten kritischen Theorie"[7]. Charakteristisch für theoretizistische Gramsci-Rezeption der Universitätswissenschaft auch Gerhard Roths Buch *Gramscis Philosophie der Praxis.* Roth geht davon aus, daß „nirgendwo Ersatz für die Leitinhalte der traditionellen Aufklärung vorhanden zu sein scheint, die von dieser mit den Termini 'Subjektivität', 'Freiheit', 'Menschlichkeit' umschrieben wurden. Es stellt sich daher die Aufgabe, nach Modellen zu suchen, die es ermöglichen, jene Leitinhalte zu bewahren und sie zugleich mit einem neuen, den Problemen der modernen Gesellschaften angemessenen Kontext zu versehen. Ein solches Modell ist die 'Philosophie der Praxis' des italienischen Marxisten Antonio Gramsci. Gramsci hat es in ihr unternommen, in der Auseinandersetzung mit der deterministischen Orthodoxie seiner Zeit den Marxismus im umfassenden Sinne zu einer 'Philosophie der Aufklärung' werden zu lassen"[8].

In diesem Gramsci-Bild wirkt sich nicht zuletzten die neo-bordighistische Gramsci-Kritik Chr. Riechers negativ aus, der Gramsci „als letzte großen Ideologen

der demokratischen Tradition Italiens" dargestellt hat. Im Wortlaut: „die bürgerliche Marxismusrezeption . . . findet ihre Apotheose im Werk eines Mannes, der, weil er seiner Zugehörigkeit zu einer revolutionären Partei nicht abschwor, Kerker und schwerer Krankheit trotzend, von seiner theoretischen Vergangenheit überwältigt wurde. Direktes Opfer des Faschismus, ist er zugleich ein indirektes Opfer der Degeneration der kommunistischen Bewegung"[9].

Die marxistische Gramsci-Diskussion in der BRD ist nicht unangefochten, sie steht im Kontext des ideologischen Klassenkampfs. Wenn Gramsci von der Sozialdemokratie usurpiert werden sollte bzw. heute von Jochen Steffen in der Pose des Kritikers der Sozialdemokratie für den Reformismus einer 'neuen Linken' vereinnahmt wird, wird man nicht dazu schweigen können. Unter dem Titel *Eurokommunismus* karikiert Steffen die KPI als Partei eines „konsequenten Reformismus". Weiter heißt es da: „Die Strategie der KPI zielt . . . auf Errichtung eines von ihr geführten sozialen Bündnissystems . . . Sie will über soziale Macht an die politische Herrschaft, um soziale Veränderungen vorzunehmen. Sie will das durch die Verfassung mit der Verfassung. Sie will sich auch abwählen lassen. Das kann man der KPI glauben oder nicht. Ihre eigene, innere Parteistruktur ist immer noch leninistisch. D.h. ihre innere Demokratie ist schaumgebremst. Theoretisch vertritt die KPI einen konsequenten Reformismus". Die Pointe: „Der Italiener Gramsci — wohl der Vater des Eurokommunismus —" habe dieses Theoriemodell entwickelt. „Gramsci hat Bernstein systematisiert." Gerichtet gegen „die Diktatur des Parteiapparates über den Staat, über die Menschen" und zugleich gegen die „Reformisten, die längst antireformistisch geworden sind", sei Gramscis Theorie „ein zweischneidiges Schwert"[10].

In dieer Auseinandersetzung wird die Perspektive *Togliattis* entscheidend: „Das Verhältnis Gramscis zum Leninismus zu analysieren bedeutet, nicht nur die Positionen, die Gramsci in der philosophischen und theoretischen Auseinandersetzung ausgearbeitet und vertreten hat, zum Gegenstand der Untersuchung zu machen, sondern ebenso seine praktische Tätigkeit als Politiker, Gründer und Führer der Partei der Avantgarde der italienischen Arbeiterklasse". Dies sei „die einzig richtige Methode . . ., zum Werk Gramscis Zugang zu finden . . . Gramsci war ein Theoretiker der Politik, aber er war in erster Linie ein Politiker der Praxis, d.h. ein Kämpfer"[11].

Was aus Togliattis Sicht für eine marxistische Gramsci-Rezeption folgt, sei kurz in Thesen formuliert:

These 1: Die Philosophie der Praxis entfaltet ihre strategische Wirkung als eine Theorie neuen Typs. Sie entsteht gegenüber dem Typus der bürgerlichen, von der materiellen Praxis der Klasse getrennten Theorie im politischen Prozeß der Dialektik der Hegemonien. Die organisierte Macht der Arbeiterklasse tritt aus der Latenz des Kapitalverhältnisses heraus. Die Partei wird zum Ergebnis der Tatsache, daß die materielle Produktionsweise den gesamten *blocco storico* prägt. Eine Gramsci-Rezeption, die im Rahmen der bürgerlichen Arbeitsteilung bleibt und die Theorie von der Praxis der Klasse löst, ist anachronistisch.

These 2: Die Rezeption Gramscis in der BRD steht und fällt mit der Strategie der Verteidigung der Demokratie und der Öffnung des Wegs zum Sozialismus. Im Rahmen der demokratischen Bewegung sind die Kommunisten an der Durchsetzung dieser

Strategie beteiligt. Die Gramsci-Rezeption wird zu einer kollektiven politischen Aufgabe, deren Realisierung von politischen und ideologischen Voraussetzungen abhängt, wie sie im Rahmen der Organisationen der Arbeiterklasse existieren. Zur Theorie neuen Typs gehört der Intellektuelle neuen Typs, der wissenschaftliche Politiker in der Arbeiterbewegung.

Warum lesen wir Gramsci? Weil der Marxismus in Gramsci ein Verständnis der Kontinuität der Geschichte der Gesellschaft und der Nation, ein Verständnis der Dialektik der ökonomischen Gesellschaftsformation, ein Verständnis der Vermittlungen des *blocco storico* erreicht, welches — ungeachtet einiger Widersprüchlichkeiten seiner nicht-systematischen Theorie — der Komplexität der gesellschaftlichen Entwicklung entspricht, auf Schematismen verzichtet und Mechanismus wie Voluntarismus verhindert.

Das Mißverständnis, kapitalistische Produktionsweise und bürgerlicher Staat seien nicht nur *dominant* vom Kapital determiniert, sondern geradezu mit dem Kapital *identisch,* stellt heute eines der ideologischen Hemmnisse der demokratischen Entwicklung dar. Es verleitet zum Attentismus. Gramsci vertieft die Marxsche Einsicht, daß der Kapitalismus und die bürgerliche Gesellschaft nur als *Dialektik der Klassen,* also nicht mechanisch nach dem Muster von 'oben' und 'unten' begriffen werden können. Der Faktor Arbeiterklasse ist nicht nur die Kehrseite des Faktors Kapital; er ist vielmehr Subjekt der Entwicklung. Die Masse der Werktätigen hat auch in der BRD Positionen erkämpft, von denen aus die Erringung der Hegemonie historisch möglich erscheint. In Gewerkschaften, kommunistischen und sozialistischen Organisationen, im Bündnis der demokratischen Kräfte, Bürgerrechtsbewegungen, in der 'zweiten Kultur' und in der Wissenschaft entfalten sich Elemente dieser Hegemonie.

Die Phase der Öffnung des Weges zum Sozialismus darf nicht nur als Vor-Geschichte des Sozialismus gelten; in ihr entscheidet der Erfolg im Kampf gegen die Repression und für die Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen über die Existenz von Menschen, über die Existenz der Masse der Werktätigen in Frieden *oder* Krieg, Freiheit *oder* Unfreiheit, Sicherheit des materiellen Lebensniveaus *oder* Hunger und Sorge. Deshalb gilt unsere Arbeit zunächst der Verteidigung der Demokratie und der politischen Rechte vor allem im Produktionsbereich. Zugleich aber verlangt die Realität der Dialektik der Klassenentwicklung nach einer Strategie für den Sozialismus. Der Kampf für die demokratischen Freiheiten der Massen ist Kampf für den Sozialismus. Dieser Kampf ist trotz der Ballung imperialistischer Macht nicht chancenlos, wenn er der historischen Tendenz des Übergangs nicht widerspricht. Im Gegensatz zur maximalistischen Kritik die Bourgeoisie als hegemoniale Macht zu sehen, ihren Machtverlust an vielen über die engen Bereiche politischer Gewalt hinausgehenden Fronten genau zu analysieren und im Erstarken demokratischer Alternativen den Kern der Hegemonie der Arbeiterklasse zu entdecken, — dies sind Perspektiven eines Gramsci-Studiums unter unseren Voraussetzungen.

Einheit von Geschichte und Politik — für die Gramsci-Lektüre entspringt hier ein Prinzip, welches nur um den Preis der Wirkungslosigkeit verletzt werden kann: Gramsci ersetzt nicht das Studium der Geschichte und Theorie der deutschen Arbeiterbewegung. Die Entwicklung der Sozialdemokratie, die Partei Liebknechts, Luxemburgs und

Thälmanns, die Niederlage im Faschismus, die Erfahrung der Befreiung vom Faschismus, die Existenz eines sozialistischen deutschen Staats bestimmen Besonderheiten unserer Gramsci-Rezeption. Wir arbeiten nicht an Gramsci, um uns in die Illusion zu begeben, auf diese Weise zu ideellen Zeitgenossen der fortgeschrittenen Arbeiterbewegung Italiens werden zu können. *Gramsci* ist kein Fluchtpunkt, sondern der Einsatz eines Lernprozesses. Im Spiegel der Theorie Gramscis die Probleme unseres Landes, unserer Arbeiterklasse, unserer demokratischen Bewegung erkennen oder nichts erkennen lautet die Alternative. Kategorien wie *blocco storico* und *egemonia* können zu wesentlichen Erkenntnismitteln werden, Mitteln zu verändernder Praxis. Außerhalb dieser Praxis sind sie Kategorien von der Qualität Gramscianischer nicht mehr. Die Gramsci-Diskussion in der BRD ist ein Element der Vermittlung unserer Praxis mit der internationalen fortschrittlichen Bewegung.

Fußnoten

1 E.J. Hobsbawm, Gramsci und die Theorie der Politik. In: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, H. Nr. 14, 1977, S. 40.
2 S. 43.
3 Antonio Gramsci, Philosophie der Praxis. Eine Auswahl. Hrsg. und übersetzt v. Chr. Riechers, Frankfurt/M. 1967, S. 138.
4 S. 139.
5 Claudia Mancina, Marxismo e Stato. II dibattito in corso. In: Gramsci e Noi, 1937—1977. Materiali per brevi corsi di studio. La Scuola del Partito, Quaderno n. 1, S. 7—9, vgl. II Marxismo e lo Stato. II dibattito aperto nelle sinistra italiana sulle tesi di Norberto Bobbio, quaderno di Mondo Operaio n. 4, 1976.
6 Die folgenden Bemerkungen habe ich in ähnlicher Form beim Gramsci-Kongreß vorgetragen.
7 Systematische Vorüberlegungen zum Gramsci-Studium heute sind gesammelt in dem zum Kongreß vorgelegten Band: Istituto Gramsci, Politica e storia in Gramsci. Atti del convegno internazionale di studi gramsciani. Firenze, 9—11 dicembre 1977, a cura di Franco Ferri. 1. Relazioni a stampa. Rom 1977 (Editori Riuniti).
7 A. Schmidt, Geschichte und Struktur. Fragen einer marxistischen Historik. München 1971, S. 101.
8 G. Roth, Gramscis Philosophie der Praxis. Eine neue Deutung des Marxismus. Düsseldorf 1972, S. 7.
9 Chr. Riechers, Antonio Gramsci. Marxismus in Italien. Frankfurt/M. 1970, S. 243.
10 J. Steffen, Eurokommunismus. In: Juso Schüler Express, 3.Jg. 1977, H.4, S. 19.
11 Palmiro Togliatti, Der Leninismus im Denken und Handeln Antonio Gramscis. In: Ausgewählte Schriften. Hrsg. v. Cl. Pozzoli. Frankfurt/M. 1967, S. 135.

Literaturbericht

H. Brede/B. Dietrich/B. Kohaupt: Politische Ökonomie des Bodens und Wohnungsfrage, Frankfurt/M. 1976, Ed. Suhrkamp Bd. 868, 354 S.

Noch heute ist die Vorstellung verbreitet, daß Mietpreissteigerungen maßgeblich auf der Bodenpreisentwicklung beruhen. Demgegenüber wurde in der wohnungswirtschaftlichen Diskussion schon um die Jahrhundertwende nachgewiesen, daß Grundrenten und Bodenpreise nicht die ausschlaggebenden Bestimmungsfaktoren sind, wohl aber das entscheidende Regulativ der innerstädtischen Flächennutzungskonkurrenz. Die Lebenssituation der lohnabhängigen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor maßgeblich gekennzeichnet durch eine unzureichende Wohnungsversorgung. Die Wohnungsfrage ist in ihrer gegenwärtigen Erscheinungsform vor allem charakterisiert durch eine für die lohnabhängige Bevölkerung zunehmend untragbare Mietpreisentwicklung, die sich in einer steigenden Mietbelastungsquote und leerstehenden unvermietbaren Wohnungen äußert, und durch eine fortschreitende Verdrängung der Wohnnutzungen in die städtische Randzonen bei gleichzeitiger Zerstörung mietpreisgünstiger Altbauwohnungen. Als wichtigste ökonomische Bestimmungsfaktoren für Preisniveau und Allokationsbedingungen der Wohnungsversorgung können Baukosten, Kapitalverzinsung und städtische Bodenrente gelten. Die wohnungspolitische Diskussion konzentrierte sich sehr oft auf nur eine dieser Determinanten: die Grundrenten- bzw. Bodenpreisentwicklung. Die Autoren der vorliegenden Arbeit stellen sich der wichtigen Aufgabe, von einem marxistischen Ansatz her die tatsächliche Bedeutung der städtischen Grundrente für die Wohnungsversorgung herauszuarbeiten und vor diesem Hintergrund (mit Bezug auf die Wohnungsversorgung) eine Einschätzung der gegenwärtig verbreiteten Konzeptionen zu städtischen Bodenreform zu geben. Sie kommen im wesentlichen zu dem Ergebnis, daß die städtische Grundrente weniger für die Mietpreisentwicklung (zumindest im Sozialen Wohnungsbau) als vielmehr für die stadträumliche Verteilung der Wohnnutzung von entscheidender Bedeutung ist, und daß die gegenwärtig verbreiteten Bodenreformkonzeptionen keine Verbesserung der Wohnungsversorgung gewährleisten können.

Die Arbeit „Politische Ökonomie des Bodens und Wohnungsfrage" liefert insgesamt den bisher fortgeschrittensten Ansatz marxistischer Orientierung zur Diskussion von Bedingungen und Zusammenhängen der ökonomischen Verwertung des städtischen Bodens und ihren Auswirkungen auf die Wohnungsversorgung, sowie eine differenzierte Untersuchung wichtiger Bodenreformkonzeptionen. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit dieser Arbeit ist sinnvoll einerseits wegen ihrer thematischen Bedeutung angesichts der fortschreitenden Verschlechterung der innerstädtischen Wohnungsversorgung, bei der die Grundstücksverwertung zweifellos eine wichtige Rolle spielt, und weil die Arbeit andererseits in der Lage ist, die marxistische Diskussion um die ökonomische Verwertung des Stadtbodens über vordergründige Bodenspekulationsthesen hinaus voranzutreiben. Gleichzeitig können anhand dieser Arbeit verschiedene Schwächen und offene Fragen der bisherigen Behandlung der städtischen Grundrente von Seiten marxistisch orientierter Autoren verdeutlicht werden.

I.

Das schwächste Kapitel des ganzen Buches ist zweifellos die Auseinandersetzung mit der „Grundrententheorie in der bürgerlichen Ökonomie" (Kap. 2). Die Ausführungen geben weder eine hinreichende Information noch liefern sie eine tragfähige Kritik; vielmehr werden vielfältige lehrgeschichtliche Entwicklungen der bürgerlichen Nationalökonomie (Grenznutzentheorie, Produktionsfaktorentheorie, Grenzproduktivitätstheorie und Knappheitstheorem) durcheinandergewürfelt. Was bleibt, ist eine insgesamt recht zusammenhanglose Gegenüberstellung von „bürgerlichen" und „marxistischen" Theoremen sowie der Hinweis auf die apologetische Funktion verschiedener bürgerlicher Erklärungsansätze. Die Autoren hätten besser eine ausführliche Kritik an einem der wichtigen Repräsentanten der neuen „bürgerlichen Grundrententheorie"[1] verfaßt. Die Mangelhaftigkeit der „Auseinandersetzung" mit der bürgerlichen Grundrententheorie wird besonders deutlich im Falle v. Wieser, dessen Problemstellungen und Ausführungen die Autoren in späteren Kapiteln mehrfach „positiv" verarbeiten.[2] Es scheint ihnen entgangen zu sein, daß v. Wieser selbst ein herausragender Vertreter der „subjektiven Wertlehre" war.[3] Die Autoren suggerieren nichtsdestoweniger völlig undifferenziert, daß die „subjektivistische Ökonomie" keinerlei Erklärungsbeitrag zur Grundrententheorie liefern könne.

Einen grundlegenden und tragfähigen Ansatz zur Erklärung der städtischen Grundrentenbildung formulieren die Autoren im anschließenden Kapitel zu den „Formen der städtischen Grundrente" (Kap. 3). Sie gehen davon aus, daß „sich der Preis des Bodens daran bemißt, wie hoch die Grundrente ist, die auf einem bestimmten Grundstück erwirtschaftet werden kann. Ausschlaggebend für die Bildung des Bodenpreises bzw. für die Höhe der Grundrente ist die Art der Nutzung, die der jeweilige städtische Boden zuläßt bzw. zuzulassen verspricht." /48/ Unter diesen Voraussetzungen ist bei einer Erklärung der Preisbildung für die Bodennutzung also zu zeigen, in welcher Form bei verschiedenen Nutzungsarten des städtischen Bodens eine Grundrente erwirtschaftet werden kann. Daraufhin erst können Bestimmungsfaktoren und Wirkungsweise von differierenden Grundrentenniveaus untersucht werden. Die zentrale Aussage der Autoren zur Wesensbestimmung der städtischen Grundrentenbildung lautet: „Die städtische Grundrente erscheint als Differentialrente, wenn der Boden für Zwecke der Produktion und Zirkulation von Waren, also als Standort von Betrieben genutzt wird. Sie nimmt die Form der Monopolrente an, wenn der Boden als Standort von Wohnungen genutzt wird." /48/

Die Bestimmung der städtischen Geschäftsbodenrente als Differentialrente wird in Anlehnung an die Marxsche Grundrententheorie entwickelt (4): „Die städtische Grundrente als Differentialrente beruht auf einem Vorteil der räumlichen Lage bei der Kapitalverwertung. Aufgrund dieses Vorteils wirft ein Kapital im Vergleich zu anderen Kapitalen einen Extraprofit ab. Der Eigentümer des Grund und Bodens, derjenige also, dr diesen Vorteil monopolisiert, schöpft den Surplusprofit in Form der Grundrente ab." /49/ Im Bereich der städtischen Geschäftsbodennutzung bilden standortgebundene und lagebedingte Zusatzprofite die Substanz der Stadtbodenrente. Allerdings scheint es und keineswegs „gleichgültig, ob produktives, Handels- oder Bank-Kapital einen

bestimmten Boden nutzen" /52/ — vielmehr wäre möglichst genau und differenziert zu zeigen, aufgrund welcher Standortvorteile verschiedene gewerbliche Nutzungsarten des Stadtbodens Grundrenten erwirtschaften können. Insbesondere mit Bezug auf die ökonomisch sehr heterogenen „Büronutzungen" dürften dabei gewisse Schwierigkeiten auftreten. Die städtische Differentialrente ist nach Ansicht der Autoren sowohl Lagerente als auch Intensitätsrente, welche auf Basis von Lagevorteilen einer Intensivierung der Bodennutzung entspringt.

Vor dem Hintergrund des Differentialrententheorems wird es möglich, die Bestimmung der städtische Wohnbodenrente als Monopolrente zu entwickeln. Die Autoren formulieren dabei als grundlegende Problemstellung: „Die Differentialrente auf städtischem Boden bildet sich, weil die Waren auf den jeweiligen Grundstücken zwar mit unterschiedlich hohen Kosten produziert oder verkauft werden, auf dem Markt aber den gleichen Preis erzielen. Für Wohngrundstücke gilt diese Gesetzmäßigkeit nicht. Bei der Wohnungsvermietung wird für gleiche Wohnungen auf Böden unterschiedlicher Lage ein je anderer Preis verlangt, eine Preisdifferenz, die nichts mit den Produktionskosten zu tun hat." /58/ Diese Problemstellung geht im wesentlichen zurück auf v. Wieser. Dieser betonte mit Bezug auf das Verhältnis von agrarischer und städtischer Grundrente in indirekter Auseinandersetzung z.B. zu A. Weber, der die städtischen Baubodenrenten nicht zuletzt als „Wegekosten-Differentialrenten" zu bestimmten suchte, daß im Gegensatz zur agrarischen Bodennutzung bei städtischer Baubodennutzung für eine Erklärung der Grundrentenbildung von der Konstellation auszugehen sei, daß gleichen Bauproduktionskosten lagebezogen differierende Mietpreisniveaus gegenüberstehen. Die Mangelhaftigkeit der (in ihren Grundzügen tragfähigen) damaligen Problemstellung lag in der fehlenden Differenzierung innerhalb der städtischen Baubodennutzungen. Wenn es richtig ist, daß gleiche Wohnungen je nach Lage unterschiedliche Mietpreise erhalten, dann folgt für die Grundrentenbildung im Bereich der Wohnbodennutzung: „Im Fall der Wohnraumvermietung muß die Miete nicht nur den Zins für das vorgeschossene Kapital und die Abschreibung der Baukosten abdecken, sondern auch — sieht man von den Bewirtschaftungskosten ab — die Grundrente; die Grundrente geht bestimmend in den Mietpreis ein" /58/; — „Die Höhe der Grundrente im Falle der Wohnungsvermietung ist bestimmt und begrenzt durch die Zahlungsfähigkeit der Nachfragenden." /58/ Die städtische Wohnbodenrente läßt sich daher hinreichend charakterisieren als eine Monopolrente, die über einen für die Wohnbodennutzung erhobenen lagebezogenen differierenden Monopolpreis als Bestandteil der Wohnungsmiete erwirtschaftet wird. Die These, daß Grundrenten im Bereich der Wohnungsvermietung über einen Monopolpreis für die Bodennutzung, der bei lagebezogener Differenzierung als selbständiger, bestimmender Preisbestandteil in die Wohnungsmieten eingeht, aufgebracht werden, kann hohe Plausibilität beanspruchen, denn: Differentialrenten entstehen im Prozeß der kapitalistischen Bodenbewirtschaftung und nicht bei der Errichtung von Gebäuden; weder Kosteneinsparung der Bauproduktion infolge differierender Baugrundbeschaffenheit noch lagebedingt differierende Wegekosten-Einsparungen für Wohnungsmieter können die Differenzierung des Preisgefüges für die Wohnbodennutzung hinreichend erklären. Der letztere Gesichtspunkt liegt den meisten Erklärungsansätzen, die die

Wohnbodenrente als Differentialrente zu bestimmen suchen, zugrunde.

Als Monopolrente impliziert die Grundrente im Bereich der Wohnbodennutzung eine 'monopolistische' Überteuerung der Wohnungsmieten, die auf der allgemeinen gesellschaftlichen Monopolisierung des Bodens in Händen privater Grundeigentümer beruht. Brede/Dietrich/Kohaupt heben aber deutlich hervor, daß die Grundrente nur Bestandteil des Mietpreises ist — neben Baukosten/Kapitalverzinsung und Bewirtschaftungskosten, und daß dem zufolge die Wohnungsfrage, insbesondere das zunehmende Auseinanderfallen von Mietpreisniveau und Mietzahlungsfähigkeit, nicht einfach auf eine Bodenfrage (bzw. Grundrenten- und Bodenpreissteigerungen) reduziert werden darf. /64-68/ Die weitere Diskussion des Stellenwerts dieses Mietpreisbestandteils für die Wohnungsvesorgung erfordert eine quantitative Bestimmung des Grundrentenanteils der Wohnungsmieten. Dieser Aufgabe wenden sich die Autoren im 5. Kapitel (empirischer Teil) zu.

Auf Grundlage der nach Nutzungsarten differenzierten Wesensbestimmung der städtischen Grundrentenbildung betrachten die Autoren in Kapitel 4 den Stellenwert der städtischen Grundrente für die Wohnungsversorgung, insbesondere die Zusammenhänge zwischen Grundrentenbildung und Standortverteilung der Wohnnutzung. Die Allokationsbedingungen der Wohnungsversorgung sind im Rahmen der innerstädtischen Flächennutzungskonkurrenz zu untersuchen: „Darüber, welche Art der Nutzung und also welche Form der Grundrente sich auf einer bestimmten Bodenfläche realisieren läßt, entscheidet allein die Höhe der Grundrente, die erwirtschaftet werden kann." /73/ Die Grundrente bildet das entscheidende ökonomische Regulativ für die Standortverteilung der verschiedenen Nutzungsarten im Stadtraum. „Die verschiedenen Kapitale treten also, wenn es um die Nutzung vor allem städtischen Bodens geht, miteinander in Konkurrenz; es setzt sich dasjenige Kapital durch, welches die höchste Grundrente zu realisieren imstande ist." /70/ Geht man von der allgemeinen Gesetzmäßigkeit aus, daß sich auf einem gegebenen Grundstück im Stadtraum unter den Bedingungen der Flächennutzungskonkurrenz die jeweils „profitabelste" Nutzungsart (d. h. die Nutzungsart mit dem größten Bodenrentenpotential) durchsetzt, so wäre es für eine Erklärung des innerstädtischen Flächennutzungsgefüges und damit auch der Standortverteilung der Wohnnutzungen von entscheidender Bedeutung, begründete Aussagen über die von verschiedenen Nutzungsarten erzielbaren relativen Grundrentenniveaus (und ihre Bestimmungsfaktoren) zu entwickeln.

Diese Aufgabe wurde bisher nicht befriedigend gelöst. Gängig ist vielmehr — auch bei marxistischen Autoren — eine zirkuläre Argumentationsform: Erst wird behauptet, auf bestimmten Grundstücken setze sich die jeweils „profitabelste" Nutzungsart durch, und dann wird „gefolgert": weil auf bestimmten (z. B. zentralen) Grundstücken bestimmte Nutzungsarten (z. B. des Handels- und Dienstleistungsbereichts) dominieren, muß es sich bei eben dieser Nutzungsform um die standörtlich profitabelste handeln. Auch Brede/Dietrich/Kohaupt liefern keinen weiterführenden Ansatz zu dem genannten Erklärungsproblem. Die marxistisch orientierte Theorie der städtischen Grundrente ist hier bisher noch keinen Schritt über die Ergebnisse „klassischer" Theorien zur städtischen Grundrentenbildung hinausgekommen. H. Fassbinder[5] kritisiert bei

„klassischen" Grundrententheoretikern wie A. Voigt, daß diese zur Erklärung der differierenden Bodenrentenpotentiale bei verschiedenen Bodennutzungsarten maßgeblich ein nur beschreibendes Stufenmodell heranziehen. Ein Fortschritt gegenüber Voigt ist bei Brede/Dietrich/Kohaupt nicht festzustellen: „Die Höhe der städtische Grundrente wird sowohl von der Art der Flächennutzung als auch von der Dichte der Bebauung bestimmt." /70/ Daß eine höhere Bebauungsintensität eine vergleichsweise höhere Grundrente verspricht, ist einleuchtend. Wieso aber verschiedene Nutzungsarten auch bei gleicher baulicher Nutzungsintensität noch unterschiedliche Grundrentenniveaus erzielen, wird keineswegs deutlicher über die Aussage, daß es eben auch „ökonomisch (?!) mehr oder weniger nutzungsintensive Flächennutzungsarten" gebe /71 f./, wobei sich im Rahmen der Flächennutzungskonkurrenz „in der Regel die nutzungsintensivere Kapitalanlage durch(setzt." /72/ Offensichtlich müßte sorgfältiger zwischen unterschiedlichen Formen einer „Nutzungsintensität" städtischer Bodenflächen unterschieden werden. Das Erklärungsproblem hinsichtlich der differierenden Bodenrentenpotentiale verschiedener Nutzungsarten kann gerade von marxistisch orientierten Autoren auch nicht mit dem Hinweis auf eine prinzipielle „Ungleichheit der Renditen" (6) bei verschiedenen Wirtschaftsgruppen umgangen werden. Selbst bei Annahme einer infolge von Monopolisierungstendenzen beschränkten Durchsetzungsfähigkeit der von Marx postulierten Tendenz zur Profitratennivellierung könnte wohl kaum gezeigt werden, daß gerade Wirtschaftsgruppe mit „monopolistisch überhöhter" Profitrate genau die Nutzungsarten des Stadtbodens mit dem größten Bodenrentenpotential stellen.

Wir stehen damit weiterhin vor dem empirisch deutlichen, theoretisch aber nicht hinreichend erklärten Sachverhalt, daß es z. B. im Bereich der Stadtzentren die Nutzungsarten des Handels- und Dienstleistungsbereichs sind, die das vergleichsweise höchste Niveau städtischer Grundrenten erwirtschaften können. Das von diesen Nutzungsarten erzielbare Bodenrentenniveau übersteigt die im Bereich der Wohnungsvermietung erreichbare Grundrentenhöhe bei weitem, und es bestimmt das Preisniveau für die Bodennutzung (bzw. die Bodenpreise) auf allen innerstädtischen Bodenflächen, für die ein Flächenanspruch „tertiärer" Nutzungsarten zu erwarten ist. Diese Bedingungen kapitalistischer Bodenbewirtschaftung nach dem Prinzip der höchstmöglichen Grundrente bestimmen die Standortverteilung der Wohnnutzung: „Für die Wohnungsversorgung hat die Konkurrenz der Flächennutzungen zur Folge, daß der Neubau mietpreisgünstiger Wohnungen nur noch an den Rändern der Städte und — bezogen auf die Vorsorgung mit Wohnfolgeeinrichtungen — in relativ ungünstigen Lagen stattfinden kann (...). Gleichzeitig werden Wohngebiete in innerstädtische Lagen immer mehr durch gewerbliche Flächennutzungen verdrängt (...). Die — in der Regel alte — Bausubstanz wird ökonomisch wertlos und behindert die bestmögliche Verwertung des Grundstücks." /73 f./ Das infolge der beschränkten Zahlungsfähigkeit der Wohnungsmieter vergleichsweise geringe Bodenrentenpotential der Wohnnutzung ist Grundlage für die im Rahmen der kapitalistischen Flächennutzungskonkurrenz induzierte Verschlechterung der Wohnungsversorgung (mit Bezug auf geeignete Wohnstandorte).

Im Kapitel 5 suchen die Autoren ihre Ergebnisse für den Bereich des sozialen Wohnungsbaus am Beispiel Hessens empirisch zu belegen. Dabei wird ansatzweise deutlich, daß die städtische Grundrente für die Allokationsbedingungen der Wohnungsversorgung von erheblich größerer Bedeutung ist als für das Mietpreisniveau: Gerade die beschränkte Zahlungsfähigkeit der Mieter von Sozialwohnungen verweist die Wohnungskategorie von vornherein auf preisgünstige und damit lageungünstige Bodenflächen. Demgegenüber ist der Grundrentenanteil am Mietpreis im freifinanzierten Wohnungsbau wesentlich höher (vgl. /98/).

II.

Auf Grundlage der theoretischen Darstellung der städtischen Grundrente und ihrer Auswirkungen auf die Wohnungsversorgung setzen sich die Autoren eingehend mit den wichtigsten gegenwärtig verbreiteten Bodenreformkonzeptionen auseinander (Kap. 6). Die übergeordnete Fragestellung lautet dabei, ob und inwiefern diese Konzeptionen geeignet sein könnten, eine Verbesserung der Wohnungsversorgung herbeizuführen oder zumindest eine weitere Verschlechterung einzudämmen. Die Untersuchung bezieht sich konkret auf die von der SPD entwickelten Vorschläge zur Reform der Bodenordnung. Brede/Dietrich/Kohaupt formulieren in diesem Abschnitt wichtige Gesichtspunkte für eine fundierte Diskussion der Wirkungsmöglichkeiten zentraler (und zum Teil traditioneller) Bodenreformkonzeptionen. Die Betrachtung aktueller Reformkonzeptionen geht aus von einem historischen Abriß der „klassischen" deutschen Bodenreformbewegung, wobei verschiedene traditionelle Wurzeln der modernen Konzeption deutlich werden./157-173/ Daraufhin wird die Privilegierung des Grundeigentums nach geltendem Steuer- und Abgabenrecht dargestellt /196-210/, die sich z. B. bei den völlig veralteten Einheitswerten ausdrückt, die der Steuerbemessung der Grundsteuer zugrunde gelegt werden und nicht annähernd die tatsächlichen Verkehrswerte der Grundstücke und ihre Steigerung erfassen.

Die Bedeutung der Reformkonzeption „Bodenwertzuwachssteuer" (steuerliche Abschöpfung von Bodenwertssteigerungen) für die Wohnungsversorgung kann wie folgt umrissen werden: Umstritten ist, ob eine Abschöpfung von Bodenwertzuwächsen eine Dämpfung der Bodenpreissteigerungen oder aber eine zusätzliche Steigerung der Bodenpreise infolge Steuerüberwälzung herbeiführen würde. Abgesehen von Auswirkungen auf das Mietpreisniveau impliziert diese Alternative: „Würde der Bodenpreisanstieg infolge der Bodenwertzuwachssteuer abgeschwächt, so könnte dem Zwang, immer mehr Wohngebiete in immer weiter außen gelegene Stadtrandzonen zu verlagern, möglicherweise Einhalt geboten werden. Stiegen die Bodenpreise dagegen weiterhin und verstärkt, so würde jener Zwang größer, weil der Boden — insbesondere wenn er für Zwecke des Sozialen Wohnungsbaus genutzt werden soll — zunehmend nur noch in den weiter außen liegenden Bezirken der Städte erschwinglich ist." /211/ Ob eine steuerliche Abschöpfung der insbesondere im Falle einer Verbesserung der Lagegunst innerstädtischer Bodenflächen eintretenden Steigerung von Grundrenten und Bodenpreisen den Bodenpreisanstieg dämpfen könnte, muß nach Brede/Dietrich/

Kohaupt einerseits im Hinblick auf die Realisierungsform dieser Besteuerung, andererseits mit Bezug auf die Möglichkeit einer Steuerüberwälzung beurteilt werden.

Als alternative Realisierungsformen der Wertzuwachsbesteuerung sind eine einmalige „Umsatzsteuer" beim Bodenverkauf, eine periodische Abschöpfung der Grundrentensteigerung „in kapitalisierter Form" sowie eine fortlaufende Abschöpfung „in Rentenform" denkbar. Die Autoren zeigen /211-220/, daß eine bloße Abschöpfung von „Veräußerungen" (Form der Umsatzsteuer) beim Bodenverkauf keine Wirkungen auf die Bodenpreisentwicklung hervorrufen kann: Es würde dabei eine steuerliche Belastung allein für den Verkäufer des Bodens auftreten, nicht aber für den Bodenkäufer. Dieser könnte die gestiegene und weiterhin steigende Grundrente unbeschadet realisieren. Den ursprünglichen Bodenkäufer träfe die Besteuerung erst, wenn er seinerseits als Bodenverkäufer auftritt. Der neuere Bodenpreis würde aber entsprechend dem inzwischen weiter gestiegenen Bodenrentenpotential veranschlagt. Die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen nimmt also keinen Einfluß auf die bei der Bodennutzung permanent realisierbaren Grundrenten und die darauf bezogene Bodenpreisentwicklung. Diese Überlegungen gelten auch für die Besteuerungsform einer periodischen Abschöpfung von Grundentensteigerungen „in kapitalisierter Form", bei welcher ebenfalls die realisierbaren Grundrenten (und die auf dieser Basis bestimmten Bodenpreise) nicht berührt würden.

Demgegenüber könnte eine fortlaufende Abschöpfung von Grundrentensteigerungen „in Rentenform" durchaus die Bodenpreisentwicklung beeinflussen: Es würde hierbei zwar nicht die Grundrentenentwicklung selbst, wohl aber die vom Bodennutzer tatsächlich realisierbar Grundrentensteigerung verringert (infolge Abschöpfung von staatlicher Seite). Dies beinhaltet für die Bodenpreisentwicklung, daß nurmehr der Bodenpreis veranschlagt und gezahlt würde, welcher der (Kapitalisierung der erzielbaren Grundrente abzüglich des fortlaufend zu entrichtenden Abschöpfungsbetrages entspricht, weil die Besteuerung den Bodennutzer beständig, sowohl vor als auch nach einem Eigentumswechsel belastet. Allein diese Realisierungsform einer Bodenwertzuwachsbesteuerung könnte also den Bodenpreisanstieg dämpfen. Nach Ansicht der Autoren zielen die Vorschläge der SPD zur Bodenwertzuwachssteuer allerdings auf eine periodische Abschöpfung von Wertzuwächsen in kapitalisierter Form.

Der zweite entscheidene Gesichtspunkt zur Einschätzung der Wirkungsweise einer Bodenwertzuwachsbesteuerung liegt in der Frage nach der Möglichkeit einer Steuerüberwälzung. Die Überwälzung der Bodenwertzuwachssteuer würde eine anteilige Preiserhöhung für Waren, Dienstleistungen und Wohnungsmieten um den Betrag der jeweiligen Bodenwertzuwachssteuer implizieren. Als wichtigstes Beurteilungskriterium für die Möglichkeit einer Steuerüberwälzung gilt den Autoren /220-238/ (in Anlehnung an Ricardo) die Unterscheidung einer gleichmäßigen und einer ungleichmäßigen Steuerbelastung (bzw. einer Steuer auf das Grundstück als solches oder auf die differenzierte Bodenrente). Sie formulieren die These, daß eine Preiserhöhung infolge Steuerüberwälzung nur als allgemeine, für alle Waren eines bestimmten Zweiges in gleicher Höhe vorgenommene Preissteigerung durchsetzbar wäre, weil einer ungleichmäßigen Preissteigerung im Rahmen der Konkurrenz

ausgewichen werden kann. Nur eine allgemeine, alle Grundstücke gleichmäßig belastende Steuer könne abgewälzt werden (wie z. B. die Grundsteuer A), da niemand dem Preisaufschlag ausweichen kann. Die Bodenwertzuwachssteuer aber würde nur ganz bestimmte Grundstücke belasten (diejenigen, bei denen eine Grundrentensteigerung zu verzeichnen ist)d, und sie würde diese besonderen Grundstücke ungleichmäßig belasten, weil es auf verschiedenen Grundstücken zu unterschiedlich großen Grundrentensteigerungen kommt. Brede/Dietrich/Kohaupt schließen auf Grundlage dieser Überlegungen auf eine Nichtüberwälzbarkeit der Bodenwertzuwachssteuer infolge ihrer ungleichmäßigen Steurbelastung. „Kein Käufer einer Ware, kein Mieter einer Wohnung wird mehr Geld ausgeben, als der Marktpreis ihm abverlangt. Dem Käufer oder dem Mieter ist es gleichgültig, ob sich die Standortbedingungen eines bestimmten Bodens verbessert haben und der Grundeigentümer einen Teil der gestiegenen Grundrente als Bodenwertzuwachssteuer an die Kommune abführen muß; solange er auf billigere — vergleichbare — Waren bzw. Wohnungen zurückgreifen kann, wird er diese kaufen oder mieten." /227/ Der Springpunkt zur Beurteilung der Möglichkeit einer Steuerüberwälzung scheint uns im Unterschied zu Brede/Dietrich/Kohaupt nicht allein in der Frage nach der Gleichmäßigkeit oder Ungleichmäßigkeit der Steuerbelastung zu liegen, sondern vielmehr zusätzlich in der Frage nach den effektiven „Ausweichmöglichkeiten" auch für die von einer Steuerüberwälzung ungleichmäßig betroffenen Warenkäufer oder Wohnungsmieter. Ist es bezüglich der Käufer von Waren und Dienstleistungen noch plausibel, Ausweichmöglichkeiten gegenüber ungleichmäßigen Preiserhöhungen (bei einer gegebenen Warengruppe) zu konstatieren, so gilt dies keineswegs mehr für die Wohnungsmieter: Insbesondere in den Großstädten könnten diese bei ungleichmäßigen Mietpreissteigerungen für gleichartige Wohnungen nicht einfach auf die keiner Mietpreissteigerung unterworfenen Wohneinheiten „ausweichen". Offensichtlich kann bei der Beurteilung von Möglichkeiten einer Steuerüberwälzung die Bedeutung besonderer Angebots-Nachfrage-Konstellationen nich einfach geleugnet werden. Die Möglichkeit einer Überwälzung der ungleichmäßigen Bodenwertzuwachsbesteuerung auf die Wohnungsmieten scheint gerade auch deshalb gegeben zu sein, weil das innerstädtische Mietpreisgefüge ohnehin für gleiche Wohnungen lagebezogen stark differenziert ist. Die Steuerüberwälzung würde diese standörtliche Differenziertheit des Mietpreisgefüges nur verstärken — sie würde nicht ursprünglich gleiche Mietpreise für gleiche Wohnungen ungleichmäßig verteuern, sondern ungleiche Mietpreise für gleiche Wohnungen weiter ausdifferenzieren. Dies könnte in bestimmten Stadtgebieten unter anderem eine Auswechslung von minder zahlungsfähigen durch zahlungskräftigere Mieterschichten herbeiführen. Mit dieser Einschätzung wird eine positive Auswirkungen der Bodenwertzuwachssteuer auf die Wohnungsversorgung in Frage gestellt. Brede/Dietrich/Kohaupt kommen mit Bezug auf einen anderen Gesichtspunkt zu einer gleichartigen Einschätzung /228 f./: Insbesondere eine periodische Abschöpfung von Bodenwertzuwächsen würde die Bodeneigentümer veranlassen bzw. geradezu zwingen, Steigerungen der erzielbaren Grundrente unverzüglich und in vollen Umfang auch zu realisieren. Dies beinhaltet unter anderem, daß die tatsächliche Bodennutzung in noch stärkerem Maße als bisher der potentiell profitabelsten zugeführt würde. Hinsichtlich der Bodenreformkonzeption

„Planungswertausgleich" gelten im Prinzip dieselben Überlegungen wie bei der Bodenwertszuwachssteuer. Zusätzliche Probleme erwachsen hier vor allem aus der lokalen Begrenzung des Wirkungsraumes der Besteuerung.

Als zweite zentrale Bodenreformkonzeption untersuchen Brede/Dietrich/Kohaupt die von der SPD vorgeschlagene „Trennung von Verfügungs- und Nutzungseigentum an Grund und Boden" /242-262/, bei welcher die Kommunen ein Verfügungseigentum am Boden erhalten, während Unternehmen und Private mit dem Nutzungseigentum das Recht bekommen, den Boden unter den von der Gemeinde festgelegten Bedingungen bei Abführung eines Nutzungsentgelts privatwirtschaftlich zu nutzen. Die Autoren untersuchen, ob die Konzeption einer Aufspaltung des Bodeneigentums zu einer Verbesserung der Wohnungsversorgung führen könnte. Nach dieser Konzeption „soll der von der Gemeinde in Verfügungseigentum übernommene Boden für bestimmt von der Gemeinde festgelegte Nutzungen durch Ausschreibung vergeben werden. Dabei ist vorgesehen," daß demjenigen das Nutzungseigentum zufällt, der das höchste Nutzungsentgelt, also die höchste erzielbare Grundrente, zu zahlen bereit ist." /254 f./ Auf diese Weise würden die Wirkungszusammenhänge städtischer Grundrentenbildung unmittelbar nicht entscheidend modifiziert: Die Grundrente und ihre möglichen Steigerungen fielen zunächst nur anstelle der bisherigen Privateigentümer an die Kommunen. Aber eine wichtige „Möglichkeit, die Wohnungsversorgung mittels des Verfügungs- und Nutzungseigentums zu verbessern, könnte in dem für die Kommunen vorgesehenen Recht enthalten sein, die Art und Weise der Nutzung des Bodens im einzelnen rechtsverbindlich festzulegen. Die gegenwärtigen Gesetzmäßigkeiten der Allokation könnten geändert werden, wenn Wohnnutzung in Gebieten festgeschrieben würde, die sonst vor allem gewerblicher Nutzung vorbehalten sind. Damit würd der Tendenz entgegengewirkt, Wohnbereiche immer stärker an die Stadtränder zu verlagern." /255/

Eine räumliche Verteilung der innerstädtischen Bodenutzungen vor allem zugunsten der Wohnnutzung, bei gleichzeitiger Beschränkung der Flächennutzungskonkurrenz auf eine Konkurrenz von Einzelinteressenten innerhalb (!) festgelegter Nutzungsarten, impliziert im Grunde eine innerstädtische Allokation der Nutzungsarten ohne Rücksicht auf ihr Bodenrentenpotential und damit einen Verzicht der Gemeinden auf Realisierung der höchstmöglichen Grundrenten (bzw. Nutzungsentgelte). Es können drei Gesichtspunkte genannt werden, welche die Realisierbarkeit der bei Trennung von Verfügungs- und Nutzungseigentum angelegten Möglichkeit kommunaler Nutzungsfestsetzungen nach anderen Kriterien als dem der standörtlich proitabelsten Nutzung in Frage stellen: Erstens stimulieren die im Rahmen der Konzeption vorgesehenen Entschädigungsregelungen die Gemeinden aufgrund ihrer schlechten Finanzsituation, gerade den hoch entschädigten lagegünstigen innerstädtischen Bodenflächen wieder eine Nutzungsart mit großem Bodenrentenpotential zuzuweisen. Zweitens stimuliert die interkommunale Konkurrenz um die Ansiedlung von Privatunternehmen die Gemeinden, gerade die innerstädtischen Standortinteressen besonders steuerkräftiger Nutzungsarten vorrangig zu berücksichtigen. Drittens stimuliert die kommunale „Finanznot" die Gemeinden überhaupt zu einer Nutzungsverteilung, welche bezogen auf das Stadtgebiet die höchstmöglichen Grundrenten verspricht. Solange die

Gemeinden in ihrer ökonomischen Existenz- und Handlungsfähigkeit maßgeblich von der Steuerkraft und damit verbunden der Rentabilität der örtlichen Privatunternehmen abhängig sind, werden sie ein Eigeninteresse daran entwickeln, daß die städtischen Bodenflächen der jeweils standörtlich profitabelsten Nutzungsart zufallen. Vor diesem Hintergrund kommen die Autoren zu dem Ergebnis, daß „die Gemeinden wegen ihrer finanziellen Notlage, jedenfalls aber aufgrund der ökonomischen Interessen bestimmter Kapitalfraktionen, kaum jemals in der Lage sein werden, innerstädtischen Boden, an dem sie Verfügungseigentum besitzen, für Zwecke des Sozialen Wohnungsbaus freizugeben. Auch durch die Einführung eines Verfügungs- und Nutzungseigentums am Boden würden somit die bisherigen Bedingungen für die Allokation von Sozialbauwohnungen nicht verbessert. Allenfalls könnte, indem für den Sozialen Wohnungsbau ein niedriges Entgelt für die Bodennutzung festgelegt würde, eine geringfügige Senkung der Kostenmiete erreicht werden." /262/

In einem abschließenden Kapitel unternehmen es Brede/Dietrich/Kohaupt, den „wirklichen Hintergrund" der Diskussionen und Konzeptionen um die Bodenreform aufzudecken (Kap. 7). Gegenüber der vorangegangenen differenzierten Diskussion der Problematik, Möglichkeiten und Grenzen der aktuellen von der SPD formulierten Bodenreformkonzeptionen fallen sie hier zurück. Von besonderem Interesse wäre es eigentlich gewesen, vor dem Hintergrund der begründeten Unzulänglichkeit der sozialdemokratischen Bodenreformvorschläge (für eine Verbesserung der Wohnungsversorgung) tragfähige Konzeptionen für eine weiterführende fortschrittliche Bodenpolitik zumindest ansatzweise zu entwickeln. Brede/Dietrich/Kohaupt stellen sich diesem Anspruch nicht. Sie spekulieren vielmehr, ob die SPD-Vorschläge zur Bodenreform nicht vor allem die politische Loyalität der Bevölkerung sichern helfen und die kommunalen Finanzhaushalte gerade ohne Zugriff auf den Durchschnittsprofit der kapitalistischen Privatunternehmen aufbessern helfen sollen. Ihre Gesamtwürdigung von Bodenreformbestrebungen läuft im Grunde sogar auf eine Diffamierung jeglicher Bodenreformkonzeptionen im Rahmen kapitalistischer Gesellschaften hinaus — „mit der Begründung, daß die Grundrente nur *eine* der Formen des Mehrwerts sei, und daß es darum gehe, die private Aneignung des Mehrwerts in all seinen Erscheinungsformen zu verurteilen und abzuschaffen." /273 — Hervorhebung: Brede u.a./ Wie die Autoren wissen, bezog sich die ursprünglich ablehnende Haltung der Arbeiterbewegung gegenüber der Bodenreformbewegung einerseits auf deren klassische Form, vor allem die Gleichsetzung der entscheidenden gesellschaftlichen Probleme des Kapitalismus mit der Bodenfrage, andererseits auf den Sachverhalt, daß eine staatliche Abschöpfung der Grundrente unter den Bedingungen eines deutlichen Klassengegensatzes zwischen Kapital und Grundeigentum grundsätzlich im Kapitalinteresse liegen müsse. Indem Brede/Dietrich/Kohaupt Einschätzungen der damaligen Sachlage unkritisch für eine Gesamtwürdigung im Grunde aller gegenwärtig denkbaren Bodenreformkonzeption bemühen, verwickeln sie sich in einen bedeutsamen Widerspruch: Sie zeigen nämlich vorher richtig, daß der ursprüngliche Interessengegensatz zwischen Grundeigentum und Kapital ein „schwindendes Moment in der Auseinandersetzung um den Boden" darstellt, „insofern die Kapitalisten selbst Grundeigentümer geworden sind oder es werden." /264/ Es ist daher schlicht irreführend, bei der Würdigung von

Bodenreformkonzeption immer wieder einen Interessengegensatz zwischen Kapital und Grundeigentum heraufzubeschwören. „Grundrenten" werden heute in zunehmendem Maße von den kapitalistischen Privatunternehmen selbst im Rahmen ihres Gesamtprofits (und damit in ihrer ursprünglichen Entstehungsform als Profitteil) angeeignet. Konsequente Bodenreformkonzeptionen, sowohl in Richtung auf eine staatliche Abschöpfung und Umverteilung der Grundrenten-Profitteile zugunsten der lohnabhängigen Bevölkerung, vor allem aber in Richtung auf eine Einschränkung und Überwindung des privatwirtschaftlichen Allokationsprinzips der Bodennutzungen nach dem größtmöglichen Bodenrentenpotential, würden sich durchaus gegen die Kapitalinteressen richten. Die zunehmende Verschlechterung der Wohnstandortbedingungen (und die indirekt mietpreissteigende Wirkung der Umnutzung vom Altbau-Wohngebieten) im Rahmen der kapitalistischen Bodenbewirtschaftung stellt gerade der Arbeiterbewegung drängende Probleme.

Die Arbeit „Politische Ökonomie des Bodens und Wohnungsfrage" kann insgesamt den Verdienst für sich beanspruchen, die wichtigsten Gesichtspunkte einer weiter zu bearbeitenden marxistischen Theorie der ökonomische Verwertung des städtischen Bodens erneut in die Diskussion gebracht zu haben. Stefan Krätke

Fußnoten

1 Wie z.B. E. Carell: Bodenknappheit und Grundrentenbildung, Berlin, Reutlingen 1948 (bei Carell werden verschiedene der genannten Erklärungsansätze verarbeitet).

2 Vgl. H. Brede/B. Dietrich/ B. Kohaupt: Politische Ökonomie des Bodens und Wohnungsfrage, Frankfurt/M. 1976, S. 60, 71, 73. Folgende Seitenangaben in Querbalken beziehen sich auf dieses Buch.

3 Vgl. W. Hofmann: Sozialökonomische Studientexte, Bd I-III, 2. Aufl., Berlin 1971, hier Bd. II, Einkommenstheorie.

4 Für den mit der Marxschen Theorie nicht vertrauten Leser wäre es von Vorteil gewesen, zumindest einen kurzen Abriß der Marxschen Entwicklung des „Produktionspreisgefüges" zu geben.

5 Vgl. H. Fassbinder: „Preisbildung, Monopol und Spekulation beim städtischen Boden", in: R.R. Grauhan (Hg.): Lokale Politikforschung, Bd. 1, Frankfurt/M. 1975, S. 151 — 191.

6 Vgl. W. Hofmann: „Bodeneigentum und Gesellschaft — Theorie und Wirklichkeit", in: Bodenordnung? Vorschläge zur Verbesserung der Sozialfunktion des Bodeneigentums, Hg. F. Schreiber, Stuttgart, Bern 1969, S. 12 — 27. Brede/Dietrich/Kohaupt zitieren Hofmann völlig unkritisch.

SUMMARIES

W. Goldschmidt, Bruch in der Linksunion?

Der Autor streift einleitend die oberflächliche Problembehandlung durch die bürgerliche Presse, um anschliessend die Kernpunkte der Meinungsverschiedenheiten zwischen FKP und SPF aufzudecken. Für die FKP sind die Nationalisierungen der Dreh- und Angelpunkt für die Durchsetzung einer „neuen ökonomischen Logik", die sich an den Bedürfnissen der Massen orientiert und eine Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik herstellt. Dagegen sind die Nationalisierungen für die SPF vor allem ein Mittel zur Beschränkung von Marktmacht, bei den im übrigen grundlegend unverändert bleibenden Marktbeziehungen. Es sind also zwei wesentlich verschiedene politische Konzeptionen, die dem Streit um die Aktualisierung des Gemeinsamen Programms zugrunde liegen.

R. Katzenstein, Union der Parteien und Union der Massen

Ein sozialorientiertes Bündnis mit dem Ziel des allmählichen Überganges zum Sozialismus, wie es die Linksunion in Frankreich darstellt, kann nie ein auf die parlamentarische Ebene beschränktes Bündnis sein, sondern es bedarf des Bündnisses auf der Ebene der werktätigen Klassen, die es repräsentiert, um zu einer Kraft zu werden, die wirklich fähig ist, ihre Ziele zu erreichen. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, stellt das gemeinsame Programm der Linksunion in seinem sozialpolitischen Zielsetzungen und den notwendigen Nationalisierungsmaßnahmen eine Einheit dar, die nicht durchbrochen werden kann, wenn das Bündnis selbst stabil bleiben soll. Anhand historischer Erfahrungen revolutionärer Bewegungen wird dieser Zusammenhang dargestellt.

N. Steinborn, Zum gemeinsamen Regierungsprogramm der Linken

Das Gemeinsame Programm der Linken in Frankreich hat hierzulande vorallem aufgrund der Nationalisierungsfrage Beachtung gefunden und wurde weitgehend unter dem Aspekt der Einleitung des Wegs zum Sozialismus diskutiert. Seine große Resonanz in Frankreich ist in beachtlichem Umfang auch den sozialpolitischen Programmteilen zuzuschreiben, die z.T. als Sofortmaßnahmen eine erhebliche Verbesserung des Arbeits- und Lebensstandards der Werktätigen erreichen sollen. Frankreich weist z.Zt. Einkommens- und Vermögensunterschiede auf, wie kein anderes Land in Europa und kann sich rühmen, bezüglich der sozialen Errungenschaften mit zu den „nachschrittlichsten" in Europa zu gehören. Exemplarisch werden daher einige besonders gravierende sozialökonomische Strukturmerkmale dargestellt und mit den Plänen der Linken zur Überwindung des sozialpolitischen Defizits in Verbindung gebracht.

H. Peter, Monopol und Planmäßigkeit

Der Autor stellt die Problematik einer Monopolableitung anhand des Zusammenhanges Wertgesetz und Monopol dar, behandelt den Zusammenhang zwischen Wertgesetz und Vergesellschaftung der Produktion und entwickelt daraus Thesen über das Verhältnis von Monopol und Planung.

B. Gransow/V. Gransow, Ursprünge der Politischen Ökonomie des Sozialismus

Mit dem Beitrag sollen Lenins „Bemerkungen zum Buche N.I. Bucharins 'Ökonomik der Transformationsperiode'" vorgestellt werden. Die „Bemerkungen", die in der Diskussion um die Entstehung und Entwicklung der Politischen Ökonomie des Sozialismus bis heute eine wesentliche Rolle spielen, wurden bereits 1920 von Lenin verfaßt, aber erst 1929 veröffentlicht und sind niemals in geschlossener Form ins Deutsche übertragen worden. Die Autoren unternehmen den Versuch, den zeitgeschichtlichen Hintergrund der „Bemerkungen", den Kriegskommunismus, sowie den Kern von Bucharins Auffassungen zu schildern, um dann die „Bemerkungen" Lenins insgesamt vorzustellen bzw. zu interpretieren, wobei gerade auch die unterschiedlichen Zeitebenen ihrer Entstehung und Veröffentlichung problematisiert werden.

H.-J. Rheinberger, Dialektik der Natur — Grundgesetze der Dialektik?

Die folgenden Bemerkungen aus Anlaß des 100. Jahrestags der Veröffentlichung des *Anti-Dühring* versuchen, Friedrich Engels' Äußerungen zur Dialektik der Natur und zu den „Grundgesetzen der Dialektik" in einer Weise zu interpretieren, die sich sowohl von deterministisch-finalistischen Lesarten als auch von solchen abgrenzt, die sie unter dem Vorwurf des heimlichen Positivismus als Deformation der marxistischen Theorie kritisieren. Die Skizze versucht zu klären, was unter Dialektik der Natur und dialektischen Gesetzen vom Standpunkt der Naturwissenschaften (also der analytisch operierenden empirischen Wissenschaften) sinnvoll verstanden werden kann.

A. Mazzone, Der Kapitalfetischismus: Über Grundsatzfragen einer materialistischen Ideologietheorie (II)

In diesem Aufsatz der in drei Teilen erscheint wird versucht: 1. In Abgrenzung von der Hegelschen Vermittlung von „Natur" und „Geist" in der „Idee", die theoretische Fragestellung einer materialistischen Theorie der realen, historisch existierenden Ideologien zu umreißen. Diese sind *Teil* der Klassengesamtverfassung einer Gesellschaft, und als (gesellschaftliches) Bewußtsein zugleich *Form* der Klassenhege-

monie und historische Vermittlung von *Erkenntnis*. Die einleitende Erinnerung der Position Hegels in dieser Frage soll verdeutlichen, daß als Alternative zu den mystisch-subjektivischen Kulturphilosophien oder den positivistischen Wissenssoziologien — wie sie sich in der bürgerlichen Philosophie der nachliberalen Epoche entwickelt haben — nur eine dialektische Theorie die Ideologie als Erkenntnis *und* als Boden geschichtlicher Auseinandersetzungen begreifen und somit materialistische Forschungskategorien ausarbeiten kann. 2. Die ideologische Auseinandersetzung findet massenhaft und tagtäglich im politischen und kulturellen Kampf statt. Die Theorie kann diesen Prozeß natürlich niemals ersetzen, wohl aber *Strukturen* seines Ablaufs als Forschungshypothesen bestimmen. Allerdings muß dies zunächst auf einer „hohen" Ebene der Abstraktion geschehen, die in einem Prozeß zum Konkreten gelangt, der ebenso Forschung wie Kampf ist. 3. Es wird daher versucht, die Marxsche Kategorie des Kapitalfetischismus als eine solche Struktur des (historisch möglichen) Bewußtseins („Formalstruktur") nachzuzeichnen. Die diesem Vorhaben unterliegende methodische Position hinsichtlich der Interpretation des „Kapitals" wird gesondert dargelegt. 4. Die Kategorien der „Oberfläche" der kapitalistischen Produktion als *notwendige Erscheinungsformen* (d.h. Formen der Subjektualität einer kapitalistischen Gesellschaft in abstracto) werden skizziert. 5. Abschließend werden Konsequenzen kurz erörtert, die sich hinsichtlich der Anwendung dieser Kategorien ergeben können.

V.M. Bader, Juristische Staatsideologie, Opportunismus und revolutionärer Marxismus-Leninismus

Der Autor beschäftigt sich mit den von E. Balibar anläßlich des 22. Parteitages der FKP entwickelten Thesen zur Staatsauffassung. Er wendet sich dabei in erster Linie gegen die von Balibar vertretenen Positionen der Orthodoxie, weil diese theoretische Lücken aufweisen, die politisch desorientierend wirken können, da sie dazu führen, zentrale Bedingungen der Arbeiterbewegung von heute zu ignorieren.

H.-J. Weissbach, Strukturtheorien des Arbeitsmarktes und strukturelle Arbeitslosigkeit

Der Beitrag zeigt Entwicklungslinien der neueren Arbeitsmarkttheorie auf und stellt die methodischen Probleme ihrer Anwendung auf das Phänomen struktureller Arbeitslosigkeit dar. Gegenstand der Kritik ist eine Strategie der „Verflüssigung des Arbeitsmarktes", die sich aus der Notwendigkeit des Ausgleichs von „Profildiskrepanzen" von Angebot und Nachfrage ableitet. Die abstrakte Konfrontation von Bevölkerung und Arbeitsplätzen impliziert eine Form des Eingriffs in die Arbeitskräftebewegung, die den Arbeitskräften den Mobilitätsaufwand aufbürdet und die Verflüsssigung über die Kontrolle der Lohnentwicklung herzustellen sucht. Der Ansatzpunkt zur Erklärung der „Profildiskrepanzen" ist demgegenüber in der gesellschaftlichen Form der Vernutzung der Arbeitskraft zu suchen.

T. Malsch, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein

Der Aufsatz liefert eine problemorientierte Darstellung neuerer industriesoziologischer Forschungsansätze über die beiden Themen Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. Ausgehend von der Kritik am „Technizismus" der Untersuchung von Kern/Schumann werden zentrale Argumentationslinien vorgestellt. Es geht dabei um die Diskussion zwischen marxistischer und nicht-marxistischer Industriesoziologie, wobei Anknüpfungspunkte für eine Konzeption empirischer Untersuchungen sogenannter „relativer Dequalifizierungsprozesse" angedeutet werden.

Autorenverzeichnis

Veit Michael Bader
Dr.rer.pol., Jg.' 44, Lektor an der Universität von Amsterdam

Werner Goldschmidt
Jg.'40, Dr.phil., Wiss. Mitarbeiter an der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg

Bettina Gransow
Jg'49, M.A., Doktorandin am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin(West)

Volker Gransow
Jg.'45, Dr.phil., Dipl.Pol., Wiss. Assistent für Politikwissenschaft an der PH Bielefeld

Robert Katzenstein
Jg.'28, Dr.rer,oec.habil., Berlin(West)

Stefan Krätke
Jg.'52, Ing. grad., Tutor am Fachbereich Architektur der Technischen Universität Berlin(West)

Thomas Malsch
Jg.'46, Dr.rer.pol., Dipl.Soz., Wiss. Mitarbeiter am Institut für Soziologie der FU Berlin(West)

Alessandro Mazzone
Jg.'32, Dr.phil., Dozent für Geschichte der neueren und neuesten Philosophie an der Universität Messina, Mitglied der phil. Sektion des Gramsci Instituts in Rom

Heinrich Peter
Jg.'49, Studium der Volkswirtschaftslehre, Berlin(West)

Hans-Jörg Rheinberger
Jg.'46, M.A. (Phil.). z. Zt. Studium der Biologie am FB 23 der FU Berlin(West)

Hans Jörg Sandkühler
Jg.'40, Prof. für Dialektik, Logik und Erkenntnistheorie an der Universität Bremen

Norbert Steinborn
Jg.'47, Lehrbeauftragter an der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin(West)

Hans-Jürgen Weissbach
Jg.'50, Dipl.-Soziologe, Wiss. Mitarbeiter am Institut für Soziologie der FU

LEISTEN SIE SICH WAS EXTRA

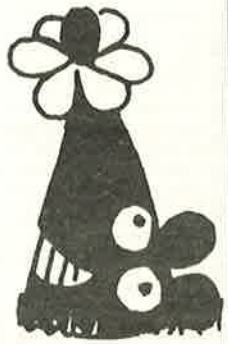
. . . und zwar den EXTRA-Dienst. Den gibt es jetzt immerhin schon über zehn Jahre. Prof. Gollwitzer gratulierte uns beispielsweise so:

„Ihr seid immer extra:
– extra = etwas besonderes
– extra = außerhalb des bundesdeutschen Gleichschaltungsrahmens
– extra = außerhalb der linken Vorurteile, blinden Flekken und Borniertheiten."

Doch diese EXTRA-Stellung in der Medienlandschaft können wir nur halten, wenn wir genügend „Finanziers" haben. Leute also, die den EXTRA-Dienst abonnieren. Denn andere Geldgeber haben wir nicht – und wollen wir nicht haben. Diese Unabhängigkeit ist uns und unseren Lesern teuer: Neun Mark im Monat. Dafür kommt aber auch zweimal in der Woche ein pralles Nachrichtenmagazin ins Haus: am Dienstag mit 24 Seiten, am Freitag mit 32 Seiten. 7300 Geldgeber haben unser „Blatt für höheren Orts unerwünschte Nachrichten" (so der „Tagesspiegel") bislang abonniert. Ein Blatt, dessen Redakteure in Westberlin und Bonn zugleich auch die Verleger sind.

Wenn Sie jetzt als „Finanzier", also als Abonnent beim EXTRA-Dienst „einsteigen", so ist das eine Investition in die Vernunft. Daß Sie damit nicht nur sich sondern auch uns nützen, macht die Sache doppelt vernünftig.

DM 9,– monatlich
EXTRA-Dienst
Berlin 31
Pfalzburger Str. 20



JÜRGENS BUCHLADEN

1 Berlin 33, Königin-Luise-Straße 40 • U-Bahn Dahlem-Dorf

Telefon (030) 8313825 NEU

PÄDAGOGIK GESCHICHTE

PSYCHOLOGIE PHILOSOPHIE

POLITIK & GESELLSCHAFT

Der **sozialkompaß 78** ist das Handbuch für die Studentin und den Studenten in der BRD. Der **sozialkompaß 78** informiert auf 256 Seiten umfassend über die sozialen Rechte der Student(inn)en.

Im einzelnen erfährt man auf 80 Seiten alles übers **BAföG 78** und auf 8 Seiten von weiteren **Studienfinanzierungsmöglichkeiten**. Auf 16 Seiten gibt es Rechtshinweise zum studentischen **Wohnen** und zum **Wohngeld**. Die **Prüfungs-, Studienprobleme** und die **Studienplatzvergabe** nehmen 20 Seiten ein. Sämtliche Sozialgesetze wie Kindergeld, Rentenversicherung, Sozialhilfe, Arbeitslosenunterstützung, etc. sind auf ihre Anwendbarkeit für Studenten untersucht und auf 16 Seiten dargestellt.

Die speziellen Kapitel für **Ausländer** (17 Seiten) und **Studentinnen** (15 Seiten) machen den **sozialkompaß 78 zu einer runden Sache.**

Der Adressenteil mit den 40 Seiten Umfang gibt einen umfassenden Überlick über die Hochschulorte in der BRD und die am Ort befindlichen Ämter bei denen man die oben dargestellten Sozialleistungen beantragen muß.

Durch den Preis von nur **5.80 DM** meinen wir ein sozial tragbares Buch anbieten zu können.

sozial kompaß 78

Der **sozialkompaß 78** ist im Buchhandel oder direkt beim Verlag:

VAS–Verlag für Ausbildung und Studium
Postfach 15 07 34, 1000 Berlin 15
gegen Vorkasse (5.80 DM in Briefmarken oder als Verrechnungsscheck) erhältlich.

RET MARUT:

Der Ziegelbrenner

Völlig verschollene revolutionäre Zeitschrift, die zwischen dem 1. September 1917 und dem 21. Dezember 1921 in München erschien; geschrieben, gedruckt und herausgegeben von einem Freund Gustav Landauers und Kurt Eisners, der sich Ret Marut, Fred Maruth oder Richard Maurhut nannte, wegen der Teilnahme an der Errichtung der Bayerischen Räterepublik zum Tode verurteilt wurde und nach Mexiko entkommen konnte. B. Traven. Die Identität des 'Ziegelbrenner' Ret Marut mit dem Schriftsteller B. Traven wurde erst vor einigen Jahren vom Leipziger Literaturwissenschaftler Rolf Recknagel, der das Nachwort zu dieser Ausgabe schrieb, nachgewiesen.

Vierzig Hefte
Herausgegeben von Max Schmid; Nachwort von Rolf Recknagel. Mit Bibliographie. 592 Seiten. Preis 18 DM

Rolf Recknagel:

Beiträge zur Biographie des B. Traven

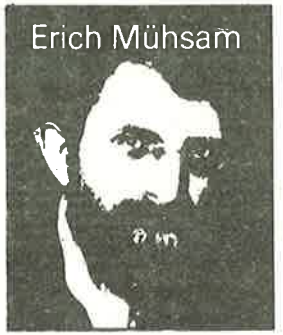
— als Autors von „Baumwollpflücker" und „Totenschiff" B. Traven mit dem Herausgeber des „Ziegelbrenner" aus der Münchener Räte-Zeit, dem Geliebten Gustav Landauers, Erich Mühsams und Ernst Tollers – Ret Marut, – dem Schauspieler, Poet, Revolutionär, Rolf Recknagel gibt Aufschluß ...

463 SEITEN 18.80 DM

B. Traven (RET MARUT) DAS FRUEHWERK

Das Frühwerk B. Travens — das sind die Kurzgeschichten, Novellen und Novellinen des Schauspielers, Tänzers, Schriftstellers, Sozialrevolutionärs und Adepten Max Steiners — Ret Marut.

9.80 DM



Erich Mühsam

NAMEN UND MENSCHEN 10 DM
SAMMLUNG 1898–1928 12 DM
DER KRATER 7 DM
ASCONA 5 DM
VON EISNER BIS LEVINÉ 4 DM

GESCHICHTE DER EROTISCHEN KUNST

von

Eduard Fuchs

dem Pionier der materialistischen Kunstbetrachtung, Begründer eines einzig dastehenden Archive zur Geschichte der Karikatur, der erotischen Kunst und des Sittenbildes.

Erster Band
Das zeitgeschichtliche Problem
Mit 416 Abbildungen 19.50 DM

Zweiter Band
Das individuelle Problem. Erster Teil 19.50 DM

Dritter Band
Das individuelle Problem. Zweiter Teil 19.50 DM

15 EISERNE SCHRITTE

Seltene Fotodokumente aus den Jahren des Aufbaus in der SOWJETUNION 1917–1932
15 DM

SIGNALE DER ZEIT

Satire und Politik von 1920 bis 1933
320 S. 10 DM

Wermuth-Stieber

Die Kommunistischen Verschwörungen des neunzehnten Jahrhunderts
Zwei Teile in einem Band 14 DM
473 SEITEN

Honoré Daumier

DIE JUSTIZ

37 Offsetdruckreproduktionen nach Originallithographien
Format 21 x 30 Preis 18 DM

WERA FIGNER
NACHT ÜBER RUSSLAND
590 SEITEN 13.50 DM

Geschichte einer Revolutionärin. An der Ermordung des Zaren beteiligt, zum Tod verurteilt, begnadigt, nach 20-jähriger Haft wieder im Aufbau der Revolution tätig gewesen.

EVA BROIDO

DAS WETTERLEUCHTEN DER REVOLUTION ÜBER RUSSLAND, die revolutionären Arbeiterbewegungen. Agitation, Organisation revolutionärer Zellen, dann Haft, Verbannung, Flucht und die Arbeit im Untergrund waren das Leben dieser großen Revolutionärin. Kritisch, lebendig und realistisch geschriebener autobiographischer Roman von Eva Broido
256 SEITEN 8.50 DM

DIE BEFREIUNG DER MENSCHHEIT

FREIHEITSIDEEN IN VERGANGENHEIT UND GEGENWART

Inhalt:

Die Befreiung der Menschheit. Von Max Hochdorf. Einleitung
Die politischen Revolutionen im Altertum. Von Leo Bloch
Das Bürgertum im Mittelalter. Von A. E. Ratza
Die Reformation. Von Heinrich Ströbel
Die Bauernkriege. Von Albert Pohlmeyer
Niederländische Umwälzungen. Von A. Conrady
Der Dreißigjährige Krieg. Von Alfred Döblin
Freiheitskämpfe und Freiheitsideen der englischen Revolutionszeit. Von A. Conrady
Die Entstehung der amerikanischen Demokratie. Von Paul Darmstädter
Die Französische Revolution. Von Paul Adler
Die revolutionären Bewegungen der Jahre 1848/49. Von Walt Valentin
Die Kommune. Von A. Conrady
Die Entwicklung der revolutionären und sozialistischen Bewegung in Rußland. Von Paul Olberg
Von der nationalen zur sozialen Revolution. (Zur Geschichte der Aufstände und der Massenbewegung in Polen) Von Jonas Jezower
Der sozialistische Gedanke. Von Paul Adler
Die sozialistischen Ideen und Gemeinschaftsbildungen vor dem 19. Jahrhundert. Von Paul Adler
Die großen Utopisten. Von Friedrich Muckle
Christentum und Marxismus. Von Paul Kampffmeyer
Das soziale Deutschland vor dem Ausbruch der Revolution 1848. Von Paul Kampffmeyer
Marx und Engels. Von Paul Kampffmeyer
Die erste Gestalt des Marxismus. Von Paul Kampffmeyer
Die Grundgedanken des Lassalleanismus. Von Paul Kampffmeyer
Von der Sektenbewegung zur Massenbewegung. Von Paul Kampffmeyer
Radikalismus und Anarchismus. Von Paul Kampffmeyer
Revisionismus und Radikalismus im Weltkrieg. Von Paul Kampffmeyer
Der Gewerkschafts- und Genossenschaftsgedanke. Von Paul Kampffmeyer
Die mechanistische und die organische Idee der Revolutionsgewalt. Von Eduard Bernstein
Die sozialistische Internationale. Von Alexander Stein
Sozialisierung. Von E. Lederer
Das Rätesystem in Deutschland. Von Rich. Müller
Das Reich der Freiheit. Von Heinrich Ströbel
Das Freiheitsideal in der Kunst und seine Vorgeschichte. Von Adolf Behne

Format: 21 x 30 Mit 254 Zeichnungen und Fotos 452 SEITEN 36 DM

zu bestellen bei:

Verlag Klaus Guhl Berlin 1000 BERLIN 19 POSTFACH 191532

Da muß doch was dran sein . . . ?

Wenn die SPD-Bürokratie die SK systematisch behindert. Obwohl Willy Brandt im **„Vorwärts"** schrieb: „Es gibt kaum ein Land in der Welt, in dem Journalisten ihren Beruf so ungehindert nachgehen und die Informationen sammeln können, die notwendig sind, um ihre Leser und Zuhörer umfassend zu informieren", erhält **SK — das Sozialistische Nachrichtenmagazin** — seit 1966 keine Zulassung zu SPD-Parteitagen.

Weshalb wohl?

Weil wir über die Aktivitäten fortschrittlicher Sozialdemokraten und Sozialisten des In- und Auslandes berichten. Was bei SPD-Linken, bei AfA, Frauen, JUSO, Falken, SHB usw. los ist (und was nicht) — SK berichtet darüber.

Weil wir schonungslos die Praktiken der Rechtssozialdemokratie kritisieren.

Weil wir Opportunisten als solche benennen.

Weil wir die Lehren aus der Geschichte gezogen haben und für den gemeinsamen Kampf eintreten.

Weil wir da weiterschreiben, wo andere aufhören (müssen), und natürlich auch über den SPD-Parteitag berichten.

Die SPD-Bürokratie verschickt interne Warnrundschreiben. Dort heißt es z. B.: „Die ‚SK' informiert in zunehmender Weise über interne Vorgänge in der SPD . . . Aggressive, vor allem gegen die Führung der Partei und der SPD-Bundestagsfraktion gerichtete Äußerungen von SPD-Politikern werden als Vorbild für eine SPD-Politik hingestellt . . ."

Deshalb ist SK eine wichtige Publikation und sollte auch Ihr Interesse finden.

SK erscheint zweimal im Monat zum Preis von DM 1,25

Probeexemplare vom:

W. Runge-Verlag - SK-Vertrieb,
Postfach 606167, 2000 Hamburg 60

wir haben ausgeliefert

Alberts/Herzog/Unger/Wilmersdorf
Zeitungsstreik
168 Seiten; Format 19 x 19 cm (mit zahlreichen Fotos und Fotomontagen von Jürgen Holtfreter)
DM 14,–
ISBN 3-87975-138-2
Im Druckgewerbe herrscht Unruhe. Rationalisierung, Arbeitslosigkeit, Einsatz neuester Satzverfahren, ohne Rücksicht auf die ökonomischen Interessen der Arbeitenden, Reallohnabbau . . . Diese Konflikte sind der Zündstoff für Arbeitskämpfe.

- Zur Lage der Presse in Bremen und anderswo
- Rationalisierung in der Druckindustrie
- Wie lernt man einen Streik führen?
- Was macht man während des Arbeitskampfes?
- Über Ängste und Solidarität
- Bremer Zeitungsstreik – ein Lern-Stück

P.C.I.
Der kommunistische Vorschlag
Entwurf eines Programms zur Umgestaltung Italiens
140 Seiten; Format 11 x 18 cm; DM 9,80
ISBN 3-87975-145-5
Dieser Text enthält die konkreten Vorschläge der KPI zur grundlegenden Umgestaltung des Landes. Nach Kenntnis dieses Textes weiß man mehr über die aktuelle politische Krise in Italien und über die Lösungsvorschläge der „Eurokommunisten".

Jean-Pierre Chevènement
Ende der Spaltung?
Zum Verhältnis von Sozialisten und Kommunisten
220 Seiten; Paperback; DM 16,80
Reihe „Positionen der Sozialisten 4"
ISBN 3-87975-144-7
Chevènement, führender politischer Repräsentant des CERES, dem organisatorischen Zentrum des linken Flügels der Sozialistischen Partei, untersucht die Gründe für die historische Spaltung in der westeuropäischen Arbeiterbewegung.

Meyer/Thiele/Volkholz
Gesundheitsversorgung
Daten des Gesundheitssystems der BRD
220 Seiten; Paperback; DM 18,–
ISBN 3-87975-127-7

Hans-Holger Paul
Marx, Engels und die Imperialismustheorie der II. Internationale
370 Seiten; Format 16,5 x 24 cm; DM 19,80
ISBN 3-87975-135-8

VSA-Verlag Hamburg
Eiffestraße 598, 2000 Hamburg 26 · Auslieferung: VSA, Postfach 360 307, 1000 Berlin 36

KULTUR MAGAZIN

Demokratische Kunst und Kulturpolitik

Heft 5 (1977) bringt u.a..:
Kabarett als Waffe. Ein Interview mit Dietrich Kittner. Der Bolschewik geht um. Beiträge zur Rezeption der
Oktoberrevolution in der Schweizer Kunst. Kleine politische Ökonomie des Gruselns (2. Teil)

Heft 6 (1977) mit:
Kunst kommt von nicht anders können. Über den Maler Max Kämpf. Kultur im Jugendzentrum. Eine Reportage. Songs gegen Slums. Von Raoul Hoffmann. Antonio Gramsci: Aspekte einer Kulturtheorie.

Heft 7 (1978) mit den Schwerpunkten:
Fastnacht. Drei Beiträge.
Das Zürcher Schauspielhaus. Mit Textauszügen von Werner Mittenzwei.
Materialien zur kulturellen Repression in der BRD.

Kompleter Jahrgang 1977 (Hefte 1-6) zum Spezialpreis von sFr. 25.-

Jahresabonnement 1978 (6 Nummern in 5 Heften) zu sFr. 30.-

Bestellungen bei:
KULTURMAGAZIN, Postfach 3188, Ch-3000 Bern 7

CAFE – KNEIPE –
GALERIE-KELLER

geöffnet
10.00 bis 3.00

NASSAUISCHE STR. 37 – 1000 BERLIN 31

FLÖZ

That's JAZZ

U-Bahn. Blissestr. oder Berliner Str.
Bus: A 4 und A 25

TEL.: 861 10 00

FLÖZ - WAS IST DAS NOCH?

Im Flöz kann man nicht nur Jazz hören...
ab 10.00 morgens geöffnet, verschiedene Tagespresse, Kaffee und Tee erstklassig
Frühstück bis 17.00 (3,80 bis 6,50 DM),
ein paar Kleinigkeiten zu essen gibt's
Im April Eröffnung des Hofgartens
(windgeschützt und voller Blumen)
Heiße Spezialitäten für kalte Tage
Jazz, Blues, E-Musik, Kabarett, Film,
Diskussionsveranstaltungen, Kinderprogramm jeden Sonntag 15.00

FLÖZ - EIN LADEN FÜR KULTURELLE KOMMUNIKATION

Bücher über Brecht

W. Hecht/ H.J. Bunge/
K. Rülicke-Weiler
Bertolt Brecht
Sein Leben und Werk
3. Auflage, 333 Seiten,
Brosch., DM 9,–

Käthe Rülicke-Weiler
Die Dramaturgie Brechts
2. Auflage, Stückeregister
Personenregister
46 Abbildungen, 288 Seiten
Brosch., DM 16,–

Ernst Schumacher
Die dramatischen Versuche Bertolt Brechts 1918–1933
mit einem Anhang und einem Nachwort des Autors
620 Seiten, Pp., DM 23,–

Wer war Brecht
Wandlungen und Entwicklung der Ansichten über Brecht im Spiegel von „Sinn und Form"
Herausgegeben und eingeleitet von Werner Mittenzwei
752 Seiten, gebunden,
DM 28,–

Werner Hecht
Brechts Weg zum epischen Theater
2. Auflage,
Personenregister, 171 Seiten
Brosch., DM 7,–

Werner Mittenzwei
Bertolt Brecht
Von der „Maßnahme" zu „Leben des Galilei"
2. Auflage, 424 Seiten,
Brosch., DM 14,–

Ernst Schumacher
Brecht – Theater und Gesellschaft im 20. Jahrhundert
21 Aufsätze
3. Auflage, 372 Seiten,
Brosch., DM 14,–

deb verlag das europäische buch
Thielallee 34, 1000 Berlin 33

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

106 Staat und Ideologie

Editorial: Das ARGUMENT kann nur als Projekt seiner Leser existieren

W.F. Haug: Zur Dialektik von gesellschaftlicher Basis und politischen Überbau im Sozialismus

E. Balibar: Klassen, Staat und „Diktatur des Proletariats"

S. Holland: Sozialstaat als Bedingung des gesellschaftlichen Konsens

H. Woetzel: Haugs „Kritik des Absudismus" als Beitrag zur Ideologietheorie

Stalinismus-Forschung

M. Masuch: Das Problem der Erklärungen des „Stalinismus"

G. Meyer: Industrialisierung, Arbeiterklasse, Stalinherrschaft in der UDSSR (I)

Arbeitergeschichtsschreibung

Heer/Hemje-Oltmanns/ Ulrich: Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung: Neuere Tendenzen

107 Gewerkschafts-Diskussion (I)

Editorial: Die ARGUMENT - Konzeption

E. Schmidt: Gerät die Sozialpartnerschaft in die Krise?

W. Müller-Jentsch: Die Neue Linke und Gewerkschaften

Perspektiven arbeitsorientierter Reformpolitik

K.H. Tjaden: Territorialstruktur und antikapitalistische Reformpolitik

Stalinismus-Forschung

G. Meyer: Industrialisierung, Arbeiterklasse, Stalinherrschaft in der UDSSR (II)

Aktuelle Analysen

W. Abendroth: Bahros „Alternative"

R. Kawa: Terrorismus: Strategien der Verunsicherung

Kongreßberichte

BdWi-Kongreß; WSI-Forum; Kulturtagung IMSF; dgvt-Kongreß

Einzelheft 9,-DM, im Abo 7,50 DM; Studenten 7,-DM. im Abo 6,- DM

Argument-Verlag Postfach 21 7030 7500 Karlsruhe 21

historia y sociedad

REVISTA LATINOAMERICANA DE PENSAMIENTO MARXISTA
FUNDADA EN 1965

SEGUNDA EPOCA

En los números 9, 10, 11 y 12 se han publicado artículos sobre:

Reforma agraria peruana; El cardenismo en México; Formas de dominación del Estado Mexicano; Lucha de clases en México: 1970-1976; Tendencias de la historia chicana; Historia del desarrollo del capitalismo en Cuba; A veinte años del XX Congreso del PCUS; R. Luxemburgo y la primera Revolución Rusa; Engels y el realismo.

hys

Revista Trimestral
Apartado postal 21-123, México 21, D.F.

Suscripción anual:

EE.UU. y Canadá ..... Dls. 13.00
Europa ..... Dls. 18.00

ARGUMENT-SONDERBÄNDE AS

Vorschau auf das Programm für 1978

AS 19	Projekt Automation und Qualifikation: Bd. II: Entwicklung der Arbeitstätigkeiten. Methode ihrer Erfassung
AS 20	Registerband ARGUMENT 56-100
AS 21	Schule und Erziehung (VI): Reformpädagogik und Berufspädagogik
AS 22	Gulliver / Deutsch-englische Jahrbücher, Bd. 3: USA im Jahre 201
AS 23	Massen/Kultur/Politik
AS 25/26	Habermas - Darstellung und Kritik seiner Theorie von Burkardt Tuschling. Doppelband
AS 27	Jahrbuch für Kritische Medizin 3
AS 28	Forum für Kritische Psychologie 1
AS 29	Gulliver / Deutsch-englische Jahrbücher, Bd. 4
AS 30	Soziale Medizin (VIII)
AS 31	Projekt Automation und Qualifikation: Bd. III: Theorien über Automationsarbeit
AS 32	Gesellschaftsformationen in der Geschichte

Weitere Bände in Vorbereitung:

Musik 50er Jahre (Fortsetzung von AS 5 und AS 24)
Forum für Kritische Psychologie 2
Internationale Sozialismus-Diskussion

Einzelpreise: jeweils 15,50 DM, Studenten und Schüler 12,- DM.
Im Abonnement jeweils 13,- DM, Studenten und Schüler 10,- DM.

Abo-Bedingungen: Das Abonnement verpflichtet zur Abnahme von drei Bänden nach eigener Wahl aus der AS-Produktion des jeweiligen Jahrgangs; es berechtigt darüber hinaus zum Bezug auch der übrigen Bände des Jahrgangs zum Abo-Preis.

Argument-Verlag Postfach 210730 7500 Karlsruhe 21

PHILOSOPHIE - SOZIOLOGIE - PSYCHOLOGIE

Lucien Sève
ÜBER DIE MATERIALISTISCHE DIALEKTIK
142 Seiten, Paperback, DM 7,50

Günter Klimaszewsky (Hrsg.)
WELTANSCHAULICHE UND METHODOLOGISCHE PROBLEME DER MATERIALISTISCHEN DIALEKTIK
264 Seiten, Leinen, DM 17,50

Wolfgang Segeth
MATERIALISTISCHE DIALEKTIK ALS METHODE
123 Seiten, Paperback, DM 9,-

Werner Martin Skcoj
MATERIE, GESELLSCHAFT UND PRAXIS IN DER PHILOSOPHIE ALFRED SCHMIDTS
Die Bedeutung von Schmidts Reformulierung des vormarxschen Materialismus
112 Seiten, Paperback, DM 7,-

Horst Holzer
GESELLSCHAFT ALS SYSTEM
Makrosoziologische Systemtheorie in der Soziologie der USA und der BRD
104 Seiten, Paperback, DM 6,50

Lucien Sève
MARXISMUS UND THEORIE DER PERSÖNLICHKEIT
3. Auflage. Mit dem Nachwort zur 3. frz. Auflage
516 Seiten, Paperback, DM 16,50

Walter Friedrich (Hrsg.)
KRITIK DER PSYCHOANALYSE UND BIOLOGISTISCHER KONZEPTIONEN
Mit Beiträgen von Sève, Kätzel, Hollitscher, Friedrich
197 Seiten, Paperback, DM 11,50

VERLAG MARXISTISCHE BLÄTTER

Heddernheimer Landstr. 78 a
6000 Frankfurt/Main 50

lendemains 9

Zeitschrift für Frankreichforschung + Französischstudium

Herausgegeben von Michael Nerlich in Zusammenarbeit mit Jacques Droz, Hans-Ulrich Gumbrecht, Brigitte Schlieben-Lange und Albert Soboul

HEFT 9 (3. JAHRGANG) JANUAR 1978

Schwerpunkt Aragon

Michael Nerlich/Hans Joachim Neyer: Aragon lehrt uns, die Schönheit zu grüßen
Hans Joachim Neyer: Dichtung und Warenwelt bei Aragon und Breton (1916–1922)
Dorothea Ostermann: Le cahier noir. Ein Kapitel aus dem Roman La défense de l'infini
Eckhard Volker: Philosophische Erkenntnis und Sinneserfahrung in Aragons Le Paysan de Paris und Bretons Poisson soluble
Maren Kroymann: Zur Funktion von literarischem Material und Verfahren in Aragons La Grande Gaîté
Karlheinz Barck: Eine Bilanz der historischen Avantgarden. Anmerkungen zu Aragons Essay Introduction à 1930
Karl Udo Bigott: Dichtung in der Résistance. Zu Aragons Les lilas et les roses
Claude Prévost: Aragon, romancier moderne
Michael Apel-Muller: La problématique du peuple et de la nation dans La Semaine Sainte
Delf Schmidt: Antizipation oder Rekonstitution? Zum sozialistischen Realismus des späten Aragon

France actuelle

Edgar Gärtner: Frankreich vor den Wahlen
Hans Manfred Bock: Die Presse des Parti Socialiste I
Ingo Kolboom: Das SPIEGELbild der Franzosen
Werner Krauss: Supplément IV zum Dictionnaire Philosophique

Besprechungen · KRS/DRV-Nachrichten · Mitteilungen

LENDEMAINS erscheint als Vierteljahreszeitschrift jetzt im Pahl-Rugenstein Verlag
Einzelheft: DM 7,70 (im Abonn. DM 6,70, für Schüler und Studenten DM 5,70 zzgl. Porto)
Zu beziehen bei: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

SOPO 40

Reinhard Kühnl
Demokratische Bewegung in der BRD.

Klaus Holzkamp
Bekämpfung der Berufsverbote

Peter M. Kaiser, Dieter Keiner, Hans Jürgen Krysmanski
Leitvorstellungen der Hochschulformierung (Ein Szenario)

Peter Adamski
Die Schul- und Hochschulpolitik der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA)

Karl Herrmann Tjaden
Soziologische Systemtheorie als Gegensatz zur Gesellschaftstheorie?

Wolfgang Lefèvre
Zur Kuhn-Debatte

Thomas Waldhubel, Silke Wenk (Projektgruppe Automation und Qualifikation)
Antwort auf W. Wotschack (SOPO 37/38)

Christoph Kievenheim
„Eurokommunismus" und „realer Sozialismus" (Thesen)

Bernhardt Heidtmann
„Eurokommunismus" als Ideologie?

SOPO 41

A. Mazzone, C. Buci-Glucksmann: **Gramsci – Theorie und Politik**
P. Ruben: **Wissenschaftslogik und Dialektik**
C. Warnke: **Historischer Materialismus und Systemtheorie**
Th. Waldhubel, S. Wenk (Projektgruppe Automation und Qualifikation): **Antwort auf W. Wotschak, Teil 2**
R. Katzenstein: **Klassenkampf und politische Machtstrukturen**
H.-H. Adler: **Parlamentarische Opposition und Diktatur des Proletariats**
D. Albers: **Demokratische Hochschule**
C. Kievenheim: **„Eurokommunismus" – Antwort auf B. Heidtmann**
XII. Int. Hegel-Kongreß (Salzburg)
Kongreß: „Krit. Psychologie" (Marburg)

SOPO 42

Dialektik-
Kapitallogik und Ideologie
P. Dammerow, P. Furth, B. Heidtmann, W. Lefèvre: Probleme der materialist. Dialektik / P. Ruben: Kapitallogik / A. Mazzone: Marxist. Ideologietheorie (1) / W. R. Beyer: Menschenrechte bei Hegel

Rilling: **Arbeitsbedingungen in der DDR (zu Prokla 27)**

Disk. zur Diktatur des Proletariats
W. Goldschmidt: Sozialismus und Demokratie

SOPO 44

Schwerpunkt:
Arbeitslosigkeit

Vierteljährlich herausgegeben in Westberlin, 10. Jahrgang

Preis des Einzelheftes DM 9,80
Jahresabo (4 Hefte) DM 36,–
incl. Porto

Verlag das europäische buch
Thielallee 34, 1000 Berlin 33

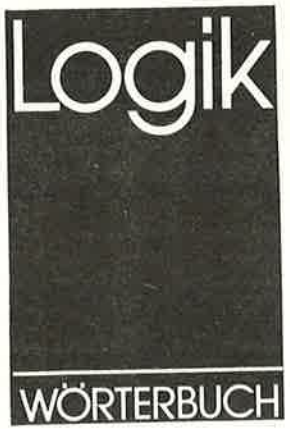
Hiermit bestelle ich die SOPO für ein Jahr (4 Hefte), beginnend mit Heft . .

Name . . . . . .

Straße . . . . . .

PLZ/Ort . . . . . .

. . . . . .
(Datum/Unterschrift)

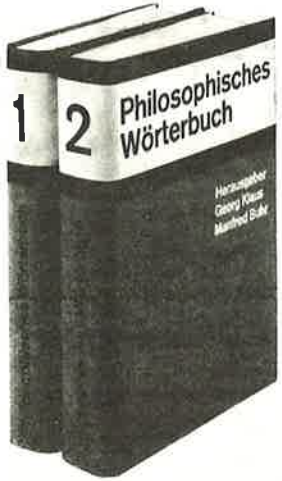


N. I. Kondakov
Wörterbuch der Logik
Herausgeber der deutschen Ausgabe: Erhardt Albrecht und Günter Asser
1. Auflage, ca. 3000 Stichworte, ca. 650 Seiten, Leinen, DM 28,–

Das Wörterbuch der Logik des bekannten sowjetischen Logikers N. I. Kondakov stellt in der internationalen Literatur das umfassendste Nachschlagewerk zur Logik und ihrer Geschichte dar. Da die Logik, besonders in Gestalt ihrer modernen Form, der mathematischen Logik, heute zu einer der wichtigsten Wissenschaftsdisziplinen geworden ist, gibt es fast kein Gebiet in der Wissenschaft und Technik, wo sie keine Anwendung findet. Es werden grundlegende Termini und Begriffe solcher an die formale Logik angrenzender wissenshaftlicher Disziplinen wie der Kybernetik, Mathematik, Informatik, Psychologie, Sprachwissenschaft, Rhetorik, Erkenntnistheorie und Methodologie in einer Form dargestellt, die einem breiten Leserkreis zugänglich ist. Fast 3000, dem neuesten Stand der internationalen Forschung entsprechende Artikel geben umfassend Auskunft über die Errungenschaften der logischen Wissenschaft von heute.

Georg Klaus/
Manfred Buhr (Hrsg.)
Philosophisches Wörterbuch
11. gegenüber der 10. neubearbeiteten, unveränderte Auflage.
Begriffswortverzeichnis mit Autorenangaben, Personenregister mit Lebensdaten und Hauptwerken (Bibliographie)
1394 Seiten, Leinen,
2 Bände zus. DM 32,–

Das Philosophische Wörterbuch enthält Darstellungen der Kategorien und Gesetze des dialektischen und historischen Materialismus. Es werden die Hauptpunkte der Geschichte der Philosophie und der gegenwärtigen bürgerlichen Philosophie, der modernen Logik, der allgemeinen Methodologie, Wissenschaftstheorie sowie die philosophisch relevanten Erkenntnisse der Natur- und Gesellschaftswissenschaften, der Kybernetik, der Semiotik, der Informations- und der Systemtheorie abgehandelt.



Pressestimmen zum Philosophischen Wörterbuch

„das philosophische Wörterbuch ist für den . . . philosophischen Bereich eine große Leistung, die im Westen ihresgleichen sucht. Gerade darin besteht auch seine Gefahr." (Deutschlandarchiv, Köln 9/1976)

„Ein Baedeker der proletarischen Weltanschauung also, verfaßt in einer vorbildlich klaren Sprache, die – seltenes Lob für ein Wörterbuch – beim Nachschlagen immer wieder zum Weiterlesen verleitet." (Die Weltwoche, Zürich, 7.2.73)

Manfred Buhr und Alfred Kosing (Hrg.)
Kleines Wörterbuch der marxistischen Philosophie
2., stark erweiterte Auflage, Stichwortverzeichnis, gegenüber der 1. Auflage von 1966 wurde die Zahl der Stichwörter mehr als verdoppelt; Personenverzeichnis
334 Seiten, Leinen, DM 9,80

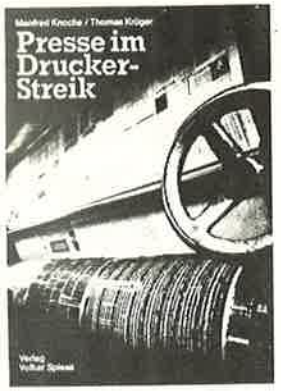
Die Verfasser waren bestrebt, alle wichtigen philosophischen Bezeichnungen aufzunehmen, deren Kenntnis das Studium der Werke von Marx, Engels und Lenin, die Lektüre der marxistisch-leninistischen Literatur der Gegenwart, wie auch das Verständnis des ideologischen Klassenkampfes erleichtern können.

Georg Klaus
Die Macht des Wortes
Ein erkenntnistheoretisch-pragmatischer Traktat
2. Auflage, Personenregister, 200 Seiten,
Brosch., DM 9,80

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an.

deb verlag das europäische buch
Thielallee 34, 1000 Berlin 33

Neuerscheinungen* 1977/78



M. Knoche/T. Krüger
Presse im Druckerstreik. Eine Analyse der Berichterstattung zum Tarifkonflikt 1976.
165 S., Pb., DM 16,80

Garleff Zacharias-Langhans
Bürgermedium Video. Ein Bericht über alternative Medienarbeit.
86 S., Pb., DM 7,–

Karsten Renckstorf
Neue Perspektiven in der Massenkommunikationsforschung. Beiträge zur Begründung eines alternativen. Forschungssatzes.
194 S., Pb., DM 19,80

Georg Feil (Hrsg.)
Fernsehforschung: Feedback oder Anpassung?
170 S., Pb., DM 20,–

* Falls Sie regelmäßig über unser Verlagsprogramm informiert werden wollen, schreiben Sie uns bitte eine Postkarte.

Verlag Volker Spiess
Postfach 147, 1000 Berlin 62

Wenn einer sich pardon kauft, dann kann er was erleben.

Ein Foto-Magazin

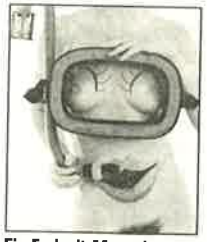
Eine Programm-Zeitschrift

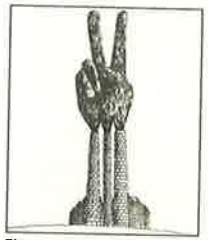
Ein Blatt für Tierfreunde

Ein Oppositionsblatt

Eine Humor-Zeitschrift

Eine Sport-Illustrierte


Ein Freizeit-Magazin


Einen Industrie-Kurier

Eine Bürger-Gazette

Ein Koalitions-Papier

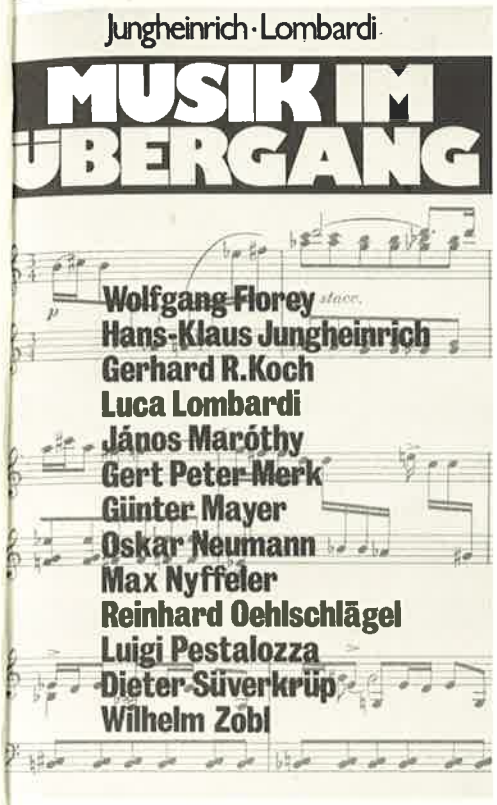
Ein Musik-Magazin

Ein Männer-Magazin

pardon ist nämlich 12 Zeitschriften!

Soeben neu erschienen in der Reihe –

MARXISTISCHE ÄSTHETIK + KULTURPOLITIK



Von der bürgerlichen zur sozialistischen Musikkultur.
(184 Seiten, Broschur, DM 24,–)

Welche Zukunft hat die Musik?

Sachkundige Autoren aus der Bundesrepublik, Italien und Österreich, der DDR und Ungarn machen Vorschläge für eine demokratische Musikkultur – aus der Praxis für die Praxis.
Komponist, Pädagoge, Liedermacher, Kritiker, Organisator im Musikleben, Wissenschaftler – die Mitarbeiter bringen ihre vielfältigen wichtigen Erfahrungen ein.
International ist der Gesichtskreis, unterschiedlich sind ästhetische und politische Positionen, gemeinsam ist die Überzeugung: Künstler und Publikum zusammen schaffen den Übergang zu einer Musikkultur, die wirklich Zukunft hat.

Die Herausgeber: Hans-Klaus Jungheinrich, Kritiker und Publizist, Musikredakteur der ›Frankfurter Rundschau‹. – Luca Lombardi, Komponist und Musikwissenschaftler, Professor in Pesaro.

ußerdem neu.

erthold Beiler

VELTANSCHAUUNG DER FOTOGRAFIE

92 Seiten, 46 Abbildungen, Broschur, M 12,–)

erthold Beiler (1915–1975) war der führende Theoretiker der Fotografie in der DDR.

In ›Weltanschauung der Fotografie‹ sind die auch für die Bundesrepublik besonders aktuellen Abschnitte aus Beilers wichtigsten Publikationen zusammengefaßt. Kein Buch für Anhänger einer von der Fotoindustrie geförderten ›Hobbyknipserei‹, sondern für Fotografen, die die Kamera als ›Auge der Klasse‹, als eine Waffe für die gesellschaftliche Auseinandersetzung benutzen wollen.

Bestellungen über den Buchhandel oder direkt bei –
Damnitz Verlag GmbH
Hohenzollernstraße 144
8000 München 40
Tel. 089 - 30 10 15/16

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an!

A 4846 FX

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

verlag
das europäische buch
Thielallee 34
1000 Berlin 33

Hier
könnte Ihr Name stehen und der Briefträger bringt Ihnen die SOPO ins Haus.
JAHRESABO (4 HEFTE) DM 36.-
Bestellungen bitte an den Verlag

Bertolt Brecht

1898-1978

Die Mutter — Kantate von Bert Brecht, 30-cm-LP, stereo, 885001.
Lieder mit Ernst Busch, 30-cm-LP, stereo, 885004.
Hanns Ernst Jäger, Songs - Gedichte - Prosa, 30-cm-LP, stereo, S 44101.
Bertolt Brecht before the Committee on Un-American Activities, 30-cm-LP, FD 5531.
Ich, Bertolt Brecht — Gedichte, Balladen, Loblieder, 30-cm-LP, 860187.
Sonja Kehler singt Brecht, 30-cm-LP, stereo, S 44601.
Paul Dessau — In memoriam Bertolt Brecht, 30-cm-LP, stereo, 885058.
Helene Weigel liest Brecht, zwei 30-cm-LP, stereo, 860047-48.

pläne

Verlag „pläne" GmbH.
Postfach: 827
4600 Dortmund 1
Tel.: 0231 / 81 89 25

„pläne" hat noch mehr
Gesamtverzeichnis anfordern!
Kostenlos. Kennwort SOPO angeben.